



Gibt es eine neue linke Mehrheit? S. 21

Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 226 18.10.82

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

Förderpr.
DM 5

Stationierung der Atomraketen

Wo Wie Wann?

Kürzlich versuchte ein CDU'ler, in Berufung auf Bundeswehrkreise, daß Cruise missiles in die Marsellie-Kaserne nach Uetersen kämen. Doch inzwischen läßt sich der Stationierungsvorgang sehr viel genauer angeben. Zum ersten Male wurden in der BRD konkrete Hinweise auf die Stationierungsorte für die neuen Mittelstreckenraketen mit der „Stern“-Veröffentlichung einer nuklearen Lagekarte für die BRD gegeben. Der „Stern“ schrieb dazu am 19.2.81:

„Die „Cruise missiles“ sollen in fünf, höchstens sieben US-Camps in Deutschland und auf nicht-bundeswehreigenen Flugplätzen stationiert werden, auf denen schon jetzt Atomwaffen lagern. Damit stehen drei Standorte bereits fest: die US-Flugplätze Ramstein, Hahn und Spangdahlem. Für die restlichen Standorte sind außer dem US-Camp bei Bremen die beiden britischen Flugplätze Brüggen und Laarbruch in Nordrhein-Westfalen geeignet.“

Fortf. Seite 3

Schreib dazu am 19.2.81

Die CDU/CSU verspricht »Blut, Schweiß & Tränen«

In der freitextlichsten aller nur denkbaren Ordnungen reduziert sich die Mitbestimmung des Bürgers im Staat auf das bekannte Kreuzchen, das er alle vier Jahre auf einen Zettel machen darf, den er dann in einen Kasten zu stecken hat, der sinnigerweise „Wahlurne“ heißt.

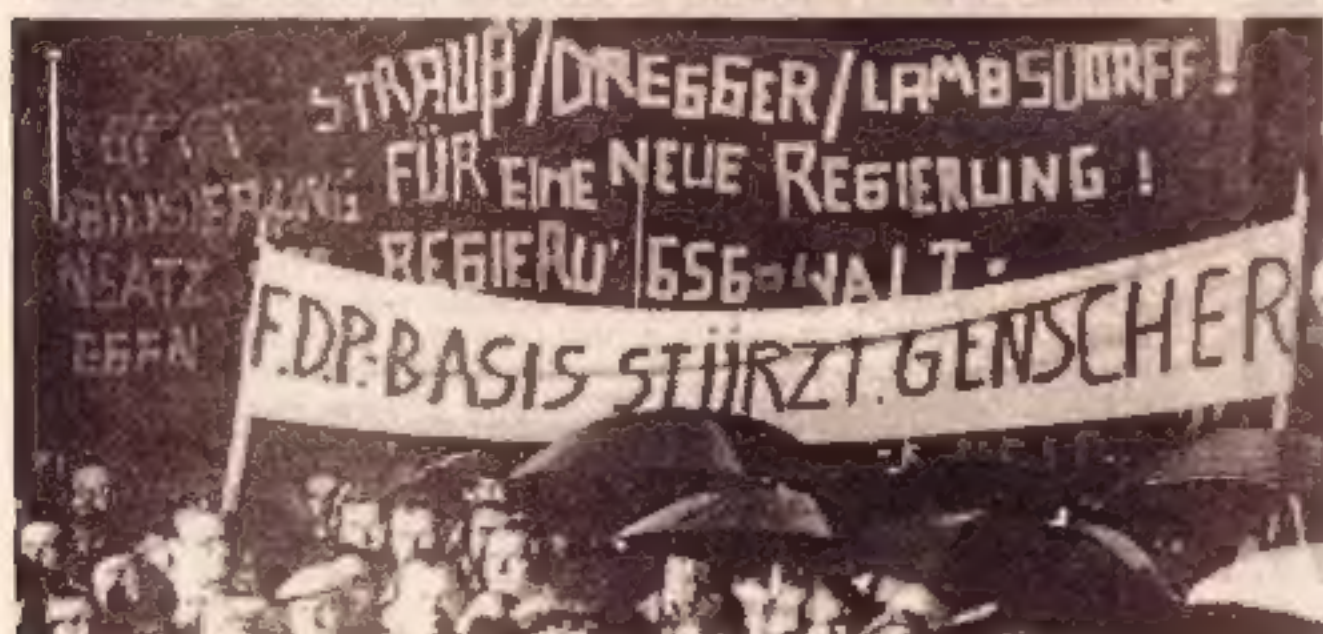
In unordentlichen und instabilen Zeiten ist den Herrschenden selbst dieses kleine Kreuzchen ihrer Untertanen noch zuviel an Mitbestimmung. Da schiebt man lieber ein paar nur ihrem Gewissen verantwortliche Abgeordnete von einer Koalition in die nächste, und die große Wende ist perfekt. Daß die so zustande gebrachte neue Mehrheit vermutlich keine Mehrheit beim Wahlvolk hat, ist den Herrschenden spätestens in der hessischen Wahlnacht schmerzhaft bewußt geworden. Also verzichtet man lieber

erst einmal auf den riskanten Test und verspricht Neuwahlen im März 1983. Zu diesem Zeitpunkt wird die Wirtschaftskrise für die Bevölkerung noch stärker spürbar sein als heute, und die ersten unsocialen Maßnahmen der neuen Regierung werden Wirkung zeigen. Gerade dann zu wählen, ist eigentlich ziemlich unlogisch, denn daß im März 83 eine Mehrheit für die neue Regierung zustande kommt, ist völlig unsicher. Und auf jeden Fall muß die FDP befürchten, daß das Wahlvolk es ihr dann nach Hessen und Bayern noch einmal Schwarz auf Weiß mitteilt, daß man sie für überflüssig hält.

Neuwahlen im März 83 machen für die Herrschenden nur Sinn, wenn bis dahin neue Tatsachen geschaffen sind, die mit einiger Sicherheit eine absolute Mehrheit der

CDU/CSU versprechen. Eine Brandstiftung im Bundestag könnte dafür gute Dienste tun. Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde die CDU/CSU mit einem Mordanschlag auf dem antirenden Übergangskanzler Kohl, der ohnehin manchem ehrgeizigen Konkurrenten im Wege steht. Oder man entdeckt demnächst doch noch, daß das von der SPD chaotisierte und ruinierte Haus noch längst nicht in Ordnung ist, sodaß es die Verantwortung fürs Große Ganze geradezu gebietet, im Interesse der Bevölkerung die versprochenen Neuwahlen abzusagen. An Spannung wird es jedenfalls in den nächsten Monaten nicht fehlen.

(Siehe auch S. 7 ff.: „Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung Kohl/Genscher?“)



Nazi-Verbrecher
und BKA-Agent
Joachim Fiebelkorn

Attentäter von Bologna — ein Agent des BKA?

Ernest ist einer der westdeutschen „Dienste“ — in diesem Fall das BUNDESKRIMINALAMT — in ein faschistisches Verbrechen verwickelt. Der westdeutsche Nazi, Führungskader der „WELTUNION der NATIONALSOZIALISTEN“ (WUNS), Putschist in Bolivien und BKA-Agent in Sachen internationaler Drogenhandel, Joachim Fiebelkorn (35), soll nach Ansicht der italienischen Polizei einer der 5 Attentäter sein, die für das Massaker von Bologna am 2.8.1980 verantwortlich sind. Einen Tag nach Ferienbeginn kamen durch eine im Hauptbahnhof von Bologna detonierte Bombe 85 Menschen ums Leben, über 200 wurden verletzt.

Nach Aussagen des italienischen Faschisten, Geheimdienstagenten und Mitglied der berühmten Freimaurerloge „P 2“, Elia Ciolini, sollen die Faschisten Stefano Delle Chiale, Pierluigi Pignatelli, Maurizio Giorgi (alle Italien), der Franzose Olivier Danet und eben Joachim Fiebelkorn das Attentat im Auftrag des mittlerweile inhaftierten Chefs der „P 2“, Licio Gelli, verübt haben. Daß Fiebelkorn zumindest bei einer Konferenz rechter Terroristen in Rom im Jahr 1980 dabei gewesen ist, dafür führt der verantwortliche Untersuchungsrichter Aldo Gentile auch einen Hinweis aus westdeutschen Geheimdienstkreisen an.

Fortf. Seite 4

Polen — Verschärfung des Kriegsrechts

Solidarnosc verboten!

Am 7. Oktober hat der Sejm, das polnische Parlament, mit dem Verbot der Solidarnosc einen Schlußstrich gezogen unter die Bemühungen, in irgendeiner Form die „nationale Versöhnung“ zu erreichen. Verabschiedet wurde ein neues Gewerkschaftsgesetz, das die Auflösung aller alten Gewerkschaften — sowohl der Solidarnosc als auch der alten staatsloyalen Branchengewerkschaften — beinhaltet. Eine solche Robkur deutete sich bereits im Juli und August an, als das Militärregime für militante Konfrontationen mit der Opposition sorgte. Nach den Unruhen im August und der zeitlich so passenden Botschaftsbotschaft in Bern hatte der polnische Staatsapparat seine Kampagne verschärft. Der jetzige Beschluß zur Auflösung der Solidarnosc bedeutet nicht nur die Kampfansage an die militanten Teile der Opposition, sondern ist zugleich eine Ohrfeige für die auf Versöhnung drängenden Reformer, nicht zuletzt für die katholische Kirche, die zunehmend ins Sperrfeuer der Armeezeitung und anderer Sprachrohre des polnischen Staates gerät. Der aufgetretene Bruch zwischen Staat und Kirche läuft auf eine weitere Zerrüttung der polnischen Gesellschaft hinaus, die das Militärregime bislang deutlich zu vermeiden versuchte.

Die Frage ist, ob das Konzept der totalen Konfrontation, das nun vom Militär eingeschlagen wird, Aussicht auf Erfolg hat.

Fortf. Seite 2

Artikel zu den Grün-Alternativen in diesem Heft

■ Wer die Wahl hat, hat die Qual. Viele hätten gern ein breites linkes Wahlbündnis zu den Bundestagsneuwahlen. Aber fast alle sind sich einig, daß das derzeit ohne die Grünen wohl nicht laufen kann. Und die sitzen immer noch auf einem ganz hohen Roß und sind zur Öffnung gegenüber anderen Gruppierungen nur sehr begrenzt bereit. Wir geben eine Übersicht über Stellungnahmen der Grünen, der Demokratischen Sozialisten und aus Alternativen Listen.

Seite 20

■ Schiller Dickhut (Mitglied der Gruppe „Revier“ und der bunten Liste Bielefeld) sieht angesichts der Haltung der Grünen für ein echtes Wahlbündnis keine Chance. Aber die Linke müsse zumindest darauf dringen, daß die Grünen ihre Liste wirklich öffnen, und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen akzeptieren. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt der Diskussionsbeitrag eines DS-Mitglieds aus Marburg. Er sieht für den Vorschlag einer neu zu gründenden Wahlpartei juristisch keine Chance.

Seiten 22 + 23

■ Gibt es eine neue Mehrheit? Willy Brandt hat nach der hessischen Landtagswahl den Begriff von der „neuen Mehrheit links von der CDU“ in die Welt gesetzt. Teils des grün-alternativen und linkssozialdemokratischen Spektrums schloßen sich Brandts Argumentation an und plädierten für ein Regierungsbündnis zwischen SPD und Grün-Alternativen. Aber ist das realistisch? Wird die SPD sich auf „Minimalforderungen“ der Grünen und Alternativen Listen einlassen, wie etwa die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ab 1984 oder den Ausstieg aus der Atomwirtschaft? Oder müssen die Grün-Alternativen erst einmal ihre Forderungen aufs SPD-Normalmaß zurückschrauben und zur alten Philosophie des „kleinen Übels“ (SPD unterstützt, um die CDU/CSU von der Macht fernzuhalten) zurückkehren?

Seite 21

■ Hamburg: SPD bricht Gespräche mit der GdL ab. Eine Probe aufs Exempel liefert die SPD in Hamburg. Dort steuert die Neuwahlen an, um sich mit der GdL, welche keinen Anspruch auf einen Einfluß in der Regierung hat, nicht arrangieren zu müssen, in der Hoffnung auf eine absolute Mehrheit. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die SPD einen massiven Einbruch ins Umfeld der GdL schaffen. Aber was passiert, wenn die Rechnung nicht aufgeht und das Ergebnis der Neuwahlen die bisherigen Verhältnisse ergibt?

Seite 16

Des Kaisers neue Kleider. SPD-Bürgermeister Dohnany hat in einem umfangreichen Papier die Positionen der SPD gegenüber der GdL festgeschrieben. Die SPD von links bis rechts lobt das Paar als großartigen Entwurf für die Reformpolitik der 80er Jahre. Wir stellen die wesentlichen Punkte des Dohnany-Papiers vor.

Seite 17

■ Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Zwei Landtagswahlen, bei denen die SPD vom Regierungswechsel in Bonn profitiert hat, zum Teil auf Kosten der Grünen. Im Hessen stehen sich mit dem total verhandlungsunwilligen Börner und den stramm Fundamentalkonpositionellen würdigen Gegner gegenüber. Börner ist allerdings einem Verhandlungsdruck aus seiner eigenen Partei und durch die objektiven Verhältnisse ausgesetzt. Ob es am Ende doch noch zu Gesprächen zwischen SPD und Grünen nach Hamburger Vorbild kommt? Wie lange wird es dauern, bis auch in Hessen Neuwahlen angesetzt werden?

Seite 18

■ Grüner Alleingang in Bremen. Hilfslosigkeit und Ohnmacht bei Bremens Linken angesichts der Bürgerstabswahlen im nächsten Jahr. Die Grünen (nicht zu verwechseln mit der ebenfalls kandidierenden, noch rechteren BGL um Olaf Dinné) wollen kein Wahlbündnis, sondern führen sich als stärkste der Partei'n. Verschiedene Linkskräfte würden ganz gern ein Wahlbündnis aufbauen, aber sie wissen noch nicht so recht wie. Als zusätzlicher Problempunkt erweist sich die Zusammenarbeit mit der DKP.

Seite 19

Fortf. v. Seite 1

Polen — Verschärfung des Kriegsrechts Solidarnosc verboten

Das neue Gewerkschaftsgesetz

Auch nach dem Militärputsch versuchten die Herrschenden Polens, die Solidarnosc zu spalten und relevante Teile für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Alle diese Versuche zu Bildung einer „Nationalen Front“ schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil das Militärregime weder politische noch soziale Zugeständnisse anbieten konnte. Offenkundig hat selbst die Zuspitzung der Auseinandersetzung bis hin zu Straßenschlachten nicht zu einer Isolierung der radikaleren Teile der Solidarnosc geführt. Seit den ersten militanten Auseinandersetzungen im August orientierte daher der Staatsapparat auf eine endgültige Zerschlagung der Solidarnosc. Ende September schrieb die Regierungzeitung „Rzeczpospolita“, es gebe keine Zukunft für Solidarnosc in Polen; Czerwinski, ZK-Sekretär, erklärte, man werde für eine „Wiedergeburt“ der Gewerkschaftsbewegung sorgen („faz“, 24.9.).

Die Kirche versuchte zunächst ein Verbot der Solidarnosc zu verhindern. Erzbischof Glemp warnte vor „sehr gefährlichen Ereignissen“, die durch ein Verbot ausgelöst werden könnten. Im Gespräch war eine Zusammenkunft von Glemp und Jaruzelski. Am 5. Oktober sagte Glemp dieses Treffen ab mit der Begründung, es gebe derzeit nichts zu besprechen. Damit ist es erstmals seit den Streiks 1980 zu einem offenen Bruch zwischen Staat und Kirche gekommen. Die Entscheidung Glemps, die Gespräche abzusprechen, wurde sicherlich mitbeeinflusst von der wachsenden Kritik an seinem Schoukalkurs. Einerseits wurde ihm vorgeworfen, „viel zu politisch“ aufzutreten, andererseits er „häufiger die Steine der Demonstrationen verurteilt als die Panzer und das Kriegsrecht der Generale“ („faz“, 6.10.). Die Politik des polnischen Episkopats, mäßigend auf das Militärregime einzuwirken, zugleich die Opposition ruhig zu halten und mit Jaruzelski zu verhandeln, ist auf ganzer Linie gescheitert.

Ebenso gescheitert ist der halbherzige Reformflugel innerhalb der PZP, dessen Sprachrohr, die „Polityka“, noch Ende September verdeckt kritisiert hatte, daß das Jaruzelski-Konzept der „Patriotischen Bewegung zur nationalen Wiedergeburt“ nicht alle großen Strömungen der Opposition einbinde, sondern nur die ohnehin regime-treuen Teile. („faz“, 2.10.).

Das neue Gewerkschaftsgesetz macht mit solchen Skrupeln kurzen Prozeß: Alle Gewerkschaften sind aufzulösen. In einem dreijährigen Prozeß sollen „von unten“ neue Gewerkschaftseinheiten aufgebaut werden, d.h. es wird auf ein bis zwei Jahre mindestens überhaupt keine Gewerkschaften, sondern nur Betriebsgruppen geben. Das Streikrecht wird massiv eingeschränkt und tendenziell beseitigt. Legal werden nur soziale Streiks sein, wenn alle Bemühungen zur Schlichtung gescheitert sind; politische und Solidaritätsstreiks werden verboten. („Welt“, „faz“, „faz“ vom 10.10.) Es mutet schon makaber an, wenn Politbüro-Mitglied Siwak und andere Funktionäre in Polen eine Aufhebung des Kriegsrechts in Aussicht stellen. Es ist unwahrscheinlich, daß das neue Gewerkschaftsgesetz die Spannungen in Polen lösen kann. Die soziale Lage der polnischen Arbeiterklasse verschlechtert sich von Tag zu Tag, jetzt sollen sogar die arbeitsfreien Samstage wieder aufgehoben werden. Und politische Freiheiten wird es eh nicht geben. Angenommen Jaruzelski ließe eine demokratische Aufbau neuer Gewerkschaften von unten zu. Dann gäbe es eine Neugründung der Solidarnosc oder jedenfalls eine höchst unbequeme Arbeitergewerkschaft. Aber dann ist natürlich überhaupt nicht gedacht, sondern an echte RgW-Gewerkschaften, deren Hauptfunktion im Abfassen von Großbotschaften an Parteitage und alterne KP-Chefs besteht. Deshalb sollen die neuen Gewerkschaften nicht wie die Solidarnosc regional und d.h. basisdemokratisch organisiert werden, sondern branchenmäßig. Dadurch werden regionale Aktionen erheblich erschwert, die Spaltung der Arbeiterklasse in Berufsbezüge gefördert. Diese Or-

ganisationsform erinnert eher an Ständeorganisationen als an eine Einheitsgewerkschaft. Und ist auch so gedacht.

Erste Reaktionen

Dank der Unterbrechung der Telefonleitungen ist das Ausmaß der Streiks schwer abzuschätzen. Sicher ist aber, daß es auf der Lenin-Werft in Gdansk zu Streiks kam. Ebenfalls zu Zusammenstößen kam es in anderen Küstenstädten. Nach einem offiziellen Bericht wurden 148 Menschen festgenommen. Für die Lenin-Werft wurde die Militarisierung verhängt, d.h. daß jeder Widerstand nach Kriegsrecht bestraft werden kann und Anweisungen der Direktion den Charakter militärischer Befehle haben. Das Werftgelände in Gdansk wurde von der Miliz abgeriegelt, und die ZOMO-Einheiten wurden an wichtigen Plätzen zusammengezogen.

Die Lenin-Werft scheint auch diesmal das Zentrum der Streiks gewesen zu sein. Die Miliztruppen haben anscheinend nicht gegen die Streikenden auf dem Werftgelände eingegriffen, sondern nur gegen die Demonstration vor der Werft, die mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergejagt wurde. Daraufhin kam es zu stundenlangen Straßenschlachten und Schmutzläufen. Auch in Nowa Huta gab es stundenlange Straßenschlachten.

Insgesamt fiel die Reaktion auf das

Verbot — bislang — eher schwach aus. Die Beteiligung an den Aktionen war anscheinend geringer als im August.

Westliche Sanktionen

Die beiden Hauptstützen der freien Welt, Ronald Reagan und der Papst, reagierten prompt. Der Papst klagte die „schwerwiegende Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen und der Gerechtigkeit“ an und versprach, die Kirche werde „die legitimen Rechte der arbeitenden Menschen verteidigen“. („faz“, 11.10.).

Handfester als der Papst reagierte Reagan: er will die sog. Meistbegünstigungsklausel im Handelsverkehr aufheben, was zur konkreten Folge hat, daß sich die Einfuhrzölle in die USA für Polen erhöhen. Aber die US-Regierung sei sich über den „weitgehend symbolischen“ Charakter dieser Strafmaßnahme im Klaren („faz“, 11.10.). Wie schon so oft scheitert die US-Sanktion an den verweichlichten Europäern, die wenig Neigung zeigen, sich den Sanktionen anzuschließen: „Die europäischen NATO-Länder ziehen aber auch die Umschuldungsverhandlungen der westlichen Banken mit Polen in Betracht. Sie befürchten, daß eine weitere Behinderung des Handels Polens mit dem Westen die Fähigkeit Warschaws zur Zahlung von Schuldzinsen und zur Tilgung seiner Verpflichtungen beeinträchtigt“ („faz“, 13.10.). In der Tat, und wo propagandistische Showeffekte das Geschäft bedrohen, entscheiden diese Kaufmannsgeister sich allemal für den Profit.

Spannend dürfte nun das Verhalten der CDU/CSU werden. In der Opposition wurden sie nicht müde, die Werbetrommeln für Sanktionen zu schlagen, schrien sich heiser, die SPD mache einen Kniefall vor Moskau, wenn sie sich den US-Sanktionen nicht anschliesse. Wohl wissend, daß die Folgen rein ideologisch blieben, weil die EG gar nicht daran dachte, ihren ökonomischen Einfluß auf den RgW ernsthaft zu schwächen. Nun stehen sie an der Macht, und es ist kaum zu erwarten, daß sie ihre wortradikalen Sanktionen realisieren. Genscher äußerte zwar die „Besorgnisse“ der Bundesregierung über die unerhörte Zuspitzung in Polen, aber außer diplomatischen Floskeln kündigte er keine Maßnahmen an.

Der Streit zwischen den USA und der EG um Sanktionen gegen den RgW und gegen Polen im besonderen wird auch weiterhin in erster Linie ideologische Bedeutung haben. Die an Polen verlebenden Milliarden will niemand ernsthaft auf Spiel setzen, auch nicht die Amerikaner. Es „besteht in Washington keine Absicht, den Forderungen einiger radikaler Beamter, vor allem aus dem Verteidigungsministerium, zu folgen und Polen für bankrott zu erklären“ („faz“, 11.10.).

Daß sich nun Solidarnosc freiwillig auflösen werde, glaubt sicher niemand. Entweder die polnische Regierung versucht neben der im Untergrund aktiven Solidarnosc eine staatsloyale Gewerkschaft ins Leben zu rufen, oder sie verschärft erheblich die Repression. Nun haben namhafte Vertreter des Militärregimes Lockerungen des Kriegsrechts angekündigt, wie etwa die Freilassung weiterer Internierter, und davon gesprochen, die „Wiedergeburt“ der Gewerkschaftsbewegung könne nur in einem Klima der Lockerung und schließlich Aufhebung des Kriegsrechts Erfolg haben. Aber genau das ist völlig unrealistisch, eben weil sich die Solidarnosc nicht einfach auflösen läßt. Es wird also weiterhin Untergrundarbeit und Aktionen geben, und Jaruzelski wird die Standardargumentation wiederholen, die Unvernunft der Opposition verhindere die Aufhebung des Kriegsrechts. Vordergründig erreicht hat das neue Gewerkschaftsgesetz nur die Desillusionierung der Reformer, der Kräfte des Historischen Kompromisses, der Nationalen Versöhnung. Es sollte uns nicht wundern, wenn diese Entwicklung eher die radikalen Strömungen in der Solidarnosc stärkt.

Mit Repressionen allein wurde noch keine Volksbewegung geschlagen, und für das Zuckerbrot, die Zugeständnisse, fehlt der Spielraum weiterhin. Im Osten nichts neues...
J./Hamburg

Am 29. Januar '83: Demonstrationen gegen Neonazismus und CDU/CSU-Regierung

Am 30. Januar wird der 50. Jahrestag der „Machtübernahme“ durch die NSDAP sein. Nach den konservativen Übergangsregierungen Brüning, Papen und Schleicher wurde Hitler am 30. Januar zum Reichskanzler ernannt. Die NSDAP verfügte damals nur über 196 von 584 Mandaten im Reichstag, war also auf Tolerierung durch die Konservativen und andere Rechte angewiesen. Es wurden Neuwahlen zum 5. März 1933 angesetzt. Diese Wahlen fanden bereits unter starkem Terror von Nazis und Polizei statt. Der Reichstagsbrand am 27. Februar schuf den Vorwand, noch in derselben Nacht Tausende von Kommunisten festzunehmen und in Konzentrationslager zu verschleppen. Die unter diesen Bedingungen veranstalteten Wahlen brachten der NSDAP 44 % — was Hitler dann noch an Stimmen fehlte, um die totale Diktatur auf „legalem Weg“ zu errichten, verschafften ihm die anderen Rechtsparteien.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages wird zu Demonstrationen in Hamburg, Köln, Frankfurt und München am 29. Januar aufgerufen. Die Erstunterzeichner des Aufrufs kommen überwiegend aus dem Spektrum der DKP und der von ihr kontrollierten Verbände, jedoch sind auch namhafte Vertreter anderer Richtungen unter den Unterzeichnern.

Der Aufruf wurde noch vor dem Regierungswechsel in Bonn verfaßt und publiziert, durch den Gang der Ereignisse bekommt er zusätzliche Aktualität. Auch wenn der Aufruf die Rolle der SPD für eine drohende „Wiederholung eines solchen Verhältnisses“ im Unklaren läßt, auch wenn der Aufruf sich damit zunächst nur an ein eingeschränktes Spektrum wendet, halten wir ihn in seiner grundsätzlichen Ausrichtung der Warnung vor einem neuen Faschismus in der BRD für unbedingt unterstützenswert. Der Machtantritt der CDU/CSU, die sich mit ihrem jetzigen reaktionären Programm nur als Übergangsregierung zu einem noch schärferen Rechtskurs versteht, gibt allen solchen Warnungen eine aktuelle Brisanz, die bei aller notwendigen Auseinandersetzung um den weiteren Weg ein Zusammengehen der demokratischen und antifaschistischen Kräfte erfordert.

Wir unterstützen deshalb den Aufruf und werden unseren Beitrag leisten, um die angekündigten Demonstrationen zu breiten politischen Manifestationen gegen die Offensive von Rechts zu machen — ohne dabei die SPD aus der Verantwortung zu lassen. Im übrigen schlagen wir vor, die Demonstrationen am 29.1.83 zum Anlaß für vielfältige Aktivitäten 'vor Ort' zu nehmen (Antifaschistische Ausstellungen, — Ausstellungen — Tage — Wochen usw. vor dem 29.).

AK-Redaktion und Antifa-Kommission

PERSONLICHKEITEN UND REPRÄSENTANTEN VON ORGANISATIONEN UND INITIATIVEN, DIE BISHER UNTERSCHRIEBEN HABEN:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Heinrich Albertz; Kurt Bachmann, Mitgl. d. Präsid. d. VVN-BdA; d. FIR u. d. Präsid. d. DKP; Dr. Winfried Beck, Ärzte gegen Atomraketen, Delegierter i.d. Landesärztekammer Hessen; Fritz Bringmann, Vors. d. Arb.Gemein. Neugamme in d. BRD; Generalsekr. d. Amicale Internationale de Neugamme; Klaus D. Buße, 1. Sprecher des Werkskisses Literatur der Arbeitswelt; Emil Carlsbach, 1. Vizepräsident d. Internat. Buchenwald-Komitees, Mitgl. d. Bundesvorstandes d. Deutschen Journalisten-Union; Peter O. Chotjewitz, stellv. Bundesvors. d. Verbandes Deutscher Schriftsteller i.d. IG Druck; Manfred Coppel, MdB; Günter Walter Daus, Sekr. d. Komitees d. Moorsoldaten, Mitgl. d. Präsid. d. VVN-BdA; Franz-Josef Degenhardt; Dieter Deiseroth, Jus.-Landesvorstand Hessen; Ingeborg Drawitz, Vizepräsidentin d. PEN Zentrums BRD; Dr. Heinz Düx, Vors. Richter am Oberlandesgericht; Bernd Engmann; Dr. Konrad Ehlsässer, Pfarrer, Vors. d. Christl. Friedensdienstes; Kurt Erlebach, Generalsekr. d. VVN-BdA; Prof. Dr. Walter Fabian, Hochschullehrer, Publizist; Anatol Feid, Dominikanerpater; Uwe Frankenberger, Bezirksvors. SJD-Die Falken Hessen-Nord; d. Heilick, Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands; Kurt Georgi; Peter Ginkold, Vorstandsmitgl. d. Internat. Auschwitz-Komitee; Christian Götz, Gewerkschaftssek. d. Dieter Hashagen, Betriebsrat (GHK); Jürgen Heilmann, Mitgl. d. Bundesvorstandes d. Internat. Jugendgemeinschaftsdienste Bonn (JGD); Detlef Henrich, Gewerkschaftssek.; Kurt Hirsch, Publizist, PDI; Friedrich Hitzler, Schriftsteller, Redakteur von „Kurbisern“; Heinz Gerd Hofschneider, Mitgl. d. Jus.-LV Bremen; Dr. Werner Holtorf, Rechtsanwalt, Bundesvor. d. Republik. Anwaltsvereins; Mechthild Jansen, Mitgl. d. Büros d. Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Hans Jennes, stellv. Präsident d. VVN-BdA; Christoph Jetter, Gewerkschaftssek.; Ernst Kersting, Landesbezirksvors. d. IG Druck; Heiner Kipphardt, Schriftsteller; Dietmar Klein, Ortssek. GDED OV Ffm.; Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator a. D.; Bundesvor. d. Humanistischen Union; Uwe Krickhahn, MSB-Vors.; Reinhold Koch, Kreisvorsitz. Die Grünen Bremen-Nord; Dr. theol. Werner Koch, Präsident d. Sachsenhausen-Komitees i.d. BRD; Prof. Dr. Walter Kreck, Theologe; Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Vorstandsmitgl. d. Bundesdemokr. Wissenschaftler; Prof. Ingrid Kurz; Jürgen Kujawa, Betriebsrat; Konrad Lübbert, Pastor, Versöhnungsbund a.V.; Werner Lutz, Bundesvor. d. DJD; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvor. IG Druck; Klaus Mannhardt, Bundesvors. ÖFG/VK; Gunter Matthies, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Gertrud Müller, Sprecherin d. Lagergem. Ravensbrück d. BRD; Petra Müller, Bez.-Vorst. d. Jusos Hessen-Süd; Dr. Reinhard Opitz, Publizist; Norman Pasch, Vors. d. Vereinig. demokr. Juristen i.d. BRD u. Westberlin; Prof. Dr. Renate Riemack; Luise Rinow, Schriftstellerin; Dr. Joseph C. Rossaint, Präsident d. VVN-BdA; Erich Ruhl, Betriebsratsvors.; Joachim Schwammhorn, Bundessek. d. VDJ i.d. BRD u. Westberlin; Frank Spieth, Gewerkschaftssek.; Eckert Spoo, Bundesvors. d. dju i.d. IG Druck; Helmut Stein, Mitgl. d. Präsid. d. VVN-BdA; Bernhard Stöver, Geschäftsführer HBV Ffm.; Alois Stoff, Betriebsratsvors.; 1. Vors. ÖFG/VK NRW; Karl Heinz Stommel, Betriebsratsvors. b. Mannesmann; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Hochschullehrer; Werner Stürmann, Bundesvors. SDJ; Horst Symonowski, Pfarrer i.R.; Klaus Thüsing, MdB; Horst Trapp, Mitgl. d. Bundesvorst. d. DJD; Ernst Urban; Walter Vogt, Gewerkschaftssek.; Gerhard Weber, Vors. d. Ges. BRD/UDSSR Hamburg; Josef Weber, Oberst a.D.; Walter Weller, Gewerkschaftssek.; IGM; Ralf Wörning, Betriebsr., stellv. Vors. d. Jusos Wuppertal; Heinz Werner Wurstius, Bezirkssek. IG Druck; Wolfgang Zellner, Bundesvors. SHB.

NIE WIEDER FASCHISMUS — NIE WIEDER KRIEG!

AUFRUF
30. Januar 1933 — 30. Januar 1983

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von den Vertretern der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

Er verschlug als erstes die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, bemaßte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen.

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des „Ostraums“.

Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren das Fanal für den Zweiten Weltkrieg. Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalshafte Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhältnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Des in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszurotten. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den dreißiger Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild. In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend.

38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen. Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem widersprechenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf,

am Samstag, den 29. Januar 1983,
in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München

in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,
- gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,
- gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,
- für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HJAG und die Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung,
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,
- für Abrüstung und Friedenspolitik!

Frankfurt am Main, den 15.7.1982

Die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in der BRD — Wie, Wo, Wann?

Fortf. v. Seite 1

In der BRD-Generalkarte Atomwaffen, die in der „faz“ vom 18.6.81 mit einer umfangreichen Dokumentation veröffentlicht wurde, sind diese Orte entsprechend eingezeichnet, statt Hahn ist dort Bitburg als CM-Stationierungsort angegeben. (s. auch den Nachdruck in AK 204, vom 22.6.81, S.4) Als Stationierungsorte für die Pershing II werden Neckarsum, Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm genannt, wo derzeit die 108 Pershing in der USA stationiert sind, die durch 108 Pershing II ersetzt werden sollen. Die Stationierungsorte waren bereits 1980 festgelegt worden (wie die „Welt“ vom 9.12.80 berichtete), u.z. für Großbritannien, die BRD und „dem Vernehmen nach für Italien“. Die britische Regierung hatte „ihre“ Standorte (Molesworth und Greenham Common) bereits damals im Rahmen einer öffentlich verteilten Broschüre bekanntgemacht, der Kriegsminister persönlich hatte vor Ort zur Begeisterung der „Welt“ schon mit 200 neuen Arbeitsplätzen geworben. Die übliche Geheimhaltungspolitik in der BRD, so mutmaßte die „Welt“ schon damals, könne nur Unheil bringen (s. Kasten).

Bereits 1980 verfügte die BRD über alle Kenntnisse, wie, wo und wann die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vonstatten gehen sollte. Schon damals befürchtete Springer-„Welt“ (9.12.), daß aus der Geheimhaltungs-Politik der BRD nur Unheil folgen könne: „Bislang folgt sie ihrem gewohnten Kurs: Standorte von Atomwaffen werden nicht öffentlich bekannt gemacht. Experten aber glauben, daß es völlig unmöglich sein wird, die zur Aufnahme der Marschflugkörper in der Bundesrepublik nötigen Baumaßnahmen geheimzuhalten. Irrenden Intervenienten wird es schon geben, der entsprechende Meldungen in die Öffentlichkeit lancieren wird. Dann aber muß die Bundesregierung mit größter Wahrscheinlichkeit eine Informationspolitik betreiben nach dem Motto: „löschen, was noch zu löschen ist. Muß es soweit kommen?“

Antwort des AK: Ja, es geht genau dem Motto „löschen, was noch zu löschen ist. Muß es soweit kommen?“

Antwort des AK: Ja, es geht gerade los damit!

Theo Sommer polemisierte seinerzeit in der „Zeit“ (am 27.2.81: „ein faden-scheiniger Knüller“) gegen die „Stern“-Veröffentlichung und behauptete u.a., daß statt „auf fünf bis sieben US-Camps“ („Stern“-Version) die 96 Cruise missiles in der BRD „auf viel weniger Plätzen konzentriert“ würden. Der „Stern“ antwortete darauf, daß er diese Angaben der US-Fachzeitschrift „Aviation Week“ entnommen habe und kritisierte, daß Sommer gar keine Zahlen nenne. Sommer erklärte dazu: „Die genaue Zahl unterliegt der Geheimhaltung höchsten Grades“ (alle Angaben aus „Zeit“, vom 20.3.81).

Kürzlich berichtete der „Stern“ (am 8.9.82) in Berufung auf den Militärspezialisten William Arkin vom Washingtoner Institute für Policy Studies, daß als offenbar einziger Stationierungsort das sog. „Pfadfinder-Camp“ bei Wiersdorf nahe bei Bitburg in der Eifel vorgesehen sei. Als Quelle gibt er US-Haushaltsangaben an, da solche Dinge im US-Kongress offen gehandelt würden. Bevor wir auf die Standorte bei Bit-

burg, die dabei eine Rolle spielen (können), genauer eingehen, wollen wir erst einmal die Funktion solcher Cruise missiles-Geschwader darlegen.

Jeweils 16 CM sind zu einem Geschwader bzw. einer Kompanie zusammengefaßt. Bei 160 CM für Großbritannien sind das 10 Geschwader, bei 96 für die BRD müßten es 6 sein, aber es werden regelmäßig 7 Geschwader genannt (danach sollen wir mit 112 CM „gesegnet“ werden). In den Standorten in Großbritannien werden grasbedeckte Bunker, die durch feste Straßen verbunden sind, als Unterkünfte gebaut („Welt“, 9.12.80). Laut „Aviation Week and Space Technology“ (vom März 82) soll es in den Stationierungsorten feste Abschubrampen geben. Zusätzlich hat jede Kompanie 4 Werfer („Transporter Erector Launcher“ (TEL)) (s. Abbildung), in denen je 4 CM untergebracht sind. Damit können die CM (bis zu 16 gleichzeitig) dann von allen möglichen Standorten aus abgeschossen werden. Zu jeder Kompanie gehören neben den 4 TEL 2 weitere schwere Fahrzeuge, die selbst in atomar verseuchtem Gebiet operieren können sollen. Dies sind die sog. „launch control center“, die die Nachrichtenverbindungen mit Kommandozentralen, Satelliten und dem US-Präsidenten halten sollen; gleichzeitig sind entsprechende Turbinengeneratoren als Energieeinheiten dabei. Insgesamt mit Wachmannschaften etc. hat ein Geschwader 60 Mann Personal und 30 Fahrzeuge (zit. nach „FAZ“, vom 29.3.82). Die 137 TEL und 79 LCC-Zugmaschinen baut MAN in Salzgitter bzw. in ihrer neuen US-Firma „MAN-Truck and Bus-Corp.“ (in Cleveland/USA). Insgesamt (auch für die Pershing II) liefert MAN sogar 465 Zugmaschinen (Kosten: 160 Mio. DM) (s. Zeichnung, nach „UZ“, 28.1.82). In Friedenszeiten rücken diese Fahrzeuge zwar häufig zu Übungen aus, dann sollen aber lediglich „Dummies“, Attrappen ohne Sprengkopf und ohne Treibstoff verwendet werden. In Krisenzeiten — so heißt es in der offiziellen Londoner Broschüre — „verlassen die Werferkompanien ihren verbunkerten Standort und beziehen Stellungen in der näheren und weiteren Umgebung... Diese Stellungen werden schon in Friedenszeiten vermessen. Die Jerkompanien ihren verbunkerten Standort und beziehen Stellungen in der näheren und weiteren Umgebung... Diese Stellungen werden schon in Friedenszeiten vermessen. Es gibt mehrere für die Einheiten, damit sie gewechselt und von der gegnerischen Aufklärung nicht ausgemacht werden können“ (zit. nach „Welt“, 9.12.80) Während bei den Pershing II die Abschuborte nur „einige Dutzend“ Kilometer vom Stationierungsort entfernt liegen, können sie bei den CM bis zu 160 km entfernt liegen (nach „UZ“, s.o.). Interessant ist dabei, daß die 15,39 Meter langen und 10 Tonnen schweren Zugmaschinen so (um)konstruiert worden sind, daß sie „luftverladbar“ sind, also mit Lufttransportern zu ihren Einsatzorten geflogen werden können („UZ“, s.o.). Insgesamt werden für Großbritannien 2000 Mann Personal (+ Angehörige) („Welt“, s.o.) angegeben, für die BRD 1500, zu denen dann noch einmal 1200 Angehörige kommen („Stern“, s.o.). Die Pershing II sind i.d. dem Heer unterstellt, während die CM-Geschwader zur Luftwaffe gehören.

Nach diesen Angaben läßt sich auch angeben, was zur Cruise missiles Stationierung erforderlich ist:

1. Unterbringungsmöglichkeiten für 1200 Familienangehörige
2. Kasernen für 1200 Mann
3. Bunkeranlagen für die festen Stationierungsorte der CM

4. Alles muß in der Nähe oder auf US-Flugplätzen geschehen, auf denen auch schwere Transporter landen können

Interessant ist dabei auch der Hinweis eines hohen US-Beamten, daß in der BRD „wenig zu tun“ sei, d.h. also vorhandene Einrichtungen benutzt werden sollen. (Diese Angabe wurde in Schottland am Rande einer Tagung der Nuclear Planning Gruppe der NATO gemacht (lt. „UZ“, vom 22.10.81)) Die Pershing II-Raketen, die die Pershing II ersetzen, werden auf die alten Standorte gebracht, das heißt neue Baumaßnahmen sind dort nicht erforderlich.

Der Stationierungsfahrplan

Der Stationierungsfahrplan

Unter dem Code-Wort „Air-Force Base Wiersdorf“ laufe im Washingtoner Kriegsministerium der „Countdown“ für das brisante Projekt, schrieb der „Stern“ (am 8.9.82). Mit 200 Mio. Dollar solle eine völlig neue Basis samt Unterkünften aus dem Boden gestampft werden. Für das Haushaltsjahr 1983 seien 40 Mio. Dollar vorgesehen. Die BRD schiesse 18 Mio. DM für Straßenbau, Abwasseranlagen, Elektrizitätsleitungen etc. hinzu. Nach dem Zeitplan des „Stern“ kann als durchaus realistisch angesehen werden, obwohl es dazu unterschiedliche Aussagen gibt: Den holländischen Friedenskämpfern vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) versicherte NATO-General-Sekretär Luns erst kürzlich wieder (s.dazu Artikel in diesem AK), daß gleichzeitig in Italien, Großbritannien und der BRD, und zwar 1983, stationiert würde.

In anderen Quelle heißt es aber, daß im Dezember 1983 zunächst in Großbritannien stationiert werden soll. Die „FAZ“ (vom 29.3.82) schreibt, daß der Start der Stationierung im Dezember 83 mit 54 Cruise missiles in Großbritannien wird, im Herbst 81 habe die englische Regierung diese „Vorreiterrolle zugesagt“ (s.o.). Das hängt mit zwei Dingen zusammen: Nicht nur die Kosten für die Cruise missiles haben sich inzwischen bereits von 2 auf über 4 Mio. Dollar pro Stück erhöht, sondern auch die ganze Erprobung hat sich (technisch) erheblich verzögert: Die Pershing II sind auf keinen Fall einsatzbereit. Der erste, bereits

stark verspätete Startversuch im Juni dieses Jahres scheiterte kläglich. Auch bei den Cruise missiles ist das Programm nicht fertig (genaue Angaben finden sich im AK 219, S.15/16: „Kommt ein Moratorium?“, sie sollen hier nicht in den Einzelheiten wiederholt werden). Um den öffentlich verkündeten Fahrplan, die Drohung, ab 83 zu stationieren, einzubahlen, müssen zumindest einige Cruise missiles nach Europa 1983. Dazu schrieb die „FAZ“ (am 24.3.82), daß neben den vorgesehenen 300 Mio. weitere 80 Mio. Dollar für die CM-Erprobung freigegeben worden, wobei man sich ganz auf die 54 Cruise missiles für Großbritannien „konzentriert“.

Selbst wenn die Waffen (technisch) dann noch nicht voll einsatzfähig sein sollten, ihre Drohfunktion und politische Funktion im atomaren Pokerspiel könnten sie bereits allemal übernehmen.

Selbst wenn die Waffen (technisch) dann noch nicht voll einsatzfähig sein sollten, ihre Drohfunktion und politische Funktion im atomaren Pokerspiel könnten sie bereits allemal übernehmen. Zudem müsse der Ausbau der Stellungen vorangetrieben werden, schrieb die „FAZ“ (am 29.3.82), dies sei „nicht ohne langwierige Vorbereitungen möglich“. Außerdem erhielten die Waffen „ihren Wert ... aber erst, wenn ihr Fachpersonal ausgebildet ist. Die Truppe muß feldverwendungsfähig sein. Die zögernden NATO-Verbündeten sollten bedenken, daß die Heranbildung dieser Sonderverbände Zeit kostet. Eine sorgfältige Zeitplanung von Produktion und Ausbildung ist notwendig.“ Auf deutsch: Die Stationierung muß schon deshalb vorangetrieben werden, damit die Truppen sich auf ihre Funktionen einüben können, denn erst danach sind die Waffen voll verwendungsfähig. Wegen der nicht mehr zu vermeidenden Verzögerung bei den Pershing II wurde schon vor einiger Zeit von Regierungskreisen geäußert die Möglichkeit eines Moratoriums bei diesen Waffen in die Öffentlichkeit gestreut (s.dazu ausführlicher in AK 219, s.o.).

Das „Pfadfinderlager“ — Spangdahlem und Bitburg

Wiersdorf ist ein kleines Dorf 6 km nordwestlich von Bitburg, das von der Landwirtschaft und Feriengästen lebt. Der Geroldsteiner CDU-Bundestagsabgeordnete und „Wehrexperte“ Mertes (jetzt zu neuen Amt und Würden gelangt) hatte auf den „Stern“-Bericht hin erklärt, daß es sich um „Spekulationen mit geringstem Wahrscheinlichkeitsgrad“ handle, dies sei lediglich eine „Versicherungskampagne“. Doch tatsächlich befindet sich 4 km von Wiersdorf entfernt das sog. Pfadfinderlager, nämlich das „Camp Rittersdorf - Scout Facility“ mit dem Schild „US-Eigentum“ am Eingang.

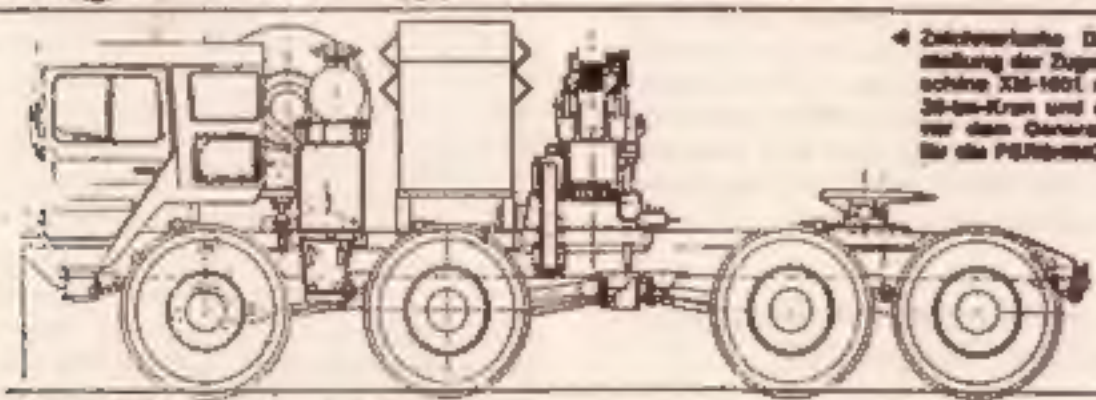
gegenwärtig Übungsgelände für US-Pfadfindertuppen. Auf der Rückseite sieht man riesige Bunkeranlagen mit hohen Einfahrtstoren, Anlagen, die zur Zeit nicht benutzt werden, die allerdings ohne großen Aufwand als Bunker für die CM umfunktioniert werden könnten. (Angaben mit Fotos befinden sich dazu im „Regionalblatt“ vom 8.10.82) Aus „vertraulichen“ Quellen, so vermeidet die „faz“ (am 16.10.82), sei bekannt geworden, daß Ingenieure des Staatsbauamtes Trier-Süd seit einiger Zeit an konkreten Plänen für die Infrastruktur (Wohnhäuser, Straßen) arbeiteten. Interessant ist auch, daß bei dem US-Flugplatz Spangdahlem, der jetzt schon 500 ha umfaßt, seit einiger Zeit Erweiterungsmaßnahmen im Gange sind, die entweder mit der Erweiterung des Flughafens oder mit der CM-Stationierung in Verbindung stehen (so mutmaßte die Friedensgruppe „Zeit“ Erweiterungsmaßnahmen im Gange sind, die entweder mit der Erweiterung des Flughafens oder mit der CM-Stationierung in Verbindung stehen (so mutmaßte die Friedensgruppe

Zeit Erweiterungsmaßnahmen im Gange sind, die entweder mit der Erweiterung des Flughafens oder mit der CM-Stationierung in Verbindung stehen (so mutmaßte die Friedensgruppe Bitburg in einem Artikel der Trierer „katz“ (Ferienausgabe)). Das Gelände soll um 25 - 30 ha erweitert werden, es würden bereits Kabel vom Flugplatz aus dahin verlegt, bei 1,5 ha würden sich die Eigentümer allerdings weigern, ihr Gelände zu verkaufen. Die Enteignungsverfahren seien zwar eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Dieses Gelände soll Sportanlagen, einen Supermarkt und ähnliches aufnehmen, die sich bislang im Inneren des US-Geländes befinden. Wofür soll nun der Flugplatz erweitert bzw. im Inneren Platz geschaffen werden? Für CM-Bunkeranlagen? Für eine Vergrößerung des Flughafens? Offensichtlich sind noch weitere Ausdehnungen vorgesehen, denn die US-Kommandeure wollen, daß die neue Umgehungsstraße für Spangdahlem weiter weg vom Flughafen, näher an die Stadt heran verlegt wird. Abgestimmt hingegen dürfte es sein, daß dieser Ort jetzt eine Umgehungsstraße bekommt.

Auch in der Pfalz bei Haßloch und Ramstein, im Ober-Ohrmer Wald bei Mainz am Hahnenkreuz im Westerwald und beim US-Flughafen Hahn im Hunsrück will das „Regionalblatt“ (s.o.) Bunkerbauten ausgemacht haben.

Die beiden Bitburger Friedensgruppen haben inzwischen eine gemeinsame Diskussion und Arbeit auch mit anderen Gruppen aufgenommen. Am 4.-7.11. soll vor dem Bonner Kriegsministerium eine Mahnwache aufgezogen werden, am 17.11. soll in Bitburg (oder auf dem angegebenen Gelände) ein Aktionstag mit Kundgebung und ggf. einer Demonstration regional durchgeführt werden („faz“, s.o.)

Kontaktadressen sind: Friedenszentrum Palaststr.3, 55 Trier, Tel.: 0651/40141 Friedensgruppe Bitburg, Ulla Franz, Kaschenbacherstr. 1, 5521 Niederweis, Tel.: 06568/7309



4 Zeichnerische Darstellung der Zugmaschine Z32-1601 mit 30-tm-Kran und der von dem Generator für die Pershing II

Faschistische Attentate von Bologna, München u.a. — der Staat ist immer dabei

Attentäter von Bologna ein Agent des BKA?

Erneut ist einer der westdeutschen „Dienste“ — in diesem Fall das BUNDESKRIMINALAMT — in ein faschistisches Verbrechen verwickelt. Der westdeutsche Nazi, Führungskader der „WELTUNION der NATIONALSOZIALISTEN“ (WUNS), Putschist in Bolivien und BKA-Agent in Sachen internationaler Drogenhandel, Joachim Fiebelkorn (35), soll nach Ansicht der italienischen Polizei einer der 5 Attentäter sein, die für das Massaker von Bologna am 2.8.1980 verantwortlich sind. Einen Tag nach Ferienbeginn kamen durch eine im Hauptbahnhof von Bologna detonierte Bombe 85 Menschen ums Leben, über 200 wurden verletzt.

Nach Aussagen des italienischen Faschisten, Geheimdienstagenten und Mitglied der berüchtigten Freimaurerloge „P 2“, Elio Ciolini, sollen die Faschisten Stefano Delle Chiaie, Pierluigi Pagliai, Maurizio Giorgi (alle Italien), der Franzose Olivier Dante und eben Joachim Fiebelkorn das Attentat im Auftrag des mittlerweile inhaftierten Chefs der „P 2“, Licio Gelli, verübt haben. Daß Fiebelkorn zumindest bei einer Konferenz rechter Terroristen in Rom im Jahr 1980 dabei gewesen ist, dafür führt der verantwortliche Untersuchungsrichter Aldo Gentile auch einen Hinweis aus westdeutschen Geheimdienstkreisen an.

Angeblieh hat Fiebelkorn über Bekannte aus der Zeitung von dem gegen ihn am 12.9. in Italien ausgeteilten Haftbefehl erfahren. Nach einem Rückruf beim Bundeskriminalamt stellte sich Fiebelkorn den westdeutschen Behörden. Das zu diesem Zeitpunkt per Kurier den westdeutschen Behörden vorgelegte und ausdrücklich als noch nicht vollständig gekennzeichnetes Material reicht dem zuständigen Haftrichter Ulrich allerdings nicht aus, den in der BRD ohne festen Wohnsitz lebenden Fiebelkorn in Haft zu nehmen. Stattdessen erfolgte nach Bekanntwerden der Tätigkeit Fiebelkorns fürs BKA die eilige Behauptung, Fiebelkorns Freilassung habe nichts mit seiner BKA-Tätigkeit zu tun. Unabhängig von der konkreten Teilbeteiligung Fiebelkorns am Massaker von Bologna — die die westdeutsche Justiz offenbar nicht klären will — erbeutet der Fall Fiebelkorn schlagartig die sonst sorgfältig verborgenen Querverbindungen zwischen offiziellem Repressionsapparat und terroristischen Nazi-Banden bis hinein in die Kreise des internationalen Drogenhandels. Die Abwertung des ermittelnden Oberstaatsanwalts Guido Marino, sowie der Untersuchungsrichter Aldo Gentile und Angelo Vella, macht auch deutlich, daß auch in Italien an einer allzu forschen Aufdeckung derartiger Zusammenhänge kein offizielles Interesse besteht.

Die Aussagen des Elio Ciolini

Wesentliche Grundlage für die am 12.9.82 erlassenen Haftbefehle gegen die 5 Faschisten sind die Aussagen des Elio Ciolini, die dieser seit November 1981 Stück für Stück machte. Ciolini ist Faschist und war längere Zeit in Bolivien, wo er offenbar mit Fiebelkorn und Delle Chiaie kooperierte. Darüber hinaus ist er Mitglied der P 2 und arbeitet auch mit dem italienischen Geheimdienst zusammen. Unklar ist nur, ob Ciolini erst nach seiner Verhaftung wegen Betrugs zum „Kronzeugen“ avancierte oder ob er schon zuvor in dieser Grauzone tätig war.

Ciolinis Aussagen zufolge soll der Chef der P 2, Licio Gelli, im April 1980 auf einer Sitzung der P 2-Loge „Monte Carlo“ dem italienischen Faschisten Stefano Delle Chiaie den Auftrag zum Attentat von Bologna gegeben haben. 20 Tage vor dem Attentat sollen sich — so eine weitere Aussage Ciolinis — führende westeuropäische Faschisten in Rom getroffen haben: Delle Chiaie, Joachim Fiebelkorn, Olivier Dante, Pierluigi Pagliai alias Bonomi und Maurizio Giorgi. Außer den Aussagen Ciolinis gibt es noch weitere Indizien dafür, daß Anfang 1980 in diesem Kreis nicht nur über den Anschlag von

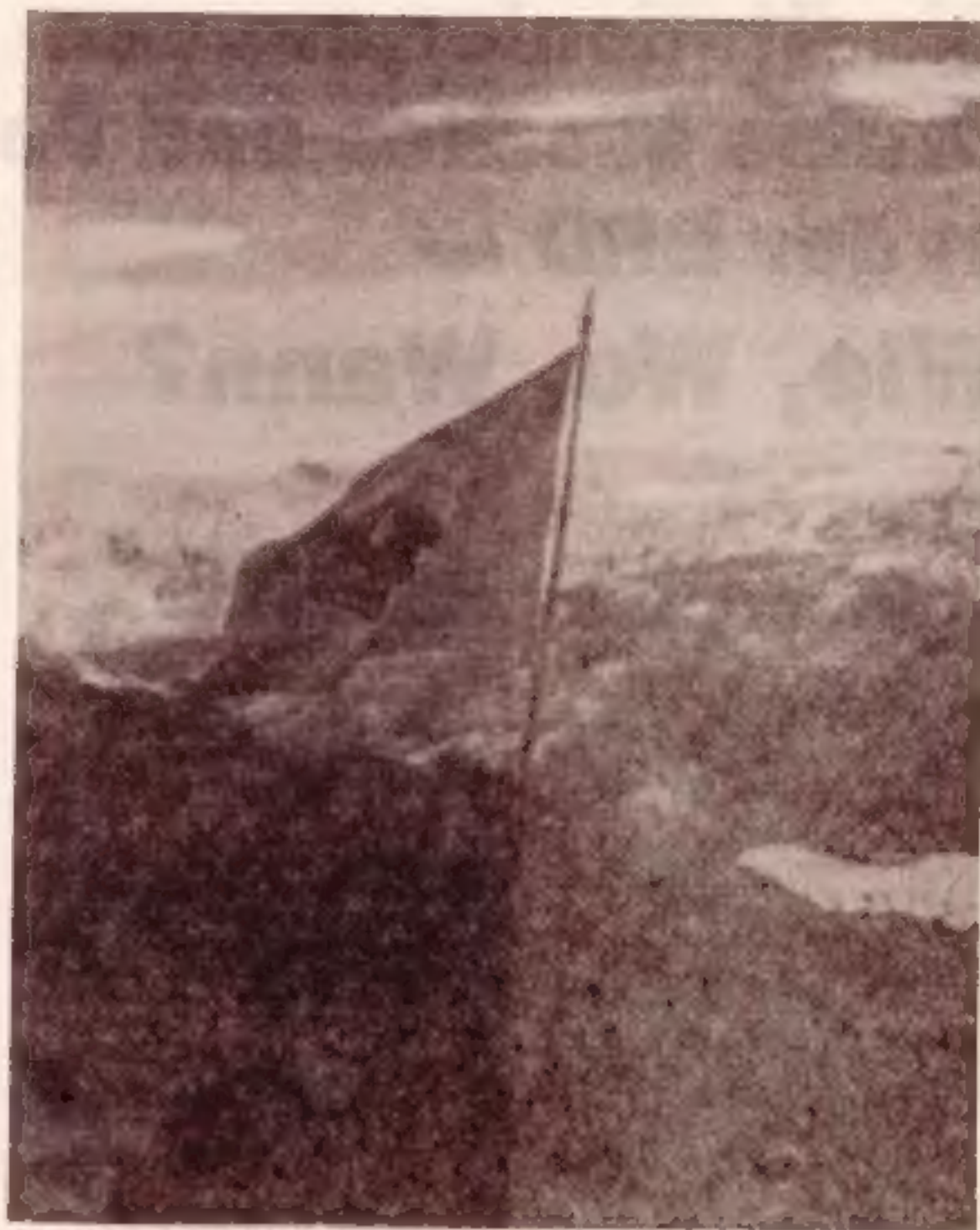
Bologna diskutiert wurde. So berichtete der PLO-Funktionär Abu Ijad kurz nach dem Blutbad von Bologna, 4 Deutsche seien Anfang Juni 1980 auf dem Beirut Flughafen festgenommen worden. Diese hätten im anschließenden Verhör, bei dem Mitglieder des italienischen Geheimdienstes anwesend waren, ausgesagt, ein großes Attentat in Bologna stünde in Vorbereitung (AK 206). Ein Jahr später erklärte ein Sprecher der rechten libanesischen Streitkräfte, es gebe eine Verbindung zwischen den beiden Explosionen von München und Bologna (HAZ, 26.6.81). Ohne Zweifel handelt es sich bei den Informanten sowohl der PLO als auch der libanesischen Faschisten jeweils um Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die sich damals im Libanon aufhielten und unter merkwürdigen Umständen dort mehrfach die Fronten wechselten.

Es bleibt dem Leser überlassen, welche Schlussfolgerungen für das 7 Wochen nach dem Anschlag von Bologna erfolgte Münchner Attentat er ziehen mag. Fakt jedenfalls ist, daß 3 Mitglieder der von westdeutschen Behörden nicht verfolgten WSG-Ausland (Libanon-Zweig der WSG-Hoffmann) Anfang 1982 in Italien auftauchten. Einer von ihnen, ein gewisser Bojarski, wurde nach einer Meldung der „TAZ“ (17.3.82) den westdeutschen Behörden

ausgeliefert, weil gegen ihn im Zusammenhang mit München ermittelt wurde — Ergebnis negativ. Der damalige Dritte, Leroy Paul, der der italienischen Polizei entwich, wurde später in Belgien gefaßt und in die BRD abgeschoben. Er soll im Libanon den Nazi Kay-Uwe Bergmann wegen „Disziplinlosigkeit“ ermordet haben.

Doch zurück zu den Ermittlungen im Fall Bologna: Aufgrund der Aussagen Ciolinis wurden gegen 5 Faschisten Haftbefehle erlassen. Offenbar wird ihnen im wesentlichen die Planung und konkrete Organisation des Attentats zur Last gelegt, weniger das Deponieren der Bombe selbst. Dies soll nach unterschiedlichen Meldungen der Presse im Sommer 1982 durch ein oder zwei Westdeutsche geschehen sein. Von den Fünfen befinden sich Maurizio Giorgi und der kürzlich in Bolivien festgenommene Pierluigi Pagliai in italienischer Haft.

Mehr bekannt ist über den Franzosen Olivier Dante (28), der angeblich wegen illegalen Waffenhandels seit Ende 1981 im französischen Knast sitzt. Er war erst Mitglied rechtsradikaler Studentengruppen, hatte 1973 Kontakt zu libanesischen Falangisten, ging als Soldner nach Rhodesien, wo er 1977 an einem Überfall auf Cotons in Benin beteiligt war. 1978 tauchte er in der Söldnertruppe des Bob Denard beim



Nach dem Putsch 1980 hielten bolivianische Faschisten bei La Paz eine Hakenkreuzfahne.

Staatsstreich auf den Komoren wieder auf. Als Chef eines „Sicherheitsdienstes“ verdingte er sich u.a. in Saudi-Arabien, später dann in der Leibgarde von Valéry Giscard d'Estaing (Le Monde, 14.9.82; TAZ, 27.9.82).

Zur Person von Stefano Delle Chiaie

Chef des Unternehmens soll — immer nach Angaben des Elio Ciolini — der 40jährige italienische Faschist Stefano Delle Chiaie gewesen sein, auch er zur Zeit in Südamerika. (Er konnte sich einer Verhaftung zusammen mit Pierluigi Pagliai in Bolivien im letzten Augenblick entziehen.) Gegen Stefano Delle Chiaie, Gründer der neo-faschistischen „Avanguardia Nazionale“, wurde schon im Zusammenhang mit dem Attentat an der Piazza Fontana im September 1969 in Mailand ermittelt. Damals starben 12 Menschen. Die damalige Bombe sollte der anarchistischen Linken in die Schuhe geschoben werden, gegen die Faschisten wurde erst viel später und dann nur oberflächlich ermittelt. Die zuletzt angeklagten Faschisten Giannettini, Freda und Ventura wurden freigesprochen (AK 199).

Delle Chiaie entzog sich immer wieder seiner Verhaftung durch Flucht ins Ausland. Interessant ist am Rande, daß in einer von ihm benutzten Wohnung in Rom 1978 Fluchtpläne für Kappler gefunden worden waren. Zu Delle Chiaie laufen auch Verbindungen der spanischen Faschisten-Gruppe „Adolf-Hitler-Kommando“, die verantwortlich ist für das dritte große Nazi-Attentat im Sommer 1980: Den Anschlag auf die Synagoge in der Rue Copernik in Paris. Der Chef der Gruppe, Ernesto Mila Rodriguez, gehörte zum Vertrauten-Kreis um Chiaie und war an einem Putschversuch in Spanien beteiligt (Überfall auf die Zentralbank in Barcelona). Später gehörte Mila zum Herausgeberkreis der Zeitschrift „Notre Europe“ der mittlerweile verbotenen (und unter neuem Namen — FNE — firmierenden) französischen FANE. (Der Kreis schließt sich, wenn mensch sich daran erinnert, daß die erste Festnahme in Zusammenhang mit dem Anschlag von Bologna gegen den Faschisten Alfatiato in Frankreich zu der Enthüllung führte, daß der hohe Polizeibeamte Durand Mitglied der FANE war (AK 207).

Delle Chiaie tauchte um 1980 auch in Bolivien auf, wo er — so Fiebelkorn in einer Pressekonferenz nach seiner Freilassung Mitte September 82 — gemeinsam mit dem heutigen „Kronzeugen“ Ciolini als Kontaktperson zwischen der italienischen Mafia und den bolivianischen Militärs (bzw. in Personalunion Kokainhändlern) fungierte.

Die bolivianischen Geschäfte des Herrn Fiebelkorn

In Bolivien, genauer gesagt in Santa Cruz, war auch das Betätigungsfeld des Joachim Fiebelkorn. Dieser hatte zunächst in der spanischen Fremdenle-

gion gedient und war nach einem kurzen Intermezzo als gescheiterter Fuhrunternehmer und seiner Bundeswehrzeit 1977 nach Südamerika gegangen, wo er seine Kneipe „Bavaria“ zum internationalen Faschistentreff machte. Er wurde Ortsgruppenleiter der „World Union of National Socialists“ (WUNS) um den Amerikaner George P. Dietz, einer internationalen Faschistenorganisation, die u.a. beste Drähte in die BRD unterhält (so zu Manfred RÖLDER, Thies CHRISTOPHERSEN usw.). Daneben gründete er einen bolivianischen Ableger der „Hilfsgemeinschaft für Major Walter Reder“, dem — nach Kapplers Flucht aus italienischer Haft — letzten in Italien einsitzenden NS-Kriegsverbrecher.

In Bolivien kam Fiebelkorn auch in Kontakt mit Klaus Altmann-Barbie, dem SS-Schlichter von Lyon, der es in Bolivien in der Zwischenzeit zum Berater verschiedener rechter Generäle und sogar — je nach politischer Situation — zu offizieller Beraterfunktion bei der Geheimpolizei gebracht hatte. Fiebelkorn organisierte in Santa Cruz die Terrorgruppe „Novios de la Muerte“ (Freunde des Todes), die sich aktiv am Putsch in Bolivien am 17. Juli 1980 beteiligte.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man die Geschichte dieses Putsches wie auch eines ebenso rechten Gegenputsches 1981 im einzelnen schildern. Fakt ist (siehe z.B. „Spiegel“, 20/81), daß das rechte bolivianische Militär Hauptlieferant für den weltweiten Kokain-Handel ist, dessen bolivianischer Umsatz auf jährlich etwa 1,6 Milliarden Dollar geschätzt werden. Fiebelkorn selbst muß an diesem Handel beteiligt gewesen sein, denn bei seiner Flucht aus Bolivien im Mai 1981 war er mit 3 Kilo Heroin und einem Empfehlungsschreiben des Chefs des gemeinsamen Kommandos der bolivianischen Streitkräfte, General Castillo Galarza, ausgerüstet. (Auch Pagliai und Chiaie waren offenbar im Rauschgifthandel tätig. Die Verhaftung Pagliais geschah im Zuge einer Rauschgiftfahndung. Chiaie konnte fliehen.)

Nach kurzer Zeit in brasilianischer Haft kehrte Fiebelkorn über Italien in die Bundesrepublik zurück, wo er teildem von „Erspartern“ zu leben vorgibt, immer mal wieder nach Südamerika flieht und nach eigenem Bekunden auf eine Gelegenheit wartet, erneut seine Fähigkeiten als Putschist einzusetzen. Wie lange die Tätigkeit Fiebelkorns für das Bundeskriminalamt zurückreicht, ist bis heute unklar. Tatsache ist jedoch, daß seine Geschäfte in Bolivien längst bekannt waren. So schrieb der „Spiegel“ schon in seiner Ausgabe 20/81 über Fiebelkorns Lokal: „Nazis und Neonazis treffen sich im deutschen Klub ‚Batavia‘ — das Lokal gehört einem Freund des ‚Paten‘ (Anm. AK: in Sachen Kokain-Handel) Suarez. Gesinnungsgenossen finden sich auch hier in den Behörden — nützlichweise auch beim Zoll im Flughafen. Von Kleinschmugglern konfiszierte Drogen werden dem Großhändler Suarez zugeführt.“ Was der „Spiegel“



Joachim Fiebelkorn (x) feiert mit Gefolgsleuten den „Führer“-Geburtstag in seiner Kneipe in Santa Cruz.

Forts. nächste Seite

Forts. von voriger Seite

dort nicht berichtet, ist die Tatsache, daß eben jener Suarez der Vetter des damaligen bolivianischen Innenministers Arce Gomez ist, dessen Putsch 1980 Fiebelkorn unterstützte und zu dessen Chefberater der Alt-Nazi Altmann-Barbie gehört („Stern“, 9.10.80).

In diesem Sumpf aus rechten Militärs, Alt-Nazis und faschistischen Privatarmeen traf Fiebelkorn mit Stefano Delle Chiaie und Elio Ciolini zusammen, dem angeblichen Chefplaner des Attentats von Bologna und dem heutigen „Kronzeugen“. Auf der Pressekonferenz nach seiner Freilassung im September 82 erklärte Fiebelkorn diese beiden, die im „Bavaria“ verkehrten, als ihm bekannte „Agenten der Mafia“ und „Kontaktpersonen zur bolivianischen Kokain-Generalität“.

Im Hintergrund: Die Affäre P 2

Damit wird Fiebelkorn wahrscheinlich sogar recht haben, denn seit der Zerschlagung der „French Connection“, d.h. der französischen Umschlagzentrale des europäischen Rauschgifthandels, wurde die italienische Mafia mit Zentrum Palermo zum neuen Drogenumschlagplatz in Europa. Es gibt Stimmen, die den derzeitigen „Bandenkrieg“ in Italienischen Mafiakreisen dem Umstand zuschreiben, daß unter den „Familien“ der Anteil am neuen Geschäftszweig „ausgeschossen“ wird.

Doch diese Mafia-Geschichte ist mit Sicherheit nicht die ganze Wahrheit. Elio Ciolini hatte ja ausgesagt, daß der Auftrag zu dem Attentat von Bologna vom Chef der P 2, Licio Gelli, erteilt worden sei. Die Enthüllungen über die P 2 hatten im Sommer 1981 die italienische Gesellschaft erschüttert.

Es war bekannt geworden, daß die P 2 Namenslisten von Personen besaß, die im Falle eines Rechtsputsches „unschädlich gemacht“ werden sollten. Die gefundenen Listen stammten aus den 60er Jahren, waren vom Geheimdienst angelegt worden und nach der Aufdeckung diverser Putschpläne im italienischen Staatsapparat angeblich vernichtet worden. Ebenso wurden bei Gelli Listen von ehemaligen Nazi-Kollaborateuren gefunden, mit denen offenbar „politische Gefälligkeiten“ durch diese Personen erprobt werden sollten bzw. wurden.

Es stellte sich heraus, daß die P 2 keineswegs ein kleiner, militärischer Geheimzirkel war, sondern daß ihr praktisch die gesamte Spitze des italienischen Staates angehörte, von den Chefs sämtlicher Geheimdienste angefangen bis hin zu Ministern, Staatssekretären und hohen Funktionären der bürgerlichen Parteien, von der MSI bis zur Sozialistischen Partei.

Über die P 2 liefen umfangreiche Geschäfte, so Waffenexporte nach Argentinien, Ölgeschäfte mit Saudi-Arabien (wobei saudische Prinzen und Logenbrüder rund 200 Millionen privat kassierten), es wurden rechte Organisationen finanziert. Klar, daß sich die Mitarbeiter der P 2 um ein Vielfaches mehr verdienten als Logenbrüder rund 200 Millionen privat kassierten), es wurden rechte Organisationen finanziert. Klar, daß sich die Mitglieder der P 2 sofort von deren Chef Gelli distanzieren, der angeblich den ganzen Verein „erfunden“ habe. Diese Distanzierung wurde umso dringlicher, als schon im Sommer 1981 der Verdacht aufkam, die P 2 habe ihre Hand im Spiel gehabt bei manchem neofaschistischen Attentat. Insbesondere diverse Morde an Untersuchungsrichtern, die neofaschistische Anschläge untersuchten (Italicus-Anschlag 1974, Piazza Fontana 1969) oder direkt gegen die P 2-Bankiers ermittelten (u.a. gegen Calvi und den Vatikan- und Mafia-Banker Sindona), wurden in der Öffentlichkeit mit der P 2 in Verbindung gebracht. Licio Gelli wurde verdächtigt, im Zusammenhang mit dem Italicus-Anschlag zu stehen. (Zur P 2 siehe auch AK 203.) Die P 2 wurde

1981 aufgelöst, gegen einige ihrer Mitglieder wurde Haftbefehl erlassen und ansonsten wurde der Skandal unter den Teppich gekehrt. Licio Gelli durfte sich nach Argentinien absetzen; der Bankier Calvi, der für die P 2 illegale Gelder ins Ausland verschoben hatte (pikanterweise unter Ausnutzung des besonderen Status der Bank) wurde in der Schweiz wegen Devisenvergehens inhaftiert und vor wenigen Wochen erhängt unter einer Brücke aufgefunden. Sein Kollege Sindona sitzt in den USA in Haft.

Fast zeitgleich mit den Haftbefehlen gegen Fiebelkorn & Co. wurde im September 1982 auch ihr angeblicher Auftraggeber, Gelli, in der Schweiz verhaftet. Er hatte versucht, die lächerliche Summe von 120 Millionen US-Dollars von einem der zahlreichen Nummernkonten abzuheben, auf denen die P 2 ihre Gelder sicher glaubte, die aber wegen Verstoßes gegen Devisenbestimmungen seit 1981 gesperrt sind.

Als Motiv für den Auftrag Gellis an die fünf wird zur Zeit in der italienischen Presse die Version gehandelt, Gelli habe durch dieses Attentat die öffentliche Aufmerksamkeit von einer finanziellen Transaktion größten Ausmaßes ablenken wollen, die durch den Abfluß großer Mengen von Devisen die wirtschaftliche Situation Italiens enorm beeinträchtigt hätte. Diese Version des Hergangs erscheint aber reichlich dubios, da eine solche Transaktion ja dann auch konkret nachgewiesen werden müßte und wohl auch könnte. Viel wahrscheinlicher ist dann doch die Annahme, daß das Attentat von Bologna wie auch die nahezu zeitgleichen Anschläge von Paris und München einen ähnlichen Zweck verfolgen sollten, nämlich die Herbeiführung eines allgemeinen Rechtsdrucks in Staat und Gesellschaft. Speziell in Italien standen alle größeren Attentate dieser Art (Mailand 1969, Brescia und Italicus 1974) im Zusammenhang mit dieser „Strategie der Spannung“, wofür sich die Bourgeoisie bekanntermaßen gerne diverse illegale und halblegale Banden organisiert.

Mensch darf gespannt sein, wie nach der Absetzung der bisherigen mit den Ermittlungen betrauten Beamten nun der weitere Fortgang der Dinge sein wird. Die italienische Bourgeoisie hat ja reiche Erfahrungen im Vertuschen derartiger politischer Zusammenhänge. Daß es ein P 2-Anwalt gewesen ist, der mit seiner Beschwerde über die unorthodoxen Untersuchungsmethoden die bisherigen Ermittler zu Fall gebracht hat, läßt nichts gutes vermuten.

Die neuesten Ermittlungen zu Bologna bzw. — auf die BRD bezogen — der Fall Fiebelkorn sollten niemand überraschen. Speziell in Italien, aber auch in allen anderen Ländern Westeuropas, sind derartige Zusammenhänge zwischen „Diensten“ und terroristischen Nazibanden reichlich belegt.

Für die BRD haben wir wiederholt nachgewiesen, daß praktisch keine Nazi-Bande ohne Kontakte zum Verfassungsschutz o.ä. ihre Aktivitäten entfalten konnte. Besonders bekannt geworden ist dabei zuletzt der Fall Lepzien, wo ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst die Bomben gebaut hatte, die dann von der von ihm aufgebauten Bande um den Braunschweiger NSDAP-Nazi Paul Otto gezündet wurden.

Der Fall Fiebelkorn sollte alle Demokraten und Antifaschisten ermuntern, allen Spuren nachzugehen, die Licht in dieses Gespinnst von illegalem Repressionsapparat und illegalem Hilfsruppen bringen können. (Das Material zu diesem Artikel stammt im wesentlichen von der Antifaschistischen Initiative Hannover, die dankenswerterweise auch die ausländische Presse — Italien und Frankreich — ausgewertet hat.)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Begnadigung für VS-Agenten Lepzien?

Hans-Dieter Lepzien, Verfassungsschutz-Agent und zu 3 Jahren Kasse verurteilter Neonazi, soll begnadigt werden. Das will jedenfalls der niedersächsische Minister Möcklinghoff. Ein entsprechender Antrag an Bundespräsident Carstens wurde im niedersächsischen Landtag bekannt.

Lepzien hatte an führender Stelle eine NSDAP in Norddeutschland aufgebaut, war „Sicherheitsbeauftragter“ der Bande geworden, hatte Bomben beschafft und in Umlauf gebracht, hatte mit den Nazi-Terroristen Rohwer, Börm, Schulte und Co. logistische Erkundigungen eingezogen und war zu all

dem vom niedersächsischen VS beauftragt worden.

Als Lepziens Rolle im Prozeß gegen die Nazi-Bande um Paul Otto bekannt wurde, distanzierte sich der VS von Lepzien. Er habe eigenmächtig und ohne Auftrag gehandelt. Jetzt, nachdem 18 Monate Gras über die Sache gewachsen ist, soll er begnadigt werden. Seine Strafe hatte er — das wurde erst jetzt bekannt — sowieso nie antreten müssen. Minister Möcklinghoff zeigte sich auf Nachfrage uninformiert. Solche Gesuche würden vom Verfassungsschutz selbständig geregelt.

Auf ein Neues, Herr Lepzien! Aber bitte diesmal etwas effektiver!

Wie der VS desinformiert

Untersuchung der »VS-Berichte« zum »Rechtsextremismus«

Vor Rechtsextremismus, zumal wenn er als Rassenismus auftritt, wird wieder gewarnt. Eine der jüngsten Veröffentlichungen des „Premierminister Demokratische Initiative“, (PDI) ist deshalb auf zeitgemäßes Interesse gestoßen: handelt es sich doch um die Analyse zweier Hochschullehrer, Greß und Jaschke, die den „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nach 1960“ — bis heute — zum Gegenstand hat. Die dort zusammengestellten Zahlen und Kurven plus erläuternde Bemerkungen haben ihre politische Spitze allerdings vor allem darin, daß es sich um Material der offiziellen Verfassungsschutzberichte handelt und daß das Ergebnis der Analyse überaus negativ ist.

Allein schon die Überraschung, die über dieses Ergebnis in den Medien geäußert wurde, bekräftigt, daß eine solche Untersuchung längst überfällig war; unter Antifaschisten dagegen ist die Fragwürdigkeit der VS-Berichte seit langem eher unumstritten als überraschend. Zum erstenmal ist diese Fragwürdigkeit nun in verschiedenen Punkten detailliert nachgewiesen:

— Noch am geringsten schwerwiegend sind die verschiedenen Berechnungsfehler bzw. widersprüchlichen Datangaben in den VS-Materialien, die vom Bundesinnenminister bzw. von den Länderinnenministern veröffentlicht werden — zurückreichend bis 1954 (der VS arbeitet seit 1950), ab 1961 in den jährlichen Bundesüberblicken über Links- und Rechtsextremismus, seit 1969/70 unter dem Titel „betreffend: Verfassungsschutz“. Beispiel: So gibt der Bundes-VS-Bericht 1962 für 1959 die Zahl der Rechtsradikalen aller Schattierungen mit 36.200 an, im Bericht von 1961 fehlen in einer der Unterzahlen (für das gleiche Jahr 1959) demgegenüber glatte 2.000 Personen. Solche Abweichungen um mehrere Hundert und Tausend gibt es über die Jahre hinweg immer wieder.

— Entscheidender ist der im Laufe der Zeit mehrfach von den VS-Berichten vorgenommene „Kategorienwechsel“. Bestimmte Organisationen oder Richtungen der Rechts-Szene werden bald in diese, bald in jene Schublade gesteckt — so erscheint die „Neue Rechte“ nach einiger Zeit als Teil der Schublade „sonstige Gruppen“. Zuordnungen scheinen überhaupt öfters willkürlich zu erfolgen — so wird die JN bald (der NPD gegenüber) „nicht zugeordnet“, bald (sonstige Gruppen). Zuordnungen scheinen überhaupt öfters willkürlich zu erfolgen — so wird die JN bald der NPD zugeschlagen, bald wird sie eigenständig geführt und gezählt. Oder es wird die „National-Zeitung“ Freys mit dem zum größten Teil seitensidiotischen „Deutschen Anzeiger“ in zwei verschiedenen Sparten geführt.

Die angewandten Kategorien bzw. Einteilungskriterien sind überdies in sich uneinheitlich und durchweg ohne Begründung. Einerseits beispielsweise: Die sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch in der Theorie-Diskussion ja durchaus umstrittenen Label „neonazistisch“, „rechtsextrem“ bzw. „rechtsradikal“ werden wechselnd und freizügig aufgelegt, ohne daß jemals geklärt wurde, was die VS-Berichtersteller jeweils damit meinen. Einem Mann wie Frey mit seinem Schwarm an Organisationen und Zeitungen wird andererseits seine eigene Tarn-Sprache abgenommen: Er wird gesondert unter dem Titel „National-Freihetliche“ geführt. — Alles in allem erschöpfen sich die VS-Berichte in einer Auflistung und Aneinanderreihung von Einzeldaten und Datensammlungen, hinter denen sich teils nichts Konkretes erkennen läßt (etwa bei den Statistiken unter Überschriften wie „Bedrohung“ oder „unpolitische Unfugshandlung“ — was verbirgt sich dahinter?), und bei der teilweise oder ganz die inhaltlich-politische Darstellung (geschweige denn: Auseinandersetzung mit) rechten Inhalten flachfällt.

Greß und Jaschke kommen demzufolge zu dem vernünftigen Schluß, „die Aussagenreichweite“ der VS-Berichte sei in dreifacher Hinsicht „einzuschränken“ — nämlich was „die Qualität und den Umfang des rechtsradikalen Protestpotentials sowie seine innere Gliederung“ betrifft. Vernichtend ist dies deshalb, weil eine Darstellung, bei der weder glaubwürdig ist,

was, noch wieviel davon, noch in welcher inneren Ordnung sie etwas darstellt, buchstäblich keinen Pfifferling wert ist.

Inkonsequenterweise ringen sich Greß und Jaschke jedoch nicht zu dieser Schlußfolgerung durch. Geradezu voluntaristisch resümieren sie ihr eigenes Scherbengericht über die miserablen VS-Berichte auf folgende Weise: „Trotzdem muß aber darauf hingewiesen werden, daß die in den Verfassungsschutzberichten genannten Zahlen offiziellen Charakter haben und (...) bei aller notwendigen Kritik, diese Berichte als erste Grundlage dienen müssen, wenn es um die zahlenmäßige Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht. Es gibt derzeit keine andere offizielle und öffentlich zugängliche Quelle, die eine mittel- oder längerfristige Betrachtung ermöglichen würde.“

Natürlich geht es gar nicht darum, daß irgendjemand den „offiziellen Charakter“ der VS-Zahlen bestreitet; wenn „trotzdem“ auf etwas hingewiesen werden muß, dann auf die damit angeblich verbundenen Zuverlässigkeit der Daten, Plausibel aber ist gerade das nicht — wie Greß und Jaschke ja gerade nachweisen. Ihr „trotzdem“ wird um so absurder, als sie selbst überdies noch vorführen, wohin es führt, wenn die VS-Berichte als „Grundlage“ der Analyse des BRD-Rechtsextremismus genommen werden.

Auf der schlichten Ebene der Tatsachenbehauptung ist das Fazit der Verfasser selbstverständlich auch schon falsch: Jede Art antifaschistischer Untersuchungsarbeit wäre verraten und verkauft, würde sie ihre „mittel- oder längerfristige Betrachtung“ unter der Voraussetzung durchführen wollen, sie werde „nur“ (oder auch bloß) hauptsächlich durch das VS-Material „ermöglicht“. Zwar nicht „offiziell“, aber doch „öffentlich zugängliche Quellen“ über den BRD-Rechtsextremismus — und auch über dessen „zahlenmäßige Entwicklung“ — gibt es immerhin: seien es beispielsweise „die tat“ und andere Veröffentlichungen der VVN, seien es die Überblicke des PDI, sei es der „Arbeiterkampf“ und andere KB-Publikationen. (Übrigens: Auch rein quantitative Angaben werden nicht schon dadurch zuverlässig oder sinnvoll, daß sie in Tabellenform oder als Kurven präsentiert werden, wie in den VS-Berichten.)

Nun besteht allerdings kein Anlaß, die Überlegungen von Greß und Jaschke rundweg in Abrede zu stellen. Wichtigen Punkten ihrer Analyse ist sicherlich zuzustimmen. Nur: Gerade dort können sie sich am wenigsten auf die VS-Berichte berufen.

— So ist der von den Verfassern für die letzte Zeit festgestellte, „anhaltende Radikalisierungsprozeß im Lager rechts-„außen““ durchaus keine originelle Beobachtung; vor allem keine, die ohne Studium der VS-Berichte unmöglich wäre. Wenn sich dieser Prozeß aus dem veröffentlichten VS-Material herauslesen läßt, dann eher mühsam — und zwar gegen den seit Jahren VS-üblichen Tenor, wonach der Rechtsextremismus in der BRD wenn schon nicht abnehme, dann doch zumindest stagniere. Die VS-Berichte sind, in diesem Punkt, außerdem um so bedeutungsloser, als eine „Radikalisierung“ der Rechts-Szene durch die bloße Zahlenaufteilung zwischen dem „Rechtsextremismus“ insgesamt und den anwachsenden „Neonazis“ (als Teilgruppe) gar nicht belegbar ist, da völlig unklar — und unerklärt — ist, was für die VSler ein „Neonazi“ und was ein simpler „Radikaler“ ist und ob das gleichbedeutend ist mit „gewaltbereit“ (eine andere der VS-Kategorien). Greß und Jaschke haben, wie gesagt, sicher recht — aber mit den VS-Berichten kann das alles nichts zu tun haben.

— Je enger die VS-Berichte als Bezugsrahmen akzeptiert werden, umso deutlicher werden die Probleme. So übernehmen Greß und Jaschke die VS-Vorgabe von der „Zersplitterung“ der rechten Szene. Ganz offensichtlich widerspricht diesem Befund zum einen das Anwachsen des Frey-Lagers, das ja offensichtlich immer neue Mitglieder an sich bindet und Organisationen um

sich schart. Gelöst wird dieser Widerspruch scheinbar dadurch, daß Frey und Co. eben als relativ großer „Splitter“ verstanden werden. Zum anderen aber — entscheidender! — fällt die erhebliche und zunehmende Zahl der „Mehrfachmitgliedschaften“ auf. Daß damit aber selbst auf rein äußerlich-empirischer Ebene (auch auf VS-offizieller) das Verharmslosungsbild von der „Zersplitterung“ zerbricht — bei Greß und Jaschke wird das nur so ganz nebenbei erwähnt (besser: angedeutet) — „ferner zeigt sich ...“, mehr nicht.

— Die zutreffende Einschätzung der aktuellen rechtsextremen Propaganda und Aktivitäten — Schwerpunkt Rassenismus — erfolgt schließlich völlig unabhängig von den Vorgaben der VS-Berichte. Sie sind, so Greß und Jaschke, selbst dafür „auch nur beschränkt geeignet“; also muß „hier unabhängig und umfassender“ vorgegangen werden.

Der auffälligen Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Erkenntnissen der Verfasser und dem angeblich vorhandenen und unverzichtbaren Nutzen der VS-Berichte liegt eine grundlegende Fehlinterpretation dieser „offiziellen Quellen“ zugrunde. Während die Verfasser nämlich diese Regierungstexte im Detail als politische Kampfschriften darstellen, halten sie dennoch an dem Schein fest, es handele sich, wenn auch in eingeschränktem Maße, dem Prinzip nach um Informationschriften mit dem Anspruch der Objektivität bzw. Wahrheit. Im Detail, das heißt: Aus dem Charakter des VS selbst ergibt sich schon, daß dessen Erkenntnisse „nur begrenzt offengelegt werden“ können. Bestimmungsgemäß hat er überdies „der jeweiligen Regierung“ zu dienen. Jedes veröffentlichte Material ist damit „aus der Sicht des verantwortlichen Ministers“ zusammengeleitet; — als dies läuft unter dem Titel „politische Öffentlichkeitsarbeit“. Gerade die sozial-liberale Idee von einem „positiven“ oder „informativen“ VS zielt zudem mittels Veröffentlichungen usw. darauf ab, für den VS selbst, dahinter aber natürlich: für die verantwortliche Regierung (und den Staat) zu werben.

Damit erübrigt sich jede Überlegung, ob und inwieweit die VS-Berichte möglicherweise in ihrer Funktion als objektive Information begrenzt sein mögen: Diese Funktion haben sie erklärmaßen nicht. Dies gilt natürlich für die VS-Berichte insgesamt, also auch für die Teile, die der Linken gewidmet sind. Von J. Seifert ist das (ausgehend von dieser realistischen Einschätzung) dargelegt worden; — er wird, offenbar in Abgrenzung von Greß und Jaschke als einer von sogenannten „kritischen Linken“ bezeichnet, die solcherart die VS-Berichte in Frage stellen.

Sie selbst vermelden es dagegen, die VS-Berichte als das zu nehmen, was sie sind. Dementsprechend läßt die (insgesamt natürlich trotz allem blühende) Arbeit verschiedene Fragen offen, die zu untersuchen es sich lohnen würde. Es fehlt beispielsweise jedes Eingehen auf einen Vergleich zwischen den in den „Berichten“ aufgeführten und den weggelassenen Organisationen. Ebenso fehlt die Analyse der genannten/ungenannten Einzelpersonen. Die Gegenüberstellung unterschiedlicher „Berichte“ aus dem Bund und aus einzelnen Ländern wäre genauso aufschlußreich. All dies würde immer wieder auf den Kern der VS-Texte als politische Desinformations-Instrumente verweisen: Allein schon die oft bemerkte Differenz z.B. zwischen Bundes- und bayerischen VS-Berichten in Sachen „Nation Europa“ oder auch DKEG können hier als Beleg genügen. (In welchem der beiden VS-Berichte die beiden Namen fehlen, kann jede Leserin und jeder Leser unschwer selbst erraten.)

Franz Greß/Hans Gerd Jaschke,
„Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nach 1960 — Dokumentation und Analyse von Verfassungsschutzberichten“, PDI-Sonderheft 18, München 1982, DM 4.80

Antifa-Kommission KB/Hamburg

F.D.P. in Nöten

Knapp vier Wochen vor dem Bundesparteitag in Berlin vertiefen sich innerhalb der FDP die Gräben. Nach dem verheerenden Wahlergebnis der FDP in Hamburg (Anf. Juni 82) wurde die Steglitzer Initiative (ein Westberliner Ortsverband der FDP), die seither Unterschriften für die Ablösung Genschers sammelt, von der Parteileitung eher belächelt. Inzwischen haben mehr als 2.000 FDP-Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet diese Resolution unterzeichnet. Mehr noch: nach dem Bruch der SPD/FDP-Koalition und dem schlechten Abschneiden in Hessen hat sich die gesamte Parteileitung, einschließlich Teile des mittleren Flügels, hinter die Forderung nach Ablösung Genschers gestellt. Die FDP befindet sich in einer Existenz-Krise. Schon heute wird von Teilen der FDP-Linken an neuen Organisationsansätzen gearbeitet. Die beiden großen Parteien wittern ein gutes Geschäft und wollen von der zu erwartenden Konkursmasse einen Brocken abbekommen. Während die SPD um die liberalen Teile der FDP wirbt (Baum, Schuchardt), versucht die CDU z.B. in Hamburg bei den Malern und Maklern vorstellig zu werden. Unabhängig davon, wieviele Linke nach dem Parteitag die FDP sofort verlassen oder erst einmal abwarten, bleibt es doch zu begrüßen, daß so viele FDP-Mitglieder gegen den Genscher-Kurs Stellung bezogen haben. Teilen der FDP-Linken ist in dieser Auseinandersetzung nach anfänglicher Zurückhaltung Konsequenz und Entschlossenheit zu bescheinigen, die man bei den meisten SPD-Linken oft vermißt. Im Folgenden soll kurz die Entwicklung vom Norderstedter Kongreß der Linkenliberalen bis zum Sonderparteitag der FDP Baden-Württembergs geschildert werden.

Der Norderstedter Kongreß

Über 600 Leute trafen sich am 25.9. in Norderstedt, um die Situation nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition zu beraten. Obwohl es sich um ein nationales bundesweites Treffen handelte, überwogen doch die Teilnehmer aus dem norddeutschen Raum, z.B. war der gesamte Landesvorstand der FDP aus Schleswig-Holstein, der eher zum gemäßigten Flügel der Linken zählt, anwesend. Es waren eindeutig diejenigen in der Mehrheit, die zwar den Genscher-Kurs scharf als undemokratisch verurteilten, die aber andererseits die Einschätzung vertraten, sie könnten noch eine Mehrheit in der FDP-Fraktion gewinnen und so den Putsch wieder rückgängig machen. Helga Schuchardt, eine der Einladenden für diesen Kongreß, ging es darum, mit einer langfristigen Perspektive eine Aufbruchstimmung innerhalb der Partei zu erzielen, um die verloren gegangene politische Glaubwürdigkeit wieder zurückzugewinnen. Sie rief dazu auf, die liberale Opposition in der FDP zu organisieren und nicht die Partei zu verlassen.

Vereinzelt gab es auch Stimmen, die forderten, sich auf eine langfristige Opposition in der Partei einzustellen, und die sich gegen die Parole „Parteitag ist Zahltag“ aussprachen. Die übergroße Mehrheit allerdings orientierte darauf, die Mehrheit in der Partei zu gewinnen, an dem Bündnis mit der SPD festzuhalten oder gegebenenfalls eine Minderheitsregierung der SPD zu unterstützen. Ingrid Matthäus z.B. stellte sich ausdrücklich hinter ihre Arbeit als Vorsitzende des Bundestagsfinanzsausschusses und verteidigte die beschlossenen Sparmaßnahmen. Allerdings gab es auch Stimmen, die den Kampf um die Mehrheit negativ einschätzten. Ein Vertreter der Steglitzer Initiative vertrat die Ansicht, der Weg der Partei sei vorgezeichnet, die FDP gehöre durch ihr Verhalten auf den Müllhaufen der Geschichte; wenn man linksliberaler Politik zum Durchbruch verhelfen wolle, müsse man eine eigene Organisation schaffen. Wer nach einer Niederlage auf dem Berliner Parteitag noch länger mitarbeiten, mache sich mitschuldig am Ausverkauf liberaler Grundsätze. Ähnlich sprachen sich auch Lutz (Judo-Bundesvorsitzender) und Strässer (Bundesvorsitzender der FDP) aus. Sie waren dagegen, nach Berlin noch zusätzliche Termine zu setzen, weil die Linken sonst noch weiter abbrechen und individuell die Partei verlassen würden. Strässer, der seine klammheimliche Freude zu der Allenbacher Umfrage (2,3% für die FDP) ausdrückte, ging auch auf die Perspektiven einer möglichen linksliberalen Organisation ein. Diese brauche nicht auf die 5%-Hürde zu starren, sondern müsse bündnisfähig sein. Genügend Ansprechpartner gebe es dazu im außerparlamentarischen Bereich.

Schließlich gab es in Norderstedt auch noch eine kleine Strömung, die nicht einmal mehr den Berliner Parteitag abwarten wollte, sondern bereits nach dem Düsseldorfer Sonderparteitag, der inzwischen wieder abgesagt wurde, austreten wollte.

Zum Schluß wurde eine Resolution verabschiedet, in der die FDP-Bundestagsfraktion zur Fortsetzung sozialliberaler Politik aufgefordert wird, Genscher das Mißtrauen ausgesprochen wird und dazu aufgerufen wird, „sofort mit der Bildung von liberalen Vereinigungen ... zu beginnen“. Dieser Teil wurde einstimmig verabschiedet. Im Schlußsatz heißt es, daß nach dem Berliner Parteitag ein Folgekongreß der Linken Bilanz ziehen soll. Ein Antrag, bereits nach dem Düsseldorfer Sonderparteitag neue Strukturen zu schaffen, wurde von drei Viertel der Anwesenden abgelehnt.

Der Wahlausgang in Hessen hat die Anzahl der Genscher-Gegner weiter anwachsen lassen. Gleichzeitig sind diejenigen ermutigt worden, denen es nicht nur um einen Austausch des Managements geht, sondern die über neue Organisationsansätze nachdenken.

Auch die Rechten in der Partei haben ihre Taktik der Spaltung von oben fortgesetzt, z.B. durch eingeleitete Ausschlußverfahren gegen Linke.

Ausschlußverfahren gegen Linke

In Baden-Württemberg hat der Parteivorsitzende Morlok die Gründung einer neuen (rechteren) FDP-Jugendorganisation angekündigt und damit den Bruch mit den Judos erklärt. Laut Morlok war der Anlaß dafür ein Brief des Landesvorsitzenden der Judos, in dem dieser geschrieben hatte: „Wir wollen kein Feigenblatt für Wirtschaftsliberale sein“ (FR, 6.10.), und gleichzeitig zu einer Austrittswelle aufgefordert hatte.

In Rheinland-Pfalz wurde der Landesvorsitzende der Jungdemokraten aus dem FDP-Vorstand, dem er als kooperatives Mitglied angehörte, wegen „diffamierenden“ Äußerungen ausgeschlossen (FR, 6.10.).

In Hessen beschloß der Landesvorstand gegen fünf Mitglieder ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Alle fünf Mitglieder hatten sich ein schlechtes Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen gewünscht. In Nordrhein-Westfalen ist der Versuch des Parteirechts Mölleman vorerst gescheitert, Parteiordnungsverfahren gegen Helga Schuchardt, Christoff Strässer, Werner Lutz und alle anderen Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes und des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes einzuleiten, die über organisatorische Konsequenzen und Alternativen für die Sozialliberalen in der FDP nachgedacht hatten (FR, 22.9.). Neben diesen aufgeführten Beispielen gibt es noch zahlreiche Aufforderungen der Parteirechten, entweder sich dem Genscher-Kurs zu beugen oder die Partei zu verlassen.

Die Opposition wächst

Am 1. Oktober verabschiedete der Landesausschuß der Hamburger FDP („kleiner Parteitag“) mit 30 zu 44 Stimmen eine Resolution, in der Genscher zum Rücktritt aufgefordert wird. Gleichzeitig wurden die Umstände des Koalitionswechsels verurteilt. Die Abstimmung bedeutete eine Niederlage für den Landesvorsitzenden Brunstein, der sich gegen einen Wechsel an der Parteispitze ausgesprochen hatte (FAZ, 4.10.).

Einige Tage später kam es auf einem außerordentlichen Parteitag der Bremer FDP ebenfalls zu einem knappen Sieg der Genscher-Gegner. Mit 39 gegen 38 Delegiertenstimmen gewannen sie eine Abstimmung über eine Erklärung, in der Genscher aufgefordert wird, „den Weg für eine personelle Alternative, durch die Einigkeit und Glaubwürdigkeit der Partei wieder hergestellt werden kann, freizugeben“ (FR, 6.10.). Zur Alternative stand ein Antrag, in dem Genscher nicht namentlich genannt wurde. Auf dem Parteitag stellte sich eine große Gruppe hinter ihren Landesvorsitzenden, der als Rezept empfahl: „Auf Distanz zur Bundespartei bleiben, aber mit konstruktiver Kritik weitermachen“ (FR, 6.10.). In ähnlichem Sinne äußerte sich die ehemalige Staatsministerin Hamm-Brücher, die in Zukunft eine Amtshäufung in der Partei verhindern möchte.

Eine große Schlappe mußten die Genscher-Anhänger in Baden-Würt-

temberg hinnehmen. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Schwäbisch Hall „stimmten 227 von 406 Delegierten für einen Appell an Genscher, so den Weg dafür freizumachen, daß die FDP auch durch eine Neubesetzung ihrer Führungsspitze Identität und Ansehen wiedergewinnen und ein von allen Teilen der Partei akzeptierter Vorsitzender gewählt werden kann“ (FR 11.10.). Gleichzeitig wurde das undemokratische Verhalten beim Koalitionswechsel kritisiert. Dieses Ergebnis kann Genscher auf dem Parteitag ernsthaft gefährden, denn hier handelt es sich um einen Landesverband, der bis vor kurzem eher der Mitte zugeordnet wurde.

Am gleichen Wochenende hat der Vorstand des in der Vergangenheit immer Genscher-treuen FDP-Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe den FDP-Vorsitzenden aufgefordert, auf dem Bundesparteitag durch den Verzicht auf seine Wiederwahl den Weg freizumachen für einen Neuanfang der Liberalen (FR, 11.10.).

Indessen denkt Genscher gar nicht daran, auf diese Appelle einzugehen. Mit ihm wird gleichzeitig auch seine bisherige Politik zur Wahl stehen.

Das Dilemma der Genscher-Gegner ist es, daß sie sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, weil die unterschiedlichen politischen Vorstellungen, die mit der Person verbunden werden, zu groß sind. Einerseits wird Mischnick vorgeschlagen, der ist natürlich für die Linken nicht wählbar. Der Kandidat ist eindeutig Baum, der sich im Hintergrund hält und für die „Mitte“ nicht akzeptabel ist. Der stellvertretende Vorsitzende Ronneburger scheint auch nicht alle Sympathie der Linken zu haben.

Kommt es zur Abspaltung ?

Während Helga Schuchardt meint, die Diskussion darüber sollte nicht weitergeführt werden („Welt“, 8.10.), gibt es doch einige Stimmen, die sich daran nicht halten und auch in ihren alten Tagen den Mut nicht verloren haben. Der bald 90jährige William Born, Bundesvorsitzungsmitglied der FDP, kündigte an, daß bei einer Bestätigung Genschers als Parteivorsitzenden noch während des Parteitages in Berlin eine neue Partei links von der FDP gegründet werden soll. (TAZ, 11.10.). Neben Einzelaussagen von FDP- oder Judomitgliedern, die vergleichbare Aussagen getroffen haben, ist es vor allem der Kreis um die Steglitzer Initiative, die mit ihren Gründungsabsichten an die Öffentlichkeit getreten ist. Ein bundesweites Treffen fand Oktober in

Bebra statt. „Im Verlauf des Treffens wurde die Gründung einer eigenständigen linksliberalen Organisation als Partei beschlossen, die sich nur in dem Fall nicht konstituieren wird, daß auf dem Berliner Parteitag der FDP keine Mehrheit für den Genscher-Kurs zustandekommen sollte.“ (TAZ, 5.10.). Der Gedanke, sich in einer Partei der Wirtschaftsliberalen einzufügen, zu überwintern, wurde als unproduktiv fallengelassen. Zur Begründung wurden acht Thesen entwickelt, die nur unter den oben genannten Bedingungen gelten:

These 1: Der Versuch, aus der FDP eine fortschrittliche Partei zu machen, ist gescheitert....

These 2: Eine nicht mehr liberale FDP kann für fortschrittliche Liberale keine politische Heimat mehr sein und scheidet als politisches Gestaltungsinstrument liberaler Ziele aus....

These 3: Die schon lange andauernde Erosion der sozialliberalen FDP-Mitgliedschaft wird sich verstärken. Attraktiv ist die Partei schon seit Jahren in erster Linie für eher rechtsgerichtete Karrieristen....

These 4: Die FDP hat als neokonservative Partei kaum Chancen, längerfristig in den Parlamenten zu bleiben.... Weil sie dann für die CDU/CSU zur Mehrheitsbeschaffung untauglich würde, müßte die Union in diesem Fall an einem endgültigen Verschwinden einer konservativen FDP interessiert sein.

These 5: Als rechte Partei wäre die FDP inhaltlich überflüssig....

These 6: Die politischen Überlebensfra-

gen (Verringerung der Kriegsgefahr, Verhinderung einer ökologischen Katastrophe, Erhaltung des sozialen Netzes) sind wegen der unvermeidlichen Umstrukturierung der Parteiwähler und -mitglieder sowie des Zwangs zum Bündnis mit der CDU/CSU nicht mit, sondern nur gegen die neokonservative FDP zu lösen. Demgegenüber sind die Friedens- und Ökologiebewegung sowie sich notwendigerweise repolitisierte Gewerkschaften aufgrund ihrer inhaltlichen Orientierung und des bürgerschaftlichen Engagements tragende Säulen für eine die Zukunftsprobleme lösende Politik und sind deshalb für Liberale unverzichtbare Bündnispartner.

These 7: Zur Erhaltung und Umsetzung liberaler Zielvorstellungen ist die Gründung einer linksliberalen Organisation richtig und notwendig....

These 8: Eine Chance, fortschrittliche liberale Politik zu verwirklichen und ein reaktionäres Machtkartell an der Realisierung seiner Ziele zu hindern, besteht nur in einem „Neuen Reformbündnis“ zur Bildung einer „Neuen Reformmehrheit“ in der Gesellschaft. Nach Lage der Dinge kann ein solches Reformbündnis nur zum Tragen kommen, wenn Sozialdemokraten, die Grünen und Fortschrittliberale sich im Bündnis mit der Friedens-, Ökologie- und Bürgerinitiativ-Bewegung auf eine gemeinsame politische Basis verständigen.

Der sich neu organisierende politische Liberalismus muß sich als eigenständige Komponente für ein solches „Neues Reformbündnis“ verstehen.



FDP-Generalsekretär Verheugen und Parteichef Genscher

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungdemokraten Baden-Württembergs

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungdemokraten Baden-Württembergs

Spaltung der FDP — unwiderruflich

AK: Jürgen Gneiting, sind die Jungdemokraten in Baden-Württemberg eigentlich noch der Jugendverband der FDP? FDP-Chef Morlok hat ja die Trennung schon für vollzogen erklärt.

J.G.: Nach dem Koalitionsbruch haben wir sofort einen Landesausschuß durchgeführt, der beschlossen hat, nur unter bestimmten Bedingungen wie bisher in der FDP weiterzuarbeiten. Dazu gehört die Abwahl des Parteivorstands, d.h. grundlegende personelle Konsequenzen, nicht nur die Ablösung des Vorsitzenden Genscher. Außerdem die Umsetzung der inhaltlichen Positionen des Wahlprogramms der FDP, die im Regierungsprogramm der CDU/FDP-Koalition nicht mehr auftauchen. Ich habe dann einen Brief an die Mitglieder geschrieben, in dem ich zum Verbleiben in der FDP bis zum a.o. Bundesparteitag am 16.10. aufgefordert habe, um dann im Fall der Ablehnung unserer grundlegenden Konsequenzen geschlossen auszutreten. Daraufhin hat Morlok gesagt, der Bruch mit den DJD sei erfolgt. Tatsache ist jedoch, daß eine solche Entscheidung nur von einem Landesparteitag der FDP getroffen werden könnte, nicht vom Vorsitzenden in einem Alleingang.

AK: Nun war ja am Wochenende 9./10. Oktober ein außerordentlicher Parteitag der baden-württembergischen FDP. Ein Rauschmiß für euch Judos stand nicht zur Debatte. Im Gegenteil gab es ziemlich Unmut gegen die Partei-Rechte. In der Presse wird das sogar so gehandelt, daß

jetzt BaWü als fünfter Landesverband gegen Genscher gestimmt habe.

J.G.: Das stimmt leider nur zum Teil. Zum einen wurde nicht der Rücktritt von Genscher gefordert, sondern die Delegiertenmehrheit richtete — sehr viel vernünftlicher — an den Bundesvorsitzenden die Bitte, freiwillig auf seinen Posten zu verzichten. Für uns ist aber etwas anderes viel wichtiger: Es ist nicht damit getan, die Gesamtverantwortung für den Rechtsruck auf einen Einzigen abzuladen. Es geht hier nicht nur um die Person Genscher. Untragbar sind noch eine Reihe anderer Funktionäre, die die Rechtsausrichtung der Partei unter Umgehung der Mitglieder betrieben haben. Insofern sind für uns auch Leute wie Wurbs, Morlok, Mölleman und Lambsdorff als Bundesvorsitzungsmitglieder nicht hinnehmbar.

Leider ist ein Antrag auf dem Landesparteitag, der in diese Richtung zielte, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

AK: Ist die Spaltung der FDP überhaupt noch vermeidbar? Bestehen überhaupt noch Chancen, daß eure Bedingungen, die ja die Bedingungen der gesamten Judos sind (s. Kasten) auf dem Bundesparteitag im November erfüllt werden?

J.G.: Dazu möchte ich etwas weiter ausholen. Die FDP als Partei ist ja ein Bündnis zwischen Wirtschaftsliberalen und Sozialliberalen. Ausdruck davon ist z.B. der Kompromiß in den „Freiburger Thesen“ von 1971. Dort wurden einerseits die Mechanismen der privatkapitalistischen Wirtschaft aner-

kannt. Davon abgetrennt wurde aber der gesamte Bereich von Justiz-, Staats-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, der das Terrain für sozialliberale Reformversuche abgab. Nun versucht der wirtschaftsliberale Flügel, diesen Kompromiß aufzukündigen. Ausdruck davon ist das Lambsdorff-Papier, wo der gesamte Bereich der Gesellschaftspolitik wieder als Rahmenbedingungen für die Investitionsfreudigkeit des Kapitals definiert wird. Reformpolitik in diesem Bereich ist dadurch natürlich unmöglich.

Eine kleine Hoffnung habe ich insofern, als die FDP in der Opposition für das Kapital nicht mehr so interessant wäre und der Druck von dieser Seite dann auch abnehmen würde. In der Opposition könnte sich die Partei dann neu definieren.

AK: Da schwingt aber eine Menge Illusion mit. Der RID in der FDP geht doch auch auf veränderte wirtschaftliche Hintergründe zurück, die — im Unterschied zu vor 10 Jahren — eine friedliche Koexistenz von knallharten Kapitalvertretern und fortschrittlichen Linksliberalen gar nicht mehr möglich macht, schon gar nicht in einer Partei.

J.G.: Ich bin da auch ziemlich pessimistisch. Wenn Genscher & Co. die Partei für sich beanspruchen, muß sich der Sozialliberalismus eine neue Organisationsform suchen. Zieht die Parteirechte am 7. November ihren Kurs durch, treten wir geschlossen aus und beraten

Fortf. v. voriger Seite

auf Delegiertenkonferenzen über eine eigenständige Weiterarbeit. Bis dahin wollen wir allerdings in der FDP für einen Umschwung kämpfen.

AK: Welche Möglichkeiten einer Neuorganisation sind bei den Jungdemokraten in der Debatte?

J.G.: Grob gesagt gibt es da drei Tendenzen. Die Judos sind ein sehr heterogener Verband, und es wird sicher keine einheitliche Entscheidung aller Mitglieder geben.

Die eine Tendenz läuft auf einen direkten Eintritt in die SPD raus. Das sind allerdings sehr wenige.

Vermutlich die Mehrheit will eine neue sozialliberale Organisation gründen, zusammen mit fortschrittlichen FDP-Mitgliedern. Vorbild für eine solche Organisation sind etwa die D 66 in Holland. In diesen Kreisen wird die SPD als Partner einer solchen neuen Kraft gesehen. Eine weitere Strömung, zu der auch ich mich zähle, will eine stärkere Hinwendung zum radikaldemokratischen Lager, wo unsere Positionen z.B. im Rechtsstaatsbereich wirkungsvoller zum Tragen kommen können.

AK: Eine Annäherung zu den Grünen ist wohl schon angelaufen. Die Linksbündler „Sieglitzer Initiative“ hat sich mit Erich Krohn, Landesvorsitzend der Hamburger Grünen, getroffen. In den letzten Tagen haben hier in Stuttgart Gespräche zwischen dem FDP-MdB Hölcher und dem grünen MdL Kretschmann stattgefunden. Kommt da was in Gang?

J.G.: Die Grünen sind für uns sicher ein wichtiger Bezugspunkt. Wie eng eine Zusammenarbeit sein kann, ob wir vielleicht sogar in diese Partei eintreten, muß sich allerdings noch zeigen.

JuDos — Gründung einer neuen Organisation?

— Auszüge aus dem Beschluß des Bundesausschusses der DJD vom 2.10.1982 —

„In der FDP ist eine breite Bewegung der Demokraten, Rechtsstaatler und Sozialliberalen entstanden. Durch viele Appelle an Austraten gehindert, werten diese auf die nächsten Schritte Repräsentanten aus dem sozialliberalen Lager sind bereit, sich an die Spitze einer möglichen Alternative zur FDP zu stellen.“

Wenn die rechte Parteiführung den demokratischen Sozialliberalismus aus der Partei ausschließen will, gibt es nur die Alternative, eine eigene Arbeitsform aufzubauen.

In der jetzigen Situation haben wir Jungdemokraten eine erhöhte Verantwortung:

— Wir haben eine intakte organisatorische Struktur, die erhalten bleiben kann,

— nur wenige von uns haben in letzter Zeit individuell reagiert und sind ausgetreten,

— die ganz große Zahl ist bereit, unseren Arbeitszusammenhang zu erhalten und gemeinsam zu handeln.

Das Angebot an die FDP steht: Wenn der Bundesparteitag die bestehende Spaltung der Partei aufhebt, indem er die undemokratische, polarisierende Parteiführung durch eine integrierte, glaubhafte ersetzt,

und wenn er den eingeschlagenen Weg eindeutig politisch ablehnt, wird die Zusammenarbeit mit der FDP fortgesetzt.

Setzt sich die Parteirechte durch und beansprucht die ganze Partei für sich, werden die Jungdemokraten sich an der Gründung einer neuen Organisation beteiligen.

Nach den ersten Schritten am Rande des Bundesparteitages wird eine a.o. Bundesdelegiertenkonferenz die politischen Grundlagen für ein Zusammengehen mit vielen sozialliberalen FDP-Mitgliedern schaffen.

Auf einem erheblich größeren „neuen Kölner Kongreß“ werden die organisatorischen und — soweit möglich — programmatischen Grundlagen einer neuen liberal-demokratischen Kraft geschaffen werden, um ein politisches Eigenleben und eine Beteiligung an Wahlen zu erreichen.

Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung Kohl/Genscher?

Seit dem 1.10. hat die Bundesrepublik eine Übergangsregierung in Gestalt des FDP-gestützten Kohl-Kabinetts. Eine Bestätigung durch die Wähler soll angeblich am 6. März 83 nachgeholt werden. Mag sich auch der von Kohl angekündigte historische Neuanfang, wie er jetzt von ihm als 'Dringlichkeitsprogramm' in seiner Regierungserklärung vorgelegt wurde, nur graduell von den vorherigen SPD/FDP-Krisenlösungsvorstellungen unterscheiden, so ist doch schon zu erkennen, daß es sich für die CDU/CSU und die hinter ihr stehenden Kräfte nur um die **E l a b o r a t i o n** der konservativen Wende, nicht bereits um die Wende selbst handelt. Das bürgerliche Lager ist sich einig, daß die neue Regierung die Krise erst einmal nicht bewältigen, sondern vertiefen wird. „Vieles spricht dafür, daß der Tiefpunkt noch vor uns liegt“, meinte Kohl vorsorglich in seiner Regierungserklärung. Die 'Koalition der Mitte' ist für die CDU/CSU, vornehmlich für die Kräfte um Strauß, getreu dem nach wie vor gültigen Sonthofener Konzept nur ein Vehikel, mit dem die Bevölkerung reif gemacht werden soll für die eigentlichen Ziele eines Großeuropas unter starker deutscher Führung...

Bezeichnend dafür sind Äußerungen von Strauß, der in seinem letzten „Spiegel“-Interview sagte, der „größte Feind“ der CDU/CSU sei immer noch der „hohe Pegelstand der Erwartungen, die Hoffnung einer raschen Änderung, das Umschlagen der Stimmung in Ungeduld usw“. Ministerpräsident Albrecht hätte die Krise sich gern noch bis zum regulär anstehenden Wahltermin 1984 entwickeln lassen, weil dann für die CDU/CSU bessere Möglichkeiten bestanden hätten, die „Überlegenheit ihres Konzepts“ zu beweisen. Nicht viel anders die großbürgerlichen Kommentare, die den Wechsel zwar begrüßen, aber ihn allesamt für recht halbherzig erklären und sich besonders an der Zusage von Neuwahlen im März 83 stören. Der berechtigte Spott über Birnes pastorales Mittelmaß-Denken und sein mittelmäßiges Programm sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es gerade dieses politische wie persönliche Mittelmaß ist, das nach seinem absehbaren Scheitern das Auftreten eines „starken Mannes“ wie Strauß legitimieren soll. Unter diesen Voraussetzungen muß das von Kohl vorgelegte 'Dringlichkeitsprogramm' verstanden werden.

Wie werden Regierungen mit einem solchen „Dringlichkeitsprogramm“ verstanden werden.

Kohls Regierungserklärung verkündet einen „historischen Neuanfang“ wie anno 1949, der eine neue Ära des Aufbaus und der wirtschaftlichen Stabilität einleiten soll. Die neue Regierung sei „notwendig geworden, weil die alte Regierung sich als unfähig erwies, gemeinsam das soziale Netz zu sichern und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen“. Die „Tafel“ solle nun „aufgehoben werden“. „Erste positive Wirkungen“ seien aber nicht vor der zweiten Hälfte 1983 zu erwarten — also nach der versprochenen Neuwahl am 6. März 83. Im übrigen können „grundlegende Erfolge“ ohnehin nur in einem mehrjährigen Prozeß erreicht werden.

Für Kohl geht es aber nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um geistige „Erneuerung“. Zukunftsangst habe, besonders bei jungen Menschen, zu „Nostalgie und Utopie“ geführt. Es komme jetzt darauf an, „wieder die Tugenden der Klugheit, des Mutes und des Maßes“ zu beleben. „Die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel mehr der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung sich neu entfalten können“. Alle hätten „zu lange auf Kosten anderer gelebt; der Staat auf Kosten der Bürger, Bürger auf Kosten von Mitbürgern und wir alle auf Kosten der nachwachsenden Generationen“. Da sei es „auch ein Gebot des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, daß wir der Ehrlichkeit, der Leistung und der Selbstverantwortung eine neue Chance geben“.

Mit dem Dringlichkeitsprogramm würden nun endlich die „Weichen zur Erneuerung“ gestellt: „Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“. „Dafür müssen wir den Bürgern Opfer zumuten; dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik“.

Die Schlagworte, unter denen Kohl

heute Opfer vom Bürger für eine zukünftig in Aussicht gestellte Sicherung der sozialen Leistungen durch Erneuerung der finanziellen Fundamente unseres Staates verlangt, lauten: „Solidarität“ und „Subsidiarität“.

Ein Blick ins Programm des sog. Jugend-Parteitags der CDU vom November 81 zeigt, was die CDU unter diesen Schlagworten verstehen möchte: „Solidarität“ soll heißen: „Dienst an der Gemeinschaft“, „Verpflichtung“ gegenüber der Gesellschaft, „Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“, „Subsidiarität“ soll heißen: „daß der Staat nicht regeln soll, was der einzelne oder die freien gesellschaftlichen Gruppen aus eigenen Kräften leisten können“. „Der Staat hat den Menschen zuviel versprochen, und die Menschen haben zuviel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand. Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden“. Die konkreten Aussagen des 'Dringlichkeitsprogramms' zeigen, daß die Sprüche von Wiederbelebung alter Tugenden, „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“, Neuanfang, Solidarität und Subsidiarität in der politischen Realität verstanden werden als Stillhalten der Bevölkerung gegenüber einer weiteren Verschärfung der Ausplünderung durch die Reichen und der Kriegsvorbereitungen.

„Über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat“

Der Teil Wirtschaft und Soziales dominiert folgerichtig das ganze Dringlichkeitsprogramm. Sowohl die Koalitionsvereinbarungen vom 28.9. als auch die Regierungserklärung Kohls am 14.10. verfolgen die Linie, aus den Bereichen der Sozialpolitik herauszukürzen, was zur Zeit politisch durchsetzbar erscheint, um die so gewonnenen Gelder den Kapitalisten zukommen zu lassen. In demagogischer Weise wird von Kohl in seiner Regierungserklärung von ei-

ner Kürzung „insbesondere bei den Subventionen“ geredet und so der Schein erweckt, als würden die Kapitalisten von den Kürzungen ebenso betroffen wie die arbeitende Bevölkerung. Nun, schauen wir einmal, was die neue Koalition anbietet, um der westdeutschen Wirtschaft eine Zukunftsperspektive zu schaffen: Die Regierungserklärung (FAZ, 14.10.) ist sehr allgemein, aber da interessant, wo die Umverteilungsabsichten und das Verteilen des goldenen Nansen an die Industrie in schamloser Offenheit formuliert werden. Die „Ertragschancen der Unternehmen“ sollen verbessert werden, indem die Gewerkschaften Einhaltssanktionen über „Investitionen für mehr Arbeitsplätze“ erfordern positive Ertragsverpflichtungen und hinreichendes Eigenkapital. Wir vertrauen darauf, daß die Tarifpartner bei ihren Entscheidungen sich dessen bewußt sind. Die Republik soll nun endlich verkabelt werden, denn „von dem geplanten Ausbau der Kabelnetze werden wirkungsvolle Anstöße für Investitionen und neue Technologien ausgehen“. Und natürlich: „Damit unser Land ein attraktiver Standort für zukunftsorientierte Industrie und krisenfeste Arbeitsplätze bleibt, können wir auf Kernkraft nicht verzichten.“ Ganz im Gegensatz zum großen Pathos des Spar- und Kürzungsdramas sichert die neue Koalition den Kapitalisten eine unbeschränkte „Zukunftsperspektive (zu), die frei ist von entbehrlichen Belastungen und Verunsicherungen durch den Staat“. Detaillierter als in der Regierungserklärung haben die Koalitionsparteien ihre gemeinsamen Vorstellungen in dem Koalitionsvertrag vom 28.9. festgelegt (siehe „Handelsblatt“, 29.9.). Diese Koalitionsvereinbarungen sind nichts anderes als ein Minimalkonsens zwischen FDP, CDU und CSU über die Gestaltung der nächsten Periode; mit den längerfristigen Absichten von Strauß & Co. sind sie nur bedingt identisch.

Ab dem 1. Juli 83 wird die Mehrwertsteuer um ein Prozent auf 14% erhöht. Die mit dieser Erhöhung mehr eingenommenen 2,2 Milliarden DM sollen

„für Steuerentlastungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen“ verwendet werden. So sollen diejenigen, die sich demnach ein Ein- oder Zweifamilienhaus hinstellen, in den ersten drei Jahren nach Fertigstellung einen Steuerabzug von jeweils 10.000 DM pro Jahr erhalten. Diese nun wirklich sehr eigentümergefreundliche Maßnahme wird zu einer Verminderung des Steueraufkommens um eine Milliarde DM führen und wird im ersten Jahr ihrer Einführung mehr an Steuerausfall bedeuten, als durch die Streichung des Baßog „gespart“ wird (230 Mio. DM zu 200 Mio. „gespartem“ Baßog). Ein weiterer Teil der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer soll für „steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen“ verteilt werden. Und im Zuge der wieder auflebenden Freiheit für alle Bürger wird ein weiterer Teil zur „Förderung der Existenzgründung“ von Unternehmen verschenkt. Ab 1. Januar 1984 sollen noch weitere „Investitionsbeihilfenprogramme“ aus dieser Mehrwertsteuer-Erhöhung finanziert werden: wahrlich ein warmer Regen für die westdeutsche Wirtschaft.

Vielleicht erinnert sich noch manche/r Leser/in an den Sturm der Entrüstung, der sich in der jüngeren Vergangenheit erhob, als die damalige sozial-liberale Koalition die Erhebung einer Sonderabgabe für höhere Einkommen erzwang, um mit dem Geld irgendwelche Investitionsprogramme zu bezahlen. Nun hat die neue Koalition beschlossen, von den „besser verdienenden“ Bürgern eine Anleihe einzutreiben. Alle, die mehr als 50.000 DM jährlich verdienen (Als Ehepaar 100.000 DM) müssen jeweils 1983 und 1984 einen Betrag in Höhe von 5% ihrer Steuerabgaben dem Bund einschießen für vier Jahre zur Verfügung stellen. Dann bekommen sie das Geld zurück. Der Haken an dieser „Anleihe“ ist, daß davon diejenigen nicht betroffen sind, „die den fünfjährigen Betrag der Anleihe in ihrem eigenen Unternehmen für Investitionen aufwenden“. Da wird der Arzt also endlich das dritte Auto, der Rechtsanwalt die EDV-Anlage, der Architekt den goldenen Bleistiftspitzer kaufen, um die Anleihe nicht zahlen zu müssen. Die Verwendung der Anleihe war für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorgesehen, und so wird es die Regierung auch nicht sehr aufrufen, wenn durch die Anleihe nicht allzuviel Geld einkommen wird.

Die angestrebten Veränderungen im Mietrecht stehen in krassem Gegensatz zur Hoherhebung der Eigentümer. Das noch von der alten Koalition im Bundestag verabschiedete Mietgesetz wird im Bundesrat an der Unions-Mehrheit scheitern. Sodann wird die neue Koalition sofort ein neues Gesetz im Bundesrat vorlegen, in dem

— auf die Verpflichtung der größeren Gemeinden zur Erstellung von Mietwohnungen verzichtet wird;

— „ein höheres Maß an Vertragsfreiheit für Mieter und Vermieter verwirklicht werden soll“ (FAZ, 29.9.);

— die Fristverlängerung für Eigenbedarfskündigungen in Umwandlungsfällen entfällt;

— im Vergleichsmietennachweis auch Vergleichsobjekte aus dem eigenen Bestand der Miethäuser zugelassen werden.

Zusammenfassend kommt die „FAZ“ zum Schluß: „Daß bedeutet, daß die Mieten stärker steigen werden als bisher vorgesehen war“ (29.9.); und: „Speziell die Absichten in der Wohnungs- und Mietpolitik sind vertrauensverweckend“ (30.9.). Trotz alledem ist das, was in der Regierungserklärung und im Koalitionspapier ausgedrückt wurde, nicht der letzte, sondern nur der erste Schritt hin zu einer umfassenden Umverteilung. Da sich die konservative Koalition natürlich an den Ansprüchen der Kapitalisten ausrichten wird, ist mit einer weiteren Verschärfung der Sparpolitik zu rechnen, denn nach Aussage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) „sei es (...) mit einer bloßen Kurskorrektur nicht getan. Die Entscheidungen müßten eine überzeugende Langfristperspektive bieten. (...) Mit dem Sparen müsse endlich ernst gemacht werden. Notwendig sei (...) eine Umschichtung



Genscher wechselt die Koalition

(Karikatur entnommen der „Hamburger Morgenpost“, Unterzeile AK)

Fortf. nächste Seite

Fortf. nächste Seite

der öffentlichen Haushalte zugunsten der investiven Ausgaben" („Handelsblatt", 20.9.).

Und wer soll das bezahlen ...?

Zunächst wird der Staat seinen Angehörigen und Beamten eine „Lohnpause" verordnen. Insgesamt sollen im Bereich der Beamtenbesoldung rund 700 Millionen DM eingespart werden. Es mag bei manchen Sympathie erwecken, wenn da mal ein wenig durchforstet wird. Das ist aber auch gleichbedeutend mit einer schlechteren Versorgung im öffentlichen Bereich, und zum anderen beziehen die wenigsten Beamten „Ministurgehälter".

Aus der Vielzahl der im Koalitionsvertrag festgelegten Kürzungsprojekte seien die wichtigsten kurz beschrieben. — Die Rentenanpassungen werden für alle Rentenbereiche um ein halbes Jahr hinausgeschoben (auf 1.7.83 vertragt). Da der Anpassungssatz von 5,8% beibehalten bleibt, werden die Rentner durch die Preissteigerungen des ersten halben Jahres '83 faktisch betrogen. Weiterhin wird eine längst überfällige Anpassung aufgeschoben, denn ein Großteil der Rentner lebt nahe am Existenzminimum; Einsparung von ca. 1,7 Milliarden DM. Ebenfalls ab 1. Juli '83 werden die Rentner einen Krankenversicherungsbeitrag von 1% zahlen müssen. In den nächsten zwei Jahren soll die Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung um jeweils zwei Prozent je Jahr steigen.

— Noch bleiben die Sätze für Arbeitslosenhilfe und -geld unverändert. Dafür wird aber die Zahlung von Arbeitslosengeld an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt. D.h. wer weniger lange arbeitet, erhält auch weniger lange Unterstützung. Das wird zuerst die Frauen treffen, die vielfach auf Grund der Arbeitsteilung im Haushalt (Kindererziehung) schlicht nicht arbeiten konnten. Das trifft weiterhin die, die das Pech hatten, in einer Branche zu arbeiten, die relativ früh von der Krise erfaßt wurde, und die deshalb öfters arbeitslos waren. Und dann diejenigen, die ganz einfach weil sie jung sind keine Arbeit bekommen. Zum zweiten sollen sich die Beiträge für die Rentenversicherung nach der Höhe des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe richten. Die Arbeitslosen werden also nicht nur gegenwärtig bestraft, sondern auch in der Sicherung ihres Lebensalters getroffen (Einsparungen 500 Millionen DM).

— Die Krankenhausbeteiligung wird auf 14 Tage ausgedehnt. Die SPD/FDP-Planungen sehen eine Beteiligung für eine Woche vor. Gegenwärtig werden noch 100% der Normalleistungen durch die Krankenversicherungen gedeckt. Bei Krankenschreibungen soll verstärkt der Vertrauensarzt eingeschaltet werden („Von jeder Krankmeldung erhält der Vertrauensarzt Benachrichtigung"). „Bußgelder für Gefälligkeitsatteste werden vorgezogen", heißt es lapidar im Koalitionsvertrag.

— Insgesamt soll das Gesundheitswesen erheblich umgestellt werden: „Die Verstärkung der häuslichen Pflege anstelle von Krankenhauseinweisungen ist langfristig anzustreben". Wie normal arbeitende Menschen dies leisten und neben dem Arbeitstag auch noch menschliche Pflege im Haushalt übernehmen sollen, darüber macht sich die Regierung keine Gedanken. Desweiteren sollen die Zeiten für Kuren auf den Normaljahresurlaub angerechnet werden. Damit wird der Effekt einer Kur im Nachhinein gleich Null, denn eine Kur ist kein Urlaub, sondern durch die medizinischen Anwendungen (Bäder, Untersuchungen, Therapie, ...) schwerste körperliche Arbeit. Der Sinn dieser Maßnahme kann nur sein, Kuren weitgehend zu verhindern.

— Die Steigerung der Sozialhilfesätze wird wie die Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschoben; außerdem wird der Prozentsatz, um den die Sozialhilfesätze vermehrt werden sollten, von 3% auf 2% gesenkt. Ähnlich wie die meisten Rentner leben die Sozialhilfeempfänger im Grenzbereich des Existenzminimums und werden durch diese Maßnahme unter diese Grenze gedrückt.

— Ab 1. Januar wird für jedes zweite Kind 20 DM (nur noch 80 DM) und für jedes dritte Kind 70 DM weniger (nur noch 150 DM) gezahlt. Gezahlt wird dieses Geld mit einem Jahresnettoeinkommen von 42.000 DM bei einem Ehepaar mit zwei Kindern. Die Grenze erhöht sich für jedes weitere Kind um 7.800 DM. Insgesamt werden durch diese Maßnahme 1,3 Milliarden DM eingespart.

— Das Schüler-Bafög wird generell gestrichen (außer in „Härefällen"). Denn, so begründete die „Frankfurter

Allgemeine" (FAZ): „Förderung von Begabten aller Schichten ist für die Leistungskraft einer Gesellschaft wichtig; Unterstützung von Schülern, die damit vorwiegend eine unangemessen frühe Emanzipation vom elterlichen Wohnsitz betreiben, bedeutet jedoch eine Perverbierung des Sozialstaates" (30.9.). Das Studenten-Bafög wird auf Darlehensbasis umgestellt. Bisher konnten Studenten, deren Eltern Einkommen unter einer bestimmten Einkommensgrenze lag, für eine Regeldauer (verschieden je nach Studienfach) Ausbildungsbeihilfe beziehen, ohne sie zurückzahlen zu müssen. Damit wurde es für viele Kinder aus Arbeiterfamilien erst möglich, überhaupt zu studieren. In den letzten Jahren ist die Ausgabe des Studentenbafögs immer mehr eingeschränkt worden, und so hat der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschülern von fast 12% Anfang der 70er Jahre auf fast 5% gegenwärtig abgenommen. Durch die neue Regelung wird dieser Anteil nochmals kräftig abnehmen. Hochschulbildung wird wieder zum Privileg der Bourgeoisie. Beide Bafög-Regelungen gelten ab 1983/84.

Auch für den Bereich der Sozialpolitik gilt ähnlich wie für den Bereich der Wirtschaftspolitik, daß weiteren Maßnahmen tendenziell keine Grenzen gesetzt sind. Heute liegen diese Grenzen vornehmlich im Erhalt des sozialen Konsenses begründet. Die nun wieder zur regierungsnahen Zeitung aufgestiegene „FAZ" kommentierte das Koalitionsprogramm sehr kritisch: „Das Arbeitslosengeld wird noch nicht grundsätzlich überprüft, ebenso wenig die Lohnfortzahlung. Das sind Minuspunkte. Als einen Schritt in die richtige Richtung wird man die Koalitionsvereinbarung bewerten können. Den Vergleich mit der bisherigen Politik hält sie allemal aus, auch wenn der große Wurf zunächst ausgeblieben ist" (29.9.).

Sicherheitspolitik

Alle anderen politischen Bereiche neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben im „Dringlichkeitsprogramm" relativ vage. Wir wollen sie dennoch in aller Kürze ins Licht stellen.

Zur „Friedenspolitik" bzw. Außenpolitik heißt es schlicht, man wolle „Frieden und Freiheit". Auch aus dem Koalitionsvertrag, das in vielen Punkten deutlicher ist als die verwachsene Regierungserklärung, geht hervor, daß die neue Regierung die „Sicherheitspolitik" der SPD/FDP-Koalition fortzusetzen gedenkt, daraus festhält usw. Wenn Kohl den Anschlag erwecken möchte, als ob die neue Koalition in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen, Cruise Missiles und Pershings verhandlungswillig sei, der Termin der Installation nicht feststehe, so mag ein Hinweis auf das Hamburger Programm der CDU genügen, um zu sehen, von welchen Essentials sie (ganz zu schweigen von der CSU) ausgeht: Bedrohung aus dem Osten, Festhalten an der Strategie der Abschreckung, uneingeschränktes Ja zum NATO-Bündnis, Forcierung der Einigung Europas und „vorbehaltloses" Bekenntnis zu einer „konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses". Ergänzend soll die „Wehrerziehung" forciert, sollen die Gewissensprüfungen für Kriegsdienstverweigerungen erschwert, soll der Ersatzdienst verlängert werden. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Kriegsministers Wörner bestand in der Wiedereinführung der eben von Apel abgeschafften provokativen Bräue der „Traditionspflege" wie Großer Zapfenstreich und öffentliche Verdingungen.

Zur „Deutschlandpolitik" schweigt sich die Regierungserklärung gänzlich aus. Eine Abkühlung ist aber wohl zu erwarten, wenn Kohl an anderer Stelle betont, daß „Deutschlandpolitik" nach wie vor von der Präambel des Grundgesetzes ausgehe, wonach „wir an der Einheit unserer Nation, an der Einheit unseres Volkes festhalten". Im Hamburger Programm der CDU heißt es dazu, die „Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muß ein vitales Element der deutschen Politik sein. Das ist ein entscheidender Auftrag". Es dürfte eines der interessantesten Kapitel werden, wie die Koalitionsregierung es schaffen will, einerseits das Erbe der „Entspannungspolitik" der SPD/FDP, das ja auch im Interesse eines weiterflorierenden Osthandels liegt, fortzusetzen, und andererseits zugleich zu untergraben und den Krieg gegen den Gänsefußchenstaat wieder zu beleben. Von besonderem Interesse dürfte auch sein, wie die Koalition sich bzgl. der „Treu zum atlantischen Bündnis" in Zukunft verhält, wenn die CDU/CSU praktisch entscheiden muß, ob sie als Regierungspartei die US-Embargos gegen die UdSSR unterstützt oder nicht — und sich nicht mehr mit kritischen Kom-

mentaren nach allen Seiten offen halten kann.

Familie, Jugend, Gesundheit

Zur Familienpolitik konnte Mensch der Regierungserklärung nur entnehmen, daß laut dem neuen Familienminister Heiner Geißler der Zivildienst in Zukunft „wesentlich länger" sein soll als der Dienst bei der Bundeswehr. Im übrigen beschränkt sich die Erklärung darauf, gegen „Nostalgie" und „Utopien" der Jugend zu warnen, die eine „Herausforderung an unsere Pflicht als Eltern, an unseren Gemeinsinn und an unsere Überzeugungskraft" seien. Auch hier hilft der Rückgriff auf die vorliegenden Programme. Darin wird als Kernpunkt für eine „menschliche Zukunft" der Jugend die Stärkung der Kleinfamilie und ein nach „Begabung" differenziertes Bildungssystem gefordert, dessen Aufgabe Erziehung zu „klaren Vorstellungen von Deutschland" und „Heranbildung von Eliten" sei. Im übrigen sei auf die Sparmaßnahmen bzgl. Kinder- und Mutterchaftsgeld, Schüler- und Studentenbafög verwiesen. Die angeblich familienfreundliche Politik bedeutet im Konkreten die verstärkte Abwälzung von Ausbildungs- und Erziehungslasten auf die Familie, insbesondere auf die Frau, deren Beschränkung auf ihre Funktion als „Hausfrau und Mutter" Voraussetzung einer derart forcierten „Kleinfamilie" ist. Daß dies ein Schlag gegen die Selbständigkeit und Emanzipation der Frauen ist, liegt auf der Hand und wird von der CDU auch mit der „natürlichen Ordnung" gerechtfertigt.

Darüberhinaus bedeuten die Sparmaßnahmen zusammen mit der „Differenzierung" des Ausbildungswesens eine offene Unterordnung der Lernziele unter die Interessen der Kapitalisten. Daß auch die Einsparungen im Gesundheitswesen zu einer weiteren Belastung der Familie führen werden, sei hier nur am Rande erwähnt.

Abbau des Asylrechts und Verschärfung der Ausländerpolitik

Erwartungsgemäß steht die „Lösung des Ausländerproblems" mit im Vordergrund der Innen- und Rechtspolitik. Vor allem geht es darum, den Anteil der ausländischen Bevölkerung in der BRD spürbar zu verringern und jeden weiteren Zuzug drastisch einzuschränken bis ganz zu unterbinden. Als Maßnahmen werden im Einzelnen angekündigt:

— Schaffung „finanzieller Anreize" zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft". Im Gespräch sind: Kapitalisierung von Arbeitslosengeld, von Teilen der Rentenversicherungsbeiträge, des Kindergeldes usw. Den ausländischen Arbeitern soll ein Teil ihrer hier erworbenen Ansprüche z.B. auf Rente ausbezahlt werden, unter der Vorbedingung, daß sie in ihre Heimatländer zurückkehren. Dahinter steht ein einfacher Taschengeldtrick: Ein ausländischer Arbeiter, der zehn oder mehr Jahre in Deutschland gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine Rente, die er bei seiner Rückkehr in seine Heimatländer zurückbekommt. Dahinter steht ein einfacher Taschengeldtrick: Ein ausländischer Arbeiter, der zehn oder mehr Jahre in der BRD gearbeitet hat, hat heute einen Rentenanspruch von sagen wir 500 DM. Die würde er ab dem 60. Lebensjahr beziehen, bei einer Lebenserwartung von 75 Jahren käme er auf den Bezug einer Gesamtrente von 90.000 DM. Würde er seine Rente heute „kapitalisieren", erhielte er wahrscheinlich die Hälfte seines möglichen Rentenanspruchs ausbezahlt; der Rest verfällt, wenn er in sein Heimatland zurückkehrt. „Schnelles Bargeld" gegen die Aufgabe von Rechten (z.B. auch für seine Familie nach seinem Tode) ist das Ergebnis dieses Tauschgeschäfts.

— Die ausländischen Studenten müssen nach Beendigung ihres Studiums die BRD sofort verlassen.

— Asylanten werden während der Dauer ihres Bewerbungsverfahrens nicht mehr mit Bargeld (bisher in der Höhe von Sozialhilfesätzen), sondern mit Sachleistungen versorgt — bisher schon Praxis in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

— Bis zum 1.3.83 soll eine Bund-, Länder- und Gemeinde-Kommission Vorschläge erarbeiten für eine Verschärfung des Ausländergesetzes, zur sofortigen Vollziehbarkeit der Abschiebung politisch unliebsamer Ausländer ohne Gerichtsverfahren. Nur noch Kinder unter 6 Jahren sollen zum Familienzuzug zugelassen werden.

Orientierung für die künftige Ausländerpolitik soll die schweizerische Methode der Zwangsrotation für die ausländischen Arbeiter sein (d.h. neben anderem die Zwangsausweisung nach einer bestimmten Zeit).

Wegbereiter und Ausführer einer neuen Ausländerpolitik sind Leute wie CSU-Bundestagspräsident Süßkötter, der der Vorsitzenden des rechtsextremen „Schutzbundes für das deutsche Volk" z.B. mitteilt: „Auch ich bin ih-

rer Auffassung, daß der Verfassungsbegriff „deutsches Volk" letztlich ethisch bezogen ist". Der „Schutzbund" steht u.a. auch mit den Unterzeichnern des Heidelberger Manifestes in Verbindung. Und weder vom ethnischen noch vom rechtlichen Volksbegriff lasse sich — so Stücklen weiter — eine „das deutsche Volk überfremdende Einwanderungspolitik rechtfertigen".

Auch an der Macht wird die CDU/CSU darum bemüht sein, völkisch-rassistische Töne dieser Ausprägung in Politik umzusetzen. Der ausländische Teil der Bevölkerung und der Zuwachs in der BRD sei „um so besorgniserregender, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach zuverlässigen Prognosen bis in die 90er Jahre hinein in bedrohlichem Umfang steigen" werden, ließ Franz-Josef Strauß im Sommer des Jahres verlauten. Kaum im Amt, haben Kohl und Strauß-Zimmermann diese Feststellung dahin präzisiert, daß nicht nur die Zahl der Ausländer schlechthin, sondern v.a. der Anteil der türkischen Bevölkerung zu hoch sei. Eine derartige Spezifizierung dient offenkundig auch dazu, die besonders gegen Türken und türkische Kurden ausgeprägten Ressentiments in Teilen der weideutschen Bevölkerung zu verstärken.

„Innere Sicherheit"

Abgesehen von den als Problem der „Innere Sicherheit" vorgebrachten Maßnahmen gegen die Ausländer beschränkt sich die Regierungserklärung zu diesem Punkt auf den orakelhaften Satz: „Wir werden den Staat auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückführen, zugleich aber dafür sorgen, daß er sie zuverlässig erfüllen kann". Im übrigen ist dunkel von „Stärkung des öffentlichen Dienstes" die Rede, wo nur eine Wiederbelebung der Berufsverbote-Praxis gemeint sein kann. Auch im Koalitionsvertrag präsentiert sich die neue Regierung eher dunkel als entschlossen. Beschlossen ist u.a.:

— Die Vorlage eines neuen Verfahrens zur Überprüfung der „Verfassungstreue" im öffentlichen Dienst bis 1.4.83;

— Die „Überprüfung" ob beim Kontaktpersonengesetz „strafprozessuale Garantien verbessert werden können, ohne den Schutz vor terroristischen Aktivitäten zu beeinträchtigen";

— Überprüfung, „ob an dem Prinzip, daß ein Verteidiger nur einen Beschuldigten vertreten kann, ausnahmslos festzuhalten" sei;

— Entbürokratisierung der Verwaltungen;

— Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der „Wehrgerechtigkeit", zu Anerkennungsverfahren von Kriegsdienstverweigerern, zur Ausgestaltung des Ersatzdienstes. Eine klare Sprache spricht die Ablösung Baum's durch den Scharfmacher der CSU Zimmermann. U.a. verkündete Zimmermann zu seinem Amtsantritt die Notwendigkeit eines „positiven Verfassungsschutzes". „Er wolle dafür sorgen, daß dort, wo der Verfassungsschutz durch falsche und mißbrauchte politische Führung u.a. verkündete Zimmermann zu seinem Amtsantritt die Notwendigkeit eines „positiven Verfassungsschutzes". „Er wolle dafür sorgen, daß dort, wo der Verfassungsschutz durch falsche und mißbrauchte politische Führung ins Zweifelhafte gesetzt worden sei, eine Umkehr stattfindet. Der Bürger könne zu Recht erwarten, daß er vor den Feinden der Demokratie geschützt werde, daß Kinder vor verfassungsfreundlich eingestellten Lehrern geschützt würden. Unter positivem Verfassungsschutz verstehe er auch, daß der Staat nicht durch einen Fernmeldetechniker, der Verfassungsfreund sei und operative Maßnahmen verrichte, geschädigt werden könne" (FR, 11.10.).

Die Erneuerung und diese Ankündigungen Zimmermanns (einschließlich der Maßnahmen zur Ausländerpolitik) verraten, daß die Koalition ganz auf der Linie der frisch verabschiedeten „Thesen der CDU für die Innere Sicherheit" vom August 82 liegt. Darin wird über die Forderung nach „Fortführung" des Ausbaus der Polizei und über die bekannten CDU-Dauerbrenner wie Verschärfung des Demonstrationsrechtes, „absolutes" Verbot von „Gewaltpropaganda" u.a. hinaus der Schwerpunkt insbesondere auf die ideologische Aufrüstung der Bevölkerung und des Apparats gelegt. Kernbegriff ist die „wehrhafte Demokratie", die „geschlossene Abwehrhaltung" gegenüber denen, die das „solidarische Zusammenleben" und die „freiheitliche Grundordnung bedrohen", indem sie „alles in Frage stellen", gegenüber „gemeinschaftszerstörenden Neigungen einzelner" u.a.m. — Originalton: „Die Sicherheitsorgane repräsentieren im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft. Deshalb ist jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Verbrecher zu diskriminieren, ein Angriff gegen die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung". Der Staat müsse sich „in der Öffentlichkeit zu den Sicherheits-

kräften bekennen". Mobilisierung von „Bürgern, (die) aus eigener Initiative überall da helfend eingreifen". Einrichtung von „Beratungsstellen", die Anhebung des „Sozialprestiges" und der „Attraktivität" des „Berufsbildes des Strafvollzugsbeamten" als non plus ultra „vorbeugender Verbrechensbekämpfung" charakterisieren Maßnahmen dieser ideologischen Offensive, mit der der vorhandene Apparat für die absehbaren größeren Masseneinsätze geschmiert werden soll. Spitze der von Kohl in Anspruch genommenen „geistigen Offensive" ist somit die Mobilisierung der zufriedenen „schweigenden Mehrheit" gegen eine Minderheit von Unzufriedenen. F.J. Strauß gab dazu wieder einmal den Grundton: Man dürfe „nicht zulassen, daß Berufschaoten, Systemveränderer und Rechtsbrecher unter Anwendung von Gewalt ... weiterhin den inneren Frieden ... stören".

Vor Demagogen wird gewarnt

Abschließend sei angemerkt: Erstens: Die Kohl-Geisler-Regierung wird nicht nur zu einer erheblichen Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung beitragen, und schon dadurch die „Solidarität in diesem unserem Lande" erheblich belasten, sondern gleichzeitig Kriegs-, Rüstungs- und einen außenpolitischen Aggressionskurs fortsetzen und verschärfen. Beides zusammen wird zu erheblichen sozialen und politischen Unruhen in nächster Zeit führen, die von Strategen wie Strauß u.a. einkalkuliert werden. Zweitens: Den unvermeidlichen Unruhen versucht man durch eine ideologische Offensive zu begegnen. Unter dem Stichwort „Wiederbelebung alter Werte und Tugenden" wird die Volksgemeinschaftsideologie der „Aufbau"-Jahre nach 1945, mehr aber noch der Jahre vor 1945 beschworen. Die Namen dafür sind heute „Solidargemeinschaft", „Gemeinnut", u.a.

In diesem Zusammenhang muß Mensch sich auch vor Augen führen, daß Schlagworte aus der Regierungserklärung wie „weniger Staat, mehr Menschlichkeit", „weniger Ideologien der Mäcker, mehr Eigeninitiative", Freiheit, Tugend ... keineswegs nur der Vorliebe Birnes für verblasene Predigten entspringen, sondern darüber hinaus auch von seiner Person unabhängig wesentlicher Bestandteil der anvisierten konservativen Wende sind, die die allgemeine (linke) Technologie und Fortschrittskritik und die mittelständische Angst vor Existenzvernichtung durch die weitere gnadenlose Monopolisierung mit ihrer Kritik an „sozialistischen Experimenten" zu einem neuen „Wertkonservatismus" verrühren möchte, der nicht nur auf Zulauf aus dem traditionellen Mittelstand, sondern auch aus dem Lager der Ökologen und Alternativen (Kleinbesitzer) rechnet.

Zur Verdeutlichung nur ein paar von den Stichworten, die das Hamburger Programm der CDU im Teil „Unser Ziel" bringt: Dort wird u.a. versprochen, man sei: Für „überschaubare

Zur Verdeutlichung nur ein paar von den Stichworten, die das Hamburger Programm der CDU im Teil „Unser Ziel" bringt: Dort wird u.a. versprochen, man sei: Für „überschaubare und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraumes" gegen „Großstrukturen", für „Übersichtlichkeit, Vertrautheit und mitverantwortliches Handeln", gegen „Schulfabriken", gegen „Mammuthauskulturen", gegen „Wohnsilos", für „überschaubare Gemeinden", für „Stärkung des Föderalismus", für „Entbürokratisierung", für eine „wirtschaftliche Ordnung mit vielen kleinen und mittleren Betrieben". „Erwerbsarbeit ist nicht alles. Gefragt sind auch Tätigkeiten, die mehr dem täglichen Leben verbunden sind. Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit ...". Hier versuchen die neuen CDU-Werte ganz offensichtlich mit ökologischen Programmen und Träumen vom alternativen Leben zur Deckung zu kommen ... Es ist „eigentlich klar", daß zwischen den Versprechen auf ein solches mittelständisches Paradies und dem Dienst an „der Wirtschaft" ein ziemlicher Mord ist liegt.

Drittens: In aller Stille wird der Repressionsapparat weiter ausgebaut, seine Teile (Polizei, BGS, Geheimdienste, Bundeswehr) weiter vernetzt. Dazu bedarf es nach der gründlichen Vorarbeit der SPD/FDP heutzutage keines besonderen Programmpunkts in einer Regierungserklärung.

Kurz: Die Linke, die eine „andere Republik" will als Kohl und Co, sollte sich durch das bieder-mittelständische Gewand der neuen Übergangsregierung nicht zu Verharmlosungen hinreißen lassen, sondern alles daran setzen, sie als Durchgangsstadium und Vorbereiter eines möglichen Krieges und neuer faschistischer Verhältnisse zu entlarven.

Antifa-Kommission
KB/Hamburg

Jochen Lange

Für einen radikalen Pazifismus

— Zur Grundsatzdiskussion in der DFG-VK —

Jochen Lange (DFG-VK Westberlin), ehemaliges Mitglied des Bundesvorstandes, fordert eine grundlegende Umorientierung der Bündnispolitik der DFG-VK, hin zu einer parteipolitisch unabhängigen Aktionsorientierung. Er kritisiert die illusionäre Hoffnung auf parlamentarische Mehrheiten gegen die „Nachrüstung“ und warnt vor der Beschränkung auf Friedensappelle.

Diese Stellungnahme wurde, leicht gekürzt, der Zeitung der baden-württembergischen DFG-VK entnommen („Südwest Kontakt“, 2/82).

FRIEDEN — ein Prozeß mit Zwischenschritten

Der Diskussion darüber, was nun eigentlich „Frieden“ ist, wird erstaunlicherweise in der Friedensbewegung kaum Bedeutung zugewiesen. Die Gründe hierfür mögen darin liegen, daß viele hinter einem Definitionsversuch — zu Recht — politische Brisanz vermuten: Es könnte sich ja herausstellen, daß es sich in Wahrheit eher um eine Anti-Kriegs-Bewegung handelt, deren „Einheit in der Aktion“ durch eine positive Füllung der bislang eher verbalen Hülse „Frieden“ gefährdet gesehen wird.

In der DFG-VK hat es dagegen immer eine Friedensdiskussion gegeben. Die beiden unterschiedlichen Hauptströmungen sind im Programm festgehalten:

„Im Verständnis politischer Pazifisten bedeutet Frieden jedoch mehr als die Abwesenheit von Krieg. Unter Frieden versteht die DFG-VK die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.“ (Kapitel 1, Absatz 8)

„Auf dem Wege zu einer Politik, die den Frieden und die internationale Sicherheit durch die friedliche Beilegung von Streitigkeiten gewährleistet und auf jede Anwendung von Gewalt verzichtet (UNO-Charta), hält die DFG-VK folgende Schritte für notwendig.“ (Kapitel 2, Absatz 6)

Die bürgerlich-pazifistische sowie die taktisch-pazifistische Strömung sehen die politische Hauptaufgabe heute in der Friedenssicherung, d.h. die heutige Situation wird als Friedenszustand definiert, der durch neue militärpolitische und militärtechnologische Entwicklungen gefährdet ist. Der Status quo des bewaffneten Nicht-Krieges gilt als „kleines Übel“ gegenüber der Kriegsgefahr. Gegen diese Einschätzung ist natürlich nichts einzuwenden, wenn sie nicht gleichzeitig als strategisches Gebot gehandelt wird: die Gleichsetzung von Friedenssicherung mit der Gleichsetzung von Antikriegs- mit Friedenspolitik beraubt die Friedensbewegung der einmaligen historischen Chance, anhand einer positiv formulierten Friedensperspektive in das traditionelle militärische Sicherheitsdenken unaufhaltsam Brechen zu schlagen.

Wenn „Friedenspolitik“ darauf reduziert wird, neue Entwicklungen zu verhindern, wird „Frieden“ in der Bevölkerung automatisch mit Sicherung des status quo gleichgesetzt. Dies gilt auch für friedenspolitische Forderungen, die im Rahmen des status quo verbleiben, d.h. die bestehende Ideologie des militärischen Gleichgewichtes nicht antasten.

Auch wenn die bürgerlich-pazifistische Strömung dies gar nicht beabsichtigt, trägt sie doch dazu bei, daß „Frieden“ auf Jahre hinaus konservativ besetzt ist und somit etwa die Forderung nach realen Abrüstungsschritten als „Störung des Friedens“ zurückgewiesen werden kann.

Daß die taktisch-pazifistische Richtung in der DFG-VK aus politischen Überlebensgründen an einem status-quo-orientierten Friedensbegriff hängt, ist begreifbar; schließlich gilt — per definitionem — die Sowjetunion als „Friedensmacht“. Und es fällt auch schwer, die Lösung der DDR-offiziellen Friedensdemonstrationen unter den Hut eines positiv formulierten Friedensbegriffes zu bringen: „Der Frieden muß bewahrt sein...“

Die radikal-pazifistischen, ökologisch-pazifistischen sowie die sozialistisch-antimilitaristischen Strömungen in der DFG-VK vertreten — unter starkem Einfluß der Kritischen Friedensforschung — einen prozessualen Friedensbegriff, der die Veränderung bzw. Überwindung des status quo erfordert. „Positiver Frieden“ verlangt nach einer umfassenden gesellschafts-reformerischen bzw. revolutionären Umgestaltung überall dort, wo strukturelle und offene Gewalt menschenwürdige (d.h. gewaltfreie, sozial gerechte und umweltschützende) Gesellschafts-

verhältnisse verhindert. Praktisch bedeutet dies die Forderung nach einer Weltrevolution; allerdings gewaltfrei und radikal an den Wurzeln politischer und ökonomischer Machtverhältnisse kratzend.

Dieser Friedensbegriff entkleidet alle Herrschaftsstrukturen, natürlich vor allem solche, die ungerührt auf den Gräbern ihrer Opfer das Friedenszeichen pflanzen.

Dieser Friedensbegriff bleibt notwendigerweise utopisch, da er keinen machbaren Zustand kennzeichnet, sondern ein wünschbares Ziel. Gleichzeitig sind Schritte hin zu diesem Ziel alles andere als utopisch, sondern realistisch.

An dieser Stelle ist es nötig, zum Komplex „Zwischenschritte“ Stellung zu nehmen. Es gehört zum Repertoire der „Gemäßigten“ in der politischen Auseinandersetzung, um des großen Zieles willen nicht allzu ungestüm voranzuschreiten, stattdessen eine Politik der kleinen Schritte zu praktizieren. Genau an dieser Stelle scheiden sich die Geister: Wenn der „kleine Schritt“ zum nächsten Schritt überleitet, ist er richtig. Wenn der „kleine Schritt“ den nächsten Schritt verhindert, ist er sinnlos. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist ein klassisches Beispiel dafür, wie reformistische „kleine Schritte“ bzw. die dahinterstehende Philosophie letztendlich ins Fiasko führen können.

Damit ist aber noch nicht die Politik der kleinen Schritte an sich ad absurdum geführt, sondern lediglich die Propaganda einiger Befürworter, die vorgeben, an einer längerfristigen Perspektive festzuhalten und die tatsächliche Protestpotential schlucken und absorbieren wollen.

Was wäre nun ein „Zwischenschritt“ auf dem Weg zum Frieden, der diese Bezeichnung verdient? Schauen wir uns die aktuellen friedenspolitischen Kontroversen um die atomwaffenfreie Zone sowie um die defensive Bewaffnung der Bundeswehr an.

„Die vorhersehbaren massiven Konflikte in der gesamten Friedensbewegung zwischen der eher bürgerlichen Strömung einerseits und der eher radikal-pazifistischen Strömung andererseits schlagen voll auf die DFG-VK durch.“

Atomwaffenfreie Zone in Europa

Gemessen an der Reaktion der (ehemaligen — Ann.AK) Bundesregierung und der SPD-Führung müßte diese Konzeption geradezu revolutionären Charakter haben. Während in der Frage der NATO-„Nachrüstung“ durchaus denkbar ist, daß das militärstrategische Ziel der erhöhten Bedrohungskapazität gegenüber der UdSSR auch auf anderem Wege (wie etwa durch seegestützte Mittelstreckenraketen, wie ja auch bestimmte Mitglieder der Friedensbewegung fordern) erreicht werden kann, ist das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa völlig inakzeptabel für die Herrschaftsträger in Ost und West.

Dabei entspricht diese Konzeption nicht nur dem Parteiprogramm der SPD, sondern auch den Interessen der betroffenen Staaten in Europa. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (etwa einerseits die BRD und die Benelux-Staaten, andererseits die

DDR, Polen und die CSSR) käme dem Willen nach Überleben in den betroffenen Staaten entgegen, da von diesen dann keine existenzielle Bedrohung mehr ausgehen kann.

Der teilweise panische Widerstand der Herrschaftsträger in Ost und West gegen eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa resultiert daraus, daß dann mitten in Europa ein machtpolitisches Vakuum entsteht, in dem die einbezogenen Staaten weder Subjekt noch Objekt atomarer Planspiele sind und sich somit das Kriegs-„Theater“ auf die beiden Supermächte selbst verlagert. Eine atomwaffenfreie Zone ist darüberhinaus eine höchst virulente und ansteckende Bakterie für andere geographische Gebiete auf der Welt, die heute noch als Einflusssphären der Supermächte geknecht sind.

Die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ist für Radikal-Pazifisten ein wünschenswerter Zwischenschritt. Er erfüllt die drei zentralen Bedingungen:

- politisch machbar zu sein (dafür spricht die zunehmende Diskussion in europäischen Staaten);
- den Weg für weitere Abrüstung zu ebnen (eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, wobei beide Blocksysteme einbezogen sein müssen, gibt keine ideologische Grundlage mehr her für weitere Aufrüstung);
- mit direkten gewaltfreien Aktionen unterstützt werden zu können (etwa mit Deklarationen bestimmter Gebiete und Städte als atomwaffenfrei, mit begleitenden Aktionen).

In den Artikeln sind folgende Abkürzungen benutzt worden:

WVO: Warschauer Vertragsorganisationen
BAF: Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen
WRI: War Resisters International
SOZIDL: Selbstorganisation der Zivilunabhängigen
KGW: Gruppe „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand“
KofAZ: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeiten
RV: Bundesvorstand der DFG/VK
BuKa: Bundeskongreß der DFG/VK

Defensive Bewaffnung der Bundeswehr?

In der innenpolitischen Friedensdiskussion spielt das Konzept der Defensiv-Verteidigung eine große Rolle. Die Bundeswehr soll sich dabei auf die konventionelle Verteidigung des bundesdeutschen Territoriums beschränken und in ihrer Bewaffnung deutlich machen, daß sie zwar einen konventionellen Aggressor wirksam bekämpfen kann, aber nicht in der Lage ist, von sich aus anzugreifen.

Dieses Konzept hat zwei Seiten:

- einerseits wirkt es sicherheitspolitisch progressiv, weil es Bedrohungsängste im Ostblock abbaut; auch ist es im Fall eines dennoch stattfindenden konventionellen Angriffs (v.a. Panzer) militärisch effektiver (Panzerabwehrwaffen) als die bestehende Nato-Strategie der Vorwärtsverteidigung;
- andererseits ist nicht ausgeschlossen, daß es sich friedenspolitisch regressiv auswirkt. Die Umrüstung der Bundeswehr auf strikt defensive Bewaffnung und Militärstrategie macht sie wesentlich geeigneter für innenpolitische Einsätze. Die Militarisierung der Gesellschaft wäre unausweichlich.

Radikale Pazifisten können das Konzept der Defensiven Verteidigung nicht unterstützen. Der Vorteil (die BRD wirkt auf den möglichen Aggressor weniger bedrohlich) wird durch den Nachteil mehr als aufgehoben: eine durchstrukturierte Militarisierung in allen Bereichen (siehe Schweiz) läßt keine Chance mehr für Abrüstung und innergesellschaftliche Friedensarbeit.

Beide Beispiele zeigen, daß auf der Suche nach Wegen zum Frieden Zwischenschritte möglich und sinnvoll sind, aber auch als Bumerang wirken können. Um dies herauszufinden, bedarf es der umfassenden Diskussion. Jedes Diskussionsverbot („Einheit der Friedensbewegung“) ist falsch und schädlich.

PAZIFISMUS — Grundlage für eine reale Perspektive

Die uralten Versuche, „Pazifismus“ zu definieren, haben sich im DFG-VK-Grundsatzprogramm so niedergeschlagen:

„Die DFG-VK ist eine pazifistische Organisation. Ihr Pazifismus ist ein Gebot der Vernunft und der Menschlichkeit. Er ist entstanden aus historischer und politischer Einsicht in die Ausweglosigkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen. Er hat seine Wurzeln in der bürgerlichen Friedensbewegung und findet seinen konkreten Ausdruck im politischen Programm der DFG-VK.“ (Kapitel 1, Absatz 1)

Diese Passage fand nicht die Zustimmung der Radikal-Pazifisten — durchaus verständlich, wenn die pazifistischen Wurzeln angeblich in der bürgerlichen Friedensbewegung zu finden sind.

Ohne den Spezialisten pazifistischer Geschichtsschreibung nahezugetreten zu wollen, so lassen sich doch zwei pazifistische Hauptströmungen festhalten, die es früher in den Vorläufer-Organisationen gab, und die es heute in der DFG-VK immer noch gibt:

- den bürgerlichen Pazifismus
- den radikalen Pazifismus

Alle weiteren Strömungen (z.B. die taktisch-pazifistische und die ökologisch-pazifistische) sind neueren Datums bzw. haben immer Nebenrollen in den pazifistischen Organisationen gespielt (z.B. der sozialistische Antimilitarismus).

Der Pazifismus ist dann politisch relevant, wenn er Probleme und Sehnsüchte der Bevölkerung aufgreift und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, diese auch durchzusetzen. „Für Frieden“ sind alle; gegen die Militärpolitik der Regierung sind nur wenige. Pazifismus, der sich politisch versteht, hat die Bruchstelle darzwischen herauszufinden und politisch umzusetzen, d.h. auch realistische Zwischenschritte zu propagieren (z.B. für eine atomwaffenfreie Zone).

Ein solcher Pazifismus ist

- radikal, weil er keine Kompromisse mit nicht-pazifistischen „Friedensfreunden“ eingeht, die die Aufgabe eigener Forderungen und Ziele verläugern; er verlangt, um die Forderungen zu erreichen, um die Forderungen zu erreichen, um die Forderungen zu erreichen, um die Forderungen zu erreichen;
- politisch, weil er in der heutigen politischen Situation die einzige nichtbare friedenspolitische Alternative aufzeigen kann.

Was die DFG-VK angeht, so trifft diese Beschreibung nur auf einen Teil — nämlich den radikal-pazifistischen — zu. Alle anderen Strömungen schneiden sich ihr Stückchen vom Kuchen Pazifismus ab, winken aber auch mehr oder weniger höflich ab, wenn von ihnen verlangt wird, den ganzen Kuchen zu essen.

Andererseits wäre es vermessend, wenn zum Kriterium der DFG-VK-Mitgliedschaft das Bekenntnis zum 100%igen Pazifismus gemacht würde. Wir werden mit Teil-Pazifisten auch weiterhin in der DFG-VK leben müssen — die Frage ist nur, ob diese an verantwortlicher Stelle die Politik des Gesamtverbandes bestimmen sollten!

BÜNDNISPOLITIK — grundlegende Umorientierung notwendig!

Eine der kompliziertesten Fragen für jedes aktive DFG-VK-Mitglied besteht darin, wann, wo, warum, wie und mit wem bei welcher Gelegenheit zusammengearbeitet werden kann. Kompliziert deshalb, weil

- die DFG-VK in sich bereits ein Bündnis unterschiedlicher politischer Auffassungen ist;
- eine zu enge Anlehnung an eine politische Organisation dem pluralistischen Charakter des Gesamtverbandes schaden kann;
- aus dem Grundsatzprogramm heraus nicht automatisch eine Handreichung für konkrete politische Arbeit folgt.

Die mögliche Auffassung eines interessierten Außenstehenden, die DFG-VK könne ihre Bündnispolitik nach denjenigen Gruppen und Organisationen ausrichten, die auch für Frieden im

allgemeinen und für zumindest teilpazifistische Positionen im Besonderen eintreten (= „offen nach allen Seiten“), ist durch die bisherige Geschichte der DFG-VK nicht belegbar.

Seit 1974 — der Gründung der DFG-VK — ist die Bündnispolitik des Bundesvorstandes allein an den Interessen der bürgerlich-pazifistischen und taktisch-pazifistischen Mehrheit orientiert. Es gibt keine Aktion, keine Erklärung und keine inhaltliche Positionsbestimmung, die jemals gegen die vitalen Interessen dieser beiden Strömungen verstoßen haben.

Um Einwänden gegen diese Feststellung vorzubeugen:

Es gab eine Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Bekenntnis des DDR-Verteidigungsminister Hoffmann für einen „gerechten Krieg“ — was sich auch positiv im Verfassungskonferenzbericht wiederfindet. Es gab auch die Forderung nach Freilassung des DDR-Kriegsdienstverweigerers Niko Hübnner — nach einer Kampfabstimmung im erweiterten Bundesauschuss gegen den erbitterten Widerstand der meisten Bundesvorstandsmitglieder. Es gab Ende 1981 einen Brief an den DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, mit der Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst in der DDR. Diese Beispiele haben teils Alibi-Charakter und tun der bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Strömung nicht weh, teils sind sie dem Bundesvorstand von unten aufgezwungen worden. Die Gegenbeispiele, wo sich der Bundesvorstand zu zentralen friedenspolitischen Fragen nicht oder negativ geäußert hat, sind kaum zu zählen — wenn damit gleichzeitig Kritik an der Mehrheits-Klientel verbunden gewesen wäre. Einige Beispiele:

Das Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD wurde massiv bekämpft (als Anmerkung: Martin Niemöller war Mitglied des Deutschen Beirates und Bertrand Russell immerhin Ehrenmitglied der DFG-VK); die Möglichkeit, durch Teilnahme das Schicksal inhaftierter und exilierter Kriegsdienstverweigerer auf die Tagesordnung des Tribunals zu bringen, wurde durch das Desinteresse der DFG-VK vertan.

Der in Bautzen inhaftierte Rudolf Bahro wurde „nicht behandelt“, da nicht DFG-VK-relevant.

Die sog. „friedliche Nutzung“ der Kernenergie wurde auf dem Programm-Kongreß in Witten nicht abgelehnt — nach massiver Intervention eines DKP-Mitgliedes, der die

abgelehnt — nach massiver Intervention eines DKP-Mitgliedes, der die

„Intern“ und „Intim“

„DFG/VK Intern“ wurde nach dem Bundeskongreß 1978 gegründet. Als verantwortlicher Redakteur wurde Gregor Wilt gewählt. „Intern“ erscheint ca. monatlich und sollte

- Berichte über verbandsinterne Vorgänge verbreiten
- Informationen zu spezifischen Arbeitsgebieten des Verbandes liefern
- Innerverbandlichen Erfahrungsaustausch und Diskussion ermöglichen bzw. fördern (Referatsbeschreibung G.Wilt im Bericht des BV)

G.Wilt geriet auf dem Bundeskongreß 1980 hart unter Beschuß, weil mehrere Artikel aus DFG-Gruppen (in Absprache mit dem Bundesvorstand) nicht abgedruckt wurden. Zum anderen betrug der Diskussionsanteil lediglich 8,2%. Der Dokumentationsstil wurde als unzureichend bzw. einseitig kritisiert: Im wesentlichen bestand die Presseauswertung aus „Welt“- und „UZ“-Artikeln.

Um trotzdem ein Organ zur Diskussion zu haben, gründeten DFG'er aus den „Kritischen Kräften“ 1981 das „DFG/VK-Intim“: „In ihm sollen alle Leserbriefe, Berichte, usw. veröffentlicht werden, die in den Verbandsorganen unberücksichtigt bleiben, gleichzeitig soll darin eine Diskussion über die kontroversen „heißen“ Themen stattfinden (AKW's; Abrüstungsproblematik; zentrale/dezentrale Aktion; Appelle und/oder Aktionen?; allg. antimilitaristische Strategie...).“

Bündnisfähigkeit der DFG-VK infrage gestellt sah ...

Daß diese durch persönliche Rücksichtnahme erklärbar, friedenspolitisch und bündnispolitisch jedoch völlig untragbare Toleranz gegenüber den Gefahren der Atomenergie anderen Bündnispartnern, v.a. der ökologisch-pazifistischen Strömung im eigenen Verband und außerhalb, vor den Kopf schlagen mußte, blieb unberücksichtigt. So verwundert es nicht, daß die von der Bundesversammlung herausgestellte „Koordinations-Ökologie und Frieden“ mit dem BBU inzwischen sang- und klanglos verschwunden ist.

(...) Aus diesen und vielen anderen Beispielen läßt sich ersehen, daß die Verbands-spitze sich bündnispolitisch solange für offen nach allen Seiten erklärt — was sie aufgrund des Grundsatzprogrammes auch tun mußte — solange die Interessen ihrer bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Klientel nicht grundlegend berührt werden.

Dieses Verhalten hat verheerende Auswirkungen auf radikal-pazifistische, sozialistisch-antimilitaristische und ökologisch-pazifistische Strömungen außerhalb der DFG-VK. Praktisch bedeutet diese Bündnispolitik eine Erschwerung für die Mitgliederwerbung im oben genannten Spektrum — absichtlich? Wer von außen die DFG-VK betrachtet, und die Feinheiten der DFG-VK-Verbandsstrukturen nicht kennt, kommt leicht in die Gefahr, die DFG-VK im Fahrwasser der DKP zu orten. Selbst einzelne Landesverbände und Gruppen, die nicht mit der politischen Orientierung des DFG-VK-Bundesvorstandes zu tun haben, erfahren in ihrem Bündnis-Umfeld Mißtrauen. Von den Auswirkungen auf bisherige Mitglieder, die ihre Grundpositionen nicht mehr repräsentieren und deshalb austreten, will man schon gar nicht mehr reden. Und schließlich die alte Frage: Wo sind die 30.000 Kriegsdienstverweigerer pro Jahr geblieben?

Das Mißtrauen gegenüber einer Organisation, die durch ihr Programm eine „kleine Friedensbewegung“ sein könnte, ist berechtigt. Mit dem andauernden Anbieten an bestimmte politische Richtungen ist gleichzeitig das völlige „Übersehen“ radikal-pazifistischer Entscheidungen außerhalb der DFG-VK verbunden. Es ist für ein langjähriges DFG-VK-Mitglied schon atemberaubend, mit welcher Konsequenz (planmäßig?) pazifistische Gruppierungen in der BRD auf dem Altar des bürgerlich-/taktischen Pazifismus geopfert worden sind.

* Die DFG-VK ist nur eine von mehreren deutschen Sektionen der WRI — den bürgerlich-taktischen Pazifisten geopfert worden sind.

* Die DFG-VK ist nur eine von mehreren deutschen Sektionen der WRI — gibt es irgendwelche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bruderorganisationen?

* Vor kurzem haben sich viele gewaltfreie Aktionsgruppen (mit einer Reihe von DFG-VK-Mitgliedern) zur Graswurzelrevolution — Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen — zusammengeschlossen; in den DFG-VK-Medien wird diese neue Organisation, die in zwei Jahren mehr radikal-pazifistische Aktionen durchgeführt hat als die DFG-VK, überhaupt nicht erwähnt. Es ist auch nicht bekannt, daß der Bündnisreferent im Bundesvorstand jemals Kontakte aufgenommen hätte.

Was ist die WRI?

Die „War Resisters International“ ist eine internationale Dachorganisation der Kriegsgegner. Die Mitgliedsverbände kommen vor allem aus Westeuropa und den USA. Ansonsten hat die WRI sehr viel Einzelkontakte in viele Bereiche der Welt. Voraussetzung der Mitgliedschaft in der WRI ist die Anerkennung der Grundsatzklärung: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung seiner Ursachen mitzuwirken.“ Die WRI hat einen Vertreter in der UNO.

Deutsche Sektionen der WRI sind:

- * Internationale der Kriegsdienstgegner Berlin (IdK)
- * Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)
- * Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner Hamburg (DFG/IdK)
- * Internationale der Pazifisten und Kriegsdienstgegner (IPK)
- * Graswurzelrevolution, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (GA)
- * Kollektiver Gewaltfreier Widerstands (KGW)

* Ein wichtiger Teil der aktiven DFG-VK-Mitglieder und -Interessierten sind Zivildienstleistende. Ihre Interessenvertretung durch den Verband hat inzwischen Alibi-Ausmaße angenommen. Der bündnispolitische Ansprechpartner in diesem Bereich, die SÖDZDL, sieht dahin. Aus strukturellen Gründen kann die SÖDZDL längerfristig nicht auf eigenen Beinen stehen — die DFG-VK könnte hier schwerpunktmäßige und solidarische Unterstützung leisten, tut dies aber nicht. Der Zivildienst wird nicht nur für die Friedensbewegung insgesamt zum Randbereich, sondern auch für die DFG-VK — programmwidrig.

Es führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß es sich hierbei nicht um ein bündnispolitisches Defizit handelt, das wieder ausgeglichen werden könnte. Der DFG-VK-Bundesvorstand verfährt in seiner Bündnispolitik gezielt danach, daß ihm die Zuwendung seiner politischen Basis sicher ist. Die Kontakte zu radikal-pazifistischen Gruppierungen dagegen könnte nicht nur aufgrund deren programmatischer Ehrlichkeit Ärger bringen, sondern auch die traditionelle Einbindung in eine harmonisch-reformerische Konzeption von Militärkritik gefährden.

Im Grundsatzprogramm der DFG-VK heißt es: „Die DFG-VK strebt eine Zusammenarbeit mit allen Menschen und Organisationen dort an, wo gemeinsame Ziele bestehen. Sie lehnt eine Zusammenarbeit ab, wenn die Verletzung oder Preisgabe ihrer Grundsätze gefordert wird.“ (Kapitel 1, Absatz 10)

Tatsächlich verzichtet die DFG-VK-Führung bereits von sich aus auf die Propagierung radikal-pazifistischer Positionen, um Bündnisse mit bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Organisationen nicht zu gefährden. Oder gibt es irgend ein Beispiel dafür, daß etwa SPD oder DKP irgendeine ihrer nicht-pazifistischen Positionen aufgeben hätten, nur um mit der DFG-VK ein Bündnis eingehen zu dürfen?

Die Bündnispolitik der DFG-VK-Führung ist derjenigen eines Bittstellers zu vergleichen, der für einen Hungerlohn die Pforte der hochherrschaftlichen Villa bewacht, dem Besitzer dankbar zuzieht und seine Bettler-Kollegen mit scharfen Hunden davon jagt.

Wie sollte dagegen die Bündnispolitik der DFG-VK aussehen, damit sie ihrem eigenen pazifistischen Anspruch genügt?

„Die Friedensbewegung würde wie ein Luftballon zerplatzen, wenn sie — als geschlossener Block — auf das einzige Ziel der Verhinderung der ‚Nachrüstung‘ durch Appelle an die politisch Verantwortlichen ausgerichtet würde ...“

1. Die DFG-VK muß bündnispolitisch selbstbewußter werden!

Dies bedeutet, daß die bislang bevorzugt behandelten Bündnis- und Ansprechpartner aus dem bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Lager jetzt die Fühler in Richtung DFG-VK auszustrecken haben und nicht umgekehrt. Warum? Das Grundsatzprogramm der DFG-VK ist — trotz abstellbarer Mängel — in der BRD und Westberlin das einzig zusammenhängende Konzept für eine pazifistische Umgestaltung der Gesellschaft. Die DFG-VK hat somit die Chance, von sich aus die Renaissance des Pazifismus in der öffentlichen Meinung zu fördern; jegliches Anbieten an nicht-pazifistische Parteien und Organisationen, die ein Stückchen vom heute politisch-trächtigen Pazifismus abhaben wollen, integriert die Organisation nicht nur in parteistrategischen Überlegungen, sondern gefährdet auch die Zukunft einer eigenständigen organisatorischen Perspektive des Pazifismus.

Zur Verklärung ein Beispiel: Die Unterschrift irgendeiner DFG-VK-Ortsgruppe unter irgendeinem Forderungsauftrag in irgendeinem Kaff XY sollte nicht mehr so billig wie bislang zu haben sein. Die SPD wird um die Kritik an der Regierungspolitik und an ihrem (ehem. — Anm. AK) Bundeskanzler nicht vorbei können; die DKP wird die

Kräfte Militarismus im Ostblock schlucken müssen. Andernfalls können beide ihre eigene — ungläubigste — „Friedensinitiative“ ohne pazifistisches Alibi veranstalten.

Eine solche selbstbewußte Bündnispolitik hat nichts mit Arroganz zu tun (da besteht ja beim heutigen Zustand der DFG-VK kein Anlaß). Sie dient allein dazu, die DFG-VK nicht weiterhin im Fahrwasser überholter politischer Vorstellungen schunkeln zu lassen, die mit pazifistischen Positionen nichts im Sinn haben und darüber hinaus auch keine Erfolgsperspektive haben: Die für die Friedensbewegung offenen Sozialdemokraten befinden sich größtenteils nicht mehr in der Partei bzw. warten untergetaucht auf bessere Zeiten. Und zur politischen Durchsetzungsfähigkeit der DKP sollte man höflich schweigen.

2. Die Bündnispolitik der DFG-VK muß sich an ihren eigenen pazifistischen Grundsätzen orientieren!

(...) Nimmt man das „gemeinsame Ziel“ FRIEDEN, dann müßte auch Franz-Josef Strauß zur Zusammenarbeit angestrebt werden. Nimmt man das „gemeinsame Ziel“ Verhinderung neuer amerikanischer Atomraketen in Europa bzw. in der BRD, dann weiß man sich auch des Beifalls neo-nazistischer Gruppen sicher.

Nimmt man aber das „gemeinsame Ziel“ der pazifistischen Bekämpfung der Kriegsgefahr, dann wird deutlich,

„Radikale Pazifisten können das Konzept der Defensiven Verteidigung nicht unterstützen.“

daß sich die Spreu vom Weizen zu trennen hat. Alle diejenigen, die an einer gewaltfreien und sozial gerechten Gesellschaftsordnung Interesse haben, werden sich in diesem pazifistischen Kampf wiederfinden. Alle anderen werden, teils bewußt, teils hilflos, zwischen verbal-pazifistischem Anspruch und lobbyistisch-militaristischer Wirklichkeit hin und her schwanken, spätestens dann, wenn die Politik des Minimalkonsenses nicht mehr tragfähig ist.

Für die DFG-VK bedeutet pazifistische Bündnispolitik die absolute Priorität des Friedens, wenn die Politik des Minimalkonsenses nicht mehr tragfähig ist.

Für die DFG-VK bedeutet pazifistische Bündnispolitik die absolute Priorität enger freundschaftlicher Kontakte zu anderen pazifistischen Organisationen und Gruppen in der BRD und Westberlin:

- * zu den anderen WRI-Sektionen, vor allem zur Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen und zur KGW;
- * zu den Organisationen und Gruppen der Zivildienstleistenden, v.a. der SÖDZDL (obwohl es dort auch eine nicht-pazifistische Strömung gibt);
- * zu den vielen christlichen Basisgruppen („Ohne Rüstung leben“ etc.);
- * zu den vielen autonomen Frauen-Friedensgruppen;
- * zu der radikal-pazifistischen Mehrheit bei den Grünen.

Sicherlich gibt es mit allen diesen Strömungen und Gruppen bereits Bündniskontakte, doch vor allem auf örtlicher und Landesverbands-Ebene, und nur dort ausgeprägt und funktionierend, wo die DFG-VK selbst mehrheitlich radikal-pazifistisch ist. Gefordert wird vom Bundesverband eine bewußte Umorientierung, die nur auf Kosten der bisherigen Bündnisorientierung gehen kann.

3. Die DFG-VK hat — mit Ausnahme zu den pazifistischen Gruppen und Organisationen — keine grundsätzliche Bündnispolitik festzulegen, sondern eine aktionsorientierte Bündnispolitik.

Diese Forderung wird plastisch, wenn man sie in Beziehung setzt zu der künftigen Entwicklung der BRD bzw. damit auch zur Entwicklung der Friedensbewegung. Bereits heute ist die Krise der appellativen Friedensbewegung (Demonstrationen, Unterschriftensammlungen) offensichtlich; die angesprochenen Regierungen und Machttäger können durch Appelle nicht gezwungen werden, ihre Militärpolitik grundlegend zu ändern. Der Widerstand gegen die Nato-„Nachrüstung“ — Konsens in der Friedensbewegung — verbleibt solange hilflos, solange er einerseits auf Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerungsmehrheit setzt und andererseits auf freiwillige oder „erzwungene“ Einsicht bei den Machttägern.

Beide Hoffnungen sind naiv und unpolitisch. Eine Bewußtseinsveränderung in der wahlberechtigten Bevölkerung — die im bürgerlich-demokratischen Sinne angeblich politischfähig ist

— müßte gewaltige Ausmaße annehmen. Selbst die 2 Millionen Unterschriften unter den „Krefelder Appell“ sind für eine friedenspolitische Alternative, die über eine Wahl-Mehrheit ins politische Geschehen eingreifen könnte,

„Oder gibt es irgendein Beispiel dafür, daß etwa SPD oder DKP irgendeine ihrer nicht-pazifistischen Positionen aufgeben hätten, nur um mit der DFG-VK ein Bündnis eingehen zu dürfen?“

te, so gut wie wertlos. Es müßten — in diesem Politikverständnis — zehnmal so viele Unterschriften sein, und jeder Unterschreibende müßte über sein „Gegen-den-Krieg“-Sein hinaus politisch aktiv werden, mit allen anderen Unterschriftsleistenden gemeinsam ein friedenspolitisches Grundsatzprogramm entwickeln, das mehrheitsfähig gegenüber den konkurrierenden Wahlprogrammen wäre etc.etc. Ein schöner Traum.

Die einzig theoretisch denkbare Möglichkeit, zumindest in einer bestimmten Frage (z.B. Nato-„Nachrüstung“) durch eine Bevölkerungsmehrheit politisch wirksam werden zu können, ist ein Volksentscheid, der die Beschlussfassung von Legislative und Exekutive gesetzlich bindet. Eine solche Möglichkeit hat jedoch das Grundgesetz — klugerweise — nicht vorgesehen.

Die andere Variante bürgerlichen Politikverständnisses, nämlich das Spekulieren auf innere Wandlungsfähigkeit von Machttägern (etwa Parteien) ist gar noch naiver.

(...) Das Hoffen auf eine parlamentarische Mehrheit auch nur in der Frage der Verhinderung der „Nachrüstung“ ist illusorisch. Dieses Hoffen schadet zudem der Perspektive der Friedensbewegung, da aufgebaute und unerfüllbare Hoffnungen in der Regel zu Letzargie und politischer Passivität führen. Die Friedensbewegung würde wie ein Luftballon zerplatzen, wenn sie — als geschlossener Block — allein auf das einzige Ziel der Verhinderung der „Nachrüstung“ durch Appelle an die politisch Verantwortlichen ausgerichtet würde, der Erfolg dieser Bemühungen ständig propagiert würde und schließlich die Raketen doch im Land stehen.

Immer mehr Teile der Friedensbewegung ziehen daraus Konsequenzen. Neben konstruktiv formulierten friedenspolitischen Zwischenschritten (etwa atomwaffenfreie Zone) sind es vor allem direkte gewaltfreie Widerstandsformen, die diskutiert und praktiziert werden.

Der dahinterstehende Grundsatz ist der, daß ein Übel, das durch Appelle nicht vertrieben werden kann, durch die Tat bekämpft werden muß. Garantierte Erfolge gibt es dabei nicht, und niemand propagiert sie. Die Erfolgchancen steigen in dem Maße, je mehr Aktive gewaltfrei daran teilnehmen und je glaubwürdiger solche Aktionen als Bestandteil eines größeren friedenspolitischen Programms erscheinen (und nicht als reiner Rabbatz gegen den Staat).

Dieses aktionsorientierte Konzept unterscheidet sich in drei Punkten grundlegend von den auf parlamentarische Mehrheiten setzenden Positionen: 1. Es wird in Kauf genommen, daß Medien und Bevölkerungsmehrheit überwiegend gegen diese Aktionen sind. Problematisch wird dies dadurch, daß sich die meisten militärischen Anlagen bzw. technologischen Großprojekte im dünn besiedelten ländlichen Raum befinden und die Bevölkerung der Standortgemeinden — aus wirtschaftlichen Gründen — diesen Anlagen und Projekten zumeist zustimmen. In der Abwägung zwischen einem empirischen Demokratiebegriff und dem (moralischen) Anspruch auf Überleben entscheiden sich die aktionsorientierten Friedensgruppen für letzteren.

2. Gewaltfreie Widerstandsformen schließen bestimmte illegale Verhaltensweisen ein und zwar dort, so „herrschendes Recht zu Unrecht wird“.

3. Es wird keinerlei Hoffnung in die etablierten politischen Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften) gesetzt, zumal in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit. Damit sind Auseinan-

dersetzungen zwischen aktionsorientierten und appell-orientierten Friedensgruppen vorprogrammiert (bzw. finden heute schon statt).

4. Kennzeichen direkter gewaltfreier Widerstandsformen — zumal gegen das Militär — sind individuelle Opferbereitschaft und nicht kalkulierbare Verhaltensweisen der Machttäger.

(...) Wer die Verhinderung des Nato-„Nachrüstung“-Beschlusses ernsthaft und glaubwürdig will, muß sich an direkten gewaltfreien Aktionen beteiligen bzw. diese zumindest unterstützen. Blockade- und Protestaktionen in und vor den Stationierungsorten der Atomraketen sind wichtiger als Unterschriftensammlungen und Demonstrationen.

Wenn holländische Pazifisten bereits heute amerikanische Munitionszüge nach Deutschland gewaltfrei behindern, wird es auch für deutsche Pazifisten höchste Zeit, sich mit solchen Widerstandsformen zu beschäftigen. Es bedarf keiner Prophetie, daß der Begriff **Ramstein** die Symbole **Gorleben** und **Startbahn West** in den nächsten Jahren ergänzen, wenn nicht gar in seiner politischen Brisanz weit übertreffen wird.

Wo steht hier die DFG-VK? Heute sind es lediglich einzelne Gruppen und Landesverbände, die in ihrer praktischen Bündnispolitik die künftigen Notwendigkeiten pazifistischer Politik erkannt haben. Der Bundesvorstand und die hinter ihm stehende Verbandsmehrheit aus bürgerlichen und taktischen Pazifisten hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt wäre, eine Umorientierung seiner Bündnispolitik in die Wege zu leiten. Eine solche Umorientierung wird aller Erwartung nach auch nicht freiwillig stattfinden.

Die vorhersehbaren massiven Konflikte in der gesamten Friedensbewegung zwischen der eher bürgerlichen Strömung einerseits und der eher radikal-pazifistischen Strömung andererseits schlagen voll auf die DFG-VK durch. Auch mögliche „Reinigungsversuche“ der Verbands-Integrationisten, das pluralistische-politische Dach der DFG-VK biete doch allen pazifistischen Strömungen genügend Platz, ihre jeweilige Bündnispolitik zu betreiben, werden sich als vergeblich herausstellen: Man kann nicht als DFG-VK kräftig bei Blockadeaktionen gegen atomare Standorte mitmachen und gleichzeitig sich vor der Bonner Presse zusammen mit KoFAZ, Eppler u.a. von diesem Vorgehen distanzieren, weil es den „gesetzlichen Rahmen“ verletze und überdies nur der CDU/CSU nütze.

Die Entscheidung über die Grundlagen der künftigen Bündnispolitik der DFG-VK wird nicht nur die Frage klären, wo die DFG-VK künftig in der Friedensbewegung stehen wird; diese Entscheidung wird auch klären, ob überhaupt die DFG-VK noch eine Rolle in der Friedensbewegung spielen wird.

Für die Radikal-Pazifisten gilt, daß die Entscheidung über die Umorientierung der Bündnispolitik

- * prinzipielle Bündnisse mit allen pazifistischen Gruppen
- * aktionsorientierte und selbstbewußte Bündniskontakte mit nicht-pazifistischen Gruppen

auch darüber mitbestimmen wird, inwieweit der organisatorische Rahmen der DFG-VK noch als zukunftsfruchtig angesehen werden kann. Die Entscheidung darüber fällt der Bundeskongress in Frankfurt.

Kontaktadresse der Radikalen Pazifisten:

Jochen Lange
Sylter Str. 3/80
1000 Berlin 65
Tel.: 030/4537766

Bisherige Artikel im ARBEITERKAMPF zur Entwicklung der DFG-VK:

- AK 123, S.1/2
- AK 124, S.12; S.62
- DFG/VK Vorstoß: Entspannungsfeinde in der SÖDZDL
- AK 126, S.12 Bravo! DFG/VK für Russell-Tribunal; S.62 DFG/VK knickt und Bundesvorstand wittert KB Drahtzieher in der SO
- AK 129, S.27 Es knistert in der DFG/VK
- AK 139, S.37f DFG/VK Bundeskongress 1978
- AK 180, S.12f Zum DFG/VK Jugendfestival
- AK 196, S.19f DFG/VK in 2 Lager geteilt, zum 3. Bundeskongress 1980

DFG-VK im Spannungsfeld der neuen Friedensbewegung

Die DFG/VK ist die größte Friedensorganisation in der BRD (ca. 20 000 Mitglieder). Sie wurde 1974 als Zusammenschluß der „Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IDK) und „Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (VK) gegründet. 1980, beim 3. Bundeskongreß, wurde ein neues Programm verabschiedet. Vom 26. - 28. 11. findet nun in Frankfurt der 4. Bundeskongreß unter dem Motto statt: „90 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft. Politischer Pazifismus heute: Atomraketen verhindern, Kriegsdienste verweigern!“ Diesmal geht es vor allem um den „richtigen“ pazifistischen Weg bzw. um Aktionsstrategien.

In den vergangenen zwei Jahren gab es Bemühungen, die Kräfte, die

Widersprüche zum Bundesvorstand der DFG/VK hatten, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Wir haben Gerhard Bolte (DFG/VK Lüneburg, Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen) einige Fragen zur Entwicklung der „kritischen Kräfte“ gestellt.

Außerdem dokumentieren wir einen Aufsatz von Jochen Lange (DFG/VK Westberlin, ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand) „Für einen radikalen Pazifismus“, der für die Auseinandersetzung in der DFG/VK geschrieben wurde. Der Aufsatz verdeutlicht die entscheidenden Kontroversen in der DFG/VK und gibt den AK Leserinnen die Möglichkeit, sich mit pazifistischen Positionen auseinanderzusetzen.

Interview mit Gerhard Bolte Für eine radikalpazifistische Orientierung der DFG-VK

AK: Die DFG/VK ist mit rund 20 000 Mitgliedern wohl die größte Organisation in der BRD mit postuliertem Selbstverständnis. Die Politik der Verbandsansprüche und des gesamten Vorstandes ist ganz in die Politik des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) eingebunden. Die Friedens- und Abrüstungskampagnen in Form von Appellen an die Regierung vertritt (nicht erst seit der Existenz des KFAZ Appell).

Auf der anderen Seite hat die DFG/VK auch den Anspruch, Interessenvertretung der verschiedenen antimilitaristischen bzw. pazifistischen Bewegungen zu sein. Wie sieht es konkret damit aus? Was tut die DFG/VK im Bereich der Kriegsdienstverweigerung oder der Totalverweigerung? Wie sieht es mit der Arbeit unter Frauen aus, da diese ja nun auch bald zum Bund sollen? Wie weit läßt sich die allgemeine Orientierung der DFG/VK, nämlich Konzentration auf Appellkampagnen und Verhinderung neuer Mitteldeckeraktionen, überhaupt mit dem Anspruch konkrister Interessenvertretungspolitik bei den radikalen Pazifisten unter einen Hut bringen? Gerhard Bolte: Niemals ist die gesamte DFG-VK Politik in das KFAZ eingebunden gewesen. Lange Zeit hat die DFG-VK-Führung allerdings im Abrüstungs-/Entspannungsbereich eng mit dem KFAZ - DKP - DFU - Spektrum zusammengearbeitet. Die Stellung der einzelnen Landesverbände zum KFAZ ist bis zum heutigen Tag recht unterschiedlich.

Nach dem NATO-Beschluß vom 12.12.79 und dem folgenden sprunghaftem Anstieg der Friedensbewegung wurde die DFG-VK mit neuen Realitäten auch im Bündnisbereich konfrontiert. Schon der Krefelder Appell war keine reine KFAZ/DKP-Aktion mehr, wenngleich es viel organisatorische Arbeit geleistet hat, sondern er wurde von Petra Kelly mitinitiiert und von den Grünen massiv unterstützt. Man kann sicher sagen, daß der Einfluß des KFAZ auf die Friedensbewegung — und auch auf die DFG-VK — in den letzten Jahren geschrumpft ist.

Andererseits ist der Abrüstungsbereich niemals das einzige Aktionsfeld der DFG-VK gewesen, auch nicht immer das wichtigste. Ein großer Teil der Aktivitäten konzentriert sich auf die spezifische Aufgabe des Verbandes: die KDV-Arbeit; für viele ist die DFG-VK auch heute noch ein Verein von KDVern. Praktisch alle Gruppen machen regelmäßig KDV-Beratungen; es erfolgt eine beständige Auseinandersetzung mit den Bestrebungen, das KDV-Recht zu ändern und den ZD zu verlängern; eine zentrale Forderung des Verbandes ist immer noch die nach vollständiger und ersatzloser Abschaffung der Gewissenprüfung.

Die Mitarbeit von Frauen in der DFG-VK steigt erfreulicherweise weiter an; noch beim Witterer Bundeskongreß vor zwei Jahren lag der Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft bei mageren 11 %! Wir sind gespannt, ob sich bei den Zahlen, die der Bundesvorstand (BV) in Frankfurt vorlegen wird, eine Wende abzeichnet. Inzwischen ist ein bundesweiter Arbeitskreis „Frauen in der Bundeswehr — Wir sagen nein!“ entstanden; für den 8. März '82 rief der BV zu einer öffentlichen Verweigerungsaktion von Frauen gegen ihre mi-

litärische Verplanung auf — wohl nicht zuletzt dank der engagierten Arbeit der Referentin „Frauen gegen Militär“ am BV Christian Thomas.

Du sprichst in Deiner Frage die Kontinuität des BV und Appellkampagnen an dieser Stelle. Wie ist es zwischen BV und BV? Wie haben diese Gruppen rangveränderungen als zu be-worben? Und sie wird auf dem Bundeskongreß (Buko) heftige Kontroversen auslösen, daß mich darauf zurückkommen, nachdem ich etwas zur Strömung der radikalen Pazifisten in der DFG-VK gesagt habe. AK: In der DFG/VK gibt es eine starke Minderheit, die man vielleicht trotz aller Unterschiede als Radikalpazifisten bezeichnen könnte. Auf dem letzten Bundeskongreß (1980) in Witten hatte diese in vielen konkreten Fragen eine knappe Mehrheit oder sogar Mehrheit der Delegiertenstimmen. Umgekehrt ist die radikalpazifistische Strömung im Bundesvorstand überhaupt nicht vertreten, im Gegensatz zur IDK (u. M. Abrüstungsreferent Brecht) die ja kaum als pazifistisch zu bezeichnen ist. Auf dem letzten Bundeskongreß wurde kritisiert, daß diese Opposition im Verband nicht einmal in der Interessen-Zeitung der DFG/VK ausgedrückt zu Wort kommt.

Kannst Du ein Bildchen der unterschiedlichen Positionen verdeutlichen und dann die Entwicklung bei der Opposition in den letzten zwei Jahren darstellen, bzw. was ihr euch für den jetzt kommenden Bundeskongreß vorgenommen habt?

Gerhard Bolte: Du hast recht, auf dem Witterer Kongreß ist deutlich geworden, daß es in z.T. entscheidenden Fragen keine einheitliche Meinung (natürlich oft knappe Mehrheiten) gab. Viele unserer Anträge sind damals durchgefallen; uns wurde klar, daß die besseren Argumente oft nicht nützen, weil wir mit der Grenzarbeit zu wenig vertraut waren und die Vorbereitung auf den Kongreß einfach ungenügend war. Andererseits gab es in Witten eine Menge Freunde, die sich mit inhaltlich folgenloser Kritik am BV nicht mehr abfinden wollten und so entstand Anfang 1981 die Initiative der „Kritischen Kräfte“, der sich nach und nach Mitglieder und Gruppen aus allen Landesverbänden anschlossen und die sich jetzt „Radikale Pazifisten in der DFG-VK“ nennt.

Wir haben dann eine Art Bestandsaufnahme der inhaltlichen Kritik an der BV-Politik gemacht und diese diskutiert und weiterentwickelt.

Ich möchte die wichtigsten Punkte kurz skizzieren. In der Entspannungspolitik sehen wir keinen „Erfolg“ der Friedensbewegung, der nur um eine militärische Komponente zu erweitern wäre, sondern eine befristete Phase begrenzter Kooperation zwischen den kapitalistischen Zentren und der Sowjet-Union (SU) samt ihren Verbündeten, unter vorübergehender Anerkennung des territorialen und gesellschaftlichen Status Quo, die an den grundsätzlichen Widersprüchen zwischen den kapitalistischen und den bürokratisch-sozialistischen Gesellschaftssystemen nichts ändert. Die Kooperation erfolgt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet (die Sowjets einschl. RGW waren scharf auf kapitalistische Technologien, das westliche Kapital war bestrebt, die Arbeitskraft der Menschen im RGW über

die staatliche Kontrolle zu veranlassen, heute), den „Erfolg“ dieser Politik kann man gegenüber in Polenstreifen. Weil dies so ist, kann man einen langwierigen Entscheidungsprozess auch nicht durchsetzen. Die Widersprüche der Entspannungspolitik werden sich im militärischen Bereich fort zu sehen. Der SU mit den USA im Bereich strategischer Rüstung war eine der militärischen Voraussetzungen der Entspannung, eine andere der Vietnamkrieg (der einen Großteil der militärischen Kraft der USA regional gebunden hatte); all dies macht die Ambivalenz der Entspannung deutlich, es erklärt, warum die Entspannungspolitik nicht nur nichts zur Abrüstung beigetragen hat, sondern notwendig mit beispielloser Aufregung mithing. Wir werden uns entschieden dagegen, daß all diese Widersprüche mit Begriffen wie „friedlicher Koexistenz“ usw. verkleinert werden.

Aus dieser Einschätzung folgt unsere grundsätzliche Skepsis gegenüber Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Wir glauben nicht daran, daß die Herrschenden in West und Ost sich auf gerechtfertigte und allgemeine Abrüstung einigen und damit ihre Selbstentmachtung beschleunigen werden, solange die Abschreckungssituation anhält, sind aufgrund der ihr innewohnenden Bedrohungs- und Aufrüstungsdynamik selbst Vereinbarungen über begrenzte Abrüstungsschritte äußerst unwahrscheinlich. Abrüstung muß von unten erzwingen werden und mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, die die Ursachen der Aufrüstung beseitigen. Diese kann aber nicht am internationalen Konferenztisch, sondern nur durch die gewaltfreie Macht einer Massenbewegung auf den Straßen, in den Betrieben, in den Kasernen und Militäranlagen geschehen oder durch den politischen Druck einer Friedensbewegung, der die Regierung zum Handeln zwingt. Deshalb werden die ersten Abrüstungsmaßnahmen — wenn es sie jemals geben sollte — einseitige, jedenfalls nicht ausgehandelte sein.

Was die augenblickliche Situation angeht, ist es nun nicht so, daß wir Appellkampagnen grundsätzlich ablehnen, sondern eher so, daß wir radikale Aktionsformen (direkte, gewaltfreie Aktionen, KDV, Totalverweigerung etc.) stärker in den Vordergrund rücken möchten. () — (Aus Platzgründen verweisen wir hier auf die Ausführungen im nebenstehenden Artikel von Jochen Lange zur Perspektive der Friedensbewegung und zur Bündnispolitik. — Red. AK)

Du sprichst in Deiner Frage auch die Verbandsmedien („Zivilcourage“ und „DFG-VK-Intern“) an. Nun ist es zwar nicht so, daß wir „nicht unterstützen“ zu Wort kommen, aber es werden immer wieder Beiträge abgelehnt. Dies hat aber nicht nur etwas mit Zensur, sondern in erster Linie wohl mit der Konzeption der Zeitung zu tun, die einfach nicht auf Diskussionen ausgelegt ist. In „Intern“ steht einfach zu wenig Platz für Diskussionen zur Verfügung, außerdem erscheint es zu unregelmäßig, so daß aktuelle Probleme kaum kontrovers diskutiert werden können. Dennoch sind in den letzten zwei Jahren erstmals einige grundsätzliche Diskussionen in „Intern“ geführt worden. Wir werden auf dem Buko ein neues

Konzept für „Intern“ vorschlagen, daß Diskussion und Erfahrungsaustausch unter den Gruppen und verschiedenen Informationsflüssen in den Mittelpunkt stellt.

In der „Zivilcourage“ (ZC) werden erfreulicherweise in diesem Jahr zum ersten Mal kontroverse Standpunkte zu Themen wie Pazifismusverständnis, Verhältnis der Militärblöcke, einseitige Abrüstung etc. in Form von Sonderbeiträgen dokumentiert. Dennoch wird es auf dem Buko eine heftige Kontroverse darüber geben, ob ZC künftig weiterhin „das antimilitaristische Magazin“ bleiben oder zum basisnahen Mitgliederforum werden soll. Unserer Meinung nach ist eine Verbandszeitschrift vor allem die Zeitung der Mitglieder; die Darstellung der DFG-VK nach außen hat demgegenüber zurückzutreten. Auch für ZC werden wir auf dem Kongreß neue Konzepte zur Diskussion stellen.

Vom 15. - 17. Oktober wird in Göttingen das „Forum Radikale Pazifisten in der DFG-VK“ stattfinden, zu dem alle Gliederungen der Organisation eingeladen werden. Unser augenblicklicher Diskussionsstand wird gegenwärtig in Form pazifistischer Thesen der Verbandsöffentlichkeit vorgestellt. Das Forum, zu dem auch Vertreter von Bündnisorganisationen eingeladen werden, soll dazu dienen, daß wir unsere Vorstellungen noch einmal einem größeren Teil der Aktiven erläutern und vor dem Kongreß auf eine breitere Basis stellen können, wir denken auch, daß es eine ganze Menge Gruppen gibt, die die auf dem Kongreß anstehenden Fragen noch gar nicht diskutiert haben und ungeschlüsselt sind, ob sie überhaupt nach Frankfurt fahren werden. Wir hoffen, gerade von kleinen (und in der Regel unorganisierten) Gruppen auf dem Buko Unterstützung zu erhalten. Gleichzeitig soll der BV in Göttingen Gelegenheit haben, zu unserer Kritik Stellung zu nehmen, vielleicht: zeichnen sich einige Punkte ab, in denen eine Einigung möglich ist.

AK: Du selbst verstehst euch als Radikalpazifisten in der BRD und bezieht auch dabei auch auf andere Strömungen in der Friedensbewegung. Es gibt dort eine Kritik, daß die KFAZ-Politik, die eng mit der SU zusammenarbeitet, die Politik der SU, bzw. der „realen Sozialismus“ im Schutz nimmt oder auch jede Kritik daran abzublocken versucht. Wenn in solchen Debatten die Parole der Blockfreiheit bzw. die Parole der Auflösung der Blöcke vertreten wird, so geschieht das meines Erachtens aus zwei Motiven. Ein Teil geht davon aus, daß die Friedensbewegung mehr „ausgewogen“ sich sowohl gegen Ost- als auch gegen die Westpolitik richten müsse; eine einseitige Politik gegen die Nato sei nicht glaubwürdig und auch nicht erfolgversprechend, zumal die „Russensaat“ in der Masse der Bevölkerung tief verwurzelt sei.

Ein anderer Teil lehnt es zwar ab, daß die Kritik vor den Toren des „realen Sozialismus“ steht, lehnt es aber ebenso ab, daß damit eine Abschwächung unserer Kritik an der Nato verbunden wird bzw. Nato und Warschauer Pakt einfach gleichgesetzt werden. Unsere Aufgabe wäre es, hier Abrüstung durchzusetzen bzw. hier für den Austritt aus der Nato zu sorgen. Kannst du deine Position dazu erläutern?

tern?

Gerhard Bolte: Vorschauen möchte ich, daß nicht nur bei den radikalen Pazifisten, sondern im gesamten Verband eine weitgehende Einigkeit darüber besteht, daß die USA als aggressiv imperialistische Macht existieren und daß von ihnen gegenwärtig die größte Kriegsgefahr (auch für Europa) ausgeht.

Es kann also nicht um „Ausgewogenheit“ à la Stoltenberg gehen, sondern nur um inhaltliche Kritik an der Politik imperialistischer Staaten. Unglaublich macht sich nicht nur der, der zur Situation im Ostblock schweigt, sondern auch der, der Kritik am Warschauer Pakt nur äußert, um die formale Kriterium der Ausgewogenheit zu erfüllen! Wer inhaltliche Zugeständnisse an existierende Feindbilder macht, dessen Argumentation lautet faktisch:

In der Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjetunion (und die WVO) finden die radikalen Pazifisten unterschiedliche Auffassungen. Ich persönlich vertritt die Auffassung, daß die SU kurz- und mittelfristig weder ein Interesse an einer Aggression gegen die BRD oder die NATO hat, noch, daß sie militärisch dazu in der Lage wäre. Dennoch ist es freilich zu platt, einfach von der „Bedrohungslüge“ zu reden, denn die Bedrohungswahrnehmung vieler Menschen in Westeuropa hat ihre reale Entsprechung in den Waffenarsenalen der SU. Diese Waffen (z.B. auf Westeuropa gerichtete Atomraketen) sind objektiv eine Bedrohung, und es ist absurd, dies zu leugnen. Auch die Einsicht, daß die UdSSR den USA lange Zeit militärisch unterlegen war und es gegenwärtig wieder ist, ändert daran nichts; ebenso wenig die historische Tatsache, daß die SU zweimal in ihrer Geschichte von kapitalistischen Staaten überfallen wurde und ihre Bewaffnung und militärische Verteidigung von außen aufgeworfen wurden. Auch aufgeworfene Waffen können — wie die Geschichte zeigt — andere Völker bedrohen und unterdrücken (CSSR, Afghanistan). (...)

Wenn ich jetzt die innenpolitische Situation der Länder des bürokratischen Sozialismus anspreche, die von der DKP und ihrem Organisationschwanz so gern unter den großen Teppich der „Nichtmischung“ gekehrt wird, so komme ich damit zu einem zentralen Punkt unserer Kritik.

Als Pazifisten werden wir zwangsläufig mit dem Problem konfrontiert. Was geschieht mit Kriegsdienstgegnern in anderen Ländern? Und ich persönlich befinde mich in schärfstem Gegensatz zu Staaten, in denen KDV, Abrüstungsgegner, Antimilitaristen und andere, die frei ihre politische Meinung vertreten, so, wie ich das für mich selbstverständlich in Anspruch nehme, hinter Mauern oder in psychiatrischen Anstalten verschwinden und psychischer wie körperlicher Folter ausgesetzt werden! Abgesehen davon, daß ich mir unter Sozialismus wirklich was anders vorstellen kann als eine autoritäre, zentralistische und von jeder Kontrolle abgeschottete Staatsmacht, ständige Vergiftung der Produktionsstatistik, förmliche Durchtränkung der gesamten Gesellschaft mit Spitzeln etc.; all das garniert mit offen militaristischen Einlagen (Militärparaden mit preussischem Stechschritt, Wehrkunde und anderen Blödsinn). (...)

Diese Resolution wurde auf der Kölner Aktionskonferenz (am 9./10.10.83, von den „Frauen für den Frieden“, „Frauen in die Bundeswehr, wir sagen nein“ und den „Frauen gegen Krieg und Militarismus“) einstimmig mitfreischickweise von den sonstigen Gespielerinnen dieser Konzeption auf Druck der Frauen hin auch abgelehnt. Jetzt wird es darauf ankommen, daß dies nicht eine Forderung auf dem Papier bleibt, sondern tatsächlich in den Friedensgruppen diskutiert und umgesetzt wird.

Zur Diskussion: Der Kampf um die Mehrheit oder Plädoyer für einen radikalen Ostermarsch

Angeichts der unberechenbaren Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, angesichts der Tatsache, daß weder 3 Millionen Unterschriften unter dem Krefelder Appell noch 500.000 Menschen in Bonn reale Abrüstungsschritte erwirken konnten, und unter dem Eindruck des vollzogenen Regierungswechsels haben die gewaltfreien Aktionsgruppen, unterstützt von der Hamburger Friedenskoordinationskommission, einen Vorschlag zur Gestaltung der Ostermärsche in die Diskussion gebracht. Im Rahmen der Ostermärsche 1983 sollen in den Regionen direkte gewaltfreie Aktionen an den vorgesehenen Stationierungsorten bzw. anderen atomaren Gefahrenpunkten durchgeführt werden. Geht es um die Vornahme als konkreter Schritt zu einer fälligen Neuorientierung der Friedensbewegung, DKK und DfG/VK, die die Ostermärsche des letzten Jahres wesentlich mitorganisiert haben, sehen darin eine Geringschätzung bzw. Gefahr für den notwendigen Kampf der Friedensbewegung um die Mehrheit und um die Unterstützung der Gewerkschaften.

Für diejenigen, die — auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Erfahrung mit sozialdemokratischer Parteipolitik — auch der SPD/FDP-Regierung schon eine NATO-getreue Umsetzung des Aufrüstungsprogramms zugeordnet haben, ändert sich nur der Machthaber, nicht die Politik. Die CDU/CSU macht nichts Grundlegendes. Dennoch: die veränderte Konstellation der herrschenden Kräfte bietet und gebietet der Friedensbewegung neue Ansatzpunkte und

Bedingungen für eine Diskussion um ihr weiteres Vorgehen.

Die Auswirkungen des Regierungswechsels auf die Friedensbewegung — soweit sie heute schon gesehen werden können — sind vielschichtig: sie beinhalten sowohl Chancen als auch Gefahren. Eine CDU/CSU-Regierung wird die Aufrüstungspläne gradliniger und rücksichtsloser durchsetzen, der Friedensbewegung mit härteren Maßnahmen begegnen. Sie kann damit nicht nur Einschüchterung, sondern auch eine größere Entschiedenheit der Bewegung zu provozieren. Denn die Hoffnung, die weite Teile der Bewegung noch in die sozialliberale Koalition gebracht haben, wird sich auf die neue Regierung nicht übertragen lassen.

Schon heute ist den meisten die Angst vor Arbeitslosigkeit, die Sorge um die Sicherung der eigenen Existenz tiefer in den Knochen als die Furcht vor einem großen Krieg. Der beschleunigte und rabiate Abbau sozialer Sicherheiten könnte das Übrige tun, um die Gedanken bald ganz auf die alltäglichen und unmittelbar erlebten Probleme zu konzentrieren.

Breite und Tiefe

Der Gefahr einer Isolierung im Zuge des Rechtswechsels kann die Friedensbewegung nur entgegenwirken, wenn sie sich mit der erreichten Breite nicht zufriedengibt. Will sie dem das Hemd nicht näher als die Hose bewahren, so muß sie insbesondere die Zusammenhänge zwischen Sozialabbau und Aufrüstungspolitik aufzeigen

und Wege finden, die Proteste und den Widerstand dagegen zu verbinden. Eine intensivere Arbeit in und mit den Gewerkschaften ist ebenso unabdingbar wie die mühsame und unspektakuläre Überzeugungsarbeit auf der Straße.

Es geht tatsächlich — und hier liegt ein richtiger Aspekt der ewigen DKK-Prädigt über Mehrheit, Gewerkschaften und Krefelder Appell — um den Kampf um die Mehrheit. 3 Millionen Unterschriften gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen haben als Mobilisierungsfaktor und Dokument der erreichten Breite eine wichtige Funktion. Dies sollte auch von denen akzeptiert werden, denen der Krefelder Appell nur noch ein mildes Gähnen entlockt.

Aber: Die Friedensbewegung hat sich nicht vorgenommen, zu überzeugen, um der Überzeugung willen, sie will reale Abrüstungsschritte erreichen. Unterschriftenaktionen und vergleichbare Aktivitäten haben ihren Wert als massenhafte Meinungsäußerung. Sie haben jedoch keinen zwingenden Charakter und reichen deshalb allein nicht aus, um Veränderungen zu bewirken. Es geht darum, eine handfeste Mehrheit zu gewinnen, die bereit ist, die Durchsetzung ihrer Interessen zu erzwingen und die Konfrontation mit den Regierenden auf sich zu nehmen. Eine Friedensbewegung, die gewaltfrei Widerstand leisten will, muß alternative Handlungsmöglichkeiten und symbolische Aktionen hinausgehen und Formen des Widerstands finden, die den von oben gewünschten Ablauf effektiv stören und behindern.

Auch die Überzeugungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften muß notwendig mehr erreichen wollen als verbale Unterstützung, nämlich ein praktisches Freisetzen der Arbeiterorganisationen bis hin zu politischen Streikaufrufen. Darauf wäre eine Bewegung, die — wie die Friedensbewegung — so elementare Interessen der kapitalistischen Gesellschaft im Wandel bringen will, unbedingt angewiesen. Zumindest unter Bundeskanzler Schmidt und unter Bundespräsident Lübke ist die Gewerkschaften noch ein langwieriger Prozess vorangehen müssen. Auch wenn es jedoch — wie aus Reichen der SPD und DKK immer wieder gefordert — unternehmensnahe und ungraduierlich zu warten, damit die in der Bewegung selbst angetragenen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden, so ist die derzeitige Verengungs- und Isolierung der Blockadeaktionen, wie kürzlich in Großengtingen, als auch Blockadeaktionen, wie kürzlich in Großengtingen,

könnten als Beispiel und Ansatz zur Weiterentwicklung dienen. Es wird darauf ankommen, den heute noch weitgehend symbolischen Charakter solcher Aktionen zu überwinden und Bedingungen zu schaffen, die eine breite Beteiligung ermöglichen. Denn es kann nicht Absicht sein, die Aktionsliste der Friedensbewegung, deren Großdemonstrationen heute schon vielfach als „langweilig“ kritisiert werden, durch phantasievolle, symbolische Aktionen einer kleinen radikalen Minderheit anzureichern oder gar eins gegen das andere auszuspielen. Intention ist vielmehr die Entwicklung eines massenhaften zivilen Ungehorsams und praktischen Widerstands.

Die Friedensbewegung hat sich ein Ziel gesetzt, das angesichts der gigantischen Kriegsvorbereitungen sehr bescheiden, im Spiegel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse jedoch eher vermessen erscheint: die Verhinderung der neuen Mittelstreckenraketen. Wenn ich hier mit dem Ruf nach greifbaren Erfolgen für die Praktizierung direkter Widerstandskaktionen einsteige, dann nicht mit der Illusion, der nächste Erfolg werde bereits sichtbar in der Verhinderung der Stationierung. Der zentrale Stellenwert, den die Mittelstreckenraketen im Rahmen der NATO-Kriegsstrategie haben, läßt erwarten, daß US- und Bundesregierung alles daran setzen werden, die Stationierung auch gegen eine breite Bewegung durchzusetzen. Die kurze Zeit in der dies erfolgen soll, läßt kaum hoffen, daß die Friedensbewegung bis dahin schon die notwendige Breite und Stärke entwickelt haben wird, die dies tatsächlich verhindern könnte.

Deutlich gemacht werden kann und muß auf jeden Fall, daß die Stationierung als entscheidende Maßnahme zur weiteren Gefährdung des Friedens in Europa nur durchführbar ist, um den Preis des „inneren Friedens“. Ein „innerer Unfrieden“, der auch nach einer — wahrheitsunfähigen — Stationierung keine Ruhe einkehren läßt, ist nur zu schaffen auf der Basis eines breiten und intensiven Widerstands. Gleichzeitig wird hierbei deutlich, wie lebenswichtig es für die Friedensbewegung war, Freizeitmöglichkeiten vorüber für die Stationierungspläne 1981 oder 84 zu gewinnen.

Zu Ostern Demonstrationen und Blockaden verbinden

Der Vorschlag, im Rahmen der Ostermärsche direkte gewaltfreie Aktionen in Form von Blockaden, Friedenscampes o.ä. zu organisieren, bietet die Möglichkeit, die Diskussion um eine erforderliche Radikalisierung unseres Widerstands in weitere Teile der Friedensbewegung hineinzutragen. Ich

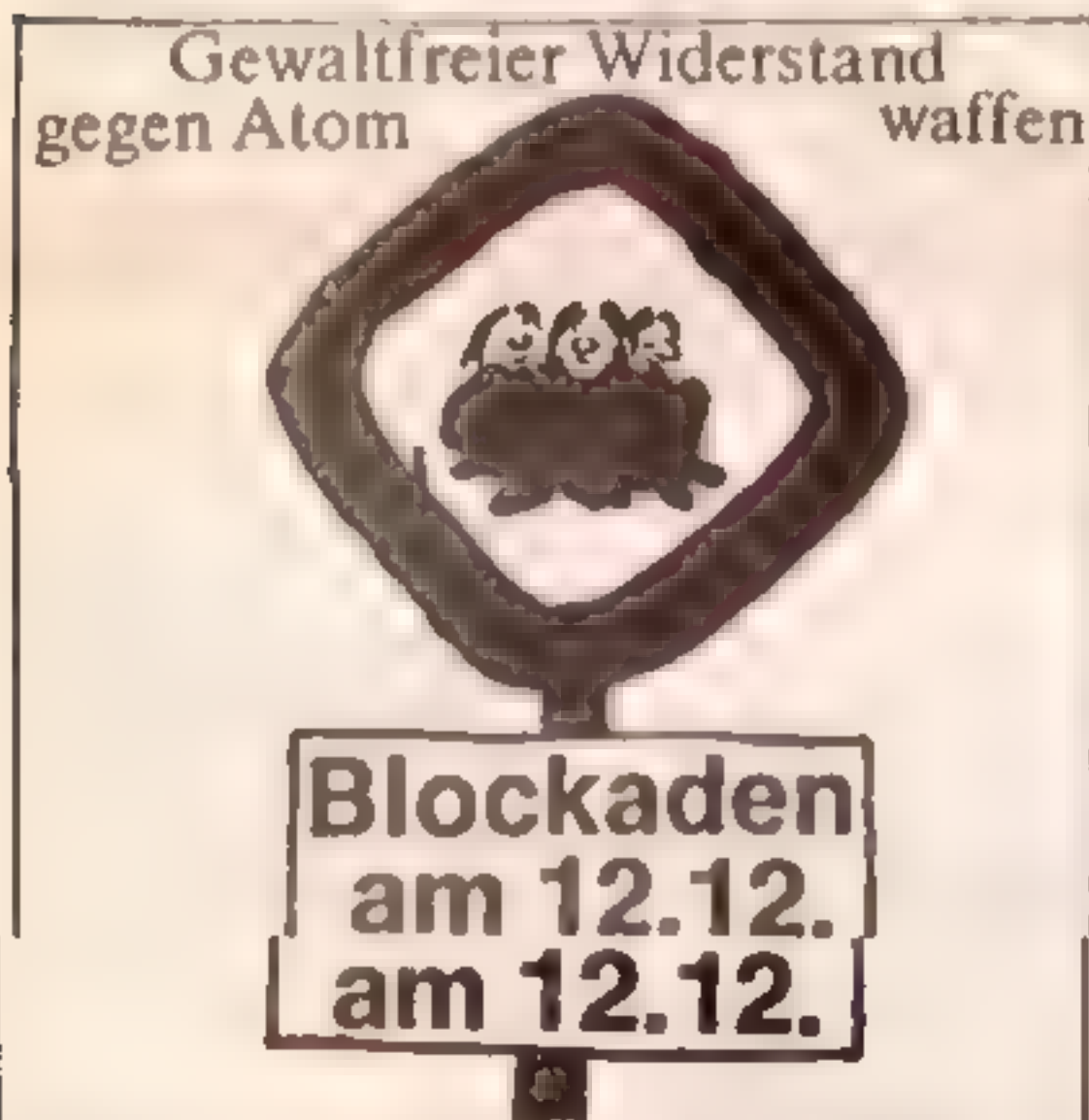
könnte mir denken, daß die ausdrückliche Bezeichnung einer geplanten Aktion als gewaltfrei im Kreis von AK-Leser/innen Bedenken hervorruft. Doch sollte die ständig herausgeforderte Distanzierung von den Distanzieren, der immer wieder erwungene Stille um das Akzeptieren aller Positionen und Aktionsformen als Teil der Bewegung nicht den Blick dafür verstellen, was hier und heute sinnvoll und angemessen ist und dies auch so zu benennen. Nur so kann die Grundlage für eine offene und breite Diskussion um eine qualitative Veränderung unserer Widerstände im oben beschriebenen Sinne geschaffen werden.

Auf der Aktionskonferenz am 9./10. Oktober in Köln stieß der Vorschlag für Osterblockaden auf breite Sympathie, auf Widerspruch allerdings bei den anwesenden DKK-Mitgliedern. Direkte Aktionen seien nicht geeignet, die Friedensbewegung noch breiter zu machen, sie könnten Bevölkerung und Gewerkschaften verschrecken, waren ihre — hier nur sehr kurz zusammengefaßten, dort aber sehr breit und penetrant vorgetragenen — Einwände. Eine grundsätzliche und strenge Ablehnung wagten angesichts der breiten Zustimmung allerdings nur wenige DKKler zu formulieren. Stattdessen zeichnete sich ab, daß die DKK mit dem Begriff der direkten gewaltfreien Aktionen ähnliches im Schilde führt, wie sie es gerade mit der Kampagne für atomwaffenfreie Zonen betreibt, vereinnahmen und verwässern. Während die atomwaffenfreie Zone und Schreibweise schon seit einigen Wochen zum festen Bestandteil ist, werden jetzt Blockaden und ähnliche Aktionen über die Grenzen der direkten Konfrontation hinaus auf das nie zur neuen Symbolik verknüpfen, was die DKK dann hinausgehen kann.

Immerhin könnte das Lavieren der DKK vermeiden helfen, daß es in der Vorbereitung der Ostermärsche zu einem Gegenüber der verschiedenen Aktionsformen kommt.

In der Arbeitsgruppe „Ostermärsche“ auf besagter Konferenz konnte folgender Konsens — gedacht an eine Forderung an die regionalen Vorstufen — erreicht werden: „...daß die Ostermärsche 1983 nicht die Kampagne für atomwaffenfreie Zonen und Frieden sein sollen. Diese Kampagne ist ein Teil der Welt, der die Aufmerksamkeit finden. Ein stärkeres Bemühen um die Unterstützung der Osteraktivitäten durch die Gewerkschaften ist notwendig. Und direkte gewaltfreie Aktionen sollen im Rahmen der Ostermärsche durchgeführt werden. Für praktische Umsetzung eines Kampfes in Form einer Verbindung von Demonstrationen und Blockaden wäre wünschenswert.“ (Hamburg)

Ein Blockadekriterium wäre wünschenswert S., Hamburg



Am 12.12.82 führt sich der NATO-Doppelbeschluß zum dritten Mal. Nach diesem Beschluß sollen in Westeuropa 572 neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden, die meisten davon in der BRD. Diese neue Steigerung des Rüstungswahns macht einen atomaren Krieg immer wahrscheinlicher. Auch die bereits vorhandenen Massenvernichtungswaffen sind für uns Grund genug, Angst vor einem Krieg zu haben. Deshalb rufen wir zur gewaltfreien Widerstand gegen die sogenannte NATO-Nachrüstung und die schon vorhandenen Atomwaffen in Ost und West.

Unser Kampf für das Leben geht weiter. Die gewaltfreie Blockade der Atomwaffenlager bei Großengtingen im August 1982 war nur ein Anfang. Wir wollen die Ideen und Erfahrungen von Großengtingen im ganzen Land verbreiten. Großengtingen hat uns gezeigt, daß unser Widerstand von festen Gruppen ausgehen muß, deren Mitglieder sich kennen, vertrauen, gegenseitig bestärken, gleichberechtigt mitentscheiden und gemeinsam die Konsequenzen tragen.

Unseren persönlichen Einsatz gegen den drohenden Atomtod werden wir mit ganzer Kraft fortführen.

Deshalb fordern wir lokale Friedensgruppen auf, am 12.12.81 Atomwaffenstätt für einen Tag zu schließen. Unser Widerstand ist gewaltfrei und offen. An diesem Tag sollen von 8.00 bis 20.00 Uhr direkte Blockaden stattfinden und/oder phantasievolle Aktionen, wie z.B. Mahnwachen, Fasten, Rundgänge, Besichtigungen... Die örtlichen Gruppen entscheiden über die jeweils für sie sinnvolle Form. Die Teilnehmer sollen sich in Bezugsgruppen zusammenfinden, gemeinsam auf ihre Aktion vorbereiten und lokale Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Teilnehmer/innen der Sommeraktion 82 in Großengtingen

Um Informationen auszutauschen und den bundesweiten Charakter herzustellen, wird eine Koordinationsgruppe folgendes übernehmen:

- Hinweise auf Standorte vor Atomwaffenstätt
- Hinweise auf lokale Gruppen und Tips für Neugründungen
- Hinweise auf Trainer für gewaltfreie Aktionen
- Sammeln und Weitergeben von Informationen über laufende Aktivitäten (Rundbriefe). Meldet eure Aktivitäten bald an!
- Überregionale Presse- und Medienarbeit
- Sammeln von Euren Berichten und Zeitungsartikeln
- Zusammenstellung einer Dokumentation

Kontakt: Jürgen Meisel, Schwabacher Str. 147, 8510 Fürth, Tel. 0911/715 20. Bei Anfragen bitte Rückporto beilegen! Finanzierungsbeiträge: J. Meisel, Stichwort: 12.12., P.S.A. Nürnberg, Kto.Nr. 17 19 19 - 851

Eine Delegation des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates war zu Besuch im Brüsseler NATO-Sekretariat und brachte schlechte Nachrichten heim.

Auf Initiative der NATO traf am 28.9. im NATO-Hauptquartier Brüssel eine Delegation des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) mit dem NATO-Generalsekretär Luns zusammen. Vom IKV nahmen der Erste Sekretär, Mient Jan Faber, der Sekretär für internationale Angelegenheiten, Wim Bartels, der Friedensforscher Ben ter Veer und der Theologe Laurens Hogebrink teil. Ihre Gesprächspartner waren neben Luns die NATO-Botschafter der BRD und der Niederlande, Vertreter der britischen und italienischen NATO-Botschafter sowie Militärs („FR“, S.10.82).

Im Ergebnis des Gesprächs sah Mient Jan Faber einige „Vermutungen“ bestätigt.

„a) Alle Länder kommen bisher ihren Verpflichtungen nach. Es wird ordentlich in den NATO-Infrastrukturvorhaben eingesetzt, aus dem die Stationierung der Mittelstreckenraketen (Anm. AK) finanziert wird. Die Vorbereitungen verlaufen überall nach Plan. Es ist nirgendwo — auch in den Niederlanden nicht — die Rede von einer nennenswerten Verzögerung.“

b) Die Niederlande zählen zwar vollwertig mit, aber die internen Probleme in unserem Lande haben dazu geführt, daß wir nicht immer mitmachen (dürfen?) bei den Beratungen, die zwischen den sechs Ländern geführt werden, die am unmittelbarsten mit den 572 Raketen zu tun bekommen (USA, England, BRD, Italien, Belgien, Niederlande).

c) Ende 1983 wird ein entscheidender Moment. Dann soll gleichzeitig in England, der BRD und Italien stationiert werden. Um der Einheit in der NATO willen wird dann darüber hinaus von allen Ländern erwartet, daß sie sich tatsächlich und also ohne Vorbehalt hinter den Stationierungsbeschluß stellen werden.“ („de Volkskrant“, 2.10.82).

Die neue niederländische Regierung, eine „Mitte-Rechts“-Koalition von Christdemokraten und Rechtsliberalen (s. AK 225), werde, schreibt Faber weiter, der Stationierung der 48 für die Niederlande vorgesehenen Mittelstrecken-Raketen keinen Widerstand entgegensetzen. Auch von den Genfer Verhandlungen sei nichts zu erwarten: „...wie die Verhandlungen zu verlaufen werden, Ende 1983 bedeutet immer Stationierung. Denn entweder gibt es zu dieser Zeit noch kein Ergebnis und dann — so wird argumentiert — muß stationiert werden, um die Verhandlungen nicht ungünstig zu beeinflussen oder es gibt ein Resultat.“

ist. Aber davon erwartet jeder im günstigsten Falle, daß das etwas weniger als 572 Raketen ergibt, aber in keinem Falle Null. So daß auch in diesem Falle stationiert werden wird“ (ebd.).

Dieser düstern Perspektive setzt Faber entgegen: „...die Friedensbewegung wird viel selbst tun müssen.“

Sie wird die Initiative ergreifen müssen, um vor Ende 1983 überall in der Gesellschaft deutlich zu machen, daß die Kreuzerraketen nicht erwünscht sind, so daß selbst eine CDA/VVD-Regierung das nicht übergehen kann. Sie wird ebenso an einer neuen Entspannungspolitik in Europa arbeiten müssen, indem sie mannigfaltige Querverbindungen zwischen den Emanzipationsbewegungen und Institutionen (wörtlich: Institutionen = Einrichtungen — Anm. AK) in Ost und West legt. Bewegungen und Institutionen, die von der Notwendigkeit zur Integration und Durchbrechung der Blöcke überzeugt sind.

Es erwartet uns ein übervolles und aufregendes Jahr. Aber mit viel Einsatz und einem festen Vertrauen in die Wirkung unserer parlamentarischen Demokratie kommen die 48 Kreuzerraketen nicht“ (ebd.).

Wie sprach Salomo? „In den Lippen des Verständigen findet man Weisheit, aber auf den Rücken des Narren gehört eine Rute“ (Spr. 10, 13). Niederlande-Kommission

NATO zufrieden

Euthanasie für Atomkriegsopfer

— Die Kriegsmedizin wird logisch zu Ende gedacht —

Nach einem Atomkrieg ist n i c h t alles aus. Es wird Überlebende geben — und die Kriegsplanung denkt heute auch schon an sie. Reaktiäre Wissenschaftler Überlegen, wie die Überlebenden sortiert, dezimiert und gemanagt werden können. Britische Ärzte schlagen Euthanasie vor, amerikanische Wissenschaftler wollen ältere Menschen als Testpersonen zuerst aus den Bunkern jagen. Eine Ethik, die medizinische Kriegsvorbereitung für verantwortlich hält und ärztliche Verweigerung für pervers, wird durch diese Vorschläge nur zu ihrem konsequenten Ende geführt: Die „Umwertung aller Werte“ nach imperialistischer Moral — abgesegnet von deutschen Theologen.

In Großbritannien wurden bereits 1977 Richtlinien von der obersten Gesundheitsbehörde ausgegeben, die für den Atomkrieg ein Stufenmodell der medizinischen „Versorgung“ vorsehen. Örtlich sollen Freiwillige Erste Hilfe leisten (was immer das sein mag), in regionalen Sammelzentren, bestückt mit je 4-6 Ärzten, sollen die Strahlenopfer gesichtet und sortiert werden; in Krankenhäusern werden nur Patienten aufgenommen, deren Überlebensdauer für länger als sieben Tage angenommen wird. Menschen, die keine anderen Verletzungen als radioaktive Verwundung aufweisen, dürfen nicht aufgenommen werden, da es für Strahlenkrankheit „keine spezielle Behandlung gibt“ (1).

Vor diesem Hintergrund forderte Professor Alwyn Smith, Präsident der „Faculty of Community Medicine“ (eine Art Ärzte-Vereinigung) eine generelle Einigung unter den Ärzten darüber, was mit Strahlenopfern geschehen soll. Vor einer Konferenz seiner Ärzteschaft im April diesen Jahres, zu der die Öffentlichkeit vorsichtshalber nicht zugelassen war, sprach er sich für das Lösungsmittel Euthanasie aus. „Wenn entschieden wird, sehr schwer verletzte Personen nicht zu behandeln, dann würden die üblichen Argumente gegen Euthanasie schwer haltbar. (...) Vielleicht wird man entscheiden müssen, die Todkranken auszusortieren und schnell zu beseitigen — eine Aufgabe, für die Militär oder Polizei wohl geeigneter wären als die Ärzte. Verletzte, die nicht mit Sicherheit sterben, aber auf Dauer behindert bleiben werden, stellen dabei ein schwieriges Problem dar. Je nach dem Ausmaß des Angriffs und seinen Auswirkungen mag man entscheiden, diesen Verletzten lieber keine medizinische und pflegerische Hilfe zu gewähren. Man mag Vorkehrungen treffen, ihnen starke Schmerzen und anderes Leid zu nehmen. Aber es dürfte schwierig sein, in einer solchen Situation eine langfristige Behandlung zu rechtfertigen. Überlegungen wären nötig, um den schwer Behinderten Sterbehilfe anzubieten oder sie auf andere Art zu beseitigen.“ (2)

Der Ärzte-Präsident beruft sich dabei unter anderem auf die Ergebnisse des NATO-Planspiels „Square Leg“ vom September letzten Jahres, wo die Auswirkungen einer Atomombomben-Explosion über London durchgespielt wurden. In den Protokollen dieses

Planspiels finden sich interessante Einzelheiten über das, was in der BRD „zivil-militärische Zusammenarbeit“ genannt wird, also das Zusammenspiel von zivilen Behörden (Verwaltung, Gesundheitsbehörden etc.) und Streitkräften: Strahlenkranke wurden in ein Lager gesperrt („Special Rest Centre“), das von bewaffneten Einheiten und Stacheldraht gesichert wurde; die zivilen Behörden forderten immer wieder Armee-Unterstützung an, da die Polizei im Planspiel mit den „law and order problems“ überfordert war; eine „bedringende Menge“ verhinderte den Abtransport von Lebensmitteln — militärische Antwort: „Mexican helicopters and 12 soldiers sent to scene“.

Diese britisches Notstandsplanung entspricht der bundesdeutschen, wo Armee und Bundesgrenzschutz für den Einsatz gegen Flüchtlinge und andere Störfaktoren vorgesehen sind (3). Anders als in der BRD gibt es allerdings in den britischen kommunalen Behörden Widerstand gegen diese Art der Kriegsvorbereitung: Die für diesen Herbst geplante nationale Zivilschutzübung „Hard rock“ mußte vom Innenminister abgesagt werden, da sich rund die Hälfte der vorgesehen Kreise geweigert hatten, sich zu beteiligen, darunter auch die Stadtverwaltung von London. (4)

halten, sich zu beteiligen, darunter auch die Stadtverwaltung von London. (4)

Darwinismus an der Bunkertür

Amerikanische Wissenschaftler (Oak Ridge National Laboratory) veröffentlichten in der Fachzeitschrift „Health Physics“ eine Studie — keine Satire —, wie die Krebsrate nach einem Atomkrieg gesenkt werden kann: Ältere Menschen sollen als erste die Bunker verlassen, Umgebung und Nahrungsmittel von radioaktivem Niederschlag reinigen, Leichen entfernen. „Wichtig ist es, die Lebenserwartung der jüngeren Menschen zu erhöhen. Ältere Menschen kommen an das natürliche Ende ihres Lebens. Es ist daher zu raten, daß die älteren Menschen als erste die Unterkünfte verlassen, wodurch sie eine Menge Radioaktivität erhalten ... (dadurch) wird die Anzahl der Todesfälle durch Krebs um 37 Prozent sinken. Die jüngeren Menschen zu schützen, ist daher eine besonders effektive Strategie“ (5). Keine krankhaften Phantasmen, sondern eine Studie, die von der US-Atomenergiebehörde gefördert wurde!

Für die Strahlenopfer wurden in den USA bereits 60.000 Pfund Opium eingelagert, und eine Direktive des Wohnungsministeriums hat schon an Hausbesitzer im neuen Zeitalter gedacht: Ein Haus muß innerhalb von 10 Tagen verlassen werden, falls der Vermieter überlebt hat und Eigenbedarf anmeldet (6).

Man mag, je nach Geschmack, über dieses Horrorkabinett lachen oder kotzen; ernst daran ist jedenfalls, daß die Kriegstreiber ihre geschichtliche Perspektive nicht mit dem Atomkrieg für beendet halten, sondern mynter an die Planung des „Danach“ gehen — während Teile der Friedensbewegung noch glauben, die Warnung „Dann ist alles aus“ würde eines schönen Tages Umkehr und Einsicht bewirken.

ch., Hamburg

Quellen:

- (1) zit. nach (2)
- (2) engl. Redemanskript von Prof. Smith, und nach Stern v. 23.9.82
- (3) vgl. AK 222 „Bürgerkrieg statt Bunker“
- (4) taz v. 16.7.82
- (5) Health Physics Sept. 81 und nach Manfred Coppel/Jürgen Roth, Am Tor der Hölle. Köln 1982, S. 75
- (6) taz v. 4.3.82

Schacht »Konrad«:

30.10. Demonstration gegen atomares Endlager

In den nächsten Wochen ist mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die bisher größte Atommülldeponie Westeuropas zu rechnen. Die Forschungsarbeiten in dem stillgelegten Erzsacht Konrad sind weitgehend abgeschlossen. In dem jetzt abschließenden, auf positiven Ausgang gerichteten Genehmigungsverfahren will die Atommafia ihre schon längst gefällte Entscheidung für Konrad vor der Bevölkerung nachträglich legitimieren (vgl. AK 224). Schon heute dient die geplante Atommülldeponie für die Teilerleichterungsgenehmigungen der AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf und Linggen als Entsorgungsnachweis. Tatsächlich bedeutet die Realisierung des Projekts Konrad zumindest für die nächsten 20 Jahre eine im Sinne von Atomindustrie und ihrer politischen Repräsentanten gesicherte Entsorgung. Zumindest der leicht- und mittelaktive Atommüllberg wäre damit weitgehend in den Griff zu bekommen.

Es ist für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung allerhöchste Zeit, der Bedeutung der Schachtanlage Rechnung zu tragen und mit den regionalen Initiativen gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Die Demonstration am 30.10. bietet einen Anfang.

Zur Vorbereitung der Demo

Seit gut einem halben Jahr diskutieren die in der Regionalkonferenz zusammengefügten Kreisverbände der Grünen und Initiativen aus Wolfsburg, Braunschweig, Hildesheim, Salzgitter, Gifhorn, OELGA Hannover, KB und Autonome über Aufbau und Ablauf der Demonstration. Differenzen in der Gewaltfrage führten häufig zu nervigen Diskussionen und im Hinblick auf die künftige Weiterarbeit zu einer negativen Polarisierung des regionalen Widerstands.

Während sich die Mehrheit der Regionalkonferenz für die Offenheit der Widerstandsformen auf der Demo am Schachtgelände aussprach, zogen sich die Grünen Salzgitter und eine befreundete BI aus Gifhorn schließlich aus dem Bündnis zurück. Auseinandersetzungen mit der Polizei würden den schwachen (wickelnden) Widerstand um Jahre zurückwerfen. Stattdessen diskutieren Salzgitterer Grüne, sich zwar an der Demo zu beteiligen, aber rund 500 Meter vor dem Schachtgelände abzugeben, um eine gemütliche Open Air Fete zu machen.

Mutterweil ist dieses Vorgehen auch beschlossen worden, und zwar aufgrund einer frei erfundenen Horrorgeschichte des Grünen-Landtagsabgeordneten Mombauer. Er habe achtere Informationen, daß die Hamburger Autonomen den Schacht sprengen wollten! So etwas wurde bisher nur von der Gegenseite lanciert, um irgendwelche Demonstrationsverbote auszusprechen. Ungeachtet dieses Verwirrspiels bereitet sich die Regionalkonferenz auf die Demonstration vor.

Als schwierig erweist sich jedoch das Nebeneinander der verschiedenen Widerstandsvorstellungen in der Praxis. Um eine Koordination der Aktionen und eine möglichst viele Menschen einbeziehende Entscheidungsebene über den Ablauf zu schaffen, sollen alle Gruppen und Konvois einen Vertrauenskörper bilden, der Vertreter/innen in einen Sprecherat entsendet. Eine Demonstrationsleitung wird es nicht geben.

Wir machen Konrad sicher — Wir legen ihn lahm!

„Wir bereiten uns darauf vor, die Anlage unzugänglich zu machen.“

Wir blockieren das Schachtgelände durch eine lebendige Mauer

- Wir blockieren den Luftraum und den Äther, indem wir im Herbst unsere Aludrachen, Luftballons an langen Leinen, Heißluftballons und alles, was geeignet ist, in die Luft zu gehen, aufsteigen lassen. Wir errichten den Silberstreifen am Horizont
- Wir bedecken Straßen und leere Felder mit warnenden Schildern. Plakate, Wandbilder und Mahnmale finden ihren Platz. Mut zur Farbe
- Nachholing machen wir die Anlage unzugänglich, indem wir den Riß, den das Endlager in unserem Leben bedeutet, auf Zufahrtsstraßen, Eisenbahnstrecken usw. aufdecken.
- Von allzu eifrigen „Ordnungshütern“ an unserem Demonstrationsrecht und -ziel behindern, protestieren wir direkt vor den Türen der Betreiber und Verantwortlichen in Lebensstadt und Umgebung. Dazu gibt es eine Karte
- Schon in der Anfahrt behindert, zögern wir nicht, erstmal die zahlreichen Schauplätze der lebensfeindlichen Atompolitik in der Region zu besuchen. Auch dafür gibt es eine Karte
- Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Soweit aus dem Aktionsprogramm der Regionalkonferenz. Sinnvoll und wirksam ist dieses Programm nur dann, wenn sich Gruppen auf Aktionen vorbereiten und sie zur Not auch allein durchführen können.

Die Demonstration beginnt 11 Uhr in Salzgitter-Engelstedt.

Vorher führt ein Bündnis verschiedener Initiativen eine Kundgebung vor dem Lebensstädt Rathaus durch. Beginn ist 9 Uhr.

Genossen aus Salzgitter

Lauschangriff als Bürgerdialog

Wenn es nach Herrn Kuhke, Bürgerdialogsbeauftragter des Bundesforschungsministeriums (BMFT), gegangen wäre, hätte am Donnerstag, den 23.9., seine geplante Podiumsdiskussion pro/contra Atommüll in Schacht Konrad viel geplant stattgefunden. Geladen waren von der Betreiberseite Schlaumeyer Ziegler („FAZ“) und Anhang von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz (GSF) und von der Gegenseite die „Gruppe Ökologie“ aus Hannover. Vom Podium herunter wollten die Herren der Atommafia dem Bürger ihre pseudo-wissenschaftliche Show vorführen? Da jedoch

— das Planfeststellungsverfahren schon eingeleitet ist

— Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für die AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf, Linggen 2, Ins 2 dient

— Betreiber und Prüfer der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung Mitglieder im deutschen Atomforum sind, dessen Ziel die Förderung der Atomenergie ist

der „wissenschaftliche“ Endbericht zu Konrad schon interpretiert und für „geeignet“ befunden wurde

Betreiber 60 Mio. DM und 6 Jahre Zeit hatten, die Gegner hingegen ohne Geld und in wenigen Wochen die Bewertung des Endberichts fertig vorlegen sollten, war die Veranstaltung im vornherein eine Farce. Die AKW-Gegner der Region wollten sich zu so einem Schauspiel nicht hergeben, sondern besetzten das Podium, um eine Erklärung zu verlesen. Die Atommafia wurde aufgefordert, den Saal zu verlassen. Nach längerem Durchwachen im Saal verdeutlichte ein Vertreter der Gruppe Ökologie dem Publikum kurz die Schlamereien und Veruschungen der GSF/BMFT in den Rechnungen des Endberichts. Hiernach machten sich Kuhke und Ziegler, inzwischen hinter dem Vorhang hervorgekommen, wieder daran, das Wort zu ergreifen. Kuhke mußte sich hier dem „Pöbel“ beugen. Ziegler durfte noch bis zum Schluß den Bürgern Rede und Antwort stehen. Engegen der Zusage von Kuhke wurden währenddessen ankommende Personen observiert und Autokennzeichen registriert, und die gesamte Veranstaltung wurde vom Staatsschutz auf Band aufgenommen. Glücklicher

weise ist es einigen Menschen gelungen den Funkverkehr während der Observation aufzuzeichnen und AKW-Gegnern zuzuspielen. Dieser Protokoll macht klar, welche Methoden Betreiber und politische Polizei gewillt sind einzusetzen, um den Widerstand zu kriminalisieren bzw. einzuschüchtern. Auch die jüngsten Hausdurchsuchungen in Braunschweig im angeblichen Zusammenhang mit dem Sprengstoff-

anschlag wau! die GSF machen deutlich, was wir diese Herren ein „Bürgerdialog“ bedeutet: Teilweise fanden nach Hausdurchsuchungen beim AKW-Gegnern statt, bei denen nochmal richtig gesucht, sondern mehr gelesen wurde, sowie Wasserpfeifen und Waschbeckenflüsschen als Beweismittel beschlagnahmt wurden.

Ein Wolfsburger Genosse

Die folgenden Auszüge stammen aus den Aufzeichnungen des Polizeifunks, die auf einer Prekonferenz am 27.9.82 vorgelegt wurden. Der Wahrheitsgehalt wird von der Polizei nicht bestritten.

Ulrich? Was war das eben?
Ulrich? „Thomas, ob Du mich sehen kannst?“
Ulrich? „Du, ich weiß nicht, ich stehe hier noch am gleichen Punkt, ich weiß nicht, wo Du jetzt bist.“
Ulrich? „Ja, von Deiner Blickrichtung aus links auf der Ecke, da ist doch so ein Fenster mit Store vor, da stehe ich drin.“
Ulrich? „Nicht zu sehen!“
Ulrich? „Nichts zu sehen?“
Ulrich? „Nee.“
Ulrich? „Okay, ich bewege mal die Gardine. Mir geht es!“
Ulrich? „Ja, alles klar, im ersten Stock, ne?“
Ulrich? „Ja, ist richtig.“

Ulrich? „Eben sind noch 2 Mann gekommen, die haben ihre Fahrradtaschen mitgenommen, muß zwar nichts bedeuten, aber immerhin.“
Ulrich? „Ja, für beide Fahrzeuge, begeben sie sich nach Friedenberg in etwa Höhe Einkaufszentrum Gausstraße, und halten sie sich bereit, daß sie evtl. sich absondende Grüppchen beobachten. Aber wirklich bloß dann, wenn die sich ablösen, sie werden dann beobachten, sie wer-

den dann noch gesondert angesprochen.“ (Verstärker)

Ulrich? „richtig der rote Bauwagen, er ist neu gestrichen, er kommt gerade an, ich nehme an das ist hier der Chef von der Kommune, der steht davorne, jawoll, so n langhaarig-schwarzen Bart, grauhaarig.“
Ulrich? „Herr Dockhorn kommt gerade mit gefahren mit Fahrrad.“
Ulrich? „Wie wird'n der Bauwagen gezogen?“
Ulrich? „Mit einem Trecker.“
Ulrich? „Könnst ihr's Kennzeichen abnehmen?“
Ulrich? „Nein, steht ungünstig, ich kann hier auch nicht weg, wenn ich mich bewege, dann fahre ich auf.“

Ulrich 2: „Eben wurde festgestellt, daß im Saal ein in Anführungszeichen Spitzel sei, und Sprechchöre Hase raus, Hase raus.“
Ulrich 1: „Ja, ist denn der nicht offiziell vorgestellt worden, wie das die Absicht war?“
Ulrich 2: „Wiederholen.“
Ulrich 1: „Es war doch die Absicht ihn offiziell als Beobachter, oder a.a. Gast der Po. zu vorstellen. Ist das nicht geschehen? Kommen.“
Ulrich 2: „Es müßte vermutlich jetzt folgen, denn es bestand momentan noch keine Möglichkeit darauf zu reagieren, denn das kam eben spontan

Moraltheologie für Euthanasie

Das Undenkbare darf wieder gedacht werden, auch laut, und auch in der katholischen Kirche. In einer vom Bischöflichen Ordinariat in Mainz verbreiteten Broschüre setzt der Moraltheologie Professor Franz Scholz einen besonderen Akzent in der neuen Euthanasie-Diskussion. Auf die „bedrückende Frage“, in welcher Reihenfolge der Arzt den Schwerverletzten helfen sollte, antwortet er: „Dabei dürfen Verletzte, deren Leben für das gesellschaftliche Wohl besonders bedeutsam ist, bevorzugt behandelt werden.“ Dieses Prinzip sei „unverwundbar“ und müsse durch „Fallstudien medizinischer Art“ noch „ausgespezialisiert“ werden (FR v. 5.10.). Auf einen ausgespezialisierten Sprachgebrauch kann Scholz ja bereits zurückgreifen: Früher hieß es schlicht wertlos und unwertes Leben.

Im Visier der Antiabtreibungs-Mafia

Der Beratungsschein

Nachdem die radikalen Abtreibungsgegner das Ziel ihres bisherigen Arbeitsschwerpunkts, die Unterbindung von Abtreibungsfinanzierungen durch die Pflichtkrankenkassen, schon fast erreicht haben (das Sozialgericht hat einer entsprechenden Klage entsprochen, die gegenwärtige Krankenkassenregelung als verfassungswidrig verworfen, lediglich die endgültige Bestätigung durch das BVerfG steht noch aus), zeichnet sich aus ein neues Angriffsziel ab.

Die Wortführer der "Bewegung für das Leben", ein Zusammenschluß der reaktionärsten Initiativen von Abtreibungsgegnern (Anzeiger der "Mammon"-Diskussion, der Angriffe gegen die Odenwald-Klinik, des Krankenkassenurteils) widmeten die letzte Ausgabe ihres Organs "Christ und Zukunft" dem Schwerpunktthema "Katholische Beratungsstellen".

Daß sich diese Leute ausgerechnet die katholischen Beratungsstellen auf's Korn genommen haben, erscheint auf den ersten Blick etwas verblüffend, immerhin bekämpfen wir die Zwangsberatung und insbesondere die Beratung durch kirchliche Beratungsstellen seit Einführung des jetzigen §218 als ein Mittel, mit dem schwangere Frauen unter Druck gesetzt und zum Austragen des Kindes überredet werden sollen; die Folge für die dennoch abtreibende Frau besteht in einer zusätzlichen psychischen und physischen Belastung. Über diese Beratungsstellen im die Einflußnahme der kirchlichen Abtreibungsgegner auf abtreibende Frauen gesetzlich institutionalisiert, vor allem in solchen Gegenden, wo andere Beratungsstellen fehlen. Es scheint, als hätten die Abtreibungsgegner selber die Sache bisher auch unter diesem Aspekt gesehen; nun ist ihnen aber ein Weg aufgefallen, sich einen — in ihrem Sinne — entscheidenden Pfeiler zu holen, daß nämlich die Funktion dieser Stellen nicht nur in der Zwangsberatung selbst, sondern in der Ausstellung des Beratungsscheins besteht, der praktisch den Empfang der Beratung durch die Frau qualifiziert und sie zu weiteren Schritten in Richtung Abtreibung berechtigt. Des Scheins soll dokumentieren, daß die Frau in Kenntnis der Lage, ohne Zwang, ohne Druck, ohne Verlockung, eventuell auch ohne Täuschung, die Entscheidung getroffen hat, das Kind abzutreiben — (moralisch — nicht gekonnt) eine im Sinne der Abtreibungsgegner erfolgreiche Beratung, in diesem Fall würde sich die Ausstellung des Scheins als ein Mittel zur Unterbindung einer erfolgreichen Beratung darstellen.

Ziel der Argumentation von "Christ und Zukunft" ist es, die Ausstellung dieser Beratungsscheine zu verhindern und auf diese Weise den Frauen die Möglichkeit einer legalen Abtreibung zu erschweren; dazu werden einerseits die Beraterinnen unter Druck gesetzt, andererseits liberalere innerkirchliche Positionen zur Durchführung der Beratung angegriffen.

"Beratung, ja! Unterschreiben, nein!"

Neben das "abschreckende Beispiel" der "verbalen Anweisung einer Vorgesetzten an eine Beraterin": ("Nicht zu reden! (Die Abtreibung) Nicht ausreden! Nicht mit Gewalt überzeugen! Nicht überreden! (Und dies) auf der Grundlage, daß die Frau das Selbstbestimmungsrecht hat, das wir ihr nicht nehmen dürfen") stellt "Christ und Zukunft" weitere Fälle aus dem "Beratungsmagazin".

— den der Beraterin, die die Beratung einer Schwangeren ablehnt, weil sie keine Vollmacht für das Unterschreiben des Scheins besitzt, — den des Beraters, der nicht eingestellt wurde, daß er es grundsätzlich ablehnte, den Schein zu unterschreiben, — von Beraterinnen, die angeblich reihenweise unter der Gewissenslast der von ihnen unterzeichneten Scheine zusammenbrechen, — von Beraterinnen, die, "ohne den Schein auszustellen, sehr erfolgreich beraten" würden.

Während an den ersten beiden Beispielen die an der gesetzlichen Verpflichtung orientierte Haltung von Beraterin bzw. Beratungsstellenleiter kritisiert wird und im dritten Fall angemerkt wird, es ginge nicht nur um das "zeitliche Wohl" der Beraterinnen, sondern um "ihre ewige Heil", entspricht der letzte genau der Vorstellung dieser Herren, die da heißt: "Beratung, ja! Unterschreiben, nein!" Sie nehmen dafür sogar den Verlust der staatlichen Unterstützung der kirchlichen Beratungsstellen in Kauf. Es ist allerdings zu be-

zweifeln, daß sie die Forderung nach dem Verzicht auf diese Unterstützung ernst meinen. Die meisten Frauen, die eine Beratungsstelle aufsuchen, weil sie abtreiben wollen, tun dies ja gerade, weil sie den Beratungsschein für eine legale Abtreibung brauchen. Wäre von vornherein klar, daß sie bei den kirchlichen Beratungsstellen diesen Schein gar nicht bekommen können, würden sie auch nicht zur Beratung kommen. Zusammen mit der staatlichen Unterstützung ergäbe den Abtreibungsgegnern auch die Möglichkeit der Einflußnahme auf diese Frauen. Die Methode der "erfolgreichen Beraterinnen" ist insofern weitreichender: Die Frauen werden unter dem Vorwand, sie würden den Schein bekommen, in die Beratung gelockt, und dann, wenn die Beratung nicht geklappt hat, ohne Schein wieder weggeschickt, d.h. sie müssen die ganze Tortur umsonst über sich ergehen lassen.

Gottesgebot statt Selbstbestimmung

Die Mitarbeiter der "Bewegung für das Leben" halten im Gegensatz zu der oben zitierten Vorgesetzten "überreden" und "ausreden" als Beratung der Schwangeren für durchaus angebracht und teilen auch keineswegs ihre Ansicht, daß die Frau so etwas wie ein Selbstbestimmungsrecht habe. Wenn der Frau auch nur ein Rest von eigener Entscheidung zugestanden wird, besteht ja die Möglichkeit, daß sie sich für die Abtreibung entscheiden könnte. Insofern soll die Beratung also überhaupt nur als Überredung zugelassen werden.

"Liberalere" Positionen im katholischen Lager werden entsprechend kritisiert, so z.B. Moraltheologe Grundert, der zwar schreibt: "Im Rahmen einer solchen Beratung muß alles getan werden, um die Schwangere zum Austragen des Kindes zu motivieren", aber als Ziel der Beratung formuliert, dem (?) einzelnen Ratsuchenden sei "zu einem eigenverantwortlichen Entschluß zu verhelfen". Auch in den "Beratungsmagazin" wird die Beratung als "eigenverantwortliche Entscheidung" bezeichnet.

Die Abtreibungsgegner passen ihre Argumentation und ihr Agitationsmaterial auch an aktuelle Trends der alternativen Szene an; im Moment ist z.B. das Thema "Frieden" in. (Das Bild zeigt einen Aufkleber der "Bewegung für das Leben".)



Die Abtreibungsgegner passen ihre Argumentation und ihr Agitationsmaterial auch an aktuelle Trends der alternativen Szene an; im Moment ist z.B. das Thema "Frieden" in. (Das Bild zeigt einen Aufkleber der "Bewegung für das Leben".)

schon Caritasverband, äußerte in einem Interview:

"Ich glaube, es geht zunächst einmal darum, die Frau ganz ernst zu nehmen in ihrer Verfassung, ... ihr das Bewußtsein zu vermitteln, eine freie Entscheidung zu treffen". "Und ich muß ihr diesen Freiraum für eine freie Entscheidung ermöglichen. Ich werde ihr deshalb als Beraterin meine Entscheidung nicht aufdrängen, sie nicht zu einer Entscheidung drängen, die sie nicht will".

"Die Beraterin ist gehalten, alles zu tun, um der Frau eine Entscheidung zu ermöglichen, mit der sie auch später leben kann".

"Es kann sein, daß sie sich für den Schwangerschaftsabbruch entscheidet. Dann aber hat sie diese Entscheidung überlegt und ist nicht bei einem panikartigen Entschluß stehen geblieben, den sie ja gar nicht reflektiert hat". ("Herderkorrespondenz").

Der 1980) Die Autoren von "Christ und Zukunft" lehnen den Begriff "der persönlich verantwortlichen Entscheidung" als doppeldeutig ab, und sie lehnen ihn erst recht ab, wenn er — wie hier — eindeutig eine solche Entscheidung für eine Abtreibung miteinschließt. Sie würden ihn lediglich in dem Sinn akzeptieren, "daß eine Frau im Schwangerschaftskonflikt die Motive ihrer Tat durch das Beratungsgespräch erhellt und hernach sich durchträgt, das Leben und die Gebote Gottes zu achten. Im Laufe dieser Konfliktklärung entscheidet sie dann, ihr Kind anzunehmen. Aus einer panikartigen Haltung wurde eine persönlich verantwortete Entscheidung für das Leben, während der Entschluß abzutreiben eine sittliche Untat bliebe".

"Eindeutig kann man aussagen, daß weder die Heilige Schrift noch die Lehre der katholischen Kirche den Begriff einer persönlich verantworteten freien Entscheidung kennt (...). Es gibt keine persönlich verantwortete Entscheidung gegenüber dem Bösen".

Es wird hier also gar nicht einmal versucht, sich in irgend einer Weise als "vernünftig", "demokratisch", "ethisch" oder "moralisch" zu verstehen. Der Sinn des im Selbstbestimmungsrecht der Frau liegenden Selbstbestimmungsrechts wird hier als "moralisch" bezeichnet.

Freien nicht gerade auch die Hilfswörter der Abtreibung ebenfalls mit "humanen" Argumenten an, um ihr Tun menschlicher erscheinen zu lassen? In der weiteren Darstellung der Vorteile der "religions-christlichen" Argumentation tritt die Lebensfeindlichkeit dieser Leute ganz deutlich zu Tage: "Warum denn sollte ein Mensch um Heil kommen, wenn er eben leben und zur Erfüllung seiner Aufgaben nach besten Kräften beitragen, wenn er ...".

Wie sollte diese Auffassung, die Beraterin habe mit der Beratung alles ihr Mögliche zur Verhinderung des Schwangerschaftsabbruchs getan, alles Weitere sei Sache der Frau, halt "Christ und Zukunft" entgegen, da die Unterschrift auf dem Abtreibungsschein Bestandteil der Abtreibung sei. Zwar bestimmt das Gesetz den Beraterinnen und eine konsultierte vom Beratungsinstitut zum indoktrinierenden Arzt kann streng nicht behauptet werden. Aber die Praxis ist eben anders aus und sie ist aus schlagend. Dazu kommt noch die nicht eben anders aus und sie ist aus schlagend. Dazu kommt noch die allgemeinen übliche liberale Handhabung des Gesetzes im heutigen Staat. Aus diesen Gründen heraus muß man es verneinen, daß es sich nur um eine "entfernte Mitwirkung" am Gesetz handelt. Es handelt sich in der Tat um eine "nähere Mitwirkung". Das sei "Mitwirkung an einem 'abscheulichen Verbrechen' (siehe Konzilsdekret)", das "ob seiner atomaren Dimension von 40-60 Millionen Toten pro Jahr als das Menschheitsverbrechen unseres Jahrhunderts eingestuft werden muß. Es handelt sich hier also nicht um den kleinen Hausdiebstahl eines achtjährigen Mädchens, das der Mutter drei Stück Zucker geklaut hat". Für die Beraterinnen bedeutet eine solche Diffamierung auf Grund ihrer Einstellung zur Kirche und zur Abtreibung einen enormen Druck, nicht zuletzt ist es für sie auch eine Drohung mit Hölle und Fegefeuer. "Einen Beratungsschein zu unterschreiben, ist keine nur 'materielle Mitwirkung' an einem abscheulichen Verbrechen, sondern mehr. Aus den Zusammenhängen heraus ergibt sich eine wissenschaftliche und wohl schwer schuldhaftige Mitwirkung an einer bösen Tat gegen das Sittengesetz, gegen die Ordnung Gottes, ja gegen Gott selbst".

Zwar schließt der Hauptartikel mit der Forderung nach dem Aufbau von Beratungsstellen, die unabhängig von Staat und §218 die Beratungsmethoden "an der unverrückbaren Norm Gottes aufrichten". Aus den oben genannten Gründen ist aber anzunehmen, daß diese Forderung lediglich den Rahmen für eine Diskussion (als Teil der auf dem Katholikentag 1982 angekündigten neuen "Offensive für das Leben") abgeben soll, deren eigentliches Ziel es ist, die katholischen Beraterinnen unter Druck zu setzen, keine Beratungsscheine mehr auszustellen, dadurch würden die Möglichkeiten von legalen Abtreibungen (und zwar nicht nur in Bezug auf die soziale Indikation) in katholischen Gebieten noch mehr als bisher blockiert.

(Alle Zitate aus "Christ und Zukunft", 3/82)

Ehrlicherweise hätte dieser Verein sich also "Bewegung für das Ewige Leben" nennen müssen, aber diese Leute argumentieren in der Öffentlichkeit (mit Jugendlichen, auf Kirchentagen, etc.) natürlich nicht auf dieser Ebene, sondern setzen dort sehr wohl an der humanistischen Einstellung der Gesprächspartner an. Als sie sich im "Jahr des Behinderten" besonders gegen die eugenische und medizinische Indikation wandten, (Stichwort "Euthanasie") da haben sie natürlich tunichts vermeiden, zu erklären, daß sie das Leben eines/r Behinderten als solches für nicht sinnersfüllt halten. Die Behinderten "freundlichkeit" geht im übrigen so weit, daß selbst Fruchtwasseruntersuchungen abgelehnt werden, da diese das Ziel haben, einen künftlichen Schaden festzustellen und so ggf. eine Abtreibung zur Folge haben könnten. Bezeichnenderweise wird sich auf der oben dargestellten Ebene mit kirchlichen Funktionskreisen auseinandergesetzt, deren Interpretationen Einfluß auf die innerkirchliche Praxis und Diskussion haben. Gemäßigte Positionen werden als "Gerade von der ewigen Toleranz, die den Weg zur völligen sittlichen Libertinage signalisiert", und als "Liberalismus (...), welcher durch Entethisierung die Gebote Gottes außer Kraft setzt, Gottes Zorn auf uns herniederschleudert und uns ein strenges Gericht bereitet", gebrandmarkt. Das "Wort von der persönlich verantworteten Entscheidung" sei "eine üble Täuschung und unverantwortliche Suggestion"; es habe "im Kampf gegen die Abtreibung im katholischen Raum die Klarheit zerstört, den schweren Unrechtscharakter des Paragraphen verneint und den Widerstand vermindert".

Die Homosexuellen und ein "strenges Gericht" werden hier als "Wort der Verführung" bezeichnet. Die Beraterinnen werden hier als "Wort der Verführung" bezeichnet. Die Beraterinnen werden hier als "Wort der Verführung" bezeichnet.

"Mitschuld" der Beraterinnen

Der Auffassung, die Beraterin habe mit der Beratung alles ihr Mögliche zur Verhinderung des Schwangerschaftsabbruchs getan, alles Weitere sei Sache der Frau, halt "Christ und Zukunft" entgegen, da die Unterschrift auf dem Abtreibungsschein Bestandteil der Abtreibung sei. Zwar bestimmt das Gesetz den Beraterinnen und eine konsultierte vom Beratungsinstitut zum indoktrinierenden Arzt kann streng nicht behauptet werden. Aber die Praxis ist eben anders aus und sie ist aus schlagend. Dazu kommt noch die nicht eben anders aus und sie ist aus schlagend. Dazu kommt noch die allgemeinen übliche liberale Handhabung des Gesetzes im heutigen Staat. Aus diesen Gründen heraus muß man es verneinen, daß es sich nur um eine "entfernte Mitwirkung" am Gesetz handelt. Es handelt sich in der Tat um eine "nähere Mitwirkung". Das sei "Mitwirkung an einem 'abscheulichen Verbrechen' (siehe Konzilsdekret)", das "ob seiner atomaren Dimension von 40-60 Millionen Toten pro Jahr als das Menschheitsverbrechen unseres Jahrhunderts eingestuft werden muß. Es handelt sich hier also nicht um den kleinen Hausdiebstahl eines achtjährigen Mädchens, das der Mutter drei Stück Zucker geklaut hat". Für die Beraterinnen bedeutet eine solche Diffamierung auf Grund ihrer Einstellung zur Kirche und zur Abtreibung einen enormen Druck, nicht zuletzt ist es für sie auch eine Drohung mit Hölle und Fegefeuer. "Einen Beratungsschein zu unterschreiben, ist keine nur 'materielle Mitwirkung' an einem abscheulichen Verbrechen, sondern mehr. Aus den Zusammenhängen heraus ergibt sich eine wissenschaftliche und wohl schwer schuldhaftige Mitwirkung an einer bösen Tat gegen das Sittengesetz, gegen die Ordnung Gottes, ja gegen Gott selbst".

Zwar schließt der Hauptartikel mit der Forderung nach dem Aufbau von Beratungsstellen, die unabhängig von Staat und §218 die Beratungsmethoden "an der unverrückbaren Norm Gottes aufrichten". Aus den oben genannten Gründen ist aber anzunehmen, daß diese Forderung lediglich den Rahmen für eine Diskussion (als Teil der auf dem Katholikentag 1982 angekündigten neuen "Offensive für das Leben") abgeben soll, deren eigentliches Ziel es ist, die katholischen Beraterinnen unter Druck zu setzen, keine Beratungsscheine mehr auszustellen, dadurch würden die Möglichkeiten von legalen Abtreibungen (und zwar nicht nur in Bezug auf die soziale Indikation) in katholischen Gebieten noch mehr als bisher blockiert.

(Alle Zitate aus "Christ und Zukunft", 3/82)

Eine Hamburger Genossin

Buchbesprechung
»Wer nicht begehrt, lebt verkehrt«

Brigitte Heidebrecht, vielen schon bekannt mit ihrem kleinen Gedichtband "Lebenszeichen", hat eine Sammlung von Gedichten und Geschichten über Lust und Liebe herausgebracht. "Der Gedanke, ein Buch zum Thema Lust und Liebe zu machen, kam mir in der Schreibgruppe, als wir immer wieder feststellten, daß dann, wenn's um Erotik ging, unsere Texte oft zusehens neblig wurden, wir haufenweise über Wörter stolperten oder ganz verstummten. An dieser Stelle war offensichtlich ein ziemlich weißer Fleck auf unserer sprachlichen Landkarte. Andererseits dachte ich: Wenn soll ich mich mit der fahigen sprachlichen Platonarbeit abheben, wenn ich weiß, was schon alles in den Schubladen liegt. Ich wollte Sprachschätze heben und tief über Kleinfantasien und Flugblätter der Alltagsschreiber/innen zum Textsameln auf". Herausgekommen sind 8 Kapitel über die Liebe in allen Schattierungen.

— "Ich hab dich schon im Kopf" (Kapitel von der Sehnsucht)

— "alles an die vorbei" (Kapitel der Verführung)

— "mit mir" (Kapitel vom sich selber haben)

— "nicht nach dir" (Kapitel von der gemeinsamen Liebe)

— "und ganz besondere" (Kapitel über die Liebe)

— "und ganz besonders" (Kapitel über die Liebe)

— "auf das Auge" (Kapitel von der Beziehungssache)

— "in dem Spiegel erkenne ich mich nicht wieder" (Kapitel über Frauen und Männer)

— "wenn es Herbst wird im Inneren" (Kapitel vom Abschied).

In vielen dieser Gedichte und Geschichten wird sich so manche(r) wiedererkennen können. Und viele Gefühle, Sehnsüchte, Verzweiflungen sind in den Gedichten hervorragend getroffen. Ich möchte dieses Bändchen ohne viel weitere Worte Euch ans Herz bzw. unter Kopfkissen legen, und damit ihr ein bißchen eine Ahnung davon bekommt, hier ein paar "Kostproben": Frühstück

müde Eier kaffeeduft
vivaldi
im bauch noch
ein wenig schmelzwärme
und wir
erklären uns
warum wir natürlich
nichts
voneinander erwarten.

(Barbara Hufnagel)

nein.
meine mein bild nicht so bl
es reicht die flüchtige skizze
um wechselschatten
ich bin stets vorläufig
und meine leihfrist ist begrenzt,
und niemals
bin ich abrufbar
aus den schubladen
deiner erwartungen.

(Inge Wuthe)

"Wer nicht begehrt, lebt verkehrt" — ein Lesebuch über Lust und Liebe, zusammengestellt von Brigitte Heidebrecht, Verlag Kleine Schritte, Brigitte Heidebrecht, Postfach 180129, 5300 Bonn 1, DM 10,-

a./Hamburg

Hamburger Neuwahlen: SPD-Rückkehr zur alten Politik

Die Überraschung ist gelungen: Ohne vorherige Ankündigung erklärte Bürgermeister Dohnanyi am 8.10.82 im NDR-Freitagsmagazin die Gespräche mit der GAL für gescheitert und kündigte einen SPD-Neuwahlantrag für den 19.12.82, kurz vor Weihnachten, an. Einen Tag vor dem zunächst letzten Verhandlungstermin mit der GAL handelte der Bürgermeister, ohne die GAL davon zu informieren, wie dies doch eigentlich unter „Partnern“, die nach einer Einigung suchen, üblich sein sollte. Gefallen ist die Entscheidung nach Dohnanyis Rückkehr aus Bonn. Eine gelungene Kopie des Bonner Vorgehens von Helmut Schmidt, die zumindest vorübergehend für Verwirrung und Staunen sorgte und von der SPD benutzt wird, verlorenen Boden wieder gutzumachen.

Geglückte Dramaturgie

Helmut Schmidt, alles andere als ein Freund von Verhandlungen mit der GAL, gab am 2.10. seinen Hamburger Parteifreunden den Rat „Jetzt müßt ihr aber schnell Neuwahlen machen“ („Spiegel“, 11.10.82), gesprochen aus Anlaß einer Fackelzug der Hamburger SPD zu Ehren des gerade abgewählten Bundeskanzlers.

Einen Tag später, am 3.10., berieten Dohnanyi, der Parteivorsitzende König und die beiden Fraktionsvorsitzenden Vosschrau und Runde darüber, wie die GAL in die Defensive zu drängen sei (Bericht der „Welt“ vom 11.10.). Heraus kam der Auftrag, ein Positionspapier zu erarbeiten, das die sozialdemokratischen Positionen für die Verhandlungen festschreiben soll.

Am 6.10. wurde dieses Papier der Presse übergeben — drei Tage nach der Mitgliederversammlung der GAL vom 3.10., auf der diese in einer Zwischenbilanz der bisherigen Verhandlungen festgestellt hatte, daß die SPD nichts weiter mache, als „auszuloten, ob eine Fortsetzung der bisherigen sozialdemokratischen Politik mit der GAL möglich ist“. Damit, so die GAL, Entscheidung, ob „das Scheitern der Tolerierung des SPD-Minderheitsstatus vorprogrammiert“. Deutlich und nicht zu überlesen heißt es im Punkt 3 der Entscheidung: „Die SPD wird von der GAL keine Zustimmung zu einem Haushalt erhalten, der z.B. Sparpolitik festschreibt, an der Hafenerweiterung festhält und keine wirksamen Beschäftigungsimpulse enthält. Eine Tolerierung durch die GAL auf diesem Wege wird es nicht geben“. Diese Passage ist auch in Presse und Rundfunk vom 4. und 5.10., mehrfach zitiert worden.

Dies festzustellen ist nicht ganz unwichtig, da Dohnanyi & Co. ihren gezielten Überraschungsschlag zum Abbruch der Verhandlungen gern als Akt besonderer situationaler Entscheidungskraft des Bürgermeisters darstellen, der — in Bonn weilend — am Vorabend des 8.10. Kenntnis von einer

geschickten Umgang mit der GAL, wenn jetzt vielfach die Mär ausgeht, Dohnanyi hätte eigentlich ein wesentliches Stück weitergehen wollen, sein Papier sei daher ein Kompromißversuch gewesen, der ihm durch Hineinredigieren vermasselt worden sei.

SPD in der Offensive

Richtig ist da eher die Entschärfung eines Kommentars in der „Welt“ der letzten Zeit. Dem Papier des Dohnanyi jetzt vorliegt, merkt man übrigens an, wie im Senat Rucklos getrieben hat. Wirtschaftssenator Folker Lange und Innenminister Alwin Pawelczyk waren nicht bereit, auch nur einen Millimeter von der SPD-Linie abzuweichen (8.10.).

Oder anders ausgedrückt: Die Reichen in der SPD hatten sich endlich durchgesetzt mit ihrem Vorgehen. Keine Zugeständnisse an die GAL, keine Neuwahlen. Entsprechend ist das Dohnanyi-Papier als das Gegenteil von Kompromißbereitschaft gegenüber der GAL zu bewerten; es grenzt deutlicher noch, als dies in der Taktik während der Verhandlungen der Fall war, die SPD-Positionen von den GAL-Positionen ab. Es war der sichtbare Auftakt zum entschlossenen Abbruch der Gespräche. Was die SPD als „Kompromiß“ gewertet wurde, weil das Papier Dohnanyis zwei Stunden später als geplant der Presse übergeben wurde, ist eher als ganz normaler Vorgang zu werten: Ein solches Papier, das die Startpositionen für den Neuwahlkampf beschreibt, ist zwei Tagen zu erziehen und mit den wichtigsten SPD-Funktionären zu vereinbaren und dabei geringfügig in Verzug zu geraten, ist nun wahrlich nicht sensationell.

Eher schon dürfte es Schwierigkeiten gegeben haben, dieses Papier im Sinne bekannter SPD-Demagogie zu wenden. In wesentlichen die alten Positionen festzuhalten und dennoch den Eindruck zu erwecken, es sei etwas völlig Neues. Das Schwere liegt denn auch, Reformpolitik für die drei Jahre, unter diesem Titel wird Dohnanyis Papier in der 100. Auflage in Hamburg verteilt. Und der Coup kann als geglückt gewertet werden: Die SPD ist in der Offensive, die Verantwortung reicht bis zu den Reihen der GAL-Anhängerschaft, ob man angesichts der Lage nicht doch mehr Zugeständnisse hätte machen müssen, ohne daß allerdings bislang jemand konkret aufformuliert, wo sie her hätten kommen können.

Dohnanyi und die SPD haben einerseits ihren (berücksichtigungsgut gewogenen) haben aber auch die letzte mögliche Gelegenheit dafür genutzt, denn nur wenige Tage später wäre ein Neuwahltermin noch im 1982 nicht mehr möglich gewesen. Durchgesetzt hat sich damit in der SPD die Bonner-Hessen-Linie der SPD-Rechten, die mit dem Bonner Milsch-Bonus für Helmut Schmidt und dem besuchten Wahlkampf ihre Position zu verbessern hoffen. Eine Taktik, die die GAL noch in ihrer Entscheidung vom 3.10. so beschrieb: „daß die Hamburger SPD nach Hessen offensichtlich so gestärkt zurückgekehrt ist, daß sie eine Neubestimmung ihrer Politik nicht für nötig hält und glaubt, entweder nach Bonner-Muster die Grundsätze und Alternativen über den Haushalt erlassen zu können oder über Neuwahlen die alten, bequemen Mehrheiten zu erhalten“.

Eine Differenzierung — in ihre veraltete SPD-Rechte, dort lernfähige und flexible Leute wie Dohnanyi — ist spätestens jetzt nicht mehr angebracht, da die SPD zur bekannten Geschlossenheit zurückgefunden hat und entschlossen ist, die Wahlergebnisse auf Kosten der GAL erheblich zu verbessern. Und es ist Dohnanyi, der dabei den Kurs abgesteckt hat. Landauf, landab läßt er — ganz Landesvater — keine Gelegenheit aus, um der GAL

sympathische Züge zuzugestehen, ja, sogar erstaunliche Fachkenntnisse und eine erfreuliche Unbekümmertheit. Die Verhandlungen mit der GAL werden auf einmal in den praktischen „Dauergang der Jugend“ umgewandelt (Dohnanyi) am 14.10. im Bundestag. Nur politisch und veränderungsfähig sei es nicht, so daß Stimmen für die GAL für „Reformpolitik“ verlorengelassen (Dohnanyi) Parole auf dem SPD-Sonderparteiabend am 11.10.). Hier wird also in geradezu klassischer Weise das in den letzten Monaten verschüttete, seit dem Bonner Kanzenstrich aber wieder zu neuem Leben erwachende, kleinere „Ubel“ mobilisiert. Nicht ohne Erfolg.

Stimmungsaufschwung für linkssozialdemokratische Integration

Man sollte es nicht der GAL und ihrer Politik anlasten, die ich im Grunde nur für richtig und fortzusetzen halte. Man muß es vielmehr der gewaltigsten schon Großverweigerung und dem gewaltigen Ausmaß der SPD-Rückkehr, daß sie nach langer Flaute wieder die Möglichkeit bekommt, Teile des Protestpotentials zu re-integrieren (wenngleich, das sei an dieser Stelle nicht zum erstenmal angemerkt, die GAL durch teilweise überlebende Taktiken und unangebrachte Zurückhaltung gegenüber den Forderungen der SPD ungewollt den aktuellen Stimmungstrend mitbegünstigt hat).

Kurzum: befinden sich ausgebreitet diejenigen im Aufwind, die am wenigsten zu einer realen Veränderung der politischen Verhältnisse während der GAL-SPD-Gespräche beigetragen haben. Die SPD-Linken innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratischen Partei Handlungs- und bewegungsfähig bis hin zum totalen Desaster bei der Friedendiskussion in der Hamburger Bürgerchaft (Ablehnung der GAL-Anträge u.a. A. umweltschädliche Z. in Hamburg) 1. meinten sie sich jetzt stark zu West-Vereinigung Hans-Ulrich Klose der am 7.10. in einem Interview im Springer's Hamburger Abendblatt.

Also während der anstehenden SPD-Offensive — der SPD-Rechten voll zur Seite sprang und sich an der Schuldzuweisung an die Adresse der GAL beteiligte — ohne ein einziges Mal die inhaltliche Substanz des Verhandlungs zu bewerten. Höhepunkt seiner Demagogie ist der Vorwurf an die GAL, „so zu tun, als könnten sie nur 77 Prozent der Wählerstimmen und sozialdemokratischen Einkommens den Kapitalismus abschaffen“. Sozialdemokratie macht er der SPD (und damit der rechten Linie) Mut sich nicht zu verbiegen gegenüber der GAL. „Dann wurde ich mich lieber für eine sozialdemokratische Erneuerung aus eigener Kraft einsetzen“.

Mut, sich nicht zu verbiegen“ gegenüber der GAL. „Dann wurde ich mich lieber für eine sozialdemokratische Erneuerung aus eigener Kraft einsetzen“. Klose der nichts zum Fortschritt der Gespräche getan hat, wirft sich zum zweiten Mal — wie schon in der Friedendiskussion im 1. September — um negativen Sinn in die Bresche. Dagegen klopft er noch in der linken Zeitschrift „Konkret“ vom Oktober große Sprüche. Dort bezweifelt er sogar eine Veränderungsfähigkeit der SPD in der Opposition und äußert Zweifel, „ob Sozialdemokraten, die Macht haben, bereit sind umzudenken — aber ich bin auch nicht sicher, ob Sozialdemokraten, die keine Macht mehr haben, in der Lage sind. Umdenken in praktische Politik umzuwandeln. Eher könnte man eine Veränderungswirkung von Katastrophen glauben — das kann ich aber nicht, weil es im Ansatz zynisch wäre“ („Konkret“, 10.82).

Klose gibt auch das momentane von Innenminister Schmidt vor: „Beide Seiten müssen zu ihrem Recht kommen, und das sind Kompromisse erforderlich“ (Hamburger Abendblatt 7.10.). Damit wird der Eindruck gestärkt, es habe solche Kompromisse bereits gegeben und die GAL wolle sie nicht. Eine inhaltliche Bilanz von dieser Seite wäre da sicher sehr hilfreich und aufschlußreich.

Dieses Strickmuster („Beide Seiten haben Fehler gemacht“, SPD-Landesvorstandsmittglied Zuckler in der „Hamburger Welt“ vom 11.10.) durchzieht die linkssozialdemokratische Argumentation. Besonders hervorzuheben ist die linkssozialdemokratische orientierte Wochenzeitschrift „Hamburger Rundschau“, die schon vor einiger Zeit Standpunkte für eine linkssozialdemokratische Unterschriftensammlung gegeben hat, in der ausgewogen an beide Seiten appelliert wird, „daß SPD und GAL im Interesse ihrer Wähler gegeneinander sind, sich zu verständigen“ (siehe auch Ak 225, „GAL als

Traumfabrik“). Dieses von den Linken in der SPD seit Jahren bekannte Gerwogensein läuft darauf hinaus, die vielfach vorhandene Schuhputz-Funktion der Linken für die SPD-Rechte jetzt auch außerhalb des Hoffnungs in die GAL zu verlagern. Da ist man denn schon mal kienstragbar zufrieden, da es (siehe Bonner Regierungswahl) ja noch Schammeeres gibt. Die „Hamburger Rundschau“ bringt im Tenor am krassen die enttäuschte Hoffnung dieser linken Sozialdemokraten zum Ausdruck. Symptomatisch dafür ein Kommentar, der ausgerechnet am strittigen Punkt der Hafenerweiterung festhält: „Selbst. Beide Seiten ist klar, daß die Frage erst frühestens Ende der achtziger Jahre akut wird, weil auf absehbare Zeit der Hafen, wie er jetzt ist, ausreicht. Und beide verhalten sich in einem Gesetz, das in fernen Jahren gelten soll. Als hätte es im Herbst 1982 in Hamburg nichts Wichtiges gegeben“ (14.10.82).

Begleitet wird die „Beide Seiten Argumentation“ von den Versuchen, innerhalb der GAL in „Verhandlungswillige“ und „Harte“ zu differenzieren (s. z. B. der SPD-Linker Hodo Schumann in der „Hamburger Rundschau“, 14.10.), deren Rolle mit der der SPD-Rechten gleichgesetzt wird. Zumindest im Punkt der Kritik an den „Harten“ in der GAL besteht dabei Einigkeit mit der von der gesamten SPD-Führung getragenen und sowohl von liberalen als auch rechten Journalisten unterstützten Sichtweise, daß es gute und schlechte GALer gebe. Wobei vorzugsweise Thomas Ebermann in den Tüpfel der Schlechten gesteckt wird, weil er öffentlich für die Position des Nicht-in-die-SPD-Integrierbaren steht, was ja eigentlich, aus grün-alternativer Sicht, kein Makel sein dürfte.

Aus dieser Entwicklung lassen sich für mich drei Schlußfolgerungen ableiten:

1. Die Demagogie der kleineren linken SPD-Gruppierungen als sie sich vermischt und um Druck auf die GAL auszuüben, muß entkoppelt werden, daß es bei solchen Wählern der GAL Verluste geben kann. Das ist allerdings nicht zwangsläufig und sollte von der GAL mit verstärkten Bemühungen der Sachaufklärung über die Politik Inhalte beantwortet werden.

2. Es gibt ein nicht ausgeschöpftes grün-alternatives Wählerpotential bei den Protestwählern, aber auch bei den klassischen linksliberalen Wählern, denen nahegebracht werden muß, daß inhaltliche Standhaftigkeit der GAL im Sinne langfristiger Veränderungen der politischen Landschaft lohnenswert ist. Diese Standhaftigkeit als positiv erkennen zu lassen, kann der GAL viele Punkte einbringen, denn immerhin haben viele ja gerade wegen der ständigen Enttäuschung über die Luft zwischen Worten und Taten sich von den etablierten Parteien abgewandt.

3. Daraus darf nicht der Fehler erwachsen, Standhaftigkeit mit Fundamentopposition zu verwechseln. Der von der GAL erprobte Ansatz, inhaltliche Positionen der Veränderung zu formulieren und machbar zu machen, also auch Kompromißfähigkeit zu zeigen, ist nicht deshalb gescheitert, weil die SPD dies verweigert hat. Dies heißt wirklich, Illusionen in die SPD haben und zu kurzzeitig an politische Veränderungen herangehen. Gezeigt hat sich, daß Veränderungsdruck auf die SPD möglich ist. Gezeigt hat sich aber auch, daß der Druck noch nicht ausreichend ist Veränderungen zu erzwingen. Also kann die Schlußfolgerung nur heißen: Daran arbeiten, daß der Druck erhöht wird, und das bedeutet für die GAL zum einen das Waisel des 7,7%-Ergebnisses zu stabilisieren, möglichst zu verbessern. Zum anderen keine Ablehnung der Tolerierungspolitik, sondern ihre Weiterentwicklung und Verfeinerung. D.h. Neubearbeitung des Tolerierungskatalogs auf Grundlage der gemachten Erfahrungen, wo sowohl Kriterien der inhaltlichen Substanz, als auch der Repräsentanz der Bewegungen, die die GAL tragen und die zu Recht auf Veränderungen drängen, berücksichtigt werden müssen.

Den linkssozialdemokratischen Zauderern muß deutlich gemacht werden, daß jeder Wahlerfolg der SPD zu Gunsten der GAL keine Stärkung linker Politik bedeutet, sondern Förderung und Wiederaufschauung der SPD-Politik, die in den letzten Jahren praktiziert wurde. Die Integrationshoffnungen der SPD-Linken stehen in direktem Gegensatz zu ihrer politischen Bedeutung und Wirkungsmöglichkeit in der SPD, die nie so krass deutlich geworden ist, wie in der Zeit der

GAL/SPD-Verhandlungen

Zustimmung zum Neuwahlantrag der SPD?

Innerhalb der GAL ist es zu einer Kontroverse gekommen, die auf der Mitgliederversammlung am 22./23.10. einen Tag vor der Bürgerschaftsversammlung über den SPD-Antrag auf Neuwahlen am 19.12. entschieden wird. Ein erheblicher Teil will dem SPD-Antrag zustimmen, da an Neuwahlen ja sowieso kein Weg mehr vorbeigeht und die GAL bei Ablehnung in einem ungünstigen Licht dastehen könnte. Daß sie Angst vor Neuwahlen habe und gemeinsame Front mit der CDU mache, die ihre Zustimmung zum Neuwahltermin mit der Forderung nach Rücktritt Dohnanyis und seines Senats gekoppelt hat.

Richtig ist daran, daß die Gegner der GAL eine Ablehnung des Neuwahltermins mit entsprechender Demagogie zu kommentieren versuchen, in der Hoffnung, daraus Kapital zu schlagen.

Doch ansonsten sprechen alle Argumente für Ablehnung, bzw. für meinen Vorschlag, eine entsprechende Erklärung der GAL abzugeben und sich demonstrativ nicht am Hamburger wahltaktischen Abstimmungsspektakel zu beteiligen.

Daß jetzt die SPD mit ihrem Überraschungsantrag das gleiche macht, was sie bislang allen Initiativen der CDU vorwarf, den Wähler zu enttarnen und zum Spielball der Wahlpolitik zu machen, kann von der GAL nicht unterstützt werden. Bislang hat die SPD dieses ebenfalls mit Hinweis auf die Sondierungsgespräche (so der SPD-Terminus) mit der GAL abgelehnt. Gescheitert sind die Gespräche, weil die SPD trotz Wahlerauftrag nicht bereit war, ihre Politik zu verändern. Wie anders sonst ist der fast 10-prozentige Verlust von Wählerstimmen und damit der absoluten Mehrheit der SPD zu deuten? Die GAL hat daher allen Grund, ihre Positionen zu verteidigen, daß „Neue Mehrheiten eine neue Politik erfordern“, so der Titel des GAL-Bilanzierungsflugblatts.

Wahlen, die darauf abzielen, alte Verhältnisse wiederherzustellen, können weder im Sinne der GAL noch der vielen Wähler vom 6. Juni 1982 sein, die ja wohl nicht zufällig ihre Stimme so und nicht anders abgegeben haben. Die SPD macht aber, wie sie dies bislang der CDU vorwarf, die Wähler zum Spielball taktischer Augenblickserwägungen der Wähler der Demoskopie — also aktuell gültigen Voraussetzungen für die SPD — entziehen und. Es gehört zur Glaubwürdigkeit der GAL, solche Mätschen abzulehnen und sich nicht am Bürgermeister- und Mehrheiten-wechsel-dich-Spielen zu beteiligen.

Es gehört zur Glaubwürdigkeit der GAL, solche Mätschen abzulehnen und sich nicht am Bürgermeister- und Mehrheiten-wechsel-dich-Spielen von SPD und CDU zu beteiligen. Wenn der GAL-Vorwurf, die SPD habe nichts weiter versucht, als Zustimmung zu allen, nicht mehr mehrheitsfähigen Politik zu bekommen, stimmt, dann muß dies auch in der Haltung zu Neuwahlen deutlich werden. Entweder, SPD, Du stellst Dich den politischen Realitäten und dann müssen Abstriche da gemacht werden, wo es die Verluste gab (z.B. bei Sparpolitik, Hafenerweiterung, Arbeitslosigkeit), oder man muß sich die Mehrheiten dort beschaffen, wo diese Politik Unterstützung findet, und das ist allemal bei der CDU.

Das soll nicht vermittelbar sein? Wo der Wähler für Augenblickserwägungen mobilisiert wird, kann die GAL nur sagen: Schon wieder wählen? Erstens Scheiße und zweitens teuer (mit ca. 7,5 Millionen DM etwa so teuer wie die Kürzung bei der Sozialhilfe in Hamburg 1982).

Ich habe in der GAL auf das Argument, die Gefahr der Nähe zur CDU erfordere die Zustimmung zum SPD-Antrag — auch um die Chancen für eine erneute Tolerierung nach der Wahl nicht zu veräugen — geantwortet, dies sei das vierte praktische Tolerierungsangebot an die SPD. Diesmal allerdings zu einem absehbaren Negativpreis und vor dem Hintergrund, daß die SPD auf „softe“ Konfrontation mit Dohnanyi geht; seitens der GAL erfordert dies eine deutlichere Gangart.

Denn hat die GAL praktisch toleriert: Sie hat am 1. Juli den CDU-Rücktrittsantrag abgelehnt. Sie hat am 15. September dem Senat einen Deckungskredit bewilligt mit allen zweifelhaften Folgen (siehe dazu Ak 225), sie hat am 29. September — also 10 Tage vor dem SPD-Neuwahlantrag — mit der SPD gemeinsam ge-

Forts. nächste Seite

Hessen — neue Mehrheit, alte Politik?

Lang lebe Hessen. Das mag der Stoßseuffer gewesen sein, mit dem sich die Mehrheit dieses erstaunlichen Volkschens am späten Abend des 26. September der verdienten Nachtruhe zuwandte. Sie war ja schon fast perfekt, die christlich-liberale Wende zu Dregger/Gries in Wiesbaden und zu Kohl/Genscher in Bonn. Sie wurde für Hessen prophetisch, beschworen, herbeigerufen und -manipuliert oder für unvermeidlich gehalten. Alle Umfrageinstitute waren sich einig gewesen. Börner hatte seine Sachen schon gepackelt. Ministerialbürokraten hatten ihr SPD-Parteiheft längst zurückgegeben und sich bei der anderen großen Partei vormerken lassen. Und das untrügliche Stimmungsbarmeter „Pflasterstrand“ hatte Dregger bereits vor einem halben Jahr als nächsten Ministerpräsidenten ausgemacht. Da sagt Hessen Nein. Die nicht. Anders schon als bisher, aber so nicht. Das Bundesland in der Mitte der BRD hat einen weiteren Lebenswerten Zug offenbart: Es hat die dümmsten Politiker, aber die besten Wähler!

In Hessen wurde — das sollte nicht so schnell in Vergessenheit geraten — nicht nur ein neuer Landtag gewählt. Sondern die Wahl war gleichzeitig ein Plebiszit über den Machtwechsel in Bonn. Niemand soll sagen: Das behaupten jetzt diejenigen, denen das Ergebnis gut in den Kram paßt. Alle etablierten Parteien wollten ausdrücklich ein Votum der Wähler für Bonn. Und es macht auch Sinn, gerade aus der Hessenwahl den bundespolitischen Trend herauslesen zu wollen. Denn dieses Bundesland hat anders als Hamburg oder Bayern eine für die BRD-Bevölkerung typische, repräsentative Wähler-Zusammensetzung. So wie Hessen wählt, wählt auch die BRD.

Bevölkerung typische, repräsentative Wähler-Zusammensetzung. So wie Hessen wählt, wählt auch die BRD, heißt die Faustregel. Genau wie Kohl und Dregger also eine Bestätigung für ihren „Neuanfang“ haben wollten, der mit dem Mitternachtsvotum im Bundestag unmittelbar vor der Tür stand, für Mut, Zuversicht, Stille, Moral und einen tiefen Griff in die Taschen der Werktagen, so stellte die SPD ihren Wahlkampf von Anfang an ganz auf Schmidt ab, der dann ja auch, indem er das Ende der sozialliberalen Koalition beschleunigte, dafür sorgte, daß auch dem Letzten klar wurde, worüber am 26. September abgestimmt werden sollte.

Ganz besonders geht dieser Urnengang aber als ein Votum über die FDP und ihre Position in der Geschichte ein. Dies war von der FDP seit bei beabsichtigt gewesen — freilich nicht so, wie es dann kam. Wohl wissend, welchen Ummut ein weiteres Umfallen der Wackelpartei in Bonn auslösen würde, batte die FDP versucht, die hessischen Wähler an der Nase herumzuführen. Während Genscher und Lambsdorff versuchten, bis zuletzt ihre wahren Ziele zu verschleiern, propagierte die hessische FDP munter: „Wir schaffen den Wechsel“. Den Sozialliberalen versicherte sie, dies beziehe sich „nur“ auf ihre Koalitionsaussage zugunsten der CDU in Hessen, und auch diese sei nur getroffen worden, um eine absolute Mehrheit Dreggers zu verhindern und um die SPD/FDP-Bundesregierung im Bundesrat „zu stützen“. Den Rechten hingegen bot sie sich als Mehrheitsbeschaffer an. So sollte der „kleine“ Wechsel über die Bühne gebracht werden, um für den großen, der längst geplant war, aber nicht offen zugegeben wurde, eine (Schein-)Legitimation zu bekommen. Diese Rechnung war ohne die SPD, vor allem aber ohne die Bürger gewählt worden.

Die FDP stürzte ab auf 3,1 % (vormals 6,6 %) und verlor mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Vernachlässigt hätte das Urteil über den Wechsel kaum ausfallen können. Doch nicht die neuen Partner von der CDU profitierten (wie allgemein erwartet) vom Erdbeben der Liberalen. Dregger verlor stattdessen 0,4 % und blieb mit 45,6 % weit von der absoluten Mehrheit entfernt. Daß die SPD nur 1,5 % Verluste hinnehmen mußte und mit 42,8 % (gegenüber 44,3 % in 1978) relativ stabil blieb, war für die Sozialdemokraten und besonders Dachlatten-Holger selber wohl die größte Überraschung und unterstreicht nochmals den bundespolitischen Charakter dieser Landtagswahl. Die SPD, wie sie nun einmal ist, wird dies auf dem Konto ihres rechten Flügel, Schmidt und Börner, verbuchen. Dennoch hat sich die politische Landschaft verändert. Die FDP wurde durch die Grünen ersetzt, die mit 8 % zwar nicht das erträumte zweistellige Ergebnis erzielten, aber dennoch bewiesen, daß sie auch in einer drama-

tisch zugespitzten politischen Situation sich über die 5 % Hürde segeln (1978 gab es 1,1 % für die GLH und 0,9 % für die GAZ).

Bevor wir uns also der hessischen Landespolitik zuwenden, bleibt festzuhalten: Eladestiger als in Hessen geschehen konnte das von der Bevölkerung abgefragte Votum über die Bonner Vorgänge nicht ausfallen. Es ist ein klares Nein zum Rechtsrutsch. Es verweigert der CDU ebenso deutlich die absolute Mehrheit, wie es der FDP die parlamentarische Präsenz abspricht. Es setzt an die Stelle der bisherigen sozialliberalen eine neue numerische Mehrheit von SPD und Grünen. Bundespolitisch besagt das Hessenresultat. Kohl soll nicht kanalisieren, die Union nicht an der Regierung, und die FDP soll nicht mehr im Bundestag vertreten sein. Vom Standpunkt des Kapitals war es also mehr als logisch, daß am 27.9. prompt die Aktien fielen. Denn für Demokraten hätte es aus dieser Wahl nur eine Schlußfolgerung geben dürfen. Sofortige Neuwahl des Bundestages. Daß das Mitternachtsvotum fünf Tage später dennoch in Bonn über die Bühne gezogen wurde, spricht Bände über den Punkt, an dem die westdeutsche „Demokratie“ angelangt ist.

Zum Abschneiden der Grünen

Die 8 % der Grünen waren das bisher beste Ergebnis, das diese Partei in einem Landtagswahlkampf (zumal in einem Flächenstaat) erringen konnte. Sie resultieren aus den überdurchschnittlichen Stimmenanteilen, die ihnen einerseits in den Städten, andererseits in denjenigen Landkreisen zufielen, in denen es schwerwiegende ökologische Konflikte gibt. So liegt im Wahlkreis 10 der Standort für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Hessen 10,4 % für die Grünen. In der betroffenen Kommune Frankenberg waren es sogar 21,8 %. In vier ländlichen Wahlkreisen, aus denen sich der direkte Widerstand gegen die Startbahn West „speist“, kamen sie über 10 %, im Landkreis Groß-Oraun durchschnittenlich 15 %. In der Hochburg des Protests, Mörfelden-Walldorf, booben sie mit 33,5 % knapp hinter der CDU (34,1 %). Hier bekam die SPD die Quittung: Von vormals 48,9 % (1978) hinunter auf 27,6 %!

Die Ergebnisse in den größeren hessischen Städten zeigen samt und sonders klare Stimmengewinne (bis zu 100 %) im Vergleich zur letzten Kommunalwahl vor einem halben Jahren.

Frankfurt 11,3 %
Darmstadt 12,6 %
Marburg 14,0 %
Gießen 10,0 %
Kassel 8,7 %
Wiesbaden 8,4 %
Offenbach 9,1 %
Hanau 7,3 %

Die Grünen sind als politische Kraft aus Hessen nicht mehr wegzudenken. Sie haben ein Ergebnis erzielt, das in den Augen der gnadenlos bestraften FDP geradezu phantastisch ausfallen muß. Eine euphorische Jubelstimmung gab es bei ihnen wie auch im linken Lager trotzdem nicht. Nach den 30 % oder sogar 40 %, die den Startbahngegnern selbst in bürgerlichen Meinungsumfragen bis zuletzt zugebilligt wurden, erwarteten viele ein zweistelliges Ergebnis für die Grünen. Unter dem Druck der Bonner Ereignisse haben also viele Bürger, die gegen den Ausbau der Frankfurter Flughafen sind, trotz Börner erneut SPD gewählt.

Es ist spekulativ und vielleicht sogar vermessend, zu behaupten, ein Wahlbündnis, das das gesamte Spektrum dieser großen Bürgerbewegung besser berücksichtigt hätte, hätte vielleicht noch besser abgeschnitten. In jedem Fall angebracht ist es jedoch, aus dem Verlauf des Wahlkampfes einige Lehren zu ziehen.

Mit der Absage an ein solches Wahlbündnis haben die Grünen gleichzeitig die politische Initiative aus der Hand gegeben (ob das nun logisch ausenander folgt oder nicht). Insbesondere haben sie sich zu der Frage des Wechsels — in Wiesbaden und Bonn — im Großen und Ganzen passiv und desinteressiert gezeigt. Es wurde unterschätzt, welches Gewicht dieser gesamte Komplex für die Hessenwahl bekommen würde. Stattdessen waren die Grünen strikt darauf bedacht, nach außen

eine Äquidistanz (gleichen Abstand) zu SPD und CDU zu halten. Zur FDP waren die Grünen der Ansicht: „Die zerstört sich selbst, dazu brauchen wir gar nichts zu sagen“. Tatsache ist jedoch, daß es die SPD war, die (erfolgreich) dazu aufrief, die Liberalen in den Keller zu schicken und das es insgesamt den ganzen Wahlkampf über die hessische Rechtswende für sich zu nutzen seien. Die Grünen waren in den letzten 10 Tagen vor dem 26. September nicht so überrascht und in Frankfurt haben ja sogar in eine SPD-Minderheitsregierung worden, hätten sie nach dem Verfall der GAL erkannt.

— Jawohl wir streben „Hamburger Verhältnisse“ an, um die Machtübernahme der Rechten zu verhindern, wir wollen eine SPD-Minderheitsregierung und werden sie forcieren — freilich nicht zum Nulltarif, sondern unter klar definierten Bedingungen. Denn die alte Politik einfach fortzuführen, hieße ja, daß wir mit Hilfe von Dregger, Kohl und Strauß wie bisher das Bett zu bereiten.

So ging die Mobilisierung ganz richtig, die es ja gegeben hat, was es den Grünen vorbildlich gemacht hat, wenn sie sich gut vorstellen, was es Startbahngegner, wieviel kritische Gewissenshalter, aber auch wieviel Linker (die unter diesen Umständen zum „kleinen Übel“ zurückgekehrt sind. Dies aber ist eine alte Kritik, die seit langem von Alternativen, Demokratischen Sozialisten oder auch dem KB an den hessischen Grünen geübt wird. Bei jetzt scheint die alte Linie hartnäckig weiterverfolgt zu werden: Selbst nach der Wahl machten die Grünen ihr Gesprächsangebot „gleichermaßen an SPD und CDU“ (in Hessen). Ernsthaft in Erwägung gezogen wurden natürlich nur Gespräche mit den Sozialdemokraten, und die CDU lehnte wie erwartet auch prompt ab. Nun kommen sich die grünen Politiker sogar klug dabei vor, ihren Wählern anschaulich „demonstrieren“ zu haben, daß es mit der CDU, selbst wenn man wollte, eben nicht geht. Umgekehrt unterschätzen sie aber die Wut vieler (sehr vieler) Leute, wenn festgestellt wird, daß nun wieder eine „Wackelei“ zwischen CDU und SPD stattfindet. Die Erinnerung an die FDP ist unmerklich noch sehr wach.

SPD und CDU“ (in Hessen). Ernsthaft in Erwägung gezogen wurden natürlich nur Gespräche mit den Sozialdemokraten, und die CDU lehnte wie erwartet auch prompt ab. Nun kommen sich die grünen Politiker sogar klug dabei vor, ihren Wählern anschaulich „demonstrieren“ zu haben, daß es mit der CDU, selbst wenn man wollte, eben nicht geht. Umgekehrt unterschätzen sie aber die Wut vieler (sehr vieler) Leute, wenn festgestellt wird, daß nun wieder eine „Wackelei“ zwischen CDU und SPD stattfindet. Die Erinnerung an die FDP ist unmerklich noch sehr wach.

Streit um die „neue Mehrheit“

Willy Brandt ließ einen Luftballon steigen, und die Linke ist für Wochen beschäftigt — so der neueste Stand aus Frankfurt. Die Unsicherheit der Grünen, sich auf das unerwartete Ergebnis einzustellen, nutzten die Spontis („Pflasterstrand“) zu härmender Kritik. Nun gelte es, Brandt beim Wort zu nehmen, sich von der grünen „Fundamentalaopposition“ abzuwenden und „realpolitisch“ das Bündnis mit der SPD in Hessen zu schmieden. Leichter gesagt als getan. Wir stellen keinen Bedingungscharakter, sondern nur eine einzige Forderung: keine Startbahn West. Dafür wird Börner dann mit den Stimmen der Grünen als Ministerpräsident gewählt. Kaum verlaute jedoch aus der SPD, die Startbahn stünde nicht zur Diskussion (nicht einmal das!), schallte die Spontis wieder zurück. Nicht jetzt, sondern erst 1984 werde der „historische Kompromiß“, das „Bündnis vom Facharbeiter bis zum Freak“ möglich werden. Vielleicht...

Erstaunlich sind diese Sponti-Thesen vor allem, wenn man Cohn-Bendit vor acht bis zehn Wochen im kleinen Kreis der grünen Mitgliederversammlung gehört hat. Damals empfahl er noch für den Fall, daß in Hessen „Hamburger Verhältnisse“ eintreten, sofort Neuwahlen zu fordern. Damit stünden die Grünen heute enttäuscht am der Seite Dreggers und der FDP (ja — in Hessen soll natürlich neu gewählt werden; das ist etwas ganz anderes als Bonn). Begründung: SPD und Grüne könnten nicht zusammenarbeiten, wenn das im Wahlkampf vorher ausgeschlossen wurde. Diese Zusammenarbeit sei zwar anzustreben, die objektiven Voraussetzungen dazu jedoch erst 1990 vorhanden. Vielleicht...

Diese gesamte Debatte wird jedoch keineswegs unter dem Aspekt geführt, die Rechtsregierung in Bonn möglichst schnell wieder aus ihrem Amt zu entfernen und Neuwahlen zum Bundestag zu erzwingen (und zu gewinnen), um dem Spuk der Kohl/Zimmermann/Genscher möglichst rasch ein Ende zu

bereiten. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es gerechtfertigt, alle möglichen Planspiele durchzuspielen und auch unkonventionelle Überlegungen anzustellen (schließlich soll in einem Jahr — und das sind nur noch 12 Monate! — stationiert werden). Doch die beängstigten Versichern sich meist stark (und nicht unbedingt glaubwürdig), darum gehe es überhaupt nicht, vor nichts hätten sie so wenig Angst wie vor CDU und CSU. Statt dessen wird über eine Änderung der SPD-Politik spekuliert, noch bevor diese auch nur eine einzige Zusage gemacht hat. Die Debatte allein zeigt schon, wie die Leitrolle wirkt, die Willy Brandt völlig unverbindlich ausgelegt hat. Seine schauspielerischen Fähigkeiten scheinen nur wenig an Wirkungskraft verloren zu haben.

Einsweilen steht das Angebot der Grünen zu Gesprächen, daß von der SPD gewiß nicht ausgeschlagen werden wird. Freilich wird es nicht um „Verhandlungen“ gehen — d.h. es wird ohne „konkrete Ziele“ gesprochen werden, und Börner wird sich ebenfalls nicht beteiligen, da die Treffen auf „parlamentarischer Ebene“ stattfinden. So wird das Problem, daß Börner mit den Grünen nicht an einem Tisch sitzen wollte, wie auch die Grünen die Dachlatte als Gesprächspartner ablehnten, parlamentarisch-professionell gelöst.

Die hessischen Grünen wollen ihren Kurs auf einer Landesversammlung Ende Oktober festlegen. Sie sind inzwischen immerhin bereit, sich ernsthaft mit den Hamburger Erfahrungen der GAL (die vorher mitunter als „refor-

mistisch“ geschmäht wurde) auseinanderzusetzen. Interessierte sind aufgefordert, konstruktiv an der Ausarbeitung der Politik im Landtag teilzunehmen. Hoffentlich kommt dabei mehr heraus als bei den Spekulationen über eine Veränderung der Sozialdemokratie. Denn solange wir glauben, daß sie sich ändert — und sei es auch in ferner Zukunft — wird sie sich nicht ändern. Sie muß ja nicht. Der Glaube allein hat ihr immer gereicht. Es kann also nur darum gehen, sie unter Druck zu setzen, wo immer es geht. Darum so lieh sich wirklich „alle Interessierten“ beteiligen.

de/Hfm

Anzeige

BUNTE HILFE — STARTBAHN WEST

Ein politisches Bilderbuch in Sachen Startbahn West

60 Seiten 14,- DM (inkl. Porto)

Zu beziehen gegen Vorauszahlung auf das Sonderkonto Barbara Krebs 16072 603 Postfachamt Frankfurt

Zu den bayerischen Landtagswahlen

Vor dem Hintergrund weitgehend stabiler Stimmenzahlen von CSU (58,3; 1978: 59,1) und SPD (31,9; 1978: 31,4) und dem von allen erwarteten Flusko der FDP (3,5; 1978: 6,2), haben die Grünen zwar ihren Stimmenanteil gegenüber 1978 um durchschnittlich 155 % steigern können, es gelang ihnen aber mit 4,6 % nicht, in den bayerischen Landtag einzuziehen.

Die besten Ergebnisse wurden in Großstädten und überwiegend städtischen Wahlkreisen erzielt. Von den fünf Wahlkreisen mit den besten grünen Ergebnissen liegen vier in München (durchschnittl. 10,0 % dann 8,9 %, 6,2 %, 7,2 %), der fünfte in Erlangen-Nürnberg mit 7,2 %. Insgesamt überstiegen die Grünen in 35 von 105 Wahlkreisen die 5 % Hürde (davon allein 13 in München in städtischen Wahlkreisen). In 10 dieser (13) Wahlkreise erreichten die Grünen sogar 6 % und mehr. Über 6 % erreichten die Grünen auch noch in 2 (von 4) Nürnberger Wahlkreisen, 6,6 und 6,1 in Nürnberg Ost bzw. Nord. In Dillingen waren es 6,5 % in Lindau 6,4 % und 7 % in Würzburg-Stadt.

Im übrigen ist es nicht gelungen, an ökologischen Konfliktpunkten einen vorübergehenden Einbruch in traditionelles Wahlverhaltens zu erreichen. So lag der Stimmenanteil in Schwandorf (geplanter WAA-Standort) mit 6 % zwar höher als durchschnittlich sonst in ländlichen Gebieten, erreichte aber nicht annähernd Ergebnisse, wie sie beispielsweise in Hessen in entsprechenden Wahlkreisen bekamen. Noch ernüchternder waren die Ergebnisse in Korbheim mit 2,2 % (Rhein-Main-Flughafen) und Freising mit 4,4 % (Flughafen München I).

Allerdings wäre eine Analyse vornehmlich nach der die Grünen die Wähler auf dem Lande verloren hatten. In Hessen hat es ganz ähnliche strukturelle Unterschiede gegeben. Eher kann man davon sprechen, daß es den Grünen nicht gelungen ist, diese Schwächen durch entsprechend hohe Liebesgaben in den Städten und Konfliktschancen auszugleichen. Wenn Klaus Wörschner in der TAZ den bayerischen Grünen vorwirft, sie seien zu wenig rechts aufgetreten (Berührungspunkte gegenüber der katholischen Kirche), so ist das zwar viel über die politische Linie aus, kann sich aber auf

keinerlei Fakten berufen. So zeigt z.B. ein Vergleich der 30 katholischsten Wahlkreise (über 80 % Katholiken) mit den 30 protestantischsten fast keinen Unterschied.

Im Kern hat es innerhalb der Grünen in Bayern bei der Erstellung des Wahlprogramms einen ähnlichen Streit gegeben, nämlich um die Frage, auf welches Wahlerpotential abzusetzen sei, eher auf das CSU-Potential, was einen sehr „braven“ Wahlkampf unter Ausklammerung aller „unüblichen“ Punkte nahelegen würde, oder eben auf das Potential der Jung- und Protestwähler und der Wähler von SPD und FDP. Die letzte grüne Landesversammlung vor der Wahl hat denn auch eine Reihe dieser „unüblichen“ Punkte gekippt, darunter eine klare antifaschistische Resolution, einen Programmpunkt zur Schulfrage und anderes mehr. Diese Orientierung, der sicherlich die Mehrheit der bayerischen grünen Kreisverbände gefolgt ist, hat es den Grünen besonders schwer gemacht, auf die sozialdemokratische Aufschwungstimmung nach dem Bonner Regierungswahl zu reagieren und eine entsprechend scharfe Auseinandersetzung gerade mit der SPD zu führen.

Gruhl ist offenbar auch dem Irrtum aufgesessen, ausgerechnet im rechtlichen Bundesland der BRD die besten Chancen zu haben, seiner ÖDP einen festen Platz neben den linksradikalen Grünen zu sichern. Das hat er dann als Spitzenkandidat mit einem entsprechend bodenständig-ökologischen und ausländerfeindlichen Wahlkampf versucht. Die erreichten 0,36 % liegen aber immer noch ein ganzes Stück unter den 0,6 % der NPD, die sich damit gegenüber ihrem Ergebnis von 1978 nicht verbessern konnte, und sind sicherlich keine besondere Ermutigung. Wenn jetzt bei einigen bayerischen Grünen der antimetrische Kurzschuß gezogen wird, ein Zusammengehen mit der Gruhl-ÖDP hätte u.U. die 5 % gebracht, ist das mit einem Blick auf gerade diesen Wahlkampf Gruhls leicht zu entkräften.

Bleibe noch anzumerken, daß die DKP die fast schon traditionelle Reduzierung ihrer Stimmen um die Hälfte diesmal nicht geschafft hat, sie fiel von 0,3 % auf 0,2 % zurück.

KB/Gruppe Nürnberg

Bremen: Neue Wege zur Gemeinsamkeit?

Bielefeld: Parlamentarier als Hausbesetzer verurteilt

Die Debatte innerhalb der grün-alternativen Wahlbewegung Bremens um die Art einer Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen im Herbst 1983 ist bisher zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Gegen den überlieferten Beschluss des Bremer Landesverbandes der Grünen im Mai, mit einer „offenen Liste“ unter dem Namen „Die Grünen“ kandidieren zu wollen (s. AK 222), entwickelten die Alternative Liste (AL) und die Demokratischen Sozialisten (DS) den Vorschlag, über die gemeinsame inhaltliche Arbeit in Form eines „Kommunalspolitischen Kongresses für Bremen“ die programmatischen Grundlagen für ein tragfähiges Wahlbündnis zu schaffen.

Auf einer noch dem Grünen-Beschluss einberufenen Vollversammlung der AL im Juni wurde zwar die verbreitete Kritik am Vorgehen der Grünen deutlich, doch konnte das die Vertreter der Grünen, insbesondere Peter Wülfers, zu keinem Überdenken ihrer Positionen veranlassen. Klare Konzepte für das weitere Vorgehen forderte die VV nicht zutage, sodaß es bei dem Beschluss blieb, nach der Sommerpause gemeinsam mit anderen Interessierten zu einer weiteren VV einzuladen.

„Grün '83“

Die Arbeitsgruppe „Grün '83“ wurde von den Grünen eingerichtet, um dort alle Interessierten (also auch Nicht-Grüne) den Wahlkampf ihrer „offenen Liste“ vorbereiten zu lassen. Nach fruchtlosen und äußerst allgemeinen Diskussionen um „Ökonomie und Ökologie“ und „Friedenpolitik“ mit jeweils ca. 65 Leuten (50% Grüne) wurden im August Arbeitsgruppen eingerichtet (u.a. Wirtschaft, Frieden, demokratische Rechte). Einige AGs hatten in der Folgezeit regen Zulauf und hatten z.T. gar nur aus Nicht-Grünen doch haben sich längst nicht alle Interessierten an der Wahlfrage in die Mündel entschieden, noch konnten alle in „Grün '83“ alle wichtigen Themenbereiche (Frauen, Ausländer, Sozialabbau) abgedeckt werden. So manches Initiativenmitglied wird sich schließlich überlegt haben, ob es in einer AG Inhalte erarbeitet, über deren Aufnahme ins Listenprogramm letztlich die Grünen alleine entscheiden wollen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gab es im August/September drei Veranstaltungen, deren Verlauf wir im Folgenden skizzieren und bewerten wollen.

wollen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gab es im August/September drei Veranstaltungen, deren Verlauf wir im Folgenden skizzieren und bewerten wollen.

Arbeiterlinke und Wahlen

Unter dem Thema „Arbeiterlinke und Wahldiskussion“ hatten Betriebsleute aus dem DS-Spektrum eine Veranstaltung angeregt, die der Verständigung unter den Kollegen selbst dienen sollte, denn seit einiger Zeit wird in Kollegen- und unter Betriebsräten die Wahlfrage erörtert. Die Veranstaltung spiegelte das Interesse und die Diskussion im Betriebsbereich allerdings nicht wieder, da nur wenige dieser Kollegen gekommen waren; stattdessen diskutierten die Vertreter linker Gruppen über den Stellenwert der Arbeiterbewegung für ein Wahlbündnis.

Während die DKP-Vertreter die Arbeiterbewegung zum Dreh- und Angelpunkt einer Liste erklärten, konnten Sprecher der Grünen, der ISP und des KBW, es geben keine Arbeiterbewegung, aber eine Ökologiebewegung — um dann die Frage des Bündnisses mit der DKP ins Zentrum der Debatte zu rücken und zwar nur auf der plattesten Ebene mit den Schlagworten Polen und Afghanistan.

An der DKP-Frage bissen sich fast alle Redner fest, mal für, mal gegen die Zusammenarbeit, und nur wenige äußerten sich zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Liste von Arbeiterlinken, Grünen und Alternativen und einer gemeinsamen Auseinandersetzung um die Inhalte einer Liste. Sie wollten sich dafür einsetzen, diese Fragen im Betriebsbereich weiterzuentwickeln.

Ähnlich unfruchtbar verlief die Diskussion auf einer Veranstaltung der DKP mit immerhin knapp 300 Teilnehmer/innen. Die DKP fühlte sich ausgegrenzt, weil als Partei eigentlich niemand sie in einem Wahlbündnis

haben will. Sie warf ihren Kritikern Antikommunismus vor. Wieder spitzte sich die Diskussion ganz schnell zu auf die Frage „mit oder ohne DKP“, wieder ging um Polen und Afghanistan. Diese Veranstaltung hatte bestenfalls den Effekt, den eigenen Mitgliedern den „Antikommunismus“ anderer Linker vorzuführen, um so später die Linkenkandidatur besser zu verkaufen. Wirkliche Anstrengungen für ein gemeinsames Wahlbündnis waren nicht zu erkennen.

Kommunalspolitischer Kongreß für Bremen

Für den 20. Sept. hatten AL und DS zu einer Veranstaltung mit Christian Schmidt (GAL) eingeladen, um unter Auswertung der Hamburger Erfahrungen zu beraten, wie das Zusammenführen von Grünen, betrieblichen Linken und Initiativen möglich sei. Mit dem Vorschlag, im Frühjahr 83 einen „Kommunalspolitischen Kongreß“ durchzuführen, wurde versucht, eine Brücke zwischen den unterschiedlichen Strömungen zu schlagen. Der Kommunalspolitische Kongreß sollte die maximale Beteiligung der Initiativen, der AGs von „Grün 83“ ebenso davon unabhängiger Arbeitsgruppen bei der Erarbeitung eines Listenprogramms ermöglichen, um auf dieser Grundlage den weiteren Listenaufbau zu betreiben, ohne befürchten zu müssen, frühzeitig von einer der beteiligten Gegenströmungen verdrängt zu werden. Doch trotz eines für die Bremer Situation interessanten Beitrags von Christian Schmidt, trotz der Anwesenheit von rund 140 Teilnehmenden, gelang es DKP und Grünen einmal mehr, der Veranstaltung den Stempel einer Konfrontation aufzudrücken und sich zu verabschieden. Die AL und DS lehnten dann vom Kongreß ab und schickten die DKP nur eine Kopie der AGs. Die DKP war dagegen weit darauf, daß „ohne die AL und DS nichts zu bewegen“ sei, aber konkret zu bezeichnen, was den Teilnehmenden aus den Betrieben nahegelegt werden könnten, während die AL und DS selbst für so klare Forderungen wie „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“, „Sport (Schreib-Arbeits)“ etc. hatten oder mit „Polemik und Afghanistan“ sich warfen. Das Auftreten der Linken vermittelte den Eindruck, daß sich die AL und DS Kraft und Energie verschaffen wollten, um die AL und DS zu überwinden.

Die AL und DS hatten sich im Sport („Schreib-Arbeits“) übergaben oder mit Polen und Afghanistan um sich warfen. Das Auftreten der DKP vermittelte den Eindruck, als solle durch hilflose Kraftanstrengung jeder Ansatz konkreter gemeinsamer Gespräche der Mitarbeiter der DKP fördern würde, gespenstet werden, wodurch zugleich den Grünen die billige Eintrittskarte verschafft wird, beim Unbehagen über die DKP anzusetzen und beim Verwerfen jeder bündnispolitischen Überlegung aufzuwachen. So blieb als Erfolg der Veranstaltung nur der Beschluss am Ende, den Vorschlag des Kongresses bei „Grün 83“, in allen existierenden AGs und Initiativen zu beraten und auf dieser Grundlage am 2. November auf einer Vollversammlung über das Durchführen des Kongresses zu befinden. Nachdem in ersten Presseberichten über den Vorschlag von AL und DS positiv berichtet worden war, preschten die Sprecher der Grünen, Jo Müller und Christine Bernbacher, mit einer Presseerklärung vor, in der sie kategorisch erklärten: „Eine GAL wie in Hamburg oder Berlin wird es in Bremen nicht geben“, weil „die Konturen der alternativen Bewegung zu unklar seien, als daß sich darauf eine Zusammenarbeit aufbauen lasse“ („Bremer Nachrichten“, 23.9.).

Gerade diese Art der Vorwegnahme von Ergebnissen gemeinsamer Diskussion stellt das große Problem dar. Die Initiativen, die zu fast jeder Veranstaltung zum Thema kommen, vor die Aufgabe, sich nicht länger wie 1979 aus dem Auseinandersetzungen herauszuhalten. Allein wenn Bremens Basisinitiativen und die betriebliche Linke sich jetzt einmischen, für den Kommunalspolitischen Kongreß Partei ergreifen und für das Durchsetzen ihrer Forderungen arbeiten, kann vermieden werden, daß erneut nach Wahl der hartenhammer losbricht.

KB/Gruppe Bremen

Wie bereits in AK 225 kurz berichtet, ist der Fraktionsvorsitzende der Bunte Liste Bielefeld, Reinhard Krämer, als Hausbesetzer verurteilt worden. Wir wollen uns hier ausführlicher mit der Hausbesetzung und dem Hintergrund des Prozesses beschäftigen.

1. Vorgeschichte der Hausbesetzung

Die Stadtsanierung in Bielefeld und der Bau einer Stadtautobahn spielten seit einigen Jahren für außerparlamentarische Initiativen eine herausragende Rolle. Auch die Bunte Liste hatte dieses Thema im Wahlkampf vorgebracht. Im Programm von 1979 stand daher die Forderung: „Stop des Ostwestfalenamms (OWD) an der Wertherstr. keine Verlängerung nach Süden oder Norden.“

Der Einzug der Bunte Liste ins Rathaus hielt den Weiterbau des OWD zwar nicht auf, schuf aber die Gelegenheit sich „konstruktive“ Gedanken zum Weiterbau zu machen und diese in Form von Anträgen an den Rat der Stadt zu kleiden.

Im Programm war versprochen worden, man werde sich nicht auf die von den etablierten Parteien geschaffenen „Sackgassen“ einlassen.

Ganz im Geiste der „Realpolitik“ beantragte die Bunte-Liste-Fraktion trotzdem im Dezember 1981, zu prüfen, ob der OWD nicht an der Stappenhurststr. (weiteres Teilstück) enden könne, oder ob er darüber hinaus 2-spurig statt 4-spurig geführt werden könne. Da der Antrag im Widerspruch zum Programm stand, wurde er fraktionsintern nur als besonders schlaue Taktik hingestellt. Die Bunte Liste stehe weiter hinter ihrer Programmforderung, aber den etablierten Parteien müsse eine Ablehnung von Anträgen erspart werden. SPD, CDU und FDP konnten allerdings sehr gut mit dem Antrag fertig werden, ohne Diskussionen leiten zu müssen. Am April 82 des Abriß des Teilstücks der Wertherstr. auf einen 100m langen Abschnitt (100m) wurde beschlossen, den 100m langen Abschnitt der Wertherstr. auf einen 100m langen Abschnitt zu verengen.

2. Die Forderungen der Hausbesetzer

Aus der Mehrheit der Hausbesetzer ist ein politisch gestellter

2. Die Forderungen der Hausbesetzer

Auch die Mehrheit der Hausbesetzer schloß sich dem nur „taktisch“ gestellten Antrag der Bunte Liste an und brachte ihn als Flugblatt heraus. Neben dem Ziel der Hausbesetzung zum Erhalt dieses Hauses wurde die Prüfung der „Alternative“ eines 2- statt 4-spurigen Ausbaus gefordert (was die Inkasnahme des Abrisses eingeschlossen hätte).

In einem Theaterstreich nahm die Bielefelder „Tzonggruppe“ im besetzten Haus diese Alternative auf. In dem Sketch gibt der Abgeordnete Herr Kienkram gegenüber dem westdeutschen Stummfunk zu bedenken, daß dann ja wenigstens die Vorderfronten der Häuser stehenbleiben könnten, als echte Alternative zum Lärmschutzwall. Vom Rundfunkreporter auf der Prinzipienfestigkeit angesprochen, antwortet Herr Kienkram: „Wir halten fest an unserem Grundsatz: Kompromißlos Kompromisse schließen!“

Die Hausbesetzer zeigten Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Stadt, indem sie sich zur Beseitigung der Besetzung verpflichteten, wenn die Stadt eine „ernsthaftige Diskussion“ über die beiden vorgeschlagenen Alternativen“ zuzugewandt würde. Bunte-Liste-Fraktionschef Krämer ergänzte gegenüber der „Neuen Westfälischen“ (NW) vom 17.4.: „Das liegt ja auf der Hand, die Vorschläge zu prüfen, dann kann man immer noch sagen, das ist Quatsch!“ Dieses Vorgehen und die Forderungen wurden u.a. damit begründet, daß eine Hausbesetzung unter der Forderung „Stop dem OWD“ zu sofortiger Räumung führen würde, während die Stadt über die „konstruktiven“ Forderungen nicht einfach hinweghücheln könne, sondern die Besetzung erstmal hinnehmen müsse.

3. Reaktion der Stadt und der etablierten Parteien

Daß die Stadt weder die goldene Brücke von Reinhard Krämer benutzte, noch Schwierigkeiten mit den „konstruktiven“ Forderungen hatte, zeigten die Äußerungen von SPD, CDU und FDP. Die SPD verwies darauf, daß die Prüfung von Alternativen vom Rat abgelehnt worden sei. „Hier entsteht der Verdacht, daß die Bunte-Liste-Fraktion der Stadt mit Gewalt ihre Minderheitsmeinung aufzwingen will“ (NW, 20.4.82). Die Bunte Liste habe eine Grenze überschritten, die eine weitere Zusammenarbeit mit ihr unmöglich mache. Die FDP sah Gefahr für die Demokratie: „Die Demokratie darf nicht erpreßbar werden. Für uns ist die Bunte Liste daher auch solange kein Gesprächspartner mehr, wie sie nicht bereit ist, unabweisend auf den Boden elementarer demokratischer Spielregeln zurückzukehren“ (NW, 20.4.82). Die CDU sah die Bunte Liste auf dem Weg zu einer kommunistischen Kaderngruppe, die demokratische Mehrheitsentscheidungen weder tolerierte noch respektierte.

Diesen Voten entsprechend stellte der Oberstadtdirektor am 20.4. Strafantrag gegen die Hausbesetzer wegen aller in Frage kommenden Delikte. Ihm schwebte dabei neben Hausfriedensbruch auch der Tatbestand Nötigung vor. Ein Gespräch zwischen ihm und Bunte-Liste-Fraktionschef Krämer sowie die von den Hausbesetzern beantragte Zwischenuntersuchung „bis zum endgültigen notwendigen Abstermin“ (NW, 23.4.) konnten die polizeiliche Räumung des Hauses und den sofortigen Abriß nicht verhindern. Bei der Räumung wurden 208 Personen namentlich registriert.

4. Ziele der Strafverfolgung durch die Stadt

Wie sich schon aus den Äußerungen der etablierten Parteien entnehmen läßt, ging es beim Festhalten an den Strafanträgen darum, die „politischen Spielregeln“ durchzusetzen. Die in der Stadt herrschende Meinung vorwiegend auf den Inhalt der Strafanträge wegen Ungehorsam gerichtet, wo die auch mit Räumungsklagen reagiert. Bei dieser Besetzung handelt es sich um eine politische Demonstration, die sich in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen. Auch wenn bei dieser Besetzung eine Minderheitsmeinung im parlamentarischen Demokratieprinzip zum Ausdruck gekommen ist, so ist dies in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen. Auch wenn bei dieser Besetzung eine Minderheitsmeinung im parlamentarischen Demokratieprinzip zum Ausdruck gekommen ist, so ist dies in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen.

Wie sich schon aus den Äußerungen der etablierten Parteien entnehmen läßt, ging es beim Festhalten an den Strafanträgen darum, die „politischen Spielregeln“ durchzusetzen. Die in der Stadt herrschende Meinung vorwiegend auf den Inhalt der Strafanträge wegen Ungehorsam gerichtet, wo die auch mit Räumungsklagen reagiert. Bei dieser Besetzung handelt es sich um eine politische Demonstration, die sich in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen. Auch wenn bei dieser Besetzung eine Minderheitsmeinung im parlamentarischen Demokratieprinzip zum Ausdruck gekommen ist, so ist dies in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen.

Oder der Fraktionsvorsitzende der FDP, Schultz-Tornau: „Dennoch. Da bei den Hausbesetzungen für mich die Klarheit der Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht der Kern ist und nicht, daß Strafe verhängt wird, werde ich jederzeit bereit mich für die Rücknahme der Strafanträge einzusetzen, allerdings unter einer Bedingung: Jeder, der Wert legt auf die Rücknahme des Strafantrags, muß bereit sein, schriftlich und unverzüglich sinnig gemäß zu erklären: Ich halte noch wie vor an den politischen Zielen fest, die mich zu dieser Hausbesetzung veranlaßt haben und will auch weiter für sie einstreten. Ich sehe aber ein, daß die Besetzung eines Hauses Unrecht ist und bin bereit, mich in Zukunft an das Recht zu halten.“ (WB, 17.8.82). Das wichtigste „Unrechtsproblem“ der Stadt ist für ihn der „Schutz der politischen Kultur“ (Rausentscheidungen müssen gewichtet werden) und der „Schutz der Unverbrüchlichkeit des Rechts“. Dies müsse im Prozeß gegen die Hausbesetzer geklärt werden. Diese Stoßrichtung der Stadt vor Augen, ist es gar nicht verwunderlich, daß die erste Anklage sich gegen R. Krämer richtete. Mitangeklagte waren zwei weitere Sanierungsgegner, die durch ihre langjährige Initiativenarbeit nicht ganz unbekannt sind.

5. Der Prozeß

Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch und versuchte Nötigung. Die Staatsanwaltschaft konstruierte den Versuch der Nötigung aus der Tatsache, daß die Forderungen der Hausbesetzer bereits im Dezember 81 vom Rat abgelehnt worden waren und die Angeklagten daraufhin ein Haus besetzt hatten. Außerdem stütze sich der Vorwurf auf den folgenden Satz einer von R. Krämer unterzeichneten Presseerklärung: „Wir erklären uns bereit, das Haus sofort zu räumen, wenn die Stadt verbindlich erklärt, daß das Kampfhafenviertel erhalten bleiben kann und wenn eine ernsthafte Diskussion über Alternativen ab Stappenhurststr. begonnen wird“. Dieses freundliche Angebot, das unter der Hand den Abriß des Hauses einschloß, war somit zur „versuchten Nötigung“ geworden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Anklagebegründung gegen Christian und Doris: Sie hatten die (erwähnte) Presseerklärung nicht mitunterschieden, sondern lediglich einem Einladungsschreiben an die etablierten Parteien beigelegt. Die beiden waren auch nach der Häuserräumung durch die Polizei gar nicht registriert worden. Sie hatten nämlich, so erklärten sie im Prozeß, nicht an der Besetzung teilnehmen können, unterstützt aber die Ziele der Hausbesetzung, bei öffentlichen Veranstaltungen von sie nicht für Straftaten Haus gewesen. Da die Staatsanwaltschaft, um die Klage wegen Hausfriedensbruch zu rechtfertigen konnte, die beiden nicht als Teilnehmer der Besetzung feststellen konnte, wurde die Anklage gegen sie nicht erhoben.

6. Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat auf dem Prüfstand

Entsprechend dem Ziel der Etablierten, die die Beweislast der Verteidigung der Straftat zu prüfen, die die Anklagebegründung der Stadt vor Augen, ist es gar nicht verwunderlich, daß die erste Anklage sich gegen R. Krämer richtete. Mitangeklagte waren zwei weitere Sanierungsgegner, die durch ihre langjährige Initiativenarbeit nicht ganz unbekannt sind.

Wie sich schon aus den Äußerungen der etablierten Parteien entnehmen läßt, ging es beim Festhalten an den Strafanträgen darum, die „politischen Spielregeln“ durchzusetzen. Die in der Stadt herrschende Meinung vorwiegend auf den Inhalt der Strafanträge wegen Ungehorsam gerichtet, wo die auch mit Räumungsklagen reagiert. Bei dieser Besetzung handelt es sich um eine politische Demonstration, die sich in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen. Auch wenn bei dieser Besetzung eine Minderheitsmeinung im parlamentarischen Demokratieprinzip zum Ausdruck gekommen ist, so ist dies in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente. Am Druck auf sie zu erhöhen.

Nachdem der Staatsanwalt für ihn 3 Monate Freiheitsstrafe (auf 3 Jahre Bewährung) gefordert hatte, warnte Krämer das Gericht eindringlich vor den Folgen eines solchen Urteils: Es würde dazu beitragen, daß noch mehr junge Menschen das Vertrauen in den Staat verlieren und zu unfruchtbaren Mitteln greifen würden. Es ginge ihm nicht um seine Person, ihn selber würde es ein Urteil nicht dazu verleiten, zu unfruchtbaren Mitteln zu greifen. Durch die Forderung des Staatsanwalts werde „unser Rechtssystem“ ausgehöhlt. Das Gericht schloß sich im Prinzip den Ausführungen des Staatsanwalts an, machte aber keinen Unterschied zwischen R. Krämer und den Mitangeklagten. Alle drei wurden des Hausfriedensbruchs und der versuchten Nötigung für schuldig befunden. Das Gericht legte Geldstrafen von 1000 bis 2000 DM fest (d.h. 50 Tagesätze); diese Strafen werden erst bei erneuter Straftat gekt fällig. Das nennt sich „erwartungsruft unter Vorbehalt“. Die Frist beträgt ein Jahr. Sowohl R. Krämer als auch der Staatsanwalt legten Berufung gegen das Urteil ein.

Wahlbündnis oder »grün-offene« Liste

Stellungnahmen zum Eingreifen der Linken in die Bundestagsneuwahlen

Grüne

Der Bundesvorstand der Grünen Partei, unter Hinzuziehung von Vertretern aus den Bundesländern, tagte am 26. 9., um seine Haltung festzulegen. Beschlissen wurde erwartungsgemäß eine grüne Alleinkandidatur zu den Bundestagswahlen. Diese Alleinkandidatur soll in Gestalt einer »offenen Liste« präsentiert werden. Das heißt, die Grünen behalten es sich vor, ihre Liste mit zukünftigen Kandidaten aus Bürgerinitiativen, Basisbewegungen usw. zu dekorieren. Wie das im Konkreten aussieht, werden die Landesverbände der Grünen autonom entscheiden.

Bei den Diskussionen am 26. 9. wurde deutlich, daß maßlose Selbstüberschätzung und Arroganz gegenüber anderen, vor allem sozialistischen Gruppierungen, die vorherrschende Tendenz zumindest in der Parteispitze der Grünen ist. Die Vertreter des Hamburger Landesverbandes, die ihre Parteifreunde auf den harten Boden der Wirklichkeit zurückzuholen versuchten und die für einen partnerschaftlichen Umgang mit anderen Gruppierungen plädierten, standen ziemlich allein auf weiter Flur, lediglich teilweise unterstützt von den Vertretern der AL Westberlin.

Abgesehen von Hamburg wird es vermutlich in den übrigen Landesverbänden der Grünen Partei keine wirklichen offenen Listen geben, auf die beispielsweise von kommunalen Wahlbündnissen oder sozialistischen Gruppen Einfluß genommen werden könnte. Vor allem über die Demokratischen Sozialisten (DS) wurde in übelster Weise hergezogen.

Alternative Listen

Im September hat Alexander Schubart („Aschu“) ein Paper mit seinen Vorstellungen über ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis verschickt an die AL Westberlin, die GAL Hamburg, den Bundeskoordinierungsausschuß der Demokratischen Sozialisten (DS), Aschu befragte darüber, „ein geschlossenes Auftreten derjenigen (grünen, alternativen und linken) Kräfte, die sich unter einer politischen Plattform zusammenfassen lassen“.

Diese Wahlplattform müsse mindestens folgende vier Punkte enthalten: 1. „Aussagen, wer wir sind und was wir wollen“; 2. „Unser Politikverständnis, das sich radikal vom herrschenden Politik-Verständnis unterscheidet“; 3. als inhaltliche Schwerpunktthemen „a. Ökologie, b. Frieden, c. Kampf der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Misere, d. radi-

kaldemokratische Positionen“; 4. „Unsere unmittelbaren Wahlziele...: Hamburger Verhältnisse bundesweit herstellen“; „Die SPD vor die Zerreißprobe stellen: entweder eine große Koalition mit Kohl und Strauß einzugehen oder einen neuen Anfang durch eine Zusammenarbeit mit der Grün-Alternativen Liste zu machen“; zu diesem Zweck müsse die Liste ihre Bereitschaft erklären, „einen uns genehmen Kanzler einer SPD-Minderheitsregierung mitzuwählen und diese Minderheitsregierung zu tolerieren“ - „rechtsverbindliche Vereinbarungen“ über einen noch zu formulierenden „Tolerierungskatalog“ vorausgesetzt.

Die „Initiative für eine Alternative Liste in Hessen“ hat inzwischen einen weitgehend auf Auschus Überlegungen beruhenden Aufruf zur Gründung einer Alternativen Liste in Hessen veröffentlicht. Der Gründungskongreß soll am 6. und 7. November in Frankfurt stattfinden. Die Liste soll die „hessische Landesorganisation einer bundesweiten Alternativen Liste sein, die ihrerseits die Fähigkeit besitzt, zu Bundestagswahlen in allen Bundesländern zu kandidieren“.

Die AG Bundestagswahlen der Alternativen Liste Westberlin hat sich demgegenüber mehrheitlich mit dem Alleinvertretungsanspruch der Grünen abgefunden. Über den der AL durch den grünen Bundesvorstand zugewiesenen Sitz in der Programmkommission soll inhaltlich auf die zentralen Wahlkampfthemen Frieden, Ökologie, Wirtschaft/Soziales und „politische Kultur“ Einfluß genommen werden.

Die VV der Bunte Liste Köln hat am 12. 10. einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie die „Intention“ sowohl des Briefes von A. Schubart wie auch die Stellungnahme der Hamburger Grünen unterstützt: „Statt einer Scheinöffnung mittels des Konzepts der »offenen Listen« sollten die GRÜNEN die Initiative für ein bundesweites gleichberechtigtes Wahlbündnis in der GAL-Hamburg zwischen den GRÜNEN, alternativen Listen, den verschiedenen sozialen Bewegungen u. a. ergreifen“.

Am 2. Oktober hat in Hannover ein Treffen von Mitgliedern bzw. Vertretern alternativer Listen und linker Organisationen stattgefunden. Teilgenommen haben die AL Hamburg, AL Bremen, GAL Hannover, Basisgruppen Uni Hannover, AL-Initiative Hessen, verschiedene DS-Gruppen und „Revier“. In einem Aufruf zu einem „Treffen alternativer, sozialistischer und anderer Kräfte“ am 30. 10. in Hannover wird der Beschluß des Bundesvorstands der Grünen vom 26. 9. kritisiert: „Der Beschluß... ist insbesondere

dadurch unbefriedigend, weil er eine ausdrückliche Aufforderung an alternative und sozialistische Kräfte vermissen läßt, sich gleichberechtigt und aktiv an einer Kandidatur zu beteiligen“. Andererseits wird konstatiert: „Eine bundesweite GAL-Lösung scheint uns angesichts des fehlenden Vernetzungszustandes sowie des organisatorischen Zustandes der alternativen Wahlbewegung insbesondere unter dem Eindruck möglicher frühzeitiger Neuwahlen noch nicht realistisch, zumal die Härte der Ablehnung bei Teilen der Grünen eine zusätzliche Hürde darstellt. Es wäre daher falsch, diese Frage zum Hauptauseinandersetzungspunkt in den anlaufenden Diskussionen zu machen. Auf dem Treffen am 30. 10. sollen folgende Punkte im Mittelpunkt stehen: 1. Einigung über die Stichrichtung einer möglichen gemeinsamen Kandidatur aller Teile der Wahlbewegung in folgenden Punkten: Frieden, Wirtschaft/Ökologie, Sozialfrage, Demokratisierung, Frauen, politische Kultur (Basisdemokratie), Gewaltfrage, Ausländer 2. Im Zuge einer breit angelegten Debatte über diese politischen Ziele sowie bei der personellen und organisatorischen Vorbereitung einer Kandidatur, müssen möglichst viele Gruppierungen und Einzelinitiativen einbezogen werden und aktive Gestaltungsmöglichkeiten haben.“

„Sonderfall“ Hamburg

Aus Hamburg driften noch vor wenigen Wochen deutliche Impulse in Richtung auf ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis erwartet werden. Die GAL stand mit ihrer Politik gegenüber der SPD in der gesamten alternativen Wahlbewegung im Zentrum des Interesses. Vertreter der für die Politik der Hamburger Grünen immer noch maßgeblichen Gruppe Z äußerten öffentlich ihre Sympathie für eine bundesweite GAL (vgl. das Interview von Wilh. K. Coltermann mit Thomas „Langer“ Ebermann in der MoZ 7. 8. 82). In einer im September von den Hamburger Grünen als „erstes Meinungsstudium verabschiedeter Resolution“ findet sich immerhin noch ein „widersprüchlich sehr allgemein gehaltener Appell, daß die Grünen auf eine von ihnen allein bestimmte Kandidatur verzichten“. Inzwischen haben die Z-Grünen deutlich gemacht, daß sie eine „grün-offene“ Liste für das maximal Erreichbare halten, wobei laut Protokoll der Bundeskoordinierung der Demokratischen Sozialisten vom 9. + 10. 10. - Thomas Ebermann gegenüber der von den DS eingesetzten Sondierungskommission die Einschränkung

vertreten hat, „daß es nicht-grüne Kandidaten schwer haben werden, auf eine solche Liste zu kommen“.

Der Geschäftsführende Ausschuß der AL hat in einem Antrag an die GAL-Mitgliederversammlung die gleiche Orientierung vertreten wie Alexander Schubart. Die GAL-Hamburg setzt sich angesichts der vorgezogenen Neuwahlen dafür ein, daß es auf Bundesebene zu einer gemeinsamen Kandidatur jener oppositionellen Basisbewegungen und politischen Kräfte kommt, die auf Hamburg-Ebene zu einem beachtlichen Erfolg der GAL geführt haben. Im Gegensatz zu den Hamburger Grünen, die schon vorab die Unterstützung einer grün-offenen Liste durch die GAL beschließen lassen wollten, dürfte es innerhalb der AL Konsens sein, daß „es sich die GAL nicht erlauben (kann), um jeden Preis an einer Bundestagskandidatur teilzunehmen“. Im Anschluß an diese Formulierung aus dem Antrag eines AL-Mitgliedes an den Delegiertenrat ließ es weiter: „Voraussetzung für eine Beteiligung und Unterstützung muß sein, daß kein Bündnispartner dem anderen ideologische Doktrinen aufzuzwingen versucht (auch nicht die der Gewaltfreiheit)“.

Demokratische Sozialisten

(Übersicht in Anlehnung an das Protokoll der Bundeskoordinierung vom

Schleswig-Holstein; für bundesweite GAL und Wahlkongreß baldmöglichst, Hamburg: „Mehrheit für Gründung einer bundesweiten Wahlpartei entsprechend dem Vorschlag von REVIER“, Niedersachsen: „Befürwortung, sich an der Programmdiskussion für eine offene grüne Liste mit inhaltlichen DS-Positionen zu beteiligen und auf eine Einbeziehung des AL-Spektrums hinzuwirken“;

NRW: „Beteiligung der DS an den Bundestagswahlen mit dem Ziel der Formierung eines grün-alternativen Linksbündnisses“; Hessen: für „Kontaktaufnahme zu anderen Organisationen (nicht aber DKP) mit dem Ziel, eine GAL zu bilden“; Rheinland-Pfalz: „Befürwortung einer bundesweiten Wahlpartei entsprechend dem Vorschlag von REVIER, bei Sperrern der Grünen, aber Beteiligung anderer Organisationen, ALs und Einzelpersönlichkeiten aus den sozialen Bewegungen Kandidatur auch ohne die Grünen“.

In den übrigen Landesverbänden gibt es noch keine Beschlüsse. Unstritten ist innerhalb der DS, ob eine Einbeziehung der DKP angestrebt werden soll. Eine Minderheit hält auch eine Alleinkandidatur der DS für überlegenswert.

Verantwortlich für Kontakte der DS zu den Grünen und zu anderen Teilen der Wahlbewegung ist eine „Sondierungskommission“, deren Name wört-

Brief der GIM an DS, AL-Berlin, GAL-Hamburg, Gruppe revier, Falken, KB, KBW u.a.



(Auszüge)

(...) Unabhängig von der Frage, ob es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt, oder ob diese erst 1984 stattfinden, haben Alternative, Grüne und Sozialisten in dieser Situation eine große Verantwortung. Es muß alles getan werden, damit es zu einer breiten, alternativen Liste kommt, die das ganze Spektrum der alternativen, grünen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Protestpotentials gegen Aufrüstung, Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage und Atomprogramm zum Ausdruck bringt. Die Wahlerfolge von Alternativen/Grünen in Berlin, Hamburg und Hessen müssen sich auf Bundesebene umsetzen. Von verschiedenen Seiten ist der Vorschlag gemacht worden, ein Wahlbündnis zu bilden - am klarsten seitens der Gruppe „revier“ (s.u.a. Arbeiterkampf Nr. 225). Wir halten diesen Vorschlag in der generellen Linie für richtig und unterstützen ihn. Keine heute existierende Formation kann für die Kräfte links von der SPD einen Alleinvertretungsanspruch anmelden (...). Es ist absolut notwendig, daß eine solche Liste eine klare Haltung gegenüber der SPD einnimmt. Sie muß sich sozialdemokratischen Kollegen gegenüber so verhalten, daß diese sie nicht als ein Hindernis begreifen bei dem Ziel, eine CDU-Regierung zu verhindern, sondern als eine Unterstützung darin (...). Ein alternatives Wahlbündnis muß deshalb von vornherein erklären, daß es bereit ist, eine SPD-Regierung gegen eine Regierung der Unternehmerpartei zu tolerieren. (...) halten wir es für falsch, wenn eine solche Liste „programmlos“ antritt. (...) Wir gehen davon aus, daß ein gemeinsamer politischer Konsens (...) gefunden werden kann. Andererseits sehen wir auch die Gefahr, die in endlosen Programmdiskussionen steckt. Wir schlagen daher vor, von vornherein eine knappe programmatische Erklärung ins Auge zu fassen (...). Wie wir die Situation einschätzen, ist eine Einigung entlang der folgenden Fragen möglich:

(Es folgt eine Skizze der Themenbereiche „Arbeitslosigkeit“, „Atomprogramm“, „Sozialabbau“, „Aufrüstung“, „Selbstbestimmungsrecht der Frau“, „Volle Gleichstellung der ausländischen und deutschen Arbeiter“, „Für eine selbstverwaltete, demokratisch kontrollierte Planwirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht“.)

(...) Wir müssen schnell handeln. Daher schlagen wir vor, zum baldmöglichsten Termin ein Treffen einzuberufen, an dem alle in Frage kommenden Gruppen für eine solche Liste teilnehmen. (...)

PB der GIM / A. Klein

Bundesvorstandsbeschluß der GRÜNEN vom 26.9.82 in Frankfurt

Antrag Nr. 1

„Der Bundesvorstand der GRÜNEN geht davon aus, daß die Partei DIE GRÜNEN sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligt.“

Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf offenen Listen der GRÜNEN die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen. Die GRÜNEN sollten auf kommunaler und regionaler Ebene Gespräche mit den Menschen und Gruppen aus diesem Bereich suchen.“

... einstimmig mit 9 : 0 Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 2

E. Hopfischek:

„Im Falle der Einsetzung einer Programmkommission, zur Erstellung einer Bundesplattform (o.ä.) durch DIE GRÜNEN, beantrage ich, daß dieser Kommission ein von der AL Berlin mandatiertes Vertreter/-in als ständiges Kommissionsmitglied hinzugezogen wird.“

... einstimmig mit 9 : 0 angenommen.

Antrag Nr. 3 (GAL-Hamburg)

„Der Bundesvorstand beschließt für die GAL-Hamburg, eine analoge Beteiligung an der Programmkommission, wie für die AL Westberlin vorgetragen, zu praktizieren.“

... Hierauf erfolgte ein Antrag auf „Nichtbefassung“, dem mit Mehrheit stattgegeben wurde und der damit begründet wurde, daß dieser Antrag erst relevant würde, wenn es tatsächlich zu einer Programmkommission käme.

Darauf erklärte der Antragsteller aus Hamburg: der Antrag bleibt erhalten. Er soll auf der nächsten Buvo-Sitzung ... abgestimmt werden. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Antrag Ebermann/Reents; Nr. 4

„Wir beantragen: Der Bundesvorstand der GRÜNEN lädt zwei Vertreter der DEMOKRATISCHEN SOZIALISTEN zur Teilnahme an der (Wahl-)Plattform-Kommission ein.“

... Behandelt wie Antrag 3. ...

(Auszüge aus dem Protokoll der Vorstandssitzung — erw. — vom 26. 9. 82)

lich zu nehmen ist: sie „sondieren“, verhandeln aber nicht — wegen der bisher nicht eindeutigen Beschäftigung in den Landesverbänden.

Linke Organisationen und Zentralorgane

Für die DKP hat sich Vorsitzender Herbert Mies zur Neuwahlfrage geäußert: „Im Falle von Neuwahlen wird die Deutsche Kommunistische Partei kandidieren und alle Maßnahmen einleiten, die dafür erforderlich sind. Ohne Zweifel wäre es das Beste, wenn es bei Neuwahlen zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und linken Kräfte, zu einem demokratischen Wahlbündnis auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms käme. Die DKP unterstützt alle Schritte in diese Richtung. Wenn es zu einem partnerschaftlichen Bündnis von demokratischen und Linkskräften kommt, in dem die DKP gleichberechtigt mitwirken kann, ist sie bereit, ihre eigenen Listen zurückzuziehen.“

Zum Vorschlag der GIM siehe Karten.

Der Arbeitsschwerpunkt des Sozialistischen Bundes hat in einem Artikel „Überlegungen zur Initiative Demokratische Sozialisten“ („links“, Oktober 82) abweichend zu einem Wahlbündnis Stellung genommen: „Nun beginnen fieberhafte Diskussionen mit dem Ziel, die Grünen zu spielen und so unter Druck zu setzen, daß zustande kommt, was schon in Hessen nicht gelingen konnte — eine bundesweite Alternative Liste“. Den DS wird der Vorwurf gemacht, mit der bevorstehenden Parteigründung einen Führungsanspruch zu erheben: „Weder für einen Führungsanspruch noch für die damit verbundene Absicht der Kandidatur bei Wahlen gibt es eine ausreichende Grundlage. Es gibt Reserven, die gegenüber der Partei der Grünen, die uns bedingungslos arrogant, unqualifiziert und traditionellistisch erscheinen.“

In ähnlicher Weise äußert sich auch Joscha Schmierer (KRW) in der „KVZ“ vom 8. 10.: „Im allgemeinen ist die offene Listenbildung der Grünen der beste Weg, um eine möglichst breite Frontbildung in den Wahlen und in den Parlamenten zu ermöglichen. Wo die Dinge aus historischen Gründen anders liegen wie z.B. in Hamburg, gibt die Föderalismus die Möglichkeit, zu einer diesen Bedingungen entsprechenden Listenbildung zu kommen, ohne daß dadurch gemeinsamen Agieren im Bundestag ausgeschlossen würde.“ Initiativen wie die der GIM, der „Revier“ oder der DS in Richtung auf ein Wahlbündnis erscheinen Schmierer „mehr als absurd“ und „höflich verfehlt und hoffentlich auch gescheitert“.

Etwas anders geht die Redaktion des „Pflasterstrand“-Redaktions: „Politik hat ihre eigenen Spielregeln. Was nicht heißt, daß man sich diesen Spielregeln bedingungslos unterordnen muß. Will man aber gescheitert mit ihnen umgehen als die Etablierten, bedarf es anderer Strukturen als jene Stammtischmentalität, in der man mißtraulich jedes persönliche politische Charisma als Karrierismus bezeugt Personen, die reden können, die das Spiel von Taktik und Kompromiß durchschauen und selbst spielen können — die Grünen hätten sie dringend nötig.“ Letzteres muß wohl als Angebot interpretiert werden, den Grünen für den Bundestag mit eigenen „charismatischen“ Kandidaten auszuheilen.

Zu Wort gemeldet hat sich auch die MLPD, vormals KABD. Diese Gruppierung bewegt sich seit Jahren zersplittert von Gut und Böse und hat bisher jede Art von Bündnispolitik, namentlich aber die grünen und alternativen Listen, für kleinbürgerliches Teufelswerk erklärt. Jetzt pumpt die MLPD den Aufruf der „Revier“ (vgl. AK 225) zum Anlaß, mit einem offenen Brief an Grüne, GAL, DS, SB, Falken, KB, DKP etc. pp. ihre Bereitschaft zur Bildung eines Wahlbündnisses zu erklären. Nebenbei erteilt die MLPD dem Rest der Welt mal wieder einige ideologisch einwandfreie Lehren, die darauf schließen lassen, daß die MLPD den Gang der Dinge auch zukünftig nur vom Parkett aus verfolgen wird.

Gibt es eine linke Mehrheit?

Das geradezu sensationelle heimliche Wahlergebnis hat den Spekulationen über eine regierungsfähige Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Grünen neuen Auftrieb verschafft. Der auf solche Betrachtungen spezialisierte Willy Brandt kommentierte noch in der Wahlwoche für die Öffentlichkeit: Es gebe eine „neue Mehrheit links von der CDU“. Die CDU/CSU und die Rechtspresse nahmen das Stichwort mit Vergnügen auf: Es drohe ein rot-grünes Regierungsbündnis, es drohe der Ausstieg aus der NATO, es drohe ein wirtschaftliches und politisches Chaos, es drohe der nationale Zusammenbruch und am Ende die Eingliederung der BRD in den Sowjetblock.

Der Mechanismus dieses Spiels für große Kinder ist seit Jahren bekannt und gleichbleibend. Dieses Spiel beinhaltet beispielsweise, daß man herabwürdigend festhält, die SPD mit der Farbe „rot“ zu identifizieren und ihr irgendeine sozialistische Strategie zu unterstellen, die sie, allen scheinbaren Wandlungen zum Trotz, trickreich und zu allem bereit weiterverfolgt. Seit seiner Abkündigung wird vorzugsweise Willy Brandt als Vordenker und Vorkämpfer dieser sozialistischen Grundtendenz der SPD dargestellt.

Die Reaktion der SPD auf diesen Spiel ist zwiespältig: Einerseits kann es nach Rechts hin Wählerstimmen kosten, wenn die Loyalität der SPD zum freiheitlich-demokratischen Staat und zur freien Marktwirtschaft in Zweifel gezogen wird oder wenn der SPD gar eine heimliche Neigung zu Chaos und Sozialismus (= Diktator und Armut) nachgesagt wird. Andererseits kann die rechte Polemik für die SPD bei der komplizierter gewordenen Aufgabe der Integration nach Links eine wichtige Hilfe sein.

Wegen dieser Widersprüchlichkeit gibt es sowohl ein Koartieren fahrender SPD-Politiker mit dem Sozialismus-Vorwurf, wie auch Vorwürfe zur elenden Absehbung der SPD nach Links (Lewenthal-Papier).

Links von der SPD herrscht ungeachtet der widersprüchlichen Signale aus der SPD-Spitze Verwirrung. Das Spektrum der Ansichten reicht von der treuerbigen „Fundamentalkritik“ der heimischen Grünen bis zur Bundesfreundlichkeit eines Hasenschers (Grüne Baden-Württemberg), der selbst Helmut Schmidt für einen Partner der Grünen hält. (Anm. A).

In der „TAZ“ haben sich Rolf Ascheberg und Peter Brandt aus Westberlin „für eine neue Mehrheit“ — so die Überschrift ihres Artikels — ausgesprochen. Darin ist zunächst einmal die Konstellation des Autoren-Gespanns bemerkenswert. Peter Brandt (Sohn von Willy Brandt) hat sich bisher vor allem mit dem Versuch profiliert, die „nationale Frage“ in die sozialistische Debatte hineinzutragen. Das hat ihn wiederholt zum Bundespartner der übergeordneten Führungskader der 1980 aufgestellten „KPD“ („Hauptfeind Sozialimperialismus“) gemacht, die in der Westberliner AL ihr letztes Reservat haben. Rolf Ascheberg hingegen ist als Vorkämpfer der Gegenposition in der AL Westberlin hervorgetreten. Er ist Mitglied der Ende 1979 vom KB abgespaltenen Gruppe Z, über diese auch Mitglied im Sammelungsvertrag DSP (= Initiative Sozialistische Politik) und ständiger Mitarbeiter der InP-Zeitung „Moderne Zeiten“.

Rolf Ascheberg und Peter Brandt sehen Möglichkeiten, „für eine neue Mehrheit“ in der „Zusammenarbeit von SPD und Grünen“. Ummer Anker 81. widerspricht ihrer Einschätzung.

Zum Unterschied zwischen Mathematik und Politik

Gibt es eine „neue Mehrheit links von der CDU“, wie Willy Brandt nach der hessischen Landtagswahl behauptete und wie auch manche Grün-Alternativen zu hoffen bereit sind? Betrachtet man die Dinge zunächst einmal rein mathematisch, so gibt es die neue Mehrheit tatsächlich in einigen Monaten in Hamburg und in nicht so bald auch in Hessen. Legt man aber fest, wie ein paar Maßstabzahlen, daß es bei Neuwahlen auch im Bundestag eine neue Mehrheit geben könnte, so muß man den bisherigen 1. Lage festhalten nicht wahrheitsförmlich. In mathematischer Hinsicht hat die hessische Wahl aber die Konsequenz, daß überwachende Mehrheiten zugunsten der SPD möglich sind, so daß man nicht mit absoluter Sicherheit das Zustandekommen einer mathematischen neuen Mehrheit von SPD und Grünen auch im Bundestag sind, so daß man nicht mit absoluter Sicherheit das Zustandekommen einer mathematischen neuen Mehrheit von SPD und Grünen auch im Bundestag ausschließen kann (Anm. I).

Wenn mathematische Mehrheiten zugleich auch schon politische Mehrheiten wären, könnte in Bonn immer noch die „sozialliberale“ Koalition aus SPD und FDP regieren. Politische Mehrheiten setzen aber, über bloße Rechenregeln hinaus, einen inhaltlichen Konsens für einen überschaubaren Zeitraum voraus. Die Argumentation von Willy Brandt übergeht, daß eine Mehrheit gegen die CDU noch keineswegs auch schon eine Mehrheit für eine bestimmte Politik ist. Schon gar nicht sind die Konstellationen in Hamburg und Hessen Mehrheiten für eine lediglich um ein paar „neue Akzente“ und Reformversprüche dekorativ bereicherte Weiterführung bisheriger SPD-Regierungspraxis. Auf der anderen Seite kalkulieren auch grün-alternative Denker falsch, die die SPD als Block in Rechenregeln über eine neue Mehrheit hineinnehmen. Bekanntermaßen ist die SPD alles andere als ein für linke Politik unprogrammierbarer Block. In der SPD gibt es eine solide rechte Mehrheit und eine sehr zählbare Linke, die sich zumindest im Bundestag fast vollständig der von den Rechten diktierten Parteidisziplin unterworfen hat.

Immerhin ist die Annahme legitim, daß sich die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zukünftig verschieben könnten. Mit viel Phantasie könnte man sich vielleicht sogar vorstellen, daß die SPD-Linken (unter dem faktischen Druck der Grün-Alternativen) ihre Positionen etwas couragierter und konsequenter vertreten als bisher. Kaum vorstellbar ist jedoch selbst dann, daß sich bei gewandelten inneren Mehrheiten der SPD die Partei-Rechten in derselben Weise bis zur Selbstverleugung unterwerfen würden, wie es bisher die Linken getan haben. Eher könnte sich dann schon für eine Übergangszeit eine

neue Mehrheit zwischen CDU/CSU, rechten SPD-Linken und rechten FDP-Linken bilden.

Aus dem Blickwinkel der „Realpolitik“ ist eigentlich gar nicht so schwer zu begreifen, daß eine politische Kraft in der Größenordnung von etwa 10%, wie sie die Grün-Alternativen bei sehr optimistischer Schätzung derzeit bundesweit darstellen, weit davon entfernt eine neue Mehrheit konstituieren zu können. Eine konstante Mehrheit von 10% könnte sich vielleicht partiell in bestimmten Entscheidungen bemerkbar machen, wenn der starke gemeinsame Zwang einer zu weitreichenden Realpolitik überwiegt. FDP und einer 2. (3.?) linken Koalition werden sich schwer tun, die CDU verbunden zu halten. Eine Koalition mit SPD aber nicht und in der sich auch nicht in der Koalition eine Diskussion über die

nicht und sie zeichnet sich auch nicht in den innerparteilichen Diskussionen der SPD ab.

Was sollen die Inhalte der „neuen Mehrheit“ sein?

In einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Hamburger GAL, Thomas Ebermann, sagte der SPD-Linker und frühere Bürgermeister Klose zu den Äußerungen seiner Parteifreunde über die „neue Mehrheit“: „Alle diese Äußerungen greifen außerordentlich kurz und beschäftigen sich lediglich mit der Mehrheitsfrage, aber nicht mit der konkreten zu verabschiedenden und zu führenden Politik. In einer solchen Situation, in der die SPD macht politisch angesprochen ist — sie hat faktisch keine Macht mehr — philosophieren viele über die Frage, wie man Macht zurückgewinnen kann. Und dabei kommen dann die Grünen und Alternativen ins Gespräch. Ich nehme an, diese sogar, daß die Grünen auch auf diese Ebene der Diskussion nicht einlassen werden.“ Ihm antwortete Thomas Ebermann (Mitglied der Gruppe Z und Redakteur der „Modernen Zeiten“): „Die Grünen dürfen dies auf keinen Fall zu ihrer Fragestellung machen. Den Begriff Philosophie finde ich ganz ausgezeichnet zur Charakterisierung der jetzt laufenden Debatte. Man muß sich aber darüber klar sein, daß in Hamburg — und ebenso in Bonn, wenn es dort eine ähnliche Konstellation gäbe — nichts läuft unterhalb der Aufkündigung der „Nachrüstung“, des Ausstiegs aus der Kernenergie, der Beendigung der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und der Verabschiedung eines wirklich greifenden Beschäftigungsprogramms. Dazu haben sich diejenigen, die jetzt gegenüber der Presse machtpolitische Spekulationen anstellen, offenbar noch nicht auseinander gesetzt. Stattdessen kann man gegenwärtig nur registrieren, daß eine führende Sozialdemokratin sich eine

neue nachdenkliche Haltung zulegen und ihre Hoffnungen anbieten, daß die Grünen verparlamentarisiert, das heißt gezähmt werden“ („konkret“, Okt. 82).

Rolf Ascheberg und Peter Brandt haben in ihrem Artikel in der „TAZ“ (1. 10. 82) ein recht umfangreiches Programm vorgelegt, auf dem ihrer Ansicht nach eine neue Mehrheit gebildet werden könnte. Ihre Vorstellungen betreffen: Aufgabe der Strategie der flexiblen Response (Anm. 2); „Europäische Union“ durch Kernaussagen der europäischen Staaten von den beiden Weltmächten, womit jedoch keine Heranziehung Europas als dritte atomare Weltmacht verbunden sein dürfte (Anm. 3); Ausweitung der Atomtechnologie; Aufgabe von Projekten wie Startbahn West und WAA (Wiederaufbereitungsanlage); Verteidigung und Ausbau des „Sozialstaates“, Zuerkennung der Zustimmung zur wie Startbahn West und WAA (Wiederaufbereitungsanlage); Verteidigung und Ausbau des „Sozialstaates“; Zurücknahme der Zustimmung zur „Nachrüstung“; stärkere Betonung höherer Einkommen; beschäftigungsintensive Investitionsprogramme zum Schutz der Umwelt; Förderung selbstverwalteter Wirtschaftsprjekte; Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Themen-Paket von Ascheberg/Brandt leidet unter der heute üblichen verengten Sichtweise: wesentliche Themen wie Demokratie und politische Rechte, Ausland, Jugendpolitik sind einfach ausblendend. Beispielsweise wird eine schlicht liberale (noch nicht einmal unbedingt sozialistische) Politik gar nicht umhin können, sich auf den unter „sozialliberalen“ Regierungen erfolgten gigantischen Ausbau des Polizeiparates irgendwie zu beziehen. Insofern deckt der von der GAL Hamburg entwickelte Toleranzkatalog das Spektrum der Themen vollständig ab, obwohl die Politik der GAL bisher im Prinzip unter dem gleichen Unterbegriffen leidet.

Was geht mit der SPD?

Das Hauptproblem sehe ich aber nicht in der thematischen Begrenztheit des Vorschlags von Ascheberg/Brandt; zumal es sich um Vorgehen der Hamburger GAL ausdrücklich bekennt. Der entscheidende Punkt ist, daß Ascheberg/Brandt ihre Programmskizze für realistisch halten. Das heißt, sie gehen erstens von der Hypothese aus, daß sich auf dieser Basis mit der SPD derzeit gemeinsame Politik machen lassen könnte.

Was ihnen Stoff zu derartig weitgespannten Hoffnungen gibt, bleibt im Dunkeln. Ich finde es jedenfalls mehr als erstaunlich, wenn Ascheberg/Brandt einen so heißen Punkt wie die „Nachrüstung“ ganz lässig in einem Satzchen erledigen möchten. „Daß die Zustimmung zur „Nach-

rüstung“ von der SPD dabei zurückgenommen werden müßte, versteht sich fast von selbst und wird u.E. aus deren eigenem Interesse auch in der Sozialdemokratie zunehmend gesehen“. Wenn Ascheberg/Brandt über heiße Geheiminformationen aus der SPD verfügen, die auf eine solche Entwicklung hindeuten, müßten sie diese schon der Öffentlichkeit präsentieren. Andernfalls wird man sich wohl besser an die sichere Tatsache halten, daß auf dem letzten SPD-Parteitag im April dieses Jahres die „Nachrüstung“ mit einer deutschen Mehrheit von 75% der Delegierten bestätigt worden ist.

Nicht weniger windig ist der Verweis von Ascheberg/Brandt auf die Strategie der „flexible response“, die „auch unter Militärexperten zunehmend und zu Recht umstritten“ sei. Hinter diesem „Siren“ steckt vorerst nicht mehr, als der relativ geschickte Versuch führender NATO-Militärs, eine gesteigerte „konventionelle“ Aufrüstung Westeuropas als geeignete Maßnahme zur „Anhebung der Atomschwelle“ schmackhaft zu machen. Wohlgerichtet, es handelt sich dabei um wesentlichen um eine Ergänzung der vorhandenen und für die nächsten Jahre geplanten Atomwaffen, und nicht etwa um deren Ersetzung (Anm. 4 und 5).

Einmal abgesehen von dem Sektor Arbeits- und Sozialpolitik werden Ascheberg/Brandt nicht in der Lage sein, Parteitagsschlüsse und Ähnliches aus der SPD anzuführen, das auf die Möglichkeit einer neuen Mehrheit im Sinne ihrer Programmpunkte hindeutet oder das wenigstens mit einigem Wohlwollen entsprechend interpretiert werden könnte. Und dabei wäre sogar noch zu bedenken, daß nicht einmal einfache Mehrheiten in der SPD-Bundesdelegation für eine regierungsfähige neue Mehrheit im Bundestag ausreichen würden, sondern daß man schon solche Mehrheiten von mindestens 70-80% in der SPD haben müßte, um selbst unter günstigen Voraussetzungen Entscheidungen gegen die rechte Opposition im Parlament durchzusetzen (Diese Hypothese basiert auf der immer noch unwahrscheinlichen Annahme, daß sich aus Neuwahlen demnächst „Hamburger Verhältnisse“ im Bundestag ergeben könnten).

Die Realpolitik der SPD

Die Realpolitik der SPD

Die SPD ist seit 1969 Hauptpartei in der Bundesregierung gewesen. In ihre Regierungszeit fallen beispielsweise der sprunghafte Ausbau der Atomindustrie, der ebenso sprunghafte quantitative und qualitative Ausbau der Polizei, die Berufsverbote, der „Nachrüstungs“ Beschluß, an dem bekanntermaßen Helmut Schmidt wesentlich mitgewirkt hat.

Worauf will sich die Annahme stützen, die SPD könnte, mit Hilfe der Grün-Alternativen an die Schaltplatte der Macht zurückgekehrt, plötzlich in allen entscheidenden Punkten das genaue Gegenteil von dem tun, was die 13 Jahre lang getan hat? Vergleichen mit einer solchen Annahme darf sogar die Hoffnung auf eine Wunderverschönerung in Lourdes als realistische und rationale Erwartung gelten.

Worauf also soll sich die Hoffnung stützen? Zwei Hauptstützen der Argumentation scheinen dafür möglich: 1. Man setzt voraus, daß die SPD mehr am formalen „Machterhalt“ interessiert sei als an den Inhalten der zu vertretenden Politik. In dieser Hypothese ist die SPD derzeit regierungstreu, daß sie bei entsprechender Konstellation („Hamburger Verhältnisse“) von den Grün-Alternativen gehört in die Mangel genommen und erpreßt werden kann. 2. Man setzt voraus, daß die SPD eine bisher an der Bremserpartei FDP gescheiterte, jedoch im Grunde ihres Herzens reformwillige Partei ist. In dieser Hypothese kann angenommen werden, daß die SPD eigentlich nur auf das Auftauchen der Grünen in den Parlamenten gewartet hat, um endlich die schönste Reformpolitik machen zu können.

Die erste Argumentationslinie gehört ins Reich der kleinbürgerlichen Phantasie; sie verkennt überhaupt das Wesen von Politik und politischen

Forts. nächste Seite

Fortf. v. voriger Seite

Parteien unter den herrschenden Verhältnissen. Die zweite Argumentationslinie hingegen wird man sachlich prüfen müssen. Ascheberg/Brandt schreiben dazu: „Darüber, ob die SPD bereit ist, existierende Mehrheiten links von der CDU/CSU tatsächlich für die Durchsetzung einer sozialen, ökologischen und friedenssichernden Politik zu nutzen, wird der Fortgang der Verhandlungen in Hamburg erste Aufschlüsse geben“.

Diese Bilanz läßt sich inzwischen ziehen. Abgesehen von den Themenfeldern Umweltschutz (Eisbänken) und Beschäftigungspolitik, wo es kleine Anzeichen für eine wirkliche Bewegung in der SPD-Politik gibt, hat die SPD gegenüber der GAL mit größter Selbstgefälligkeit („Wir sind selbstbewußt, weil unsere Politik in Ordnung ist“) in allen strittigen Punkten ihre Politik bekräftigt. Nur daß sie das jetzt als „Reformpolitik für die 80er Jahre“ bezeichnet und der GAL den Vorwurf macht, sie wolle aus einer unteufeligen Position des Alles-oder-Nichts diese Reformpolitik nicht mittragen.

In Hamburg hat man es, relativ betrachtet, noch nicht einmal mit einer besonders rechten SPD zu tun. In anderen Bundesländern und auf der Ebene der Bonner Politik wäre von der SPD jedenfalls nicht mehr Entgegenkommen als in Hamburg zu erwarten. Verglichen mit der Löwenthal-Linie, konkretisiert in der Politik Börsers in Hessen, ist der Hamburger Umgang mit der GAL geradezu konstant und herzlich gewesen. Aber auch diese moderate Linie in der SPD zielt darauf ab, nicht mit neuen Zugeständnissen, sondern mit einer Kombination aus wolkigen Reformsprüchen (darin ist die SPD immer noch Weltmeister) und knallharter Erpressung Einbrüche in das grün-alternative Spektrum zu erzielen. Das traditionelle Argumentationsmuster vom „kleineren Übel“ ist wieder groß in Mode. Die Fragen lauten dann beispielsweise: „Wollt ihr eiserne Kreditaufnahme von 600 Millionen zustimmen, oder wollt ihr dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ihr Weltrechtsgeld nicht ausgezahlt bekommen?“; oder: „Stimmt ihr unserem Nachtragshaushalt zu, oder wollt ihr Schuld daran sein, wenn an den Sozialausgaben radikal gekürzt werden muß?“; Oder auch: „Stimmt ihr unseren Kürzungen am Sozialetat zu, oder wollt ihr riskieren, daß wir uns andernfalls leider mit der CDU über noch schärfere Kürzungen verständigen müssen?“ Oder ganz plump und knapp: „Wollt ihr über eine CDU-Regierung?“

Nun kann man selbstverständlich darüber spekulieren, ob es bei der gegenwärtigen Taktik der SPD gegen die Grün-Alternativen bleibt, oder ob sich vielleicht demnächst sogar die

vielleicht demnächst sogar die Löwenthal-Börser-Linie bundesweit durchsetzt, oder ob im Gegenteil die SPD sich aufrafft, um gemeinsam mit den Grün-Alternativen auf einen friedenspolitischen, sozialen und demokratischen Reformkurs umzuschwenken. Wer so spekuliert, sollte aber erstens konkrete und nachprüfbare Anhaltspunkte für seine Spekulationen anbieten und er sollte zweitens nicht seine Zukunftshoffnungen mit der überschaubaren Gegenwart verwechseln. Vorerst sollte man sich wohl auf das gewiß sachverständige und informierte Urteil des SPD-Linken Kurses verlassen, der das Löwenthal-Papier für „die Mehrheitsposition“ seiner Partei hält. („konkret“, Oktober 82).

Man sollte auch nicht große Hoffnungen darauf setzen, die gegenwärtigen Verhältnisse in der SPD durch ein Bündnis mit der SPD-Linken aushebeln zu können. Die SPD-Linken zieht ihre Daseinsberechtigung aus der These, daß man nur innerhalb der SPD, und keinesfalls gegen sie, gesellschaftlichen Fortschritt bewegen könne. Praktisch-politisch bewirkt hat die SPD-Linken jedoch gar nicht; sie hat nur die linksreformerische Garnitur für eine kontinuierliche Rechtsentwicklung der Partei abgegeben — und sie zahlt dafür durch das Ausbluten nach Links (vor allem der Jusos) einen hohen Preis.

Wenn heute Grün-Alternative den Praxisbeweis führen könnten, daß sich durch Druck von außen auf die SPD etwas bewegen ließe, woran die SPD-Linken jahrelang vergeblich gestampelt hat, dann bräbe nicht bloß das Weltbild, sondern auch die Legitimation der SPD-Linken zusammen. Daraus erklärt sich ihre in Hamburg zu beobachtende starke Neigung, mit den Rechten gegen die GAL eng zusammenzuhalten und die von der SPD vorgelegte „Reformpolitik für die 80er Jahre“ als Maximum des Machbaren zu verteidigen.

Das Dilemma der Grün-Alternativen

Aus dem Verhalten der SPD ergeben sich für die Grün-Alternativen große Probleme, die durch den Regierungswechsel in Bonn noch verschärft werden.

1. Aus den bisher publizierten Umfragen und Untersuchungen geht hervor, daß die Neigung zur Zusammenarbeit in der Wählerschaft der SPD deutlich geringer ist als unter den Wählern der Grün-Alternativen. Beispielsweise gibt eine Untersuchung für Hessen an, daß 69% der Grünen-Wähler für eine Zusammenarbeit mit der SPD seien; hingegen seien „nur“ 42% der SPD-Wähler für eine Zusammenarbeit mit den Grünen. („Welt“, 27.9.). Auch das ist ein erheblicher Anteil, aber der Erwartungsdruck, nicht bloß zu verhandeln, sondern auch zu Ergebnissen zu kommen, lastet auf den Grünen offensichtlich sehr viel schwerer als auf der SPD (Anm. 6).

2. Die Hamburger Erfahrung zeigt, daß die Medien massiv und wirkungsvoll gegen die Grün-Alternativen arbeiten. Zwei Faktoren aus entgegengesetzten Richtungen wirken dabei zusammen: Auf der einen Seite hat die rechte Presse vom ersten Tag an über „Zugeständnisse“ der SPD an die GAL plantiert, und diese „Zugeständnisse“ haben im Lauf der Verhandlungen geradezu elefantische Dimensionen angenommen (Anm. 7). Auf der anderen Seite gab und gibt es wohlmeinende sozialliberale und linke Meinungsmacher, denen an einem Zusammengehen von SPD und GAL wirklich gelegen war bzw. ist, und die gerade deshalb wachsende Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen herbeizuschreiben und herbeizureden versuchen. In der Wirkung kommt alles auf dasselbe heraus: Es ist die Meinung produziert worden, daß die SPD der GAL weit entgegengekommen sei — mit dem Ergebnis, daß das Scheitern der Tolerierungsbestrebungen der angeblich fehlenden Kompromißbereitschaft der GAL angelastet werden kann.

Die GAL hat inzwischen selbstkritisch festgestellt, daß sie während der Verhandlungen zu wenig getan hat, um massenwirksam und allgemeinverständlich ihre Sicht der Dinge öffentlich zu machen. Das stimmt. Aber trotzdem muß kalkuliert werden, daß auch die Wirkung einer sehr intensiven und kontinuierlichen Selbstdarstellung begrenzt bleibt.

Die Mehrheit der Menschen wird sich auch in absehbarer Zeit wohl mehr durch grobgeräuschte Stimmungsberichte der bürgerlichen Medien als durch intensives Studium von notwendigen eben doch etwas komplizierten und umfangreichen Detailberichten der GAL über die Verhandlungen mit der SPD informieren.

Das muß vermutlich bundesweit so interpretiert werden, daß die Grün-Alternativen — sofern ihnen nicht ein Holzkopf wie Holger Börser gegenübersteht — es sehr schwer haben werden, sich dem Verdacht mangelnder Kompromißfähigkeit und fehlenden Realismus“ zu entziehen. Ohnehin drängen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Grün-Alternativen objektiv in eine Außenseiterposition, die leicht als die Rolle eines destruktiven Störenfrieds empfunden werden kann.

Die Argumentation der Herrschenden, die Grün-Alternativen wollten „keine Verantwortung übernehmen“, bedient sich dieser Verhältnisse. 3. Sollen die Grün-Alternativen die SPD mit „realisierbaren“ Forderungen konfrontieren, bzw. müssen sie ihre Forderungen an die SPD für „realisierbar“ halten? Die Fragestellung klingt vermutlich verwirrend. Gemeint ist damit: Ascheberg/Brandt gehen davon aus, daß die von ihnen skizzierten programmatischen Schwerpunkte tatsächlich in absehbarer Zeit mit der SPD gemeinsam zu realisieren sein könnten. Ebenso ist auch die GAL Hamburg, zumindest verbal, von einer realen Chance für eine Übereinkunft mit der SPD ausgegangen. Dieser Herangehen birgt aber die Gefahr, daß eine Erwartungshaltung bezüglich der erreichbaren Ergebnisse produziert wird, die im Grunde nach einem Druck darstellt, sich vielleicht irgendwo weit unterhalb der Ausgangsforderungen mit der SPD zu verständigen, um sich die angeblich bestehenden realen Chancen für eine weitergehende Zusammenarbeit in der Zukunft offenzuhalten.

Und es besteht noch ein großes Problem: Der Anschein, als handele es sich um Forderungen, auf die die SPD vielleicht demnächst eingehen wird, läßt sich angesichts der wirklichen Politik der SPD nicht auf ewige Zeiten aufrechterhalten. Die GAL Hamburg beispielsweise würde sich wohl ziemlich lächerlich machen, wenn sie in ein paar Monaten (nach den Neuwahlen, aus denen sich möglicherweise im Prinzip die alten Kräfteverhältnisse in der Bür-

gerschaft ergeben werden) noch einmal mit der Fiktion in Verhandlungen hineingeht, als bestünde eine relevante Chance, sich mit der SPD auf diese „Minimalforderungen“ der GAL zu einigen.

Andererseits setzt sich die Position, die höchstens von einer 5-10%igen Restchance für vertretbare Kompromisse mit der SPD ausgeht, dem Vorwurf aus, sie sei lediglich taktisch bestimmt. Man kann dieser Position selbstverständlich vorwerfen, sie wolle in den Verhandlungen gar keine Einigung, sondern wolle nur die SPD vorführen, um sich selbst das eigene Vorurteil über die SPD zu bestätigen und um „Enttäuschungspolitik“ im traditionellen Stil zu betreiben.

Mit diesem Problem ist schwer umzugehen. Das Konzept von Ascheberg/Brandt beantwortet dieses Problem jedenfalls nicht. Denn daß sie ihre Programmpunkte für realistisch halten, ändert nichts daran, daß sie es in absehbarer Zeit nicht sind. Sie stünden am Ende also auch vor dem Problem, was mit ihren Programmpunkten anzufangen ist, wenn die SPD sie um wesentlichen abgelehnt hat. Praktisch werden die Grün-Alternativen vor der harten Frage stehen, Wollen sie es durchhalten, die SPD mit einem Tolerierungsangebot zu konfrontieren, das auf absehbare Zeit wahrscheinlich nur symbolischen Charakter hat? Oder wollen sie ihre Ausgangsforderungen auf ein „realistisches“, „machbares“ Maß zurückschrauben, um wirklich zu einer Tolerierung oder — auch das wird ja schon ausdrücklich befürwortet — sogar zu einer Koalition mit der SPD zu kommen?

Wer das Zurückschrauben befürwortet, sollte sich allerdings nach den Hamburger Erfahrungen bitte keine allzu großen Illusionen machen. Da wird man sich nicht auf eine „goldene Mitte“ einigen, da wird auch keine „grüne Reformpolitik“ (Anm. 8) herauskommen können. Sondern da wird man die Zugeständnisse und neuen Akzente der SPD schon mit Lupe und Pinzette in Augenschein nehmen müssen. Wer diesen Weg will, der tut gut daran, wenn er sich strikt dagegen ausspricht, der SPD überhaupt noch mit einem festen Forderungskatalog entgegenzutreten (Anm. 9). Eine logische Konsequenz daraus wäre, daß die Grün-Alternativen zukünftig konkrete programmatische Festlegungen gegenüber ihren Wählern vermeiden müssen, um am Ende noch Herrn Genscher an Offenheit und Flexibilität überbieten zu können. Als feste Aussage würden die Grün-Alternativen ihren Wählern dann nur noch auf den Weg geben können, daß sie auf jeden Fall die SPD unterstützen werden, und daß sich alles Weitere erst in der Zukunft ergeben könnte. Damit wären sie als autonome parlamentarische Kraft auch schon wieder überflüssig.

Darin jedenfalls ist Ascheberg/Brandt zuzustimmen, daß sie schreiben: „Zu einer Politik, wie sie die Hamburger GAL verfolgt, die also eine parlamentarische Tolerierung und Zusammenarbeit mit der SPD davon ab-

hängig macht, ob die SPD zu inhaltlichen Zugeständnissen bereit ist — gibt es nach auf Bundesebene keine Alternative“. Die Grün-Alternativen müssen von der SPD eine substantielle Wende zu einer Politik sozialer und demokratischer Reformen verlangen. Das erfordert von den Grün-Alternativen (und Sozialisten) einen langen Atem. Weder dürfen sie sich von Frust und Rückschlägen zur fundamental-oppositionellen Verwerfungslinie noch zur Auslieferung zum Nulltarif an die SPD verleiten lassen.

Kf, Hamburg

Anmerkungen

A) „Haseclerler“ leit in diesem Zusammenhang die von Willy Brandt am Wahlabend im Fernsehen abgegebene Einschätzung von einer Mehrheit links von der CDU. Haseclerler vertritt hierzu die Auffassung, daß es notwendig sei, daß diese Mehrheit sich zusammenfindet. Haseclerler unterschätzt, daß er gerade Schmidt für einen der bedeutendsten Politiker halte, den ich sehr respektiere. Es sei deshalb durchaus möglich, daß gerade Schmidt die Notwendigkeit einer Wende zu den Grünen erkenne und sie auch vollziehe. prophaziert Haseclerler („Welt“, 29.9., Bericht über ein Gespräch mit H.).

Andererseits hat Haseclerler in einem Resolutionsentwurf für seinen Kreisverband Tübingen klare politische Themen für eine Zusammenarbeit mit der SPD genannt: Ausstieg aus der NATO-Nachrüstung, Ausstieg aus der Atomenergie, eindeutiger Vorrang des Umweltschutzes vor kurzfristigen Profitinteressen der Industrie. Will er das wirklich mit Helmut Schmidt gemeinsam verwirklichen?

1) Die erneuerte, vom „Spiegel“ (11.10.) publizierte EMNID-Umfrage gibt der CDU/CSU 48% der SPD 42% den Grünen 8% und der FDP 3%. Damit wäre rein mathematisch betrachtet die „neue Mehrheit“ schon fast zum Greifen nahe.

2) Gemeint ist eine Strategie, die bereits in einem frühen Stadium des Konflikts den Einsatz von Atomwaffen vorsieht. Diese Strategie würde auf totale Vernichtung der BRD im Kriegsfalle hinauslaufen. Sie ist deshalb bis in die CDU hinein zunehmend Kritik ausgesetzt.

3) Tatsächlich verfügen Großbritannien und Frankreich bereits heute über ein enormes atomares Vernichtungspotential, das es durchaus zulässig erscheinen läßt. Europa selbst hat sich als dritte atomare Weltmacht zu etablieren. Die NATO-Strategie der gegenseitigen Abschreckung ist nicht nur als „qualitative“ sondern auch als „quantitative“ Ausbaur der französischen Atomstreitmacht beschleunigt (plus 25% bei einer Steigerung der gesamten „Verteidigungsausgaben“ um 8,4%). Diese Sachlage wird von linken Propagandisten eines unabhängigen Europa ganz gern übersehen.

4) Oberster Forderungspunkt dieser Umorientierung ist der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Rogers. In der Praxis läßt das Modell auf erhöhte Rüstungsausgaben und auf den Ausbau der Fähigkeit zur „Vorwärtsverteidigung“ d.h. zur offensiven Kriegführung gegen Osteuropa, hinaus (vgl. u.a. „Welt“ vom 30.9. und „Frankfurter Rundschau“ vom 9.10.). Daß das Modell nebenbei auch den Abzug eines Teils der in Westeuropa stationierten taktischen Atomwaffen der USA (d.h. Atomwaffen mit sehr kurzer Reichweite) stationierten taktischen Atomwaffen der USA (d.h. Atomwaffen mit sehr kurzer Reichweite) vorsieht, trägt der Tatsache Rechnung, daß Europa mit diesen Waffen über jedes militärisch sinnvolle Maß weit hinaus „überfordert“ worden ist. (ca. 6000 taktische Atomsprengköpfe in Europa).

5) Noch leichtfügiger als Ascheberg/Brandt setzt sich der baden-württembergische Land-

tagsabgeordnete der Grünen, Winfried Kretschmann über die Probleme eines Regierungsabkommens. SPD/Grün-Alternative hinweg. „Wenn man Programme von Grünen und SPD gegenüberstellt, und nicht nur Personen, wie Holger Börser und Petra Kelly, so dürfte ein Inhaltlicher Kompromiß zwischen uns und der SPD keineswegs schwieriger sein als es zwischen SPD und FDP war.“

— Es ist undenkbar, daß eine SPD in der Opposition sich mehrheitlich für die NATO-Nachrüstung ausspricht.

— In dem Maße, wie es immer augenfälliger wird, daß die Atomtechnologie auch ökonomisch eine Sackgasse ist, wird die Bereitschaft zum Ausstieg auch in der SPD wachsen.

— Im ganzen Bereich der Sozialpolitik bestehen zwischen den Grünen und der SPD ohnehin mehr Übereinstimmungen als zwischen allen anderen denkbaren Bündnissen von Parteien.

Kretschmann hält Tolerierung nur für ein Übergangsstadium, dem direkte Koalitions-

bildung mit grünen Ministern folgen müßte („TAZ“, 8.10.).

6) Sehr interessante Daten gibt eine von der Zeitschrift „Capital“ (8/82) publizierte ALLENSBACH-Untersuchung über das Potential der Grünen. Danach bezeichnen sich z.B. 72% der Grünen Anhänger als im großen und ganzen einverstanden mit der Politik von Kanzler Schmidt. 27% reagieren „uneingeschieden“ und lediglich 51% der Befragten antworten mit „nicht einverstanden“. Das deutet auf erhebliche Einbruchsmöglichkeiten für die SPD in das Umfeld der Grünen hin. Mehr als 10% der Grünen-Anhängerschaft halten sogar die Nicht-Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst und die Stärkung der NATO für wichtige Ziele.

7) Spätestens bei einer Büblei stiel verteilend für Dutzende hiesigen Zittert. Während die Hamburger Sozialdemokraten nach vier Runden noch immer den Eindruck zu erwecken suchen, sie verließen ihre Gespräche mit den ungeliebten Grün-Alternativen zäh und überwiegend kontrolliert, sind hinter verschlossenen Türen bereits weitgehende Arrangements ausgehandelt worden. Die verantwortlichen Senatspolitiker sind auf Grüne gegangen. So ist so stellt sich Bürgermeister von Dohnanyi seine politische Zukunft vor in Anlehnung an und in Abhängigkeit von einer destruktiven Gruppierung, der er selbst die Qualität einer Partei abspricht. Der Zweck heiligt die Mittel. Um mit seiner brüchigen SPD-Regierung noch für unbestimmte Zeit an der Macht bleiben zu können und den günstigsten Zeitpunkt für Neuwahlen selbst festzulegen, wirft Dohnanyi offensichtlich die letzten politischen Skrupel über Bord. Schon sonst sieht die GAL in ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer... („Kommentar in der Welt“, 17.9.).

8) So die Überschrift von Kretschmanns Plädoyer für ein Regierungsabkommen mit der SPD. Siehe Anm. 6.

9) Klaus Hartung stellte in der „TAZ“ (8.10.) die Frage, ob es richtig war auf der Basis des 9-Punkte-Programms (d.h. des Tolerierungsabkommens der GAL — Anm. KL) mit der SPD in Quasi-Koalitionsverhandlungen einzutreten? Klaus Hartung verneint diese Frage. Er will Forderungen an die SPD nur noch als unverbindliche Zukunftsziele gelten lassen, woraus sich an konkreten Zugeständnissen der SPD überhaupt nichts mehr herleiten läßt.

Angela Klein plädiert in „was tun“, Zeitung der trotzkistischen GIM (30.9.), für „eine neue linke Mehrheit“. Konkret fordert sie Tolerierung einer Minderheitsregierung der SPD, ohne dafür eine einzige Vorbedingung zu nennen. Andererseits schränkt sie das selbst wieder ein durch die Forderung, ein linkes Wahlbündnis — gebildet aus Grünen, Alternativen und Sozialisten — müsse „jeder gewählten Bündnis — gebildet „aus Grünen, Alternativen und Sozialisten“ — müsse „jede gegen die Arbeiter, gegen die Friedensbewegung und gegen die Umwelt gerichteten Regierungsmassnahmen die Zustimmung verweigern“. Dann wäre es allerdings spätestens bei der Beschlußfassung über den Haushalt mit der Tolerierung auch schon wieder vorbei.

Ein Beitrag zur Perspektive der alternativen Wahlbewegung

Mit dem Regierungswechsel und den anvisierten Neuwahlen am 6. März ist die politische Landschaft in Bewegung geraten. In kurzschlüssiger Reaktion wird in der alternativen Wahlbewegung hauptsächlich diskutiert, wer am 6. März kandidiert, die Grünen allein oder mit anderen, und welche alternative Prominenz man im Bundestag haben möchte.

Ich denke, daß ein paar weiterreichende Überlegungen notwendig sind, die selbstverständlich auch Konsequenzen für die Wahlkandidatur am 6. März (oder später) haben. Vorab: Die praktische Schlüsselrolle der folgenden Thesen geht dahin, daß die oppositionellen Kräfte sich offensiv zu der sozialen Polarisierung von Bürgerblock und Sozialdemokratie verhalten müssen und die Kandidatur zur Wahl am 6. März mehr repräsentieren muß als allein die Grünen.

1. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist natürlich die Entwicklung der SPD in der Opposition. Offenkundig erwarten viele Menschen eine Kehrwende der SPD, wenn sie nicht mehr in der Regierungsverantwortung steht. Zu zusätzlichen Spekulationen und Hoffnungen haben die letzten Äußerungen von Willy Brandt über die Mehrheit links von der CDU Anlaß gegeben. Man unterstellt, Brandts Auffassungen seien die der SPD, so stehen selbst diese einer festen Kooperation im Wege. In seiner Bundestagsrede am 1. Oktober hat er für den Bezug der SPD auf Grüne, Alternativen und Friedensbewegung vier Prinzipien festgehalten (nachzulesen in der FR vom 4.10.).

1. „Die Absage an Gewalt steht bei uns und für uns am Anfang und am Ende.“ D.h. zum Beispiel: keine Hausbesetzungen.

2. und 3. (gehört zusammen): Respekt

vor den Einrichtungen unserer Verfassung und Verpflichtung auf die Beschränkungen der parlamentarischen Demokratie. Das impliziert das grundsätzliche Unterlassen außerparlamentarischer Bewegungen unter parlamentarisch-demokratischer Entscheidung. Wie eine SPD in der Opposition nach der Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atomtod eindrucksvoll demonstriert. Und das vor der Godesberger Wende. Und heute, einen entsprechenden Einfluß in der Friedensbewegung unterstellt, würde sie genauso handeln. Entsprechend wird sie in der Opposition es zu verhindern wissen, daß die Gewerkschaften ggf. mal einen richtigen Generalstreik gegen eine CDU-Regierung durchführen. Denn aus ihrem Politverständnis, als Volkspartei parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen, verbieten sich für die SPD solche Formen der Polarisierung.

4. Eingebundensein in die EG und die NATO; letztes zumindest solange, "bis eine Ordnung des Friedens für Europa die Auflösung der Militärbündnisse erlaubt oder sogar gebietet". Die von den USA betriebene verstärkte Konfrontation gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten macht diese Vision einer europäischen Friedensordnung zur Illusion. Folglich ist die NATO-Mitgliedschaft für Brandt ein unabstößbares Dogma mit den bekannten Konsequenzen: Unterordnung unter die USA, Nachrüstungsbeschluss etc.

Fazit: Äußerungen wie die von Brandt über eine neue Mehrheit links von der CDU (und Genscher-FDP) sind zunächst nur philosophische Überlegungen, wie die SPD die Regierungsmacht wiedergewinnen kann. Sie beinhalten noch keine solchen materiellen Veränderungen der SPD-Politik, die vorangetrieben wären, damit auch nur eine Tolerierung der SPD seitens der Grünen denkbar wäre.

Allerdings verfehlt Willy Schaumschläger mit dieser neuen Linie seine beabsichtigten Wirkungen nicht. Die schon fast davongelaufenen Sozialdemokraten machen sich wieder Hoffnungen, die sich wiederum in einen Erwartungsdruck auf die Grünen/Alternativen umsetzen. Beispielsweise für diesen Monat wird die Forderung einiger Prominenten aus Hamburg an die GAL (und an die SPD), bei den Verhandlungen nicht so knickig zu sein und das Bündnis zustandekommen zu lassen. Und auf Seiten der Grünen haben einflussreiche Baden-Württemberger (Hansen, Kerschmann) die Zeichen der Zeit verstanden und plädieren für eine baldige feste Regierungskoalition unter voller Anerkennung von parlamentarischer Demokratie und Gewaltmonopol des Staates (vgl. FR, 5.10.).

Der für uns wesentliche Inhalt einer SPD-Politik in der Opposition, wenn sich die Brandt-Linie durchsetzt, ist insofern nicht, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, sondern geschickter als Schmidt und Böcher die Grünen klein zu kriegen (was natürlich auch Auswirkungen auf die Artikulationsmechanismen der außerparlamentarischen Bewegung insgesamt hat). Wege dazu sind: Erstens in den außerparlamentarischen Bewegungen (v.a. Friedensbewegung und Bewegung gegen den Sozialabbau) ein starker Faktor zu werden. Damit würde zweitens aber den Grünen a.T. das Fundament ihrer Wahlfolge entzogen, daß sie nämlich derzeit selbst verständlich und unterbreitet politischer Ausdruck der — jeweils relativ homogenen — außerparlamentarischen Bewegungen sind. Der Ausnahmezustand überlagert und Driftet, nicht nur in der Entwicklung von der SPD, sondern in homogenen — außerparlamentarischen Bewegungen sowie der Alternativszenen überhaupt sind. Drittens: nicht mehr in der Regierung wird die SPD nicht mehr verantwortlich gemacht für "seine Grausamkeiten" und kann dadurch einen Teil der Zukunft zu den Grünen gegangenen Protestwähler wieder zu sich zurückholen.

(Damit keine Mißverständnisse entstehen. Eine SPD unter Brandt-Kars ist natürlich für die Möglichkeiten, die Opposition insgesamt zu stärken, eine bessere Sache als eine à la Schmidt/Böcher — es war hier nicht der Zweck, diese Vorzüge herauszuziehen.)

II. Was ist von der CDU-Regierung zu erwarten?

Um zunächst am letzten Aspekt wieder anzuknüpfen: Ein Teil der vorgesehenen Maßnahmen zu Haushaltskonsolidierung ist dadurch charakterisiert, daß durch die sozialliberalen Reformen zurückgenommen werden, ohne daß dabei vergleichsweise nennenswerte Gelder "gespart" werden. Typisches Beispiel: Baßog. Maßnahmen dieser Art werden den Wunsch nach einer Neuaufgabe der Reform-Ara 69-74 aufleben lassen, nebst Sympathien für die Sozialdemokratie.

Insgesamt scheint mir erstens ein wesentliches Merkmal der CDU-Finanz- und Sozialpolitik zu sein, die Randgruppen bzw. die Bedürfnisse hemmungslos fallen zu lassen — siehe die Einschränkung bei der Sozialhilfe und bei den Renten — und damit eine drastische Verarmung in Kauf zu nehmen; zweitens ein b.w.u. Einsetzen der Lohn- und anspruchsdrückenden Mechanismen, die sich aus dem Vorhandensein einer industriellen Reservearmee von über 2 Mio. Menschen ergeben (zur Gesamtkonzeption vgl. "Revier" 10/82, S. 4ff.). Darüber hinaus gibt sich die neue Regierung anstrengend alle Mühe, die Lohnabhängigen nicht ganz vor den Kopf zu schlagen, indem etwa die Lohnfortzahlung — eine symbiotische Errungenschaft der Arbeiterbewegung — (bisher) nicht angetastet wird und überhaupt der Anstieg sozialer Ausgewogenheit aufgetragen wird.

Nichtsdestotrotz und diese genannten und andere (weniger Wohngeld, Staffelmiete für Altbauten etc.) so beschaf-

fen, daß die Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Thema der politischen Auseinandersetzung bleiben wird und sich die SPD dabei gegenüber der CDU wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit und "der da unten" profilieren kann.

Wirtschaftspolitik

M.E. ist nicht ersichtlich, daß das ökonomische Projekt des Bürgerblocks eine tragfähige Grundlage hat bzw. aus der Krise berauführt.

Was kann die CDU anders machen als die SPD?

1. Nun, sie wird sicherlich den Weg freimachen für einige Großinvestitionen, für die die SPD noch kein politisches Startsignal gegeben hat wie z.B. Verkeimung oder bei denen die SPD nicht hart genug war: weitere AKW's, Rhein-Main-Donau-Kanal (Kohl hat bereits am 4. Tag seiner Kanzlerschaft eine Zusage gegeben) und WAA (Aachener Brücke "Görleben" nicht durchzuführen, weil er diese politische Last Böcher und damit der Regierung-SPD aufbürden konnte). Sondernoch viel Arbeitsplätze werden dadurch nicht entstehen bzw. gesichert.

2. Die CDU will Bedingungen schaffen, daß es sich wieder lohnt, zu investieren, d.h. in erster Linie, die ökonomische Existenz von kleineren und mittleren Unternehmen zu stärken, den Leistungswillen von Aufsteigern zu fördern und dadurch Wachstumsimpulse zu bewirken. Ich halte dieses ökonomische Kalkül für unrealistisch. Um es Beispielen zu erläutern:

Wenn der Jugendarbeitschutz wegfällt, wird wohl der Bäckermeister reicher, aber es entstehen nicht mehr Arbeitsplätze.

Die Konkurrenzvorteile etwa in der Textil- und Elektroindustrie gegenüber Billiglohnländern werden nicht aufgehoben sein (solange keine Radikalkur wie in Chile auf der Tagesordnung steht).

Das Kappen von Mieterrechten wird vielfach als Verbesserungsgesellschaft kassiert, aber Mieteleistungen zu mehr Wohnungsbau anregen. Das erhoffte Fallen der Zinsen wird den Wohnungsbau auch nicht nachhaltig stimulieren können, weil dadurch allein die Kostenstruktur der (sozialen) Wohnungsbau noch nicht profitabel genug wird; zum anderen bewirkt die CDU-Politik gerade, daß immer weniger Leute die immer teureren Wohnungen bezahlen können.

Das Kappen von Mieterrechten wird vielfach als Verbesserungsgesellschaft kassiert, aber Mieteleistungen zu mehr Wohnungsbau anregen. Das erhoffte Fallen der Zinsen wird den Wohnungsbau auch nicht nachhaltig stimulieren können, weil dadurch allein die Kostenstruktur der (sozialen) Wohnungsbau noch nicht profitabel genug wird; zum anderen bewirkt die CDU-Politik gerade, daß immer weniger Leute die immer teureren Wohnungen bezahlen können.

Innenpolitik

Zimmermann Innenminister und Dreyer Fraktionsvorsitzender das bedeutet Verschärfung des Demonstrationsrechts und von Berufsverboten etc. so sicher wie das Amen in der Kirche. Eine solche Konstellation beinhaltet darüberhinaus die Bereitschaft, eine konsequente ökologische Bewegung selbst härter aus Böcher vorgeführt zu unterdrücken, auch wenn sie mit einer Parlamentsfraktion von über 10% verbunden wäre.

III

Bisher ist nur von einer SPD à la Willy Brandt die Rede gewesen. Nun gibt es für die SPD auch eine andere mögliche Entwicklungsperspektive, wie sie von Löwenthal entworfen wurde. Eine börmerte Arbeitnehmervertretung ohne Rücksicht auf Ökologie und soziale Randgruppen betreiben, auf Alternative nur draufhauen, die Reihen fest geschlossen einen Rest von 30% Wählerstimmen sichern. Eine Perspektive, die bestärkt wird, wenn die alternative Wahlbewegung Fundamentalsoption kultivieren würde. Zudem wird vom "Löwenthal-Flügel" der SPD die Option "Große Koalition" favorisiert, diese Position ist sicherlich mehrheitsfähig in der SPD (und wird von wesentlichen Teilen des Gewerkschaftsapparats unterstützt), wenn die Linke der Grünen Hessen sich in der alternativen Wahlbewegung insgesamt durchsetzen würde.

IV Konsequenzen

Von vielen Grünen wird die Pose gepflegt: "Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern vorn". Eine Umschreibung, sich nirgends bzw. quer

zum gängigen politischen Spektrum einzuordnen. Spätestens bei den politischen Ereignissen der zweiten September-Hälfte hat diese Haltung ihre Berechtigung verloren.

Die Reaktionen auf den Regierungswechsel zeigen, daß diejenigen, die sich in der Gesellschaft "unten" fühlen, empfinden, daß diejenigen, die in der Gesellschaft oben sind, nun am Ruder sind, daß diese ihre Gegner sind und sich bereichern werden.

Der plötzliche Zugewinn von 10% für die SPD in Hessen ist nur so zu erklären, daß solches (momenthaftes) Aufschwimmen der sozialen Gegensätze — oder schwächer die Solidarität der Arbeitnehmer mit ihrer politischen Vertretung — für die Wählerentscheidung weit mehr wiegt als Startbahn West, Bibis etc. Die Hessenwahl zeigt jedenfalls letztendlich, daß zwischen SPD und CDU ein deutlicher Unterschied gesehen wird.

Wenn am 6. März Neuwahlen stattfinden sollten, werden diese stärker noch als 1980 unter dem Zeichen einer sozialen Polarisierung stehen. Die Wahlkampfpausenandersetzung wird sich kraft auf Wirtschafts- und Sozialpolitik konzentrieren (woher feiner die SPD gegenüber den Grünen die Fehler Friedens- und Innenpolitik zu neutralisieren versuchen wird).

Bei Neuwahlen am 6. März, wenn die SPD noch stark durch die Schweren aus ihrer Regierungzeit diskreditiert ist, vermag die alternative Wahlbewegung vielleicht mit einer heftigen grünen Taktik, bei der man sich nirgends politisch einordnet und sich wirtschaftspolitisch bedeckt hält, die 5% Hürde überbrücken. Aber bei einem deutlich späteren Termin bzw. in der politischen Landschaft nach dem 6. März werden den Grünen in Fortsetzung dieser Taktik normalerweise der Großteil der Protestwähler entzogen und so der Wählerstamm halbiert, die Grünen werden unter 5% fallen. Es ist sicherlich auch eine andere, nur scheinbar günstigere Möglichkeit denkbar (Bündnis mit CDU durch a) Heftigkeit von Unregelmäßigkeiten und durch b) ein Zusammengehen von SPD und CDU wegen Nachrüstung und zur nationalen Rettung eines Wähleranteils von 10% erreichen und wären trotzdem ein politisch ausgegrenzter und zu vernachlässigender Faktor zusammen mit der gesamten Alternativszenen (vgl. Th. Ebermann über Lagersituation der KPD in der DDR).

Die SPD wird sich in der Wahlkampfphase mit einem ähnlichen Katalog von Minimalforderungen wie bei der GAL Hamburg war das Angebot einer Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung zu unterbreiten. Dabei darf diese Taktik nicht beinhalten, sich als bessere Sozialdemokraten darzustellen, im Gegenteil. Es muß von Grün/Alternativen herausgesprochen werden, daß eine Neuwahl ein Modell Demokratie wieder wahrnehmbar ist, noch

realisiert wird, damit nicht die verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen von Willy Brandts Taktik durchsetzt und z.T. integriert oder gegeneinander isoliert werden, sind in der jetzigen gesellschaftspolitischen Umbruchsituation Weichenstellungen notwendig, die diese Konsequenzen zu verhindern suchen.

Das bedeutet im einzelnen:

1. Den skizzierten Parteikalkül der SPD muß von unten her begegnet werden:

a) Die Kandidatur muß so beschaffen sein, daß sie einer künftig zu verstärkenden Zusammenarbeit von Friedensbewegung, Alternativbewegung und fortschrittlicher Arbeiterbewegung sowie anderen sozialen Bewegungen keine Steine in den Weg legt. Für den Bezug zur Arbeiterbewegung heißt das z.B., daß in den programmatischen Aussagen einer grün/alternativen Kandidatur ein unmissverständliches Bekenntnis zur Forderung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich“ enthalten sein muß (Wenn Leute aus der alternativen Bewegung aus der Perspektive eines A 14-Gehalts zugestehen, daß sie hypothetisch auf einen Lohnausgleich verzichten können, so ist damit ein Problem aufgeworfen, was — über den Deutungsgehalt — 95% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht (in der Lohnfrage) haben.) Dies Aufeinanderzugehen der verschiedenen sozialen Bewegungen ist selbstverständlich auch geboten, um die Chancen eines Widerstands gegen CDU-Staat und aufkeimende reaktionäre Bewegungen zu verbessern.

b) Es müssen nicht nur die bestehenden Positionen der Friedensbewegung (im Kern: keine Nachrüstung) festgeklopft werden, sondern es wäre wünschenswert, wenn die Friedensbewegung diese Position als Forderung (nach Art der DGB-Wahlprüfsteine) für eine mögliche Kooperation SPD-Grüne aufstellt. Das bedeutet allerdings, auf diesen Punkt bezogen, eine Diskussion um Wahlalternativen in der Friedensbewegung zu führen.

2. Versuchen mit einem ähnlichen Katalog von Minimalforderungen wie bei der GAL Hamburg war das Angebot einer Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung zu unterbreiten. Dabei darf diese Taktik nicht beinhalten, sich als bessere Sozialdemokraten darzustellen, im Gegenteil. Es muß von Grün/Alternativen herausgesprochen werden, daß eine Neuwahl ein Modell Demokratie wieder wahrnehmbar ist, noch

die aufgeworfenen Probleme beseitigt. Es sind Lösungen anderer Qualität erforderlich, die nicht ohne das infragestehende kapitalistische Wirtschaftssystem auskommen.

3. Ohne ein bewußtes Aufnehmen der von CDU und SPD geführten Auseinandersetzung um Wirtschafts- und Sozialpolitik werden wir an den Rand gedrängt. Über einen evtl. Wahltag hinaus müssen wir unsere Bemühungen verstärken, zu diesen Fragen konkret greifbare Alternativen zu formulieren, die sowohl berechtigten Interessen der Lohnabhängigen Rechnung tragen, ökologischen Kriterien genügen sowie sozial benachteiligten Gruppen Perspektiven bieten. Für die Wahlkandidatur bedeutet dies, gleichberechtigt solche politischen Organisationen (DS) bzw. auch betriebliche Arbeitszusammenhänge einzubeziehen, die in diesen Bereichen (Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) mehr als die Grünen tätig und kompetent sind und sozialdemokratischer Politik was entgegenzusetzen können.

Selbstverständlich bedeutet eine Schwerpunktsetzung v.a. im Wahlkampf auf Wirtschaftspolitik nicht, daß wir andere Bereiche (allgemein Innen- und Gesellschaftspolitik), in denen von der CDU Schaumens zu erwarten ist, vernachlässigen.

4. Für eine Wahlkandidatur ist nur eine grün-offene Liste realistisch, nicht irgendwelche sonstigen Formen eines alternativen Wahlbündnisses. Eine faktisch rein grüne Liste würde bewirken, daß die Unterstützung eines wesentlichen Teils der außerparlamentarischen Bewegung entzogen würde und in dieser selbst wegen der Wahlfrage Gräben aufgerissen würden. Es ist deshalb parteigegenständig und akteurisch, wenn von einigen Grünen eine schein-offene Liste angegangen wird. Genauso unzureichend ist es, sich für eine Kandidatur einzelne Prominente aus Bewegungen rauszusuchen. Überall, wo es lokal möglich ist, sollte deshalb zur Herausbildung einer wirklich grün-offenen Liste die Wahl vorbereitende Diskussionszusammenhänge angeleitet werden, die über den Kreis der bisherigen alternativen Wahlbewegung hinausgehen (s.o. Friedensbewegung). Speziell für die Bunte Liste wäre dies hilfreich, um die weitgehende Beschränkung auf "Provinzpolitik" zu durchbrechen.

Reiner Hehlhoff-Dickhut
(Der Text ist dem Rundbrief der Bunte Liste Bielefeld vom 8.10.82 entnommen.)

Möglichkeiten eines linken Wahlbündnisses zur Bundestagswahl

Ein Gespenst geht um in der bundesdeutschen Linken. Das Gespenst eines alternativen Wahlbündnisses bei der nächsten Bundestagswahl. Stichworte wie „alternativer Linksbündnis“, „offene Liste“, „Wahlpartei“ oder „Bündnis von Grünen, Alternativen und Sozialisten“ beherrschen seit einiger Zeit die Wahldebatten.

Eine Reihe politisch-ideologischer und taktisch-strategischer Fragen werden hierbei erörtert, wobei der Realitätsbezug nicht immer klar erkennbar ist. Um es gleich zu Beginn klar zu stellen: Auch ich habe ein gemeinsames Vorgehen der oppositionellen Kräfte bei der nächsten Bundestagswahl nicht nur für wünschenswert, sondern für absolut notwendig, wenn wir der drohenden weiteren Rechtsentwicklung durch eine Bundesregierung Kohl/Genscher wirksam entgegenzutreten wollen. Aber nicht nur mit dieser Offensive der Rechtskräfte werden wir in nächster Zeit konfrontiert sein, sondern auch mit dem Versuch der SPD, befreit von ihrer „Regierungsverantwortung“ bei der Friedens-, Ökologie- und allen anderen autonomen Bewegungen im Trüben zu fischen. Willy Brandt hat es bereits als Parole ausgegeben und die Sozialdemokraten wären keine Sozialdemokraten, wenn sie sich nicht auf die alte Rolle der SPD um „bewährten“ Parteiensystem zur Integration und Anbindung linker an den bürgerlichen Staat besinnen würden. Die Hessenwahl hat oben einige andere Erfahrungen aus einem ganz deutlich gemacht. Die Grünen allein sind nicht in der Lage, entscheidende ehemalige sozialdemokratische Wähler für eine wirkliche Alternative zu mobilisieren. Die Zugewinne der SPD in den letzten Tagen vor der Wahl, nach dem „Verrat“ in Bonn, kamen

aus dem großen Lager der potentiellen Nichtwähler. Der SPD war es gelungen, wieder einmal viele Leute, die eigentlich von der SPD die Nase voll haben, zu einer Stimmabgabe für Böcher und Schmidt zu bewegen.

Noch viel stärker als bei der Hessenwahl wird der Druck der SPD als Bonner Opposition bei der Bundestagswahl sein. Der berühmte Spruch Schmidts, am linken Rand könne die SPD nichts holen, weil es da gar nichts gebe, stimmt nicht mehr. Nur ein Bündnis möglichst aller oppositionellen Kräfte könnte in dieser Situation ein roll-back der SPD verhindern.

Das Konzept einer „Wahlpartei“

Aber wie soll dies aussehen? Das Konzept der Alternativen Listen, in denen Leute unterschiedlicher politischer Herkunft zum Zweck der Wahlbeteiligung in einem relativ lockeren organisatorischen Rahmen zusammenarbeiten, ist bei Bundestagswahlen ebenso wenig durchzuführen wie das Modell der Hamburger GAL, bei der die Grünen und die AL eine gemeinsame Kandidatenliste unterstützen.

Das Bundeswahlgesetz (BWG) schreibt eindeutig vor (§ 27), daß Landeslisten nur von Parteien aufgestellt werden können. Listenverbindungen, Wahlgemeinschaften, Beteiligung von Wahlalternativen und ähnliches gibt es im Gegensatz zu einigen kommunalen und Landtagswahlen bei der BuTaWa nicht.

Diesen sehr engen Vorgaben des BWG will ganz offensichtlich der Vorschlag der Reyer-Gruppe zur Gründung einer „Wahlpartei“ Rechnung tragen (Text in AK 225 — Anm. d. Red.). In der Tat regt zunächst nichts

näher, als ein Wahlbündnis in der Form zustande zu bringen, daß über Aufrechterhaltung der jeweiligen politischen und organisatorischen Eigenständigkeit der beteiligten Gruppen eine Organisationsform gefunden wird, die formal als Partei fungiert.

Auch Alexander Schubart schreibt in seinem Brief an Grüne, DS, GAL und AL Westberlin: „Nach den Bestimmungen des BWG müßte das Bündnis ... in der Rechtsform einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes organisiert sein ... Aber das sollten wir mehr oder weniger nur als eine Formalie ansehen, die uns keineswegs an den uns genehmen, basisorientierten Strukturen hindert.“

Abgesehen von den politischen Problemen bei der Zusammenführung verschiedener Strömungen und dem nach wie vor vorhandenen Alleinvertretungsanspruch der meisten Grünen dürfte dies aber rechtlich nicht so einfach sein.

An dieser Stelle muß ich den Leser leider im Juristischen langweilen — aber es geht nicht anders. Nach § 2 Abs. 1 Parteiengesetz gilt folgendes: „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer Zielsetzung bieten.“

Forts. v. voriger Seite

Nochwendig ist also als erstes eine Vereinigung, die in der Lage ist, einen einheitlichen politischen Gesamtwillen zu bilden und zu vertreten. Zusammenschlüsse mehrerer Vereinigungen, Parteienbündnisse oder Ähnliches sind somit ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen ist aber — und das ist für die Diskussion über eine „Wahlpartei“ wichtig — ein bloß formales Umsetzen von politischen Beschlüssen, die in anderen Gremien, insbesondere in anderen Parteien oder Organisationen, gefaßt wurden. Ebenso bei der Kandidatenaufstellung: Es ist nicht über Satzung oder Ähnliches abzusichern, daß von Grünen, DS'lern, AL oder sonstwem bestimmte Kandidaten auf Landes- oder der Partei einfach übernommen werden. Eine „Formatpartei“ im Sinne Aschus ist nicht möglich. Dabei ist nicht auszuschließen, daß ein Wahlbündnis in Form einer „Wahlpartei“, die auch vor dem Bundeswahlleiter Bestand hätte, prinzipiell einmal möglich wird. Aber dies setzt ein großes Maß an politischer Übereinstimmung und an gegenseitigem Vertrauen voraus, wie es gegenwärtig meines Erachtens nicht gegeben ist und auch bis zum Wahltermin nicht erreichbar ist.

Auch die von der Revier-Gruppe als Beispiel angeführte ADF von 1969 (ein Bündnis von DKP, DFU etc.) wird übrigens von der juristischen Literatur nicht als Partei akzeptiert. Ihre Zulassung zur Wahl folgte wohl politischen Erwägungen, was aber nach Meinung der Juristen rechtswidrig. Es ist auch nach den Erfahrungen mit juristischen Tricks beim Volksbegehren gegen die Stierbahn West und dem zu erwartenden Wahlerzulauf für ein alternatives Bündnis zu befürchten, daß die Anerkennung durch den Bundeswahlleiter einer reinen „Wahipartei“ nur allzu gern versagt würde – vor allem dann, wenn – wie im Vorschlag der Revier-Gruppe – die Selbstaufkündigung vorprogrammiert ist.

Hinzu kommt der Faktor Zeit. Sollten wirklich am 6. März stattfinden, wird es knapp. Neue Parteien müssen spätestens am 47. Tag vor der Wahl (das wäre der 18. Januar!) ihre Wahlbeteiligung beim Bundeswahlleiter anmelden, spätestens am 34. Tag vor der Wahl (also am 31. Januar) müssen die 14.300 Stellen bei den Landeswahlurnen vorliegen. In dieser knappen Zeit eine Organisation auf die Beine zu stellen — und zwar bundesweit — die in politischer und organisatorischer Geschlossenheit einer Partei gleichkäme, halte ich für unwahrscheinlich.

„Offens Late“ als akzeptable Alternative

Was bleibt also übrig vom „Wahlbündnis“? Der Text, der als „Meinungsbild“ auf der Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen am 23.9. verabschiedet wurde, betont zwar die politische Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens, schweigt sich aber die organisatorisch/technische Durchführung aber aus. So heißt es relativ lapidar: „Angesichts der Neuwahlen zum Bundestag, die vermutlich am über die organisatorisch/technische Durchführung aber aus. So heißt es relativ lapidar: „Angesichts der Neuwahlen zum Bundestag, die vermutlich am 6. März 1983 stattfinden sollen, sind sofortige Anstrengungen zur Zusammenführung der sozialen, ökologischen und demokratischen Opposition nötig. Nach Lage der Dinge wird es dabei vor allem darauf ankommen, daß die Bundesparität die Grünen Initiativen dazu ergreift und ihre Bereitschaft erklärt, einen gemeinsamen Weg zu einer Kandidatur zu suchen.“ Ohne die eigenen Vorstellungen von der praktischen Umsetzung offenzulegen, wird im letzten Abschnitt des Papers das Konzept einer „Wahlpartei“ in Grund und Boden verdammt — und zwar nicht wegen der rechtlichen Schwierigkeiten einer Umsetzung, sondern weil sie angeblich auf Spaltung der Grünen zielt. Gleichzeitig wird von allen Freunden eines Wahlbündnisses strikte Ablehnung einer „Wahlpartei“ gefordert.

Hinter diesen völlig unmotivierten Holzhackermethoden können eigentlich nur zwei Motive stecken. Entweder soll er Eigenkandidatur der Demokratischen Sozialisten, die zu favorisieren ist nur unersündlichen Gründen der Revier Gruppe von anderer Seite vor geworfen wird, frühzeitig vorgebaut werden, oder das ganze ist nur lakisches Vorgeplänkel zur Durchsetzung der berüchtigten „offenen Lust“ der Ordnen.

Diese „offene Liste“ ist das andere Extrem neben der „Wahlpartei“ in der gegenwärtigen Diskussion. Was damit gemeint ist, zeigt die Hessenwahl. Die Ordnen bestimmen allein und ohne „Einschmückung“ von außen, wer kandidiert, so daß letztendlich Grüne, die nicht Mitglied der grünen Partei sind, das Alibi für die „Offenheit“ der Grünen liefern müssen. Ähnliches scheint der Bundestagswahl der Grünen auch für die Bundestagswahl anzustreben: „Der Bundenvorstand der Grünen geht

davon aus, daß die Partei Die Grünen sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligen wird. Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf den offenen Listen der Grünen die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen". So wurde es am 26.9. beschlossen. Man kann nach den Erfahrungen in Hessen niemand mehr ernsthaft behaupten, eine solche „offene Liste“ sei ein Bündnis verschiedener Kräfte.

Die grüne Bündnisliste

Dennoch ist der Ansatz durchaus überlegenswert. Das BWG schreibt zwar vor, daß Landeslisten nur von Parteien aufgestellt werden dürfen; wie sie diese tun und wen sie aufstellen, bleibt völlig ihnen selbst überlassen. So ist es durchaus möglich, daß eine Partei gleichsam „Huckepack“ auch andere Leute mit ins Parlament nimmt. Als wirkliches Wahlbündnis könnte das Verfahren allerdings nur gewertet werden, wenn die anderen Parteien oder Gruppen ihre Kandidaten selbst bestimmen und diese dann von der kandidierenden Partei nur noch formal aufgestellt werden.

Wenn eine gemeinsame Kandidatur von Grünen, Demokratischen Sozialisten und bunt/alternativen Listen angestrebt wird, ist dies im E. das einzig realistische Konzept. Die Grünen müßten garantieren, daß sie bei der Aufstellung der Landeslisten jeden x-ten Platz um DS'lern oder ALern besetzen und daß die personelle Festlegung dieser Kandidaten den betreuenden Gruppen überlassen bleibt. Der konkrete Schlüssel der Listenverteilung müßte vorher ausgehandelt werden und zwar für jedes Bundesland einzeln. So wäre gewährleistet, daß diese Listen die politische und organisatorische Bedeutung der beteiligten Gruppen widerspiegeln können.

Der größte Nachteil bei diesem Vorgehen ist, daß die Landeslisten solcher Partei Die Grünen wären, daß unter diesem Namen Kandidatur und Wahlkampf laufen müßten. Es läßt in einem solchen Fall darauf an, im Wahlkampf den Bündnischarakter dieser Listen deutlich zu machen.

Das Hauptproblem, dem sich jedes Konzept eines Wahlbündnisses gegenüber steht, ist die Haltung der Grünen. Was von der letzten Bundesvorstandssitzung der Grünen nach außen drang, war alles andere als ermutigend. Sollte der Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 28.9.82 zutreffen, daß die Grünen die DS für ein Subsystem der DKP halten, so wären Zweifel an der politischen Ernsthaftigkeit der grünen Politik wohl angebracht.

Die Diskussionen um die Heusenwahl haben deutlich gemacht, daß die grüne Artroganz nicht einmal eine Diskussion von Vorschlägen, geschweige denn gemeinsame praktische Schritte ermöglichte.

Im Wahlaufauf der hessischen DS haben wir angekündigt, weitere Alleingänge der Grünen nicht noch einmal erndtlich zu machen. Das wird nicht sein. Alle Themen

Im Wahlaufauf der heussischen DS haben wir angekündigt, weitere Alleingänge der Grünen nicht noch einmal zuzulassen. Es wird auch für die Bundesratswahl ganz entscheidend darauf ankommen, inwieweit es dem linken Teil der alternativen Wahlbewegung (DS, AL etc.) gelingt, die starke Fixierung auf die Grünen durch eigenständiges Auftreten zu überwinden.

Andreas Jürgens
Mitglied des Sprecherausschusses der
DS-Gruppe Marburg, Lahn

OB-Wahlen in Freiburg:

Chance verspielt

Die Voraussetzungen waren ja bestens: Freiburg hat ein grün-alternatives Potential wie kaum eine andere Stadt in der BRD, bei Demonstrationen gehen kurzfristig schon mal 10-15 000 Menschen auf die Straße (Schwarzwaldhof, Dressameck, Wyhl), und bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen haben an die 12% der Wähler ihre Ablehnung der etablierten Politik auf dem Stimmzettel dokumentiert.

Was SPD und CDU in den Sessel des Oberbürgermeisters hieven, weil er machte auch nicht gerade viel her. Alf Böhme, vormals Finanzsekretär in Bonn, der u.a. die Gelder für die Stationierung der Mittelstreckenraketen durch großangelegte „Sparopernationen“ an BAföG, Renten, Gesundheitsfürsorge etc. entziehen half, sollte das kleinere Übel markieren. Die CDU hatte gleich einen richtigen Grafen zu bieten, Sven-Rüdiger von Ungern-Sternberg und Reichsfreiherr zu Puck, bisheriger Baubürgermeister und profiliertester Abrißpolitiker. Beide versprachen, die bewährte Politik des früheren OB fortzuführen, die ja schließlich Freiburg weis über die Grenzen Südbadens hinaus als „Ponzenburg“ berühmt gemacht hat.

Ein alternativer Kandidat hätte also alle Chancen gehabt, über das traditionelle linke Potential hinaus, die (U)Wahl als Oberbürgermeister werden in Baden-Württemberg direkt gewählt zu einer Abstimmung gegen Abtrünnigkeit, Schnellstraßenbau, Erhöhung der „Polizei-Dichte“, Sozialabbau Wirtschaftsförderung“ etc zu machen. Die Fronten waren klar gezogen und bei einer gemeinsamen Kandidatur und Wahlkampagne der gesamten grün-alternativen Bewegung wäre wohl, ein Traumergebnis drin gewesen.

Wenn es einen alternativen Hand-
daten gegeben hätte. Es gab aber nicht
nur einen, sondern gleich derer
sieben. Es kandidierten, Bunte Li-
ste, Grüne, DKP und vier Einzelkandi-
daten der „Szene“

Gemeinsamer Alternativkandidat ?

Bereits etwa ein Jahr vor der Wahl hatte sich die „Alternatives OB-Wahlforum“ gebildet, zu dem praktisch die ganze an der OB-Wahl interessierte politische Szene Beobachter oder Vertreter geschickt hatte (bis hin zu einem abtrünnigen SPD-Ortsverein). Doch die unterschiedlichen Interessen zeichneten sich schon früh ab: Die Bunte Liste (ein Freiburger Kuriosum, das politische ausschließliche Blick die Marxistisch-Rechtliche Initiative vorpräsentiert und mit einem SPD-Mitglied vertreten ist) ließ von vornherein durchblicken, daß — sollte es einen gemeinsamen Kandidaten geben — der auf jeden Fall certified Socialist

Stadtrat vertreten ist) Beß von vorne
her durchblicken, daß — sollte es ein
gemeinsamen Kandidaten geben —
der auf jeden Fall Gottfried Niemitz
(BL Stadtrat) heißen müsse. Die Grün-
en tuckten sich bedeckt, von ihnen wa-
ren zum Thema Wahlbündnis stets nur
widersprüchliche Aussagen von Einzel-
personen zu hören. Aus der „Scene“
wurde — auch besonders ernsthaft
— eher abgelenkt, die Kandidatur eines
Hausbesetzers favorisiert. Von der
DkP schiedlich wurde der Vorkrieg
als Spiel gebracht, eine „integrierte Ge-
sellschaft“ von außen zu bauen (ge-

dacht war etwa an Uta Ranke-Heinemann), um möglichst weit ins bürgerliche Lager einzubrechen und zugleich den Animositäten bei den Grünen entgegenzukommen.

Jedenfalls, Geplänkel im Wahlforum hin oder her — kaum begann die Bewerbungsfrist zu laufen, hatte die BL schon ihren Kandidaten fest aufgestellt. Die Grünen dagegen begannen ziemlich lustlos, sich mit dem Thema zu beschäftigen, daß hieß für sie, zum ersten nach Kandidat/innen zu suchen. Die Diskussion, ob pur-grün oder alternativ, wurde dagegen ausgeklammert. Dann entdeckte auf einmal die basisdemokratische Fraktion, daß das Amt des OB etwas durch und durch undemokratisch sei, weshalb man es auch nicht anstreben und daher auch nicht dafür kandidieren dürfe. Lebhafter wurde die Debatte, als der Vorschlag einer Massenkandidatur als „bewußte Provokation“ ins Spiel kam und von der Wahlboykottfraktion aufgegriffen wurde. Mit der Zeit sank dann die angepeilte Kandidatenzahl von 200 (Mitgliederzahl der Freiburger Grünen) über 20 auf drei, was man dem Flügel, der für eine Alternativkandidatur eintrat, als Kompromiß zu verkaufen suchte. Nach längerem Hin und Her einigte man sich schließlich kurz vor Abgabeschluß wieder auf eine grüne Kandidatin. Obwohl diese bereit gewesen wäre, mit Unterstützung des alternativen Wahlforums unter gemeinsam erarbeiteten Forderungen zu kandidieren, wurde solche ein Wahlbündnis von der grünen MV unter Hinweis auf die Beteiligung kommunistischer Gruppen am Wahlforum drück zurückgewiesen. Dann waren sich plötzlich Basisdemokraten und Parteiliche völlig einig. Mit schöner Offen-

rechte Wirkung kam. Mit solcher Offenheit hieß es in der ursprünglichen, dann nicht mit verabschiedeten Begründung des Antrags, man habe „es nicht nötig, als Steigbügelhalter für nicht erfolgreiche Gruppen zu fungieren, geschweige denn sich vor diesen verneinbaren und unter Druck setzen zu lassen“! Die blamable Selbstherrlichkeit der Grünen ging so weit, selbst die Unterzeichnung eines Wahlaufsatzes zur Alternativwahl (gegen Ungern-Sternberg und Bohme) zu boykottieren. (Zu den Skurrilitäten des Wahlkampf gehörte dann, daß der AKW-Befürworter und – immer noch! – grüner Landtagsabgeordneter Helgo Bräun auf den CDU-Verwaltungsrat befragt und ostentativ dem Grünen Ungern-Sternberg zuzubehören! Schließlich mußte die DKP – nachdem sie sich bis zum Schluß ernsthaft für ein Wahlblindnis eingesetzt hatte – doch auch noch einen eigenen Kandidaten einsetzen.

Wahlkampf — Burke Liste contra Punkt

Wahkamp! — Bunte Liste contra Punks

Der Wahlkampf wurde von den Grünen praktisch gar nicht, von der DKP kaum, von der BL dagegen mit Vehemenz und großangelegten Plakataktionen geführt. „Ein zweigleisiges Ergebnis“ meinte ihr Kandidat Niemitz, sei „nicht utopisch“. Während der Rest der politischen Szene über solche Klatsprüche nur noch mit dem Kopf schüttelte, überklärten eines Nachts einige ob des BL-Wahlkampfs ernsthaft Erbschte die Konferenz von Niemitz ebenso wie die seiner bürgerlichen Mitbewerber mit AZ-Plakaten (AZ = Arbeiteres Zentrum). Es kam zu einer Kupperei mit vorbenommenden BLern, die dann erwiderte, daß die BLer „die Täter der herbeigekufenen Polizei übergaben“, (dieses und folgende Zitate aus BL-Flugblättern) und Strafanzeigen gegen sie stellten.

In den nächsten Tagen entspann sich ein regelrechter Kleinkrieg. Die Punks forderten die Rücknahme der Anzeigen, machten Putz vor einem Stadtstand der BL und beßen beim BL-Büro einige Scheiben zu Bruch gehen. Das Abreißen von BL-Pinkalern wurde eine Zeitlang regelrecht zum Sport, auf das im Punk-Kale Freibier ausgesetzt wurde. (In derartigen „politischen“ Engagement hatte das AZ schon lange nicht erlebt.) In den Wahlformulareifen tauchten erst wenige Wochen vor der Wahl wieder Leute aus der „Szene“ auf. Beitrag zum Wahlbündnis gleich null. Die BL tickte daraufhin komplett aus und diffamierte die AZler und Punks als „Neofaschisten, die um AZ-Unterschied gefunden haben“ und „braunen Straßenrad der Rechtsradikalen“. Der Unterschied „zwischen einem geschneitelten SS-Mann und einem grünhaarigen Gröhler und Büroverwuster“ sei eben bloß äußerlich.

Wie schon bei der SA bildeten „dumpe

rebellisch gärende, aber schwache Köpfe von armen Teufeln, die die Gesellschaft hat verkommen lassen" und „psychisch Labile" die Basis dieser „neuen Rechten". „Unbestreitbar schwebt über dieser Wahl erstmals wieder ein gewisser Schatten von Weimar", meint die BL, und das habe natürlich einen Grund. „WEIL WIR DIE EINZIGE KONSEQUENTE OPPOSITION IN FREIBURG SIND"

Kompletter Rechtsverlust, gepaart mit absurder Selbstüberschätzung und hysterischem Verfolgungswahn: „Unsere Feinde zeigen Fotos unserer Mitglieder in ihren Reihen herum, um Afrikaner vorzubereiten“. Das ging so weit, daß BL-Kandidat Niemitz für das BL-Büro und für seine Person Polizeischutz(!) beantragte, da er sich an Leib und Leben bedroht fühle. (Ein Vorgang, den SPD-Fraktionschef Landsberg zum Anlaß nehmen konnte, sich öffentlich über die „steigende Bewußtseinsänderung (der BL) gegenüber dem Staat und seinen Institutionen“ zu freuen und eine ußfossante Anfrage an die Freiburger Stadtverwaltung zu richten, ob die unterbesetzte Freiburger Polizei den Schutz von Niemitz gewährleisten könne, oder ob nicht Bereitschaftspolizei und SEK angefordert werden müßten). Auf ihren Flugblättern bestätigte die BL der Polizei: „Im wesentlichen verhielt sie sich korrekt“, sie fügte „polizeiliches Fehlverhalten im Einzelfall“ (die Bullen hatten nicht sofort, wie gefordert, Jagd auf „randalierende“ Punks gemacht), und forderte empfindliche Strafen („es muß ja nicht gleich ein volles halbes Jahr sein“). Sie selbst tat ein übriges mit Tränengas, Knütteln und regelrechten Dokumentationstrupps, die Bilder von mutmaßlichen „Tätern“ zusammen mit eigenhändig abgegriffenen Punks der Polizei übergaben. In ihren Flugblättern, die mit 60 000er Auflage an alle Freiburger Haushalte verteilt wurden, denunzierte sie namentliche ein-

Während sich im AZ schließlich die Meinung durchsetzte, alle Aktionen gegen die BL einzustellen und die Sache nicht weiter eskalieren zu lassen, hielten es einige Punks für besonders wichtig, „Punk gegen Nichts!“ zu veranstalten und einen Aufkleber mit der Parole „BL verreckel“ herauszubringen.

Die Freiburger Linke reagierte auf die Vorfälle mit einer Erklärung, die sich von den BL-Fäden distanzierte und die Rücknahme der Anzeigen verlangte. (Unterszeichnet praktisch vom gesamten Spektrum der politischen Organisationen und Initiativen). Die Lokation der BL ist total, und sie dürfte — zeigt sie sich wie bisher unfähig zu irgendeiner Selbstkritik — spätestens nach der nächsten Kommunalwahl weg und bloß noch der Vereinskunst

zeigt sie sich wie bisher unglücklich zu irgendeiner Selbstkritik — spätestens nach der nächsten Kommunalwahl sang- und klanglos in der Versenkung verschwinden.

Die „Scene“ kandidiert

Das einzig ermunternde Zwischenspiel im Wahlkampf lieferten die Kandidaten aus dem A.Z., die sich kurz vor Einreichungsschluß selbst aufgestellt hatten. Die öffentliche Kandidatenvorstellung im Kongreßsaal wird eine Denkwürdigkeit in der Stadtgeschichte bleiben: Attai mit Frack, Zylinder, Pappnase und Teddybär im Arm; Benito im Radlerdress und Badekappe Luftspränge vollführend; im Publikum Fähnchen, Luftballons und „tosender Jubel“ (Badische Zeitung). Die Wahlreden reichten von der Rezitation eines finnischen Heimatromans bis zur vehement vorgetragenen Forderung „Flutet die Fußgängerzone. Freiburg muß das Venedig Südbadens werden!“ Der Saal tobte; „Betroffenheit und Ratlosigkeit“ (BZ) herrschte dagegen bei den völlig unbeschiedenen „ernsthaften“ Bewerbern. Denen fiel am Tag danach nur die hilflose Forderung nach einer Änderung der baden-württembergischen Wahlgesetzgebung ein...

Das Spektakel war wohl das Beste, was noch rauszuholen war. Die Chance, an den politischen Verhältnissen in dieser Stadt irgendwas zu ändern, hat die Freiburger Linke verspielt. Nochmal OB-Kandidat Wilhelm, Es bleibe alles anders, oder es wird wie es war."

Zwei Genossen aus Freiburg

P.S. Im ersten Wahlgang erhielten an Stimmen: Grüne 4,5% (bei der letzten Kommunalwahl 8,4%); Bunte Liste 1,5% (2,4); DKP 0,5% (0,5); CDU-Graf Ungern Sternberg verfehlte mit 48,9% knapp die absolute Mehrheit.



Ein Beamter der Wehrsportgruppe SEK bewacht ein verschönerntes Plakat des Kandidaten Sven Baron von Ungern-Sternberg (CDU/uh)

Solidaritätsaufruf für Alexander Schubart

Im Oktober 1982, kurz nach den hessischen Landtagswahlen, soll der Strafprozeß gegen den Sprecher der "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren - Keine Startbahn-West", Alexander Schubart, vor dem Staatserschulsenrat des Frankfurter Oberlandesgerichts eröffnet werden. Generalbundesanwalt Rebmann beschuldigt ihn in der Anklageschrift, im Zusammenhang mit der Demonstration vom 15.11.1981 am Frankfurter Flughafen "Mötigung von Verfassungsgutachten" (§ 105 StGB) und "Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall" (§ 125 StGB) begangen zu haben. Dafür drohen ihm bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Alexander Schubart hat vor einmhalb Jahren das Volksbegehren über den Bau der Startbahn-West initiiert. Mit diesem Volksbegehren machte die Bürgerbewegung gegen die Flughafenvermehrung den Versuch, den Konflikt mit der hessischen Landesregierung auf friedliche und demokratische Weise zu lösen. Über 100.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben - wie in der hessischen Verfassung vorgesehen - den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens. Der Landesregierung und der Öffentlichkeit war bekannt, daß ein solches Verfahten nach den gesetzlichen Vorschriften eingeleitet worden war und die Unterschriften am 14.11.1981 dem Landeswahlleiter in Wiesbaden übergeben werden sollten.

Dennoch (oder vielleicht sogar deshalb?) begann man kurz zuvor, auf der für den Bau vorgesehenen Waldfläche mit Helikoptertruppen, Motorenwagen und Polizei vollendete Toteasche zu erhalten. Diese Maßnahmen der Landesregierung bewirkten eine unersetzliche Zuspaltung der Situation, schied als doch eine Entscheidung vorzugehen, über die die hessischen Bürger in einem Volksentscheid selbst abstimmen sollten.

Anläßlich der Übergabe der Unterschriften demonstrierten in Wiesbaden 150.000 Menschen aus ganz Hessen. Auf der Abarbeitungsbühne forderte Alexander Schubart die Landesregierung auf, nun endlich die Redungsarbeiten einzustellen und für den Fall, daß sie das Volksbegehren als "unkundig" zurückzuweisen gedanke, wenigstens eine Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs abzuwarten. Diese Forderung wurde vier Wochen später auch vom Staatsgerichtshofspräsident Manders ergibt an die Landesregierung gestellt, was zu einem Einspruch auf der Startbahnreise bis zum Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs am 20.11.1981 führte. Die Regierung auf eine Entscheidung über einen Einspruch bis zum Mittag des folgenden Tages bekanntgeben. Die Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West hatte beschlossen, eine friedliche Demonstration am Flughafen zu veranstalten, um dagegen zu protestieren, daß die hessische Landesregierung die Anordnung eines Moratoriums ablehnte. Dieser Beschluß gab Alexander Schubart sowie der Bürgerinitiative auf der Wiesbadener Kundgebung bekannt.

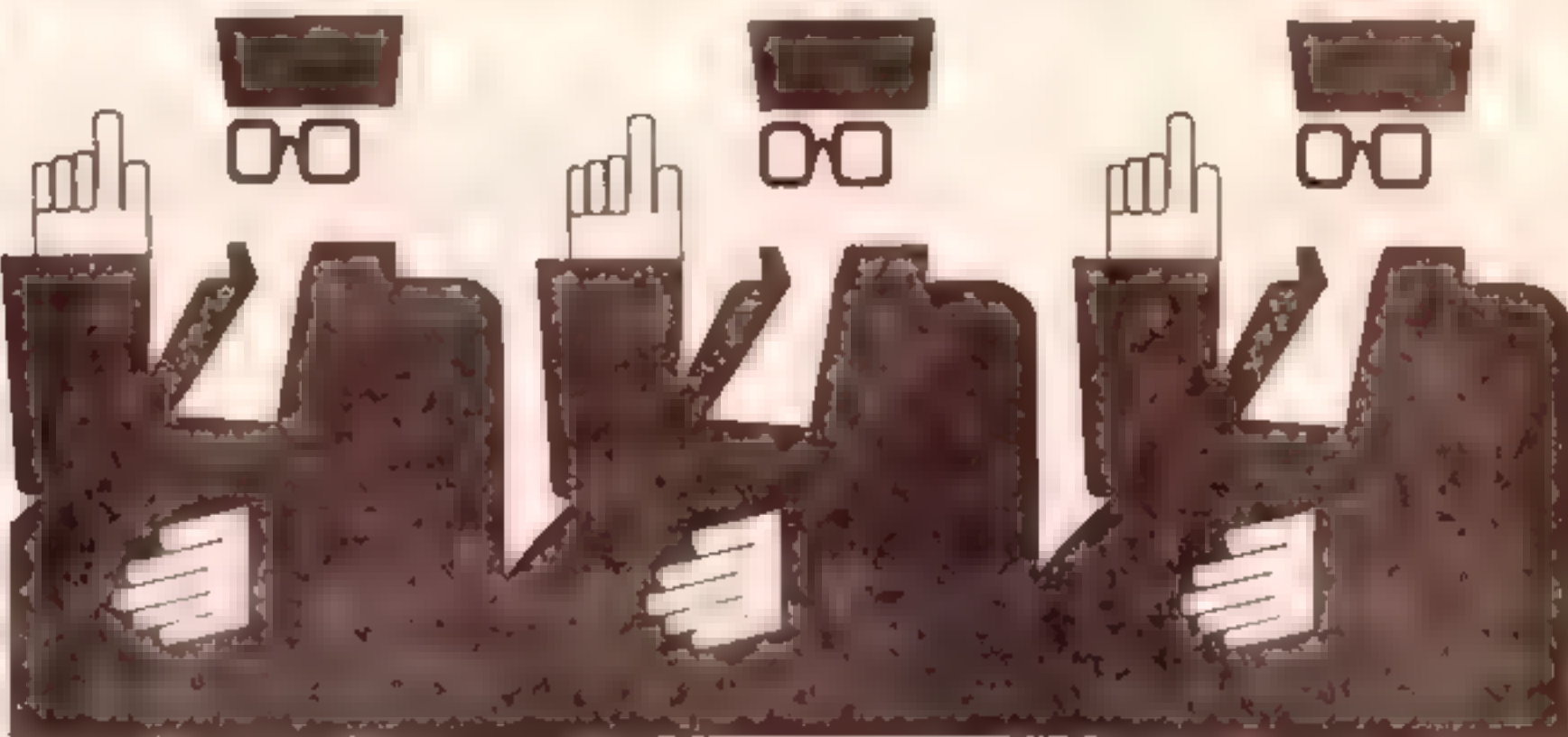
Aufgrund eines harten polizeilichen Eingreifens gegen die Demonstranten kam es einen Tag später teilweise zu Auseinandersetzungen und Verhaftungen rund um den Flughafen. Von Medien und Strafverfolgungsbehörden wurden diese Vorfälle in einer regelrechten Kampagne als blutige Bürgerkriegssituation hochstilisiert. Viele Startbahngegner(innen) wurden in der Folge mit Strafverfahren übersogen. Alexander Schubart wurde bereits am 14.11.1981 ohne die geringste Prüfung des Sachverhalts von Oberbürgermeister Wallmann, der damit seine Kompetenzen überschreitet, vom Dienst suspendiert.

Obwohl Alexander Schubart an der Demonstration vom 15.11.1981 nicht teilgenommen hatte, wird er - einmalig in der deutschen Justizgeschichte - der Rädelsführerschaft bezichtigt. Dies werden wir entschieden zurück, gerade er hat sich stets für eine demokratische, argumentative und gewaltfrei Auseinandersetzung um die Startbahn-West eingesetzt. Wenigstens später Volksbegehren und Volksentscheid von Landesregierung und Justiz nicht ausgeübt werden, kann davon ausgegangen werden, daß breite Kreise der hessischen Bevölkerung diese Vorstellung einer demokratischen Austragung gesellschaftlicher Konflikte teilte und bis heute teilt.

Die Verfolgung Alexander Schubarts mit Mitteln der Strafjustiz und des Dienstrechtes kann nur als Einschüchterung unheimlichen Engagements verstanden werden. Eine Verurteilung Alexander Schubarts wäre ein Präzedenzfall für die noch andäugigen über 1000 Strafverfahren gegen Startbahngegner und läßt eine Kriminalisierung der gesamten Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West, ihrer Ideen und ihrer Arbeit gleich. Man kann über die Notwendigkeit der Erweiterung des Frankfurter Flughafens gegensätzliche Auffassungen sein. Doch diese Auseinandersetzung muß politisch und nicht mit Mitteln justizieller Disziplinierung und Bestrafung stattfinden. Deshalb ist es Pflicht von der breiten Bürgerbewegung die Forderung erhoben worden, keine Startbahngegner zu kriminalisieren. Wir fordern: Freispruch für Alexander Schubart - Aufhebung der dienstlichen Suspendierung - kein Berufsverbot für Alexander Schubart!

Initiatoren und Erstunterschriften Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Hessen e.V., Junge Hilfe Frankfurt, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Komitee "Solidarität mit Alexander Schubart", Republikanischer Anwaltverein Hessen, Vereinigung hessischer Strafverteidiger.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (An der Gasse 1, 61211 Wiesbaden) will diesen Text in Form einer Zeitungsgrößenanzeige mit Unterschriften veröffentlicht. Abgabeschluß ist der 20. Oktober (bzw. unmittelbar danach), dazu ist eine Spende von 25,- DM (oder mehr) erforderlich. Unabhängig von der Zeitungsanzeige werden Unterschriften unter diesem Text gesammelt, Adressalisten verschickt und sammelt das erwähnte Komitee und das Komitee „Solidarität mit Alexander Schubart“ Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt. Dort ist auch eine umfassende Dokumentation zu dem Fall zum Preis von DM 4,- erhältlich.



Justizministerkonferenz plant Änderungen im Strafverfahrensrecht: »Abschaffen« ... »Einschränken« ... »Vereinfachen«

Angesichts der Kosten zu senken und auch im Bereich der Justiz zu „sparen“, sollen wichtige Rechte der Angeklagten und der Verteidiger weiter beschneiden werden. Ein Katalog der beschlagnahmten Maßnahmen haben die Justizminister der Länder noch vor dem Regierungswechsel in Bonn auf ihrer Konferenz Ende September vorgelegt. Daß diese „Vorschläge“ unter einer CDU-Regierung auch Gesetz werden, dürfte kaum zweifelhaft sein.

Bereits aus den 70er Jahren ist man vertraut an die zunehmende Beschneidung von Verteidigerrechten durch zahlreiche Prozeßrechtsnovellen gewöhnt. Da wurde das Verbot der Mehrfachverteidigung eingeführt; da wurde die Zahl der Anwälte, die ein Angeklagter in einem Verfahren haben darf, beschränkt, da wurde das Instrument der Zwangsverteidigung eingeführt; da wurde die Möglichkeit des Ausschlusses von Verteidigern geschaffen und durch ein späteres Gesetz noch speziell für Terroristen Prozesse erleichtert; da wurde die Trennscheide und die Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Anwalt und Mandant in § 129 a-Verfahren eingeführt. Doch während die SPD/FDP-Regierung sich seinerzeit die durch die Terrorismus-Hetze geschaffene antidemokratische Stimmung zunutze machte und die vorgenommenen Änderungen z.T. speziell auf RAF-Prozesse zuschnitt („lex Stammheim“), kommen die jetzt von den Justizministern erarbeiteten Vorschläge im Gewande unpöthlicher „Sparmaßnahmen“ daher. Sie sollen auch nicht in erster Linie die Verteidigung in großen Polit-Verfahren treffen - hier besteht infolge der vorangegangenen Gesetzgebung der 70er Jahre derzeit auch gar keine Notwendigkeit - , sondern die Masse der vielen kleineren Strafverfahren, z.B. gegen Demonstranten, zielen.

„Einschränkung der 10er Jahre“ derzeit auch gar keine Notwendigkeit - , sondern die Masse der vielen kleineren Strafverfahren, z.B. gegen Demonstranten, zielen.

Die Überlegungen „zu gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Strafgerichtsbarkeit“ sind allerdings so neu auch weder neu. Bereits auf der letzten Justizministerkonferenz Anfang 1981 wurden entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen und anschließend verschiedenen Fachverbänden zur Stellungnahme zugelenkt.

Trotz massiver Kritik aus den Reihen der Anwaltschaft, sogar auch von fortschrittlicheren Richtern und Staatsanwälten (1), haben die Justizminister der Länder auf ihrer jüngsten Konferenz die meisten Vorschläge wiederholt und den Bundesminister der Justiz aufgefordert, „die notwendigen gesetzgeberischen Entlastungsmaßnahmen einzuleiten“ (2). Unter dem Motto „Der Druck der leeren Kassen ist auch eine Chance zur Gestaltung“ (3) werden wesentliche Eingriffe in die Rechtsposition des Angeklagten und des Verteidigers vorgeschlagen. Die wichtigsten Vorhaben betreffen folgende Änderungen:

— Im Recht der Untersuchungshaft sollen die Haftprüfungsfristen verlängert werden. Nach geltendem Recht muß jeder Haftbefehl nach Ablauf von 6 Monaten von Amts wegen, also auch ohne ausdrücklichen Antrag des Gefangenen, vom Oberlandesgericht überprüft werden und darf nur aufrecht erhalten werden, wenn besondere Schwierigkeiten oder ein besonderer Umfang der Ermittlungen dies rechtfertigen. Diese Prüfung muß spätestens nach jeweils drei Monaten wiederholt werden. In Zukunft soll die Anfangsfrist ruhen, wenn der Beginn der Hauptverhandlung innerhalb der nächsten zwei Monate nach Ablauf der 6-Monats-Frist liegt. Auf diese Weise

wird die Frist faktisch auf 8 Monate verlängert. Außerdem soll das OLG bestimmen können, daß die nächste Haftprüfung erst in 6 statt in 3 Monaten stattfindet.

— Weitegehende Änderungen sind im Verfahren vor den Amtsgerichten geplant, bei denen 97,4 % aller Strafverfahren verhandelt werden (4). Hier soll eine Art vereinfachtes Schnellgerichtsverfahren die Regel werden. Das Recht des Angeklagten bzw. Verteidigers, selbst Beweisanträge stellen zu dürfen, soll gänzlich abgeschafft werden, und gestellte Anträge sollen ohne Begründung abgelehnt werden können. Selbst auf „Beweisanregungen“ seitens der Verteidigung braucht es nicht einzugehen. Diese Änderung hat ihre Vorbilder in faschistischen Gesetzen von 1935 (RGBl. I 844 f) und 1939 (RGBl. I 1618 f): „Das Gericht kann einen Beweisantrag ablehnen, wenn es nach seinem freien Ermessen die Erhebung des Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält“ (5). Außerdem soll das Absetzen der Urteilsgründe vereinfacht werden, das Urteil braucht keine konkrete Beweiswürdigung mehr zu enthalten, sondern kann auf den Anklageschriftsatz verweisen.

Gleichzeitig sollen Urteile des Amtsgerichts nur noch sehr eingeschränkt durch das Rechtsmittel der Revision angefochten werden können. Die sogenannte „Sprungrevision“, bei der es allein um die rechtliche Nachprüfung des amtsgerichtlichen Urteils geht, soll ganz abgeschafft werden. Lediglich der Angeklagte gegen ein Urteil des Amtsgerichts Berufung beim Landgericht ein, so kann er es bisher gegen das Landgericht über Revision wieder an Revision beim OLG einlegen. Das soll künftig nur noch dann möglich sein, wenn die Revision zur Wahrung der Einheit des Rechts

so könnte er bisher gegen das Landgerichtliche Urteil wiederum Revision beim OLG einlegen. Das soll künftig nur noch dann möglich sein, wenn die Revision zur Wahrung der „Einheit des Rechts“ oder zur „Rechtsfortbildung“ zugelassen wird.

— In allen Strafverfahren soll die Durchführung der Hauptverhandlung dadurch beschleunigt werden, daß angebliche „Mißbräuche“ prozessualer Rechte durch den Angeklagten oder seinen Verteidiger eingeschränkt werden.

— So sollen Ablehnungsanträge gegen das Gericht wegen Besorgnis der Befangenheit in jedem Fall unverzüglich, möglichst schon vor Beginn der Hauptverhandlung gestellt werden. Bisher konnte der Angeklagte seine Ablehnungsgründe sammeln und konzentriert vorbringen.

— Außerdem soll das Antragsbegründungsrecht und das Recht, Erklärungen zum Prozeßgeschehen abzugeben und Fragen an Zeugen oder Sachverständige zu stellen - also elementare Verteidigungsrechte - eingeschränkt werden. Um einen „Mißbrauch“ dieser Rechte zu „sachfremden Zwecken“ zu verhindern, soll die Möglichkeit geschaffen werden, dem Angeklagten oder Verteidiger diese Rechte auf Anordnung des vorsitzenden Richters zeitlich befristet zu entziehen. Damit wird gegenüber der jetzigen Rechtslage ein zusätzliches Instrument geschaffen, durch das dem Angeklagten und seiner Verteidigung nicht nur wie bisher punktuell, sondern über längere Abschnitte der Hauptverhandlung das Wort entzogen werden kann.

— Bei Anträgen auf wörtliche Protokollierung z.B. von Zeugnisaussagen soll in Zukunft nicht mehr das Gericht angerufen werden können, wenn der Vorsitzende den Antrag ablehnt. — Künftig sollen dem Verteidiger, der durch Ausbleiben oder frühzeitiges Verlassen des (Weiter-)Verhandelns un-

möglich macht, die Kosten dafür auch schon dann auferlegt werden, wenn sein Verhalten bloß zur Unterbrechung - nicht wie bisher zur Aussetzung - der Hauptverhandlung führt.

— Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme, die als eines der wichtigsten Prinzipien der Strafprozeßordnung die Kontrollierbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Beweishebung für alle Prozeßbeteiligten sichern soll, soll eingeschränkt werden. An Stelle der Vorlesung von Urkunden und Schriftstücken soll es reichen, wenn der vorsitzende Richter den „wesentlichen Inhalt“ mitteilt. Außerdem soll in allen Strafverfahren die Vorlesung von Protokollen über staatsanwaltschaftliche Vernehmungen, bei den Amtsgerichten sogar von Protokollen über polizeiliche Vernehmungen möglich sein. Die jeweiligen Zeugen brauchen also nicht mehr selbst vor Gericht zu erscheinen, wo sie sich auch etwaigen Nachfragen der Verteidigung zu stellen hätten. Da bei ist die Beweisqualität nicht richterlich, sondern protokolliert gerade hoch, unternimmt doch deren Anfertigung nach wie vor geringeren formalen Anforderungen.

— Argumentativer Ausgangspunkt aller geplanten „Abschaffungen“, „Einschränkungen“ und „Vereinfachungen“ ist die angebliche Überlastung der Strafsjustiz. Dieses Programm zur „Entlastung der Gerichte“ fügt sich vordergründig also ausgezeichnet ein in die aus CDU-Kreisen seit langem bekannte „bürgernahe“ Propaganda für eine „Entbürokratisierung“ und „Vereinfachung“ bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Bei genauerer Prüfung stellt sich allerdings heraus, daß tatsächlich kaum eine der geplanten Maßnahmen zur Kostenenkung bzw. Entlastung der Justiz beitragen kann.

— Die geplante Verlängerung der Fristen bei der Haftprüfung wird zu einer Verlangsamung der U-Haftzeiten führen. Da U-Haft kostenaufwendig ist, wird statt der angestrebten Entlastung eine Kostensteigerung eintreten (6).

— Werden die Vorschläge zu den Verfahren vor den Amtsgerichten Realität, so werden die Prozesse dort zwar wahrscheinlich schneller „über die Bühne“ gehen, gleichzeitig wird aber mit einer erheblichen Mehrbelastung der Landgerichte 2. Instanz durch einen zu erwartenden enormen Anstieg der Berufungen zu rechnen sein. Die geplanten „Vereinfachungen“ würden nämlich dazu führen, daß die Beteiligten das Verfahren vor dem Amtsgericht nur noch als „Durchgangsstation“ betrachten. Wer z.B. keine Gelegenheit hatte, sich durch eigene Beweisanträge erfolgreich zu verteidigen, wird in die Berufung gehen müssen, um die entsprechende Durchführung der Beweisaufnahme vor dem Landgericht zu erzwingen (7). Hierbei werden neben dem quantitativen Anstieg der Berufungsverhandlungen auch Mehrbelastungen durch zusätzliche qualitative Schwierigkeiten auftreten, weil durch die „Vereinfachungen“ bei der Urteilsbegründung die Aufklärungsmöglichkeiten des Berufungsgerichts erschwert werden.

Dieses Ergebnis - Beschleunigung der Prozesse vor dem Amtsgericht, Mehrbelastung der Landgerichte - wirkt paradox angesichts der Tatsache, daß gerade die Amtsgerichte im Vergleich zu anderen Gerichten bisher schon durch kurze Bearbeitungszeiten auffallen (8). Zu der Verschärfung dieses Gegensatzes würde es nur dann nicht kommen, wenn die Justizminister mit ihren Vorschlägen darauf spekulieren, daß viele Betroffene trotz einer

Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend

Teil 1: Die rosa Linie

1. Die Schwalzer „Thesen“

Vordenkerin aller sozialliberalen und regierungsamtlichen Analysen der BRD, von Interviews, Positionspapieren usw., ist die „Eldorado-Kommision für Jugendfragen“, die im Dezember 1980 ihre „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“ vorlegte (Anm. 3).

Es handelte sich dabei um eine erste Auswertung der „Zürcher Krawalle“ vom Sommer/Herbst 1980. Sie gipfelte in der Erkenntnis, die „Angst der Jugend“ sei „auch unsere Angst“ und sie propagierte den „Dialog mit der Jugend“. Seitdem geistert dieser Begriff durch die bundesdeutschen Medien. Auf die „Thesen“ folgten im September 1981 die „Stichworte zum Dialog mit der Jugend“ von derselben Kommission (Anm. 4). Darin wurde im Interesse der „Integration der Jugend in die Gesellschaft“ für eine „neue Atmosphäre“, „mehr Offenheit“ und mehr „moralische Lauterkeit“ seitens der Politiker plädiert.

Der Bericht der Kommission war im Grunde eine Anklage gegen die herrschenden Verhältnisse und ein Ruf nach radikal-demokratischen Reformen. Im Einzelnen gab die Kommission den Politikern zu bedenken:

1. „Zum Stichwort radikale Minderheit“

Es handele sich bei den Protestierenden zwar um eine radikale Minderheit, aber „die Probleme dieser Minderheit sind nicht isoliert von den Problemen der Mehrheit — und zwar nicht nur der Jugendlichen“. Die Mehrheit der Jugendlichen werde zwar nicht selbst im Protest aktiv, stehe dem Steinwerfen aber sympathisierend gegenüber.

2. „Zum Stichwort Ziellosigkeit“

Zwar habe die Bewegung keine „klar formulierten und logisch geordneten Ziele“. Sie werde nicht „von einer gebildeten Elite getragen, die wie 1968 in der Lage wäre, ihre Situation und die der Gesellschaft zu analysieren und daraus nachvollziehbare, systematische und systembezogene Programme zu machen“. Ihre Ziele seien aber doch vorhanden, wenn auch anders: „Die Jugendlichen, die heute auf die Straße gehen, haben sehr direkt konkrete Probleme erlebt, und was sie wollen, ist die Abschaffung von Mißständen, ohne daß sie sich um weitere Zusammenhänge kümmern. An die Stelle ideologischer Ziele sind pragmatische Forderungen getreten.“

3. „Zum Stichwort Gewalt“

Auch in dieser Frage ging die Kommission mit gängigen Klischees ins Gericht

und plädierte für Verständnis: „Sie fühlen sich als Geschlagene, die nur zurückschlagen“, heißt es in den „Thesen“. Jugendliche hätten Gewalt „nicht blind angewandt, sondern gezielt gegen Symbole der Unterdrückung“. Es sei auch „einsichtig, Jugendliche in Gewalttätige und friedfertig Aufzuteilen einzuteilen. Es ist beobachtet worden, daß derselbe Demonstrant, der am Vorabend Pflastersteine geworfen hat, sich am nächsten Tag aktiv an der Renovation des Autonomien Zürcher Jugendzentrums beteiligt hat.“ Auch wenn der Ruf „Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst“ zu Zerstörungen führe, so sei doch „zu berücksichtigen, was in gewalttätigen Jugendlichen an Lebenskräften zerstört wurde, die es soweit kam, und daß das hintergründige Ziel solcher Gewalt nicht Zerstörung, sondern Aufbruch aus der Isolation oder zumindest Eroberung eines Freiheitsraums ist, in dem eine eigene Identität, ein Leben nach dem persönlichen Selbstverständnis aufgebaut werden kann.“

4. Ursache für die Unruhen

ist nach Ansicht der Schweizer — Zerfall der Familie, die dem Heranwachsenden nicht mehr genügend Möglichkeiten der sozialen Entwicklung bietet“ und ihn daher in Isolation und Kälte einlasse, — wirtschaftliche und politische Desillusionierung einer Generation, die „in Zeiten wirtschaftlicher Blüte, als alles machbar erschien“, aufgewachsen sei. Dazu bedürfe es schon recht hart für die Ohren der regierenden Auftraggeber der Kommission.

„Mit der Einschränkung freier Berufswahl und dem Verlust der absoluten materiellen Sicherheit ging genau jene Basis der individuellen Lebensgestaltung verloren, der nach den Normvorstellungen unserer Gesellschaft noch mehr Gewicht beigelegt wird, als sie faktisch schon hat. Gebildet aber ist nicht nur die beschränkte Freiheit in der Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, sondern vor allem die Enttäuschung — das Gefühl, um berechnete Hoffnungen und Utopien betrogen worden zu sein. Diese Enttäuschung hat allerdings ihre Ursachen nicht nur im Konjunkturverlauf. Auch von politischen Reformvorstellungen und -versprechungen ist wenig geblieben.“ Es wird dann aufgeführt: Bildungswesen, ökologische Zerstörung, Arbeitslosigkeit, „apokalyptisches Ende am fernen Horizont“. (Die Friedensbewegung war zu dem Zeitpunkt noch nicht das Thema — An.). „Alles dies zusammen genommen ergibt dunkle Zukunftsaussichten: Der materielle Wohlstand ist nicht gesichert, der eigene Beitrag dazu wird nicht als sinnvoll empfunden; die Folgen der Wohlstandsproduktion drohen nicht nur ihre Errungenschaften, son-

Seit über zwei Jahren hat Westeuropa sein „neues Jugendproblem“. Es begann mit den holländischen Krawallen, fand seinen Höhepunkt in den „Zürcher Krawallen“ im Sommer 1981, schlug von da auf die BRD über, wo es seinen hauptsächlichsten Ausdruck zunächst in der Hausbesetzer-Bewegung fand. Kein Wunder: ist doch eine der Hauptforderungen der „neuen Jugendbewegung“ die nach Selbstbestimmung außerhalb der etablierten Gesellschaft und ihren Normen. Wesentliche Voraussetzung für Autonomie ist ein eigener Raum, in dem die Jugendlichen sich außerhalb elterlicher und staatlicher Zwänge entfalten können.

Aber nicht nur fehlender Raum, zunehmend auch sinkende Chancen für einen Beruf nach eigener Wahl, bzw. überhaupt auf einem Arbeitsplatz, allgemein sinkendes Lebensniveau, die von der ökologischen Katastrophe und der Kriegsgefahr bedrohten Zukunftserwartungen bringen die Jugendlichen in grundsätzlichen Konflikt mit dem Staat und einer Gesellschaft, die sie mit Recht — wenn auch z.T. noch unklar — für diese Entwicklung verantwortlich machen.

Die Fakten sprechen für sich: Der US-Regierungsbericht „Global 2000“ z.B. gibt den Jugendlichen noch ca. 20 Jahre bis zum endgültigen Aus. Andere Prognosen beschwören die große Krise und einen Atomkrieg noch für dieses Jahrzehnt.

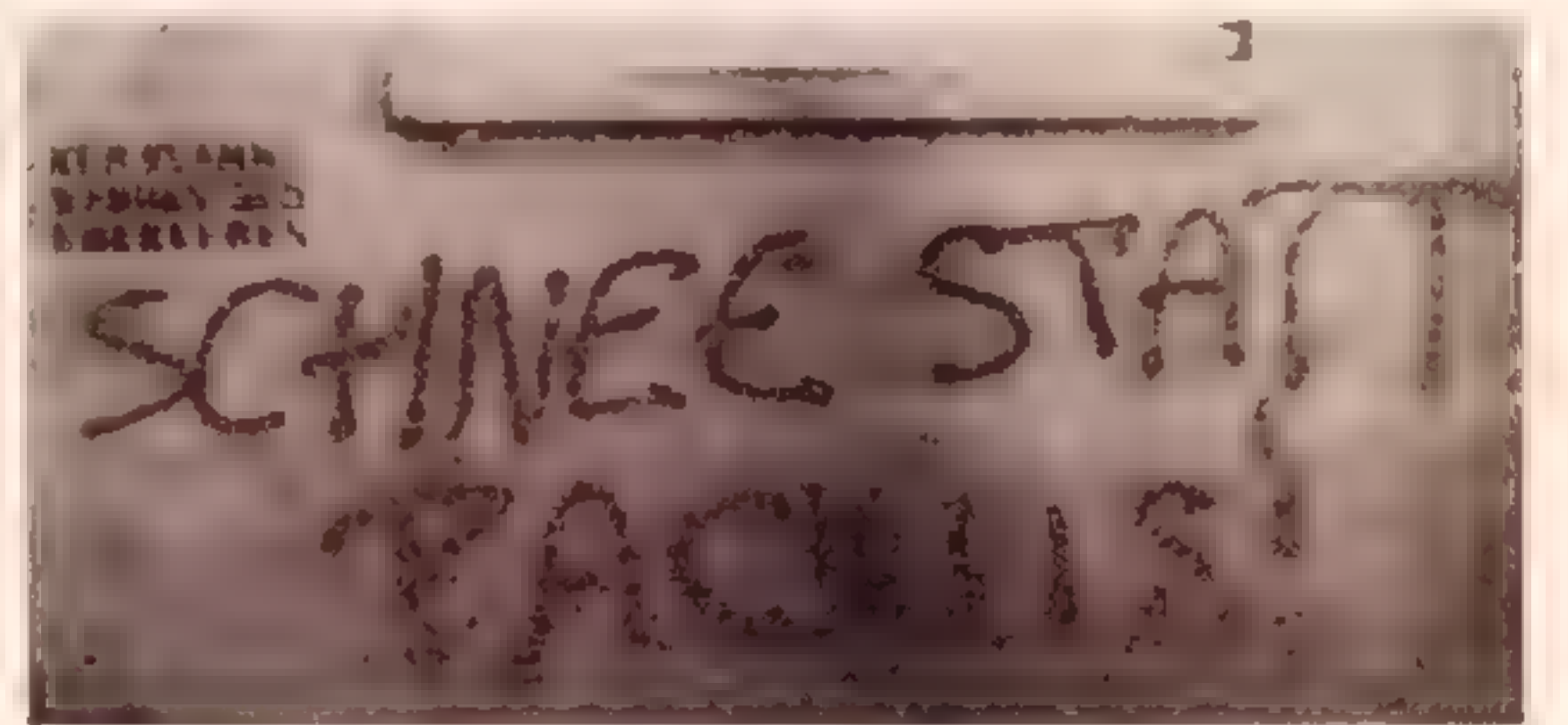
In der BRD hat die Arbeitslosigkeit mit der 2-Millionen-Marke einen Höchststand erreicht, Tendenz steigend. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg bereits im Zeitraum von 1971 bis 1978 von 11 729 auf 115 753, also um das Zehnfache.

1981 stand sie bei einem Anteil von 4,8 % an der Gesamtbeschäftigten offiziell bei der Marke von 80.666, wobei die enorm wachsenden Dunkelziffern arbeitsloser junger Frauen, Ausländerjugendlichen und nicht arbeitslos gemeldeter Schulabgänger nicht gerechnet sind. Faktisch dürfte die Zahl noch heute über 100.000 liegen. 1979 wurden von 477.131 Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchten, nur 270.208 vermittelt. Weitere 700.000 Erstbeschäftigung suchende Jugendliche drängen bis Mitte der 80er Jahre auf den schrumpfenden Arbeitsmarkt. Der sog. Studentenberg wird, am nur ein Indiz zu nennen, von heute 120.000 Hochschulabsolventen/en, die schon jetzt in ihren erlernten Berufen nicht mehr unterkommen können, bis 1990 auf ca. 200.000 - 220.000 ansteigen. Von ca. 160.000 in der BRD registrierten Jugendlichen Ausländerinnen/en erhalten nur ca. 40.000 eine berufliche Qualifikation. Die Zahl der arbeitslosen jungen Frauen wird von der Statistik überhaupt nicht erfaßt. (Die Zahl der alkohol- und drogenabhängigen Jugendlichen sowie die der jugendlichen Selbstmorde steigt beständig (Anm. 1 und 2)).

Gegenüber auch vorhandenen Tendenzen zur Anpassung gewinnen die Suche nach Alternativen aller Art, Proteste und Provokationen gegen die herrschenden Verhältnisse an Attraktivität. Die Mehrheit der Jugendlichen sympathisiert mit den Zielvorstellungen der Grünen und Alternativen. Eine wachsende Minderheit, von Sympathie der Mehrheit begleitet, beteiligt sich selbst an Protesten wie der Friedensbewegung, den Kämpfen gegen den Bau der Startbahn-West in Frankfurt, Anti-AKW-Aktivitäten u.s.m., und sie prägt nicht unwesentlich deren Bild.

Die Bundespolitik fürchtet „unruhige achtziger Jahre“, sie macht sich in Seminaren, Arbeitstagen, demoskopischen Analysen und der Einsetzung von diversen Jugendkommissionen mit viel propagandistischem Aufwand öffentlich Sorgen um die Zukunft der Jugend und der Gesellschaft. Dabei unterscheiden sich sozialdemokratische und christlich-konservative Erkenntnisse zumindest verbal: die SPD konstatiert schäblicher betroffen die sich verschlechternde Lage der Jugend und macht „die Krise“ dafür verantwortlich. Sie verspricht für die Zukunft mal wieder Reformen, wirbt aber zugleich um Verständnis für „Sachzwänge“. Die konservativen dagegen leugnen die tatsächliche Verelendung der Jugend und machen die SPD für „zu hohe Ansprüche“ einer „verwöhnten Jugend“ verantwortlich, sie fordern eine Reorientierung von materiellen auf ideale Werte. In der Praxis kommt allerdings als bürgerliche Politik nicht über „Sprache hinaus“ bei gleichzeitiger Beibehaltung der von den Jugendlichen kritisierten Politik und ihrer Fortsetzung mit anderen Mitteln: den „politischen Präventivprogrammen für die 80er Jahre“, die von der CDU/CSU noch durch den Versuch der Mobilisierung einer „schweigenden Mehrheit“ unter den Jugendlichen ergänzt werden.

Wir wollen im Deckmantel der etablierten „Jugend“-Diskussion die Hauptlinien aufzeigen. Wir verzichten dabei im folgenden auf allzuviel Zahlen und Details, zumal die die Zusammenhänge z.T. eher verschleiern als erhellen. Wer mehr Details braucht, dem sei die Literaturliste empfohlen. In diesem Teil des Artikels soll die sozialliberale Argumentationslinie vorzuleben werden. Im zweiten Teil folgen die CDU/CSU-Linie und einige Schlussfolgerungen.



Parole der Zürcher Bewegung: Braucht das Packeis!

den ihre Lebensgrundlagen auf der Welt überhaupt zu zerstören. Dem stehen zur Zeit keine von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragenen Alternativen gegenüber. Dies auch nur dumpf zu empfinden, kann den einzelnen in eine innere Situation führen, in der nur noch Auflehnung als angemessene Reaktion erscheint.

„Prüfstein der Demokratie“

Unter dem Stichwort „Gefahren der weiteren Entwicklung“ redet die Kommission ihren Auftraggebern zu einigen Knackpunkten der Auseinandersetzung der Proteste mit der „Prüfung der Demokratie“. Im Interesse der Erhaltung der demokratischen Staatsordnung mußten einige Klippen unbedingt vermieden werden. Dies seien:

- 1.) Die „Gefahren der Bagatelisierung“ — die Unruhen nur als „normale“ Begleiterscheinungen des Erwachsenwerdens zu interpretieren,
 - sie zwar als „echte Probleme, aber nur als die von Minderheiten“ zu bewerten,
 - sie als „Werk von Drahtziehern“ oder „gewöhnlichen Kriminellen“ zu betrachten.
- Für „Teilerscheinungen“ könne eine solche Betrachtungsweise zutreffen: eine Verallgemeinerung aber unterschätze die „Tragweite“ und könne „die Probleme nur verschärfen“.
- 2.) Die „Gefahr der Repression“ — Die „gewaltsame Unterdrückung der Unruhen, auch mit legalen Mitteln“, löse das Problem nicht. „Ein Deckel vermag den Druck zurückzuhalten, aber darunter wird sich dieser verstärken, solange das Feuer schweht, das heißt, solange die Zustände anhalten, die Wut und Verzweiflung nähren. Repression ist insbesondere dort eine unadäquate Reaktion, wo als eine der Hauptursachen der Unruhen das Gefühl entsteht, dauernder Repression

ausgesetzt zu sein.“

3.) Die „Gefahr der Ghettobildung“: Die Forderung nach Autonomie sei nicht nur die Forderung nach selbstverwalteten Raum, sondern auch Freiraum in der Gesellschaft.

Dies sei „absolut gesetzt“ — im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung nicht realisierbar“. Mit einer „Autonomieinsel“ sei nichts gewonnen. Eine bloße „Freiraumpolitik“ führe „zu noch mehr Desintegration“ und zur „Ghettoisierung eines problembedingten, aber auch lebenswilligen und dynamischen Teils der Jugend.“

4.) „Gefahr der parteipolitischen Vermarktung“: Es bestehe die „Gelegenheit zur Propaganda für diejenigen Kräfte, die sich dafür nicht verantwortlich fühlen.“

5.) „Gefahr der Verdrängung der Zukunftssorgen“: Die Jugend-Unruhen hätten „in stark-

em Maße Angst ausgelöst ... Angst vor einer unruhigen Zukunft, Angst vor dem Zusammenbruch unseres Systems und dem damit verbundenem Wohlstandsverlust“. Das sei nicht Produkt eines Sommers, sondern gehe viel tiefer: „Es ist die Zukunftsangst, von der wir alle mehr oder weniger stark erfaßt sind, die Zukunftsangst, die sich vermutlich in nichts von der Zukunftsangst unterscheidet, die die Jugendlichen beunruhigt — außer darin, daß die Jugendlichen eine längere Zukunft vor sich haben, sozusagen die Zukunft länger werden anschauen müssen. Die Angst der Jugend macht Angst, weil sie auch unsere Angst ist.“

„Den Dialog suchen ...“

Die „Thesen“ schließen mit dem Appell: „Unsere Zukunft ist nicht von

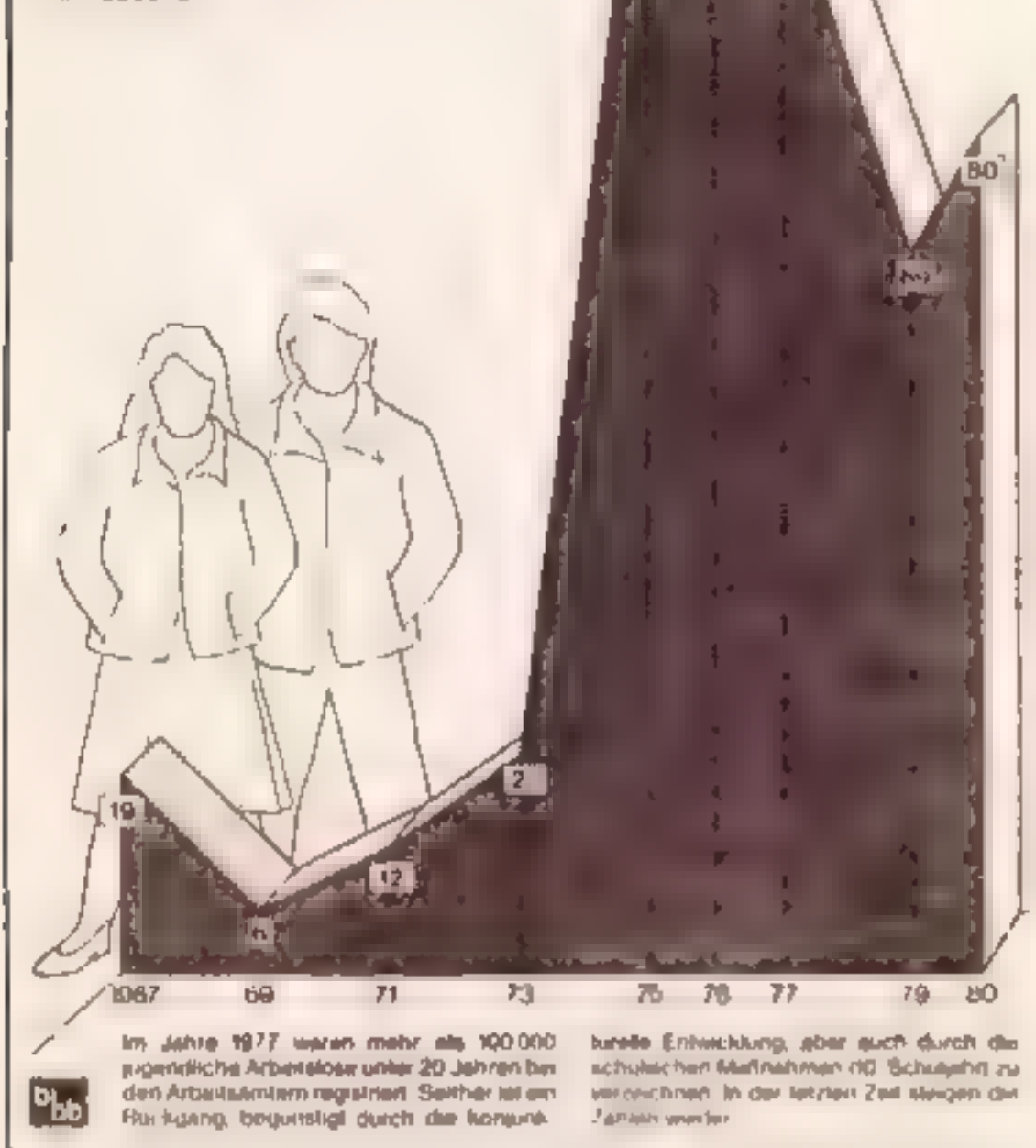
Arbeitslosigkeit Jugendliche nach Altersgruppen

Monat, Jahr	unter 20	20 - 25	über 25
9/1970	7 523	10 853	18 135
9/1971	11 729	17 272	29 001
9/1972	15 501	23 073	38 575
9/1973	20 980	30 041	51 003
9/1974	26 706	36 753	65 450
9/1975	30 703	48 268	88 971
9/1976	36 052	56 859	105 711
9/1977	41 753	67 620	129 373
9/1978	48 903	79 094	158 097
9/1979	56 649	94 458	191 115
9/1980	67 362	104 077	225 419
9/1981	75 949	121 873	267 822
9/1982	82 030	137 120	294 100
9/1983	82 030	137 120	294 100
9/1984	82 030	137 120	294 100
9/1985	82 030	137 120	294 100
9/1986	82 030	137 120	294 100
9/1987	82 030	137 120	294 100
9/1988	82 030	137 120	294 100
9/1989	82 030	137 120	294 100
9/1990	82 030	137 120	294 100
9/1991	82 030	137 120	294 100

Quelle: ANSA, Daten der Bundesagentur

Bei den Arbeitsämtern registrierte jugendliche Arbeitslose unter 20 Jahren 1967-1980

- in Tausend -



aus „Null Book“, VSA-Verlag, Hamburg

randalierenden Jugendlichen gefährdet, sondern von Krankheitsercheinungen unserer Gesellschaft, die Jugendliche zur Auflehnung veranlassen. Im Dialog mit Jugendlichen, die anders denken, und die vielleicht nur auf das sagen, was wir höchstens leben zu denken wagen, können wir möglicherweise an einer besseren Zukunft arbeiten.“

In den „Suchworten“ wurden dann die Kernaussagen für die „Möglichkeiten des Dialogs“ herausgehoben. Dieses Thema wird nicht nur in der Jugend, sondern auch in der Politik, und schließlich der Anspruch einer mo-

ausdrücklich den Anspruch einer moralischen Instanz zu erheben, die den Betreffenden im Sinne der demokratischen Spielregeln ins Gewissen redet. Gegen vorausgesetzte Vorwürfe der „Bewertungslosigkeit“ und des „Moralisierens“ gewandt, schrieb die Kommission bereits im Vorwort der „Suchworten“, sie wolle „nicht verschweigen, daß Jugendpolitik — vielleicht mehr als jede andere Politik — eine Frage der moralischen Lauterkeit ist“. Es komme darauf an, den Jugendlichen, der „weder Kind noch Erwachsener, sondern ein eigenständiges Drittes“ sei, in „gleichberechtigter Partnerschaft“ in die Gesellschaft „hineinzuwachsen“ zu lassen. Hauptaufgabe der Jugendpolitik sei, „die Integration der Jugend in die Gesellschaft zu fördern — wobei Integration nicht einseitige Anpassung heißen darf, sondern sich in der vorhandenen Gesellschaft zurechtfinden können. Dazu gehört auch, daß der jugendliche Möglichkeiten der Mitgestaltung findet“.

Es komme auch darauf an, „den Jugendlichen“ für seinen Anteil daran „verantwortlich zu machen“. An die Adresse der Kommunalpolitiker und „der Jugend“ gewandt, folgen Ratschläge wie:

- „Interessenkonflikte offen austragen“ damit nicht der „Eindruck der Reglementierung“ und des „Formalismus“ entsteht, die „Glaubwürdigkeit der Politiker“ wiederhergestellt werden könne.
 - „Autorität ja — Passade nein“;
 - „Rücksicht ja — Anbiederung nein“;
 - „Umdenken ja — Zickzack nein“;
 - „Realismus ja — aber auch Utopie“;
 - „kommunikativ“ sein, „Alltagsgespräche“ führen
 - „hellhörig“ sein („Die Kunst des Redens besteht darin, sich in die Situation des Zuhörers zu versetzen“);
 - „sich dem Konflikt stellen“;
 - „kooperativ und konkret“ sein („Das Gespräch ist nicht Selbstzweck ...“);
 - „bewegt und beweglich“ sein: „bewusst und offen“ sein
- Und was die Jugendlichen „grundsätzlich tun“ können, liest sich so:
- „Die Not der Erwachsenen sehen“ („Auch der Erwachsene sehnt sich nach Kreativität ... meist kann er es

nicht. Manche können es überhaupt nicht mehr“).

Interesse und Akzeptanz

„für die Nation und die Welt“

„Einsamkeit ausgleichen“

Endlich folgt als letztes Wort auf den Weg

„Gartenhage austreten“ (Gartenhage = Gartenraum = Akt)

„Jedermann sollte in einem Akt der bewußten Öffnung seinen Gartenhage aus und lassen“

„alle die sich dafür interessieren“

„in ihren Gärten ein“

„Dabei ist es nicht, aber es ist“

ist durchaus ernst, aber realistisch. Er ist nicht ganz wörtlich gemeint, schon nur deshalb, weil nicht jeder in der glücklichen Lage ist, über einen Garten zu verfügen.

Es besteht kein Grund, die Ehrlichkeit und Biederkeit der Verfasser/innen der „Thesen“ und „Suchworten“ in Zweifel zu ziehen. Sie machen deutlich die herrschenden Verhältnisse, die nicht eingehaltenen Reformversprechungen, die allgemeine Krisenentwicklung, die Fehler der Politiker für die Lage der Jugend verantwortlich und fordern Reformen statt Repression. Mehr noch: am Schluß des

Berichts schimmert unter den vorsichtigen Formulierungen sogar Gesellschaftskritik hervor. „Die Jugendunruhen zeigen, daß Ruhe und Ordnung nur noch zu Ruhe und Ordnung eines Teils unserer Gesellschaft geworden sind, nur noch einem Teil unserer Gesellschaft Freiheit gewähren. Dies ist mit unserer demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.“

Die regierenden Auftraggeber der Schweiz über, speziell der Stadtrat von Zürich, degradierten Analyse und Vorschläge der Kommission zu einem Feigenpapier, indem sie parallel zu deren Erscheinen die autonome Zürcher Jugendbewegung mit polizeilichen und juristischen Repressionen zerschlugen. Vor diesem Hintergrund wandelten sich auch die gutgemeinten Vorschläge der Kommission für ein kommunalpolitisches Demokratisierungsprogramm in eine blanke Verhöhnung der Jugendlichen, schrumpften die Reformvorschläge auf eine sozialdemokratische Spruchsammlung, zu der die Regierenden sich in der Öffentlichkeit zu schmücken liebten, während sie die darin enthaltene Aufforderung zur Änderung ihrer Politik von Polizeistafeln zerrissen ließen.

Die „Shell-Studie“

Als wissenschaftliche Untermauerung der „Thesen“ erschien nahezu zeitgleich, wenn auch erst später in der Öffentlichkeit bekannt geworden, im November 1981 die sog. „Shell-Studie“, eine umfangreiche Untersuchung des „Jugendwerks der Deutschen Shell“ mit dem Titel: „Jugend '81, Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder“. Die Studie lieferte das wissenschaftliche Anschauungs- und Datematerial mit dem die in den „Thesen“ für die Schweiz festgestellte Desillusionierung auch für die BRD belegt wird (Anm. 5).

Zunächst vermerkt die Studie, daß der „konventionelle Lebensentwurf“ seit Jahren „heftig umstritten“ sei und „nicht mehr allgemein praktiziert“ werde. „Auch die traditionellen Ziele der Gesellschaft“ hätten ihre allgemeine Verbindlichkeit verloren. Dagegen habe sich unter den Jugendlichen eine eigene vielfältige alltagskulturelle Praxis herausgebildet, in der die Jugendlichen ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen suchten.

Dabei müsse unterschieden werden zwischen „jugendorientierten“ Jugendlichen, die zur Abgrenzung

„von der Erwachsenenwelt“

„wachstumorientierten“ Jugendlichen,

die nach vorübergehender Protestphase zur Integration in die Erwachsenenwelt neigen (Anm. 6).

Bemerkenswertes Ergebnis der Studie, das besonders sozialdemokratische Gemüter zu hellem Entsetzen ansetzte, war die Feststellung, daß von den ca. 1000 befragten Jugendlichen „die Mehrheit die Zukunft pessimistisch sieht“ — bei gleichzeitiger Sympathie für Protestgruppen wie Ari, seitens der politisch Aktiven besonders für links-alternative Gruppen. Laut Studie schätzen 58 % der Jugendlichen die gesellschaftliche Zukunft als

„eher düster“, 42 % als „eher zuversichtlich“ ein (siehe Tabelle). Die Mehrheit der Jugendlichen glaube nicht mehr an die „natürliche Höherentwicklung“, für sie habe die „industrielle Zivilisation an Attraktion verloren“. Aus „Kindern der Hoffnung“, die Ende der 60er Jahre noch um „Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung debattiert“ hatten, sei eine „Generation der Geschöckten, aus dem selbstbewußten Wachstum in die Ungewissenheit und drohende Katastrophe Gestorbenen“ geworden, die im Rahmen der etablierten (Parteien) Verhältnisse keinen Ausweg aus der Krise mehr sahen. Am radikalsten sei der „Perspektivwechsel bei denen, die die Stützen des technologischen Fortschrittsgedankens waren: die gebildeten Kreise und die junge Generation. Beide Gruppierungen entwickeln sich von Trägern zu Kritikern der Industrietechnologie“.

Konkret kam die Studie zu der Feststellung: „Je optimistischer die Jugendlichen die weitere gesellschaftliche Entwicklung sehen, desto eher neigen sie der CDU/CSU zu, je pessimistischer sie eingestellt sind, desto stärker kommen bei ihnen die Grünen zum Zuge“. Paradox, aber wahr sei: „Die zuversichtlichen Jugendlichen sind politisch weniger interessiert. Sie gehören eher zu kommerziellen und unpolitischen Gruppen (Fußball-Fans, Discos, Fans usw.). Je bei ihnen gibt es eine spürbare Tendenz zum „Autoritarismus“, zur „Ausländerfeindlichkeit“ und zu einem „Law and Order-Denken“. Bei den Jugendlichen mit pessimistischer Zukunftserwartung führt der Pessimismus nicht dazu, daß sie die Hände in den Schoß legen und die schlimmsten Ansichten beklagen, im Gegenteil: sie nehmen häufiger an den neuen politischen Protestbewegungen teil, bzw. unterstützen diese (Hausbesetzer, Kernkraftgegner, Rock gegen-Rechts-Gruppen). Hier gibt es einen engen Zusammenhang von düsteren Zukunftsvorstellungen und Bereitschaft zur Kritik, zu Engagement, zum Widerstand, gibt es einen praktischen Optimismus angesichts einer allgemein für aussichtslos gehaltenen gesellschaftlichen Situation.“

Die Studie weist in diesem Zusammenhang auf ein weiteres „Paradoxon“ hin, nämlich auf den Widerspruch in den Befragungsergebnissen, wonach die Jugendlichen „Verwertung gegenüber der Umwelt“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

„als Lebensziel“

den Kurve individueller Lebenserwartungen, -ansprüche und -hoffnungen.

Die Studie selbst klärt dies „Paradoxon“ genauso auf, wie das zwischen „pessimistischem Zukunftsbild“ und „praktischem Optimismus“. Es ist aber wohl beides Ausdruck der Tatsache, daß die Proteste zunehmend auch Proteste derjenigen sind, die direkt von materiellen Verschlechterungen und konkreten Bedrohungen ihrer Existenz betroffen sind, die daher — selbstverständlich — mit ihrer Kritik am herrschenden System zugleich die Hoffnung auf ein persönliches Durchkommen, auf Änderung in den für sie über-schaubaren Bereichen oder auch auf politische Änderungen insgesamt verbinden.

Den etablierten Parteien, insbesondere der SPD, werden in der Shell-Studie unangenehme Zahlen und Trends präsentiert (siehe Tabelle). In der Kurzfassung der Studie (Anm. 7) heißt es dazu:

„Das Alarmierende dabei für die SPD ist: sowohl die Anhänger der Unionsparteien (konfessionelle Bindungen), wie die der Grünen haben klare gesellschaftliche Vorstellungen, neigen entweder zu konventionellen Lebensentwürfen (frühe Heirat, Kinder, Karriere) oder eben zu gegenkulturellen Vorstellungen. In dieser Polarisierung aber, die die Studie mit viel Details belegt, bleiben die Anhänger der SPD ohne ein klares Profil, was die Gefahr in sich birgt, zwischen diesen Strömungen zerrieben und schließlich vereinnahmt zu werden.“

Insbesondere die Kernaussage der Studie, nämlich: trotz ihrer Verzweiflung habe diese Jugend Hoffnungen bis hin zu alternativen Entwürfen, was gegenwärtig den Linken zugute komme, wurde vom gesamten bürgerlichen Lager als letzte Aufforderung begriffen, endlich „mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen“, um sie nicht den Radikalen zu überlassen: Bei der SPD unter dem Schlagwort von P. Olitz, „kleine Netze auswerfen“; bei der CDU/CSU mittels des „Jugendparteitags“ in Hamburg 1981 und in einer miserablen Inszenierung namens „Dialog der Partei mit der Jugend“ (Anm. 8).

Die SINUS-Studie

Als weiteres statistisches Material zur Lage der Jugend, das sich sozialliberale Politiker zunutze machen, erschien zur selben Zeit die „SINUS-Studie über

„die jungen Fremden“

Frage: Welche der folgenden Gruppen siehst du als die größten Gefahr für die Zukunft?	1. Die Krimis	2. Die Drogen	3. Die Rassen	4. Die Umwelt	5. Die Wirtschaft	6. Die Politik	7. Die Religion	8. Die Kultur	9. Die Wissenschaft	10. Die Kunst	11. Die Literatur	12. Die Musik	13. Die Sportarten	14. Die Freizeit	15. Die Medien	16. Die Technik	17. Die Industrie	18. Die Landwirtschaft	19. Die Fischerei	20. Die Forstwirtschaft	21. Die Energie	22. Die Wasserwirtschaft	23. Die Luftfahrt	24. Die Seefahrt	25. Die Raumfahrt	26. Die Astronomie	27. Die Biologie	28. Die Chemie	29. Die Physik	30. Die Mathematik	31. Die Informatik	32. Die Robotik	33. Die Gentechnik	34. Die Nanotechnik	35. Die Materialwissenschaft	36. Die Umweltingenieurwesen	37. Die Bauingenieurwesen	38. Die Maschinenbauingenieurwesen	39. Die Elektrotechnik	40. Die Informationstechnik	41. Die Wirtschaftsinformatik	42. Die Betriebswirtschaftslehre	43. Die Rechtswissenschaften	44. Die Sozialwissenschaften	45. Die Geisteswissenschaften	46. Die Naturwissenschaften	47. Die Ingenieurwissenschaften	48. Die Medizinalwissenschaften	49. Die Zahnmedizin	50. Die Veterinärmedizin	51. Die Pharmazie	52. Die Lebensmittelwissenschaft	53. Die Textilwissenschaft	54. Die Papierwissenschaft	55. Die Holzwissenschaft	56. Die Bergbauwissenschaften	57. Die Geowissenschaften	58. Die Geoökologie	59. Die Geochemie	60. Die Geophysik	61. Die Geobotanik	62. Die Geoarchäologie	63. Die Geoethnologie	64. Die Geoökonomie	65. Die Geoökologie	66. Die Geoökonomie	67. Die Geoökologie	68. Die Geoökonomie	69. Die Geoökologie	70. Die Geoökonomie	71. Die Geoökologie	72. Die Geoökonomie	73. Die Geoökologie	74. Die Geoökonomie	75. Die Geoökologie	76. Die Geoökonomie	77. Die Geoökologie	78. Die Geoökonomie	79. Die Geoökologie	80. Die Geoökonomie	81. Die Geoökologie	82. Die Geoökonomie	83. Die Geoökologie	84. Die Geoökonomie	85. Die Geoökologie	86. Die Geoökonomie	87. Die Geoökologie	88. Die Geoökonomie	89. Die Geoökologie	90. Die Geoökonomie	91. Die Geoökologie	92. Die Geoökonomie	93. Die Geoökologie	94. Die Geoökonomie	95. Die Geoökologie	96. Die Geoökonomie	97. Die Geoökologie	98. Die Geoökonomie	99. Die Geoökologie	100. Die Geoökonomie
---	---------------	---------------	---------------	---------------	-------------------	----------------	-----------------	---------------	---------------------	---------------	-------------------	---------------	--------------------	------------------	----------------	-----------------	-------------------	------------------------	-------------------	-------------------------	-----------------	--------------------------	-------------------	------------------	-------------------	--------------------	------------------	----------------	----------------	--------------------	--------------------	-----------------	--------------------	---------------------	------------------------------	------------------------------	---------------------------	------------------------------------	------------------------	-----------------------------	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------	------------------------------	-------------------------------	-----------------------------	---------------------------------	---------------------------------	---------------------	--------------------------	-------------------	----------------------------------	----------------------------	----------------------------	--------------------------	-------------------------------	---------------------------	---------------------	-------------------	-------------------	--------------------	------------------------	-----------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------	----------------------

aus „Diese jungen Fremden“, Jugendwerk der Deutschen Shell

rechtsextreme Einstellungen bei den Deutschen."

Ausgangspunkt der Studie waren: „Veränderungen im rechtsextremen Lager sowie in Teilen der Jugend, die in der letzten Zeit mit Besorgnis registriert wurden.“

- zunehmende rechtsextremistische Kriminalität und Terrorismus;
- steigende Auflagen offen nationalsozialistischer Propagandaliteratur;
- „Hitler-Weile“ an Schulen und Jugendheimen;
- wachsendes Bedürfnis nach autoritärer Identifikation in Teilen der Jugendkultur (Jugendsekten, Punk-Rock)

In der Studie hieß es, daß „rund 13 % der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential (zählen), das heißt, 13 % aller Wähler in der Bundesrepublik (...) über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild (verfügen)“

Den besonderen Ärger der CDU/CSU erregte die Studie mit der Behauptung, daß „autoritäre Tendenzen“ als „Brücken nach rechts“ bei weiteren 37 % der Bevölkerung sich an das „Meinungsbild des Rechtsextremismus weitgehend angeschlossen“, und zwar mit Meinungen, die im Grunde tragende Säulen des CDU/CSU-Konservatismus beinhalten, wie beispielsweise:

- „Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben.“
- „Ich finde, der Mittelstand — also Kaufleute, Handwerker und Bauern — sollte in unserem Staat die tragende Säule sein.“
- „durch den zunehmenden Luxus in unserer Gesellschaft werden die Menschen körperlich und geistig verseucht.“
- „der Wohlstandsegoismus zerstört das natürliche Empfinden für unsere Volksgemeinschaft“.

Weiterhin konstatierte die Studie, daß zwar „nur 5 % der 18-21-jährigen

zum rechtsextremen Potential“ gezählt werden könnten, gegenüber „im Schnitt 20 % bei den über 50-jährigen“, daß aber dennoch festgehalten werden müsse, daß quantitativ das „rechtsextreme Gewaltsympathiepotential damit dem linksextremen ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen sei“. Die CDU/CSU verstand die SINUS-Studie als Angriff gegen ihre Substanz und als politische Schützenhilfe für die SPD/FDP, sie schäumte aus allen Rohren gegen die „Demagogie“, die „unwissenschaftlichen Kriterien“ der Studie usw. Das sozialliberale Lager dagegen übernahm die Ergebnisse der Studie umstandslos; vor allem im Sinne der bekannten Parolen gegen den „Extremismus von links und rechts“ (Anm. 9).

Studie des Familienministeriums zur „alternativen Kultur“

Neben weiteren „Vertiefungen“ in Seminaren, öffentlichen Stellungnahmen etc. erschien im April '81 die erste offizielle Studie des Familienministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit unter dem Titel: „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ (Anm. 10).

Die Studie erhob den Anspruch, auf der Grundlage einer die „Thesen“ etc. für die BRD konkretisierenden Untersuchung erstmals mögliche Alternativen für eine Wende in der offiziellen Jugendpolitik zu entwickeln.

In dieser Studie wird der „Jugendprotest“ in leichter Verballhornung der Schweizer „Thesen“ sowie der Ergebnisse der Shell-Studie ziemlich umstandslos mit „Alternativbewegung“ gleichgesetzt und zur „Minderheitsgesellschaft“ in Abkehr und Gegensatz zur „Mehrheitsgesellschaft“ definiert — wobei „Mehrheitsgesellschaft“ gleichbedeutend mit dem Establishment der etablierten Parteien ist, während zur „Minderheitsgesellschaft“ al-

les gezählt wird, was irgendwie protestiert: von der Friedensbewegung bis zu den „lastendlichen K-Gruppen“ oder „neuem Spiritualismus“, von „alternativen Projekten“ bis (mit Abschwächungen) hin zu alternativen Läden.

Im übrigen ist die Studie ein verdünnter Aufguß der Schweizer „Thesen“, der Shell-Studie usw. Ein paar Bestätigungen und Konkretisierungen, auf die die Bonner Studie besonderen Wert legte, wollen wir aber besonders hervorheben.

So wird besonders betont, daß die heutige Alternativbewegung im Gegensatz zur 68er Bewegung ausgezeichnet sei durch „eigene Betroffenheit“ bzgl. „unterschiedlicher Krisenerscheinungen, Fehlentwicklungen und Mängel“. Die Aktivitäten zielen auf unmittelbare Änderung der Mißstände bis hin zu dem Entschluß, die Dinge alternativ selber in die Hand zu nehmen. „Im Unterschied zur 68er Generation, die von der Hoffnung auf umwälzende gesellschaftliche Erneuerungen getragen war, steht den Jugendlichen heute eher das „Wasser bis zum Hals“, sie sehen ihre Lebensgrundlagen, Umwelt, Arbeit, Wohnen bedroht. Das Vertrauen in den Staat, er könne diese Krise bewältigen, ist gering.“

Andererseits wird eine „unklare Bedeutung der Eigentumsfrage“ für „die Alternativbewegung“ festgestellt, eine „Veränderung der gesellschaftlichen Wertsysteme dahingehend, daß nicht mehr materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, sondern zunehmend der Lebensqualität die oberste Priorität eingeräumt werde“. Für die Alternativbewegung sei das Motto angesagt: „mit weniger besser leben“. Hieraus und besonders aus den z.T. unsozialen Verhältnissen und Einstellungen in den Alternativprojekten ergäben sich Widersprüche zur „klassischen Arbeiterbewegung“: die Alternativbewegung verhalte sich „ambivalent“ gegenüber den Gewerkschaften, während die Gewerkschaften „ihrerseits befürchten, daß von den gegenökonomischen Arbeitsplätzen aus eine Entwicklung einsetzen könnte, die die Bedeutung des Tarif-

plätzen aus dem Leben der Arbeiter könnte, die die Bedeutung des Tarifrechts und des Arbeitsschutzes für die Arbeitnehmererschaft schwächen könnte“ (S. 15). — Für Teile der Alternativbewegung dürfte das zutreffen; das aber für „die“ Alternativbewegung (zumindest noch in der Gleichsetzung zu Protestbewegungen) überhaupt zu behaupten, ignoriert die Tatsache, daß zunehmend auch andere Kreise in die Proteste hineingezogen werden, nämlich solche, die gar nicht die Möglichkeit haben, „auszusteigen“, sondern die nicht „einsteigen“ können. Die Studie des Familienministeriums unterschlägt diese Entwicklung trotz nachweislich besserer Kenntnis (Anm. 11). An ihr wird besonders deutlich, was auch für die „Thesen“ und die Shell-Studie gilt:

Sie konstatieren verwundert den Widerspruch zwischen dem/der Kulturrevolutionären und/der sozialistischen Aussteiger/in, der/die aus ideologischen Gründen, sozusagen freiwillig, den Materialismus der Wohlstandsgesellschaft hinter sich läßt, und dem/der Protestierenden, der/die sich für den Aufbau eines Jugendzentrums, für die Wahrnehmung seiner/ihrer demokratischen Rechte, für den Erhalt seines/ihrer Arbeits- oder Ausbildungsplatzes usw. einsetzt. Keine der Studien aber zieht die einfache Schlussfolgerung, daß sich hierin die explosive neue Mischung von früheren kulturevolutionären Minderheitenprotesten und den sich ausbreitenden sozialen Protesten ankündigt, wodurch die neuen Proteste eine enorme Verbreiterung und Vertiefung erfahren können. Für die merkwürdige Unfähigkeit der sozialliberalen Studien, insbesondere der des Familienministeriums, diese Entwicklung zu benennen, dürfte der Wunsch Vater und Mutter des Gedankens sein, zum einen das tatsächliche Ausmaß der Verelendung der Jugend (und anderer Schichten) trotz aller Selbstkritik zu verharmlosen; zum zweiten die Spaltungslinie zwischen Teilen der „Alternativbewegung“ und Werkstätten zu vertiefen.

Kommt hinzu, daß man trotz aller Statistiken tatsächlich nicht genau über die soziale Zusammensetzung der Szene beschied weiß. Gestützt auf die Shell-Studie u.a. kommt das Familienministerium lediglich bis zu der Einschätzung, daß zwischen 10 und 13 % der Jugendlichen der Alternativbewegung angehören. „bei Schülern und Studenten noch einige Prozentpunkte höher“. Im übrigen könne die Frage, ob es sich bei denjenigen „die ganz in der Alternativen Szene leben, vorwiegend um Studenten und Oberschüler handelt, ... nicht beantwortet werden“.

Von Interesse sind auch die Ausführungen zur Gewaltfrage: ausgehend von der Feststellung, daß das Vertrauen in den Staat, die Krise lösen zu können, geschwunden sei und daß die Mehrheit der „Aussteiger“ zunächst

versucht habe, „sich in die Gesellschaft einzubringen“, weist das Ministerium Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) zurück, wonach 10 % der jungen Menschen „Gewalt in der Politik“ bejahen. Es sei „fraglich, ob die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Anhängern der Alternativkultur überdurchschnittlich stark ausgeprägt“ sei. Da müsse differenziert werden, beispielsweise bzgl. der Hausbesetzer in 1. eine „stadtpolitische Fraktion“, 2. „Anarchaszenen“, 3. die „existenziellen Hausbesetzer“, 4. die „modischen Hausbesetzer“.

Als entscheidend wird postuliert: „Die Abwehr struktureller Gewalt des Staates“ ernt die Szene insgesamt. Dabei muß gesehen werden, daß das „Sichdurchsetzen gegenüber dem Staat“, bzw. das „jedenfalls nicht kampflos begeben“ im Hinblick auf die „geschuderten“ politisch-gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen bei früheren Einnahmeversuchen „subjektiv einen hohen Stellenwert hat“. Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt eine härtere Haltung des Staates in der Tendenz dahin, daß die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt in der Szene steigt und daß die Gewaltschwelle sinkt (Nürnberg!).

„Alternativen“

Im Stile der Schweizer „Thesen“, aber auch hier nur Plagiat, schlägt die Studie des Familienministeriums als „mögliche Schlussfolgerungen für die Politik“ ein Bündel von Reformen vor, deren auch nur teilweise Durchführung — so sieht sie aus — die politische Landschaft der BRD schon erheblich verändern könnte.

- Da die „Kritik der Aussteiger der Mehrheitsgesellschaft“ vorwerfe, die Grundwerte — persönliche Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit — nicht nur nicht zu verwirklichen, sondern eine dem entgegengesetzte Politik zu treiben, „gehe es jetzt „grundsätzlich“ um die Frage, „ob eine klarere Orientierung der großen Po-

litik wie der Kommunalpolitik an diesen Grundwerten möglich ist, ob diese Orientierung glaubhafter vermittelt werden kann und ob tatsächlich entgegenstehende Sachzwänge ihrerseits glaubhaft gemacht werden können“.

„... weiteren „politischen Ohnmachtserfahrungen“ entgegenzuwirken, sollte der Prozeß der politischen Willensbildung „transparenter gemacht“ werden.

- „Art und Weise der Politik“ sollte sich ändern, es „sollten Gespräche geführt Dialogformen gesucht werden, deren Ergebnisse sich in der praktischen Politik auch sichtbar niederschlagen“;
- „Die Dichte staatlicher Regelungen sollte vermindert, Zwänge und Bürokratie abgebaut werden“;
- „Die Fähigkeit zum Umgang mit solchen Minderheitskulturen ... muß entwickelt werden“;
- zur Entwicklung der „menschlichen Bedürfnisse“ sollten sich „Kirchen, politische Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte stärker einsetzen“;
- „Der Tendenz zu großräumigen Strukturen sollte entgegengewirkt werden“;
- „Nötig wären eine menschliche Schule, besserer Berufsübergang, Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot“;
- „Die Hilfen für die Familie sollten verstärkt werden“, damit die Eltern befähigt werden, „persönlich auf die Probleme ihrer Kinder einzugehen und Orientierung anzubieten“;
- „Kinder und Jugendliche sollten den nötigen Freiraum erhalten ... und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitgestaltung“.

Ein beachtliches Programm — sofern es auch nur annähernd umgesetzt würde!

Ein sozial-liberaler Knigge entsteht

Unbeschadet ihrer Mängel und ungeachtet des offenen Widerspruchs zwischen Wort und Tat avancierten die Schweizer „Thesen“ samt Ergänzungen und Plagiaten zum Knigge sozial-liberaler und regierungsoffizieller „Jugend-Diskussion“ in der BRD.

Als vereinheitlichte Sprachregelung kann gelten: die Jugend leidet unter der Krise; der Minderheitenprotest wird von der Mehrheit mit Sympathie bedacht, ist darüber hinaus sogar Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Mißstände; Staatsfeindlichkeit ist das einzige Band der Proteste; Repression ist kein Mittel zur Lösung, der Dialog ist notwendig.

In den Auseinandersetzungen der bürgerlichen Parteien über die geeignete Taktik zur Niederschlagung der

Hausbesetzerbewegung, der Anti-AKW Kämpfe, der Frankfurter Startbahn-Kämpfe gaben die „Thesen“ etc. die geeignete Munition für die von den Sozialliberalen propagierte „Berliner Linie“, die der „Nürnberger Linie“ der CDU/CSU als angebliche weiche Weile gegenübergestellt wurde. Mensch erregte sich die CDU/CSU-regierten Länder forderten die gewalttätige Zerschlagung der Proteste, insbesondere der Hausbesetzungen, die sie für den Untergang der Demokratie und das zerstörerische Werk herumreisender Terroristen erklärten.

Mit den Massenverhaftungen im Nürnberger KOMM wegen der bloßen Teilnahme an einer Demonstration zeigte man, daß der Rechtsstaat ggfs. auch durch seine Besetzung gerettet werden müsse. Die Innenminister der CDU-regierten Bundesländer stellten sich trotz der eindeutigen Rechtsbrüche hinter F.J. Strauß und Tandler und nahmen die Vorfälle in Verbindung mit der (trotz Verbot mit über 100.000 Menschen durchgeführten) Massendemonstration in Brokdorf sogar noch zum Anlaß, eine weitere Aufrüstung der Polizei (Gummigeschosse, CN/CS) sowie eine weitere Einschränkung des Demonstrationsrechts zu fordern und z.T. durchzuführen. Die sozial liberalen Innenminister verteilten das Nürnberger Vorgehen als übertrieben und ungeschickt; das vorhandene polizeiliche und gesetzliche Instrumentarium reichte zur Bewältigung der Proteste aus, in Westberlin versuchte Jochen Vogel mit einer Kombination von Dialog und polizeilicher Repression die Bewegung in den Griff zu bekommen (Anm. 12). Selbst Justizminister Schmude und Innenminister Baum versuchten, sich als Vertreter des „Dialogs mit der Jugend“ zu profilieren. Baum ging so weit, die „Thesen“ gegenüber den Terrorismus-Hysterien der CDU/CSU mit eigens vom BKA zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial abzustützen. Unter Berufung auf eine Analyse des BKA, die unter 3.000 registrierten Hausbesetzern und Hausbesetzerinnen nur 70 mit „TE-Bezug“

setzerinnen nur 70 mit „TE-Bezug“ festgestellt habe (wobei „TE-Bezug“ auch bloße Brief-Bekanntschäften, Knaus-Besuche bei „Terroristen“ u.a. bedeuteten), erklärte Baum, es gebe zwar eine „allgemein wachsende Aggressionsbereitschaft“ in der gesamten Gesellschaft, auch bei völlig apolitischen Anlässen wie z.B. bei Fußballspielen. Es habe auch „nie Zweifel dar an gegeben, daß an Aktionen, Demonstrationen in den Städten, bei Hausbesetzungen auch extremistische Gruppen beteiligt waren, auch einzelne aus dem terroristischen Umfeld. Aber kennzeichnend für die Gesamtsituation (ist), daß zwar die undogmatischen Gruppen eine Rolle spielen, aber die Hausbesetzerzene keine Führungspersönlichkeiten kennt, auch keine klaren Organisationsstrukturen. Das war etwa 1968 bei der Studentenbewegung mit dem SDS und Duitzke ganz anders“! Man könne die heutigen Proteste nicht mehr mit dem „einfachen Reaktionsmuster“ einer „Wiederbelebung der Terrorismusdebatte“ von 1977 erkl. gen. „Wir leben in einer Umbruchphase. Es geht um Orientierungen jenseits materieller Lebenserfüllung, zugleich aber auch um eine immer kritischer werdende Frage der gerechten Verteilung von Lebenschancen angesichts verschwindender Zuwachsraten. In diesem Umbruch verschärft sich der normale Generationsgegensatz ... Stichworte: konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit ... Wir sind in der Bundesrepublik an einer Stelle der Entwicklung angekommen, wo das Überdenken solcher Defizite durch materielle Wachstumserwartungen nicht mehr möglich ist ...“ („Innere Sicherheit“, Anm. 13 und 14).

Die regierungsamtliche SPD-Version ...

Selbst Feldwebel Helmut Schmidt holt es für passend, im Bundestag die „Thesen“ „allen zur Aufmerksamkeit zu empfehlen“, zugleich allerdings klarzustellen, was die SPD unter „Dialog“ versteht: Die Jugendlichen „massen getrieben werden, sich mit dem auseinanderzusetzen, was sie als Sachzwang beiseite schieben wollen ... Es muß ihnen erläutert werden, — und es darf ihnen dabei nicht nach dem Munde geredet werden — warum Verteidigung notwendig ist ... Das gilt für die ökonomischen Zusammenhänge nicht minder“ (Schmidt, „Die Jugend anerkennen“).

Schmidt holt es auch für richtig, das Stichwort „Angst“ aufzugreifen: „Ich habe selbst oft in meinem Leben Angst gehabt, verstehe die Angst der Jugend total und kann sie nachvollziehen. Aber es kommt doch darauf an, sich von seiner Angst nicht tölmachen zu lassen, sondern über sie hinauszugehen“.

Im Sinne Schmidts machte das Fam-

Forti. nächste Seite



Studentenrevolte 1968. Weitgehend vom System aufgesaugt

Foto: dpa



Jugendrevolte heute. Tiefergehende Systemkrise

Foto: dpa



Arbeitslose Jugendliche. Monolog statt Dialog?

Foto: Wolfgang Staeger



Westdeutsche Alternativblätter: Monatlich 1,6 Millionen Exemplare

(aus „Spiegel“ 13/81)

(aus „Spiegel“ 13/81)

linnenministerium nach der Verfall seiner ersten Vorlage im Bundesrat (Anm. 16) im Dezember 81 einer zweiten Auflage. Zwar wird in dieser Studie (Gallager) in der Bundesrepublik heute „Ausdruck oder Verweigerung“ der Sprache regierung der „Theorien“ und der ersten Studie eingeführt, die sich auf den von Schmitt und anderen geforderten „Realismus“ zugeschnitten, mit dem die gesellschaftskritischen und reformistischen Ansätze der früheren Texte weitgehend zurückgenommen werden.

— Zur Friedenspolitik

„Viele und vor allem junge Bürger sehen den Frieden zu Recht auf neue ernsthafte Bedrohung. Es ist deshalb unbedingt auf dem politischen Vorrang der Rüstungskontrolle und dem Abbau der Rüstungen zu beharren und sich gegen Versuche zu wehren, in der Sicherheitspolitik vor allem militärstrategischen Gesichtspunkten den Vorrang zu geben. Man darf aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß eine pazifistische Haltung zwar menschlich verständlich, in einer nichtpazifistischen Umwelt jedoch lebensgefährlich ist.“

— Zur Arbeitslosigkeit

„Jeden einzelnen Bürger vor Not zu bewahren und ihm die solidarische Hilfe aller zuteil werden zu lassen, ist Aufgabe des sozialen Netzes. Sein Sinn kann jedoch nicht darin liegen, auf Dauer ungelöste Strukturprobleme des Arbeitsmarktes zu finanzieren.“

— Zur Bildungspolitik

„Das erreichte Niveau der Abschlüsse im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung darf nicht gesenkt werden, auch wenn unter den gegebenen Bedingungen ein Verdrängungswettbewerb der weniger Qualifizierten durch die besser Qualifizierten stattfindet. Wir müssen Abschied nehmen von der traditionellen Vorstellung, daß bestimmte Abschlüsse auch bestimmte Einkommen garantieren. Solchen Erwartungen muß auch bei jungen Menschen entgegengewirkt werden. Der Wert von Bildung sollte nicht auf ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden.“

— Zum „Sozialstaat“

Schon beinahe komisch angesichts der Sparprogramme im sozialen Bereich klingt der Aufruf, es müsse der „Angst vor allem vieler Jugendlicher“ entgegengewirkt werden,

„daß mehr soziale Sicherheit den Jugendlichen mit einem immer höher werdenden Netz staatlicher Kontrollen“, die durch massive verschiebte nachgedacht werden, wie die „sozialen Dienstleistungen (neue) organisiert werden können“, wie „Münche Großbürokratie des Sozialstaats durch dezentrale und mitbestimmte Strukturen ersetzt werden“ könnten.

„Der Staat war weder in der Vergangenheit noch kann er in der Zukunft der gelebte Dienstleistungsbetrieb sein, der für die Probleme in allen Lebenslagen die Lösungen frei Haus liefert.“

— „Mehr Freiheit für die Jugend“

„Jugendlichen sollten Freiräume zugestanden werden etwa in selbstverwalteten Jugendzentren. Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitarbeit sollten den Jugendlichen im konkreten Alltag geboten werden.“

„Den jungen Menschen wird aber auch gesagt werden müssen, daß die Hinwendung auf den eigenen Erlebnisbereich nicht zu Ignoranz und Apathie gegenüber Politikereichen führen darf. Die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Jugend schließt die Verantwortung der Jugend für die Gesellschaft, deren Teil sie ist, mit ein.“

Hose runter!

In der Praxis bedeutet das nicht nur die Fortsetzung der für die Proteste ursächlichen Politik, sondern sogar noch Verschärfung.

Das gilt für alle bundespolitischen „Sachfragen“ von der „Friedenssicherung“ über die Arbeitsmarktpolitik, Sozial- bzw. Sparpolitik usw. Lediglich im Bereich der „Inneren Sicherheit“ könnten die ausdrücklichen Bekundungen, nicht auf Repression, sondern auf Mitverantwortung in der kommunalen Politik setzen zu wollen, den Eindruck erwecken, als solle hier eine Neuorientierung nach dem alten Brandt-Motto „Mehr Demokratie wagen“ eingeleitet werden.

Aber die Kommunalpolitik, die der Ort der Wahrheit für alle Versprechungen auf eine Wende in der Jugendpolitik ist, bringt das Gegenteil an den Tag. Dort finden auch in sozialdemokratisch regierten Ländern, Städten und Gemeinden die bundespolitischen Richtlinien der „Friedenssicherung“

nach außen und der „Sparpolitik“ nach innen ihre Fortsetzung in der Einschränkung der Möglichkeiten der Jugendlichen:

- angefangen bei weiter steigender Jugendarbeitslosigkeit;
- Einsparungen im Bildungsbereich;
- Einsparungen im Kinder- und Jugend-Freizeitbereich mit der Folge von Verwahrlosung, Überfüllung, ggf. Schließung von Heimen und Freizeiteinrichtungen;
- Einsparungen bei freien Trägern im Sozialbereich, Behinderung des Auf- und Ausbaus autonomer Jugend-Freizeiteinrichtungen, aktive und massive politische Verbindung von in diesem Zusammenhang vorgenommenen Besetzungen;
- Einsparungen im Kulturbereich;
- demgegenüber: finanzielle und personelle Aufstockung des polizeilichen „Jugendschutzes“, Ausbau von Drogen-Knast usw.

Im wahrsten Sinne das schlagendste Beispiel für die praktischen Konsequenzen der „neuen“ Jugendpolitik der SPD ist Hamburg. Hamburg zeigt gerade gegenwärtig, wie die Ergebnisse langjähriger Krisen- und Sparpolitik im Jugendbereich, nämlich u.a. soziale Unruhen in Gestalt der Punks, Skins und rechter Jugendbanden politisch — auch ganz ohne „Dialog“ — bewältigt werden sollen.

Während die Hamburger SPD sich beispielsweise in den Tolerierungsgesprächen mit der GAL für außerstande erklärte, für die mehr als 16.000 arbeits- und ausbildungspolitischen Jugendlichen ein effektives Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen, während die Ratschläge im Bildungsbereich, im Sozial- und Freizeitbereich die Jugendlichen ohne Ausbildung und Arbeit auf die Straße treibt, die Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen usw., — steckt dieselbe SPD die Jugendabteilung der Polizei für einen „Modellversuch zur präventiven Arbeit der Polizei in Hamburger Schulen“, sowie insgesamt den Jugend-Überwachungsapparat auf.

Dieser Polizeiparagraf wird gegen Punks und linke Jugendliche offensiv eingesetzt. Wenn Linke zusammen mit betroffenen Jugendlichen Abhilfe fordern, spricht die SPD-Führung von „Funktionalisierung der Jugendlichen für politische Gruppen“. Gleichzeitig wird der Einfluß nazistischer Gedankenguts und die organisierte nazistische Rekrutierungsarbeit unter den Jugendlichen und die organisierte nazistische Rekrutierungsarbeit unter den Jugendlichen (Jugend-Exzellenz) — wie früher die NPD — gegen Proteste in Schutz genommen.

Nutzen, was zu nutzen ist

In der Jugend-Debatte und Politik der SPD zeigt sich der Widerspruch zwischen linkem Programm und rechter Politik, zwischen durchaus glaubhaft vorgebrachter Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen der herrschenden M.B.-Verhältnisse und des dahinterstehenden Systems einerseits und der praktischen Politik im Interesse der Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse andererseits. Die z.T. sehr kritischen Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, was getan werden könnte und müßte, um der aktuellen und langfristigen Krise im Interesse der Bevölkerung entgegenzuwirken, anders ausgedrückt: sie zeigen, was die (sozialliberalen) Politiker tun könnten, wenn sie wollten. Darin liegt ein unbestreitbarer Verdienst der diversen Experten und im übrigen auch der links-sozialliberalen Argumentation. (Übrigens ist es nicht ganz uninteressant zu sehen, daß die Verfasser/innen besagter Analysen heute in der Regel genau die kritischen Köpfe sind, die die SPD/FDP aus der 68er Bewegung integrierten konnte.)

Unter den Händen rechter SPD-Politiker wie Schmidt, dem Hamburger Innenminister Fawelczyk u.a. allerdings verwandelt sich die Kritik am System in eine Kritik an der „Larmoyanz“ (sich selbst bemitleidender) Jugend, die Einsicht in die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen in die Notwendigkeit der Effektivierung der bisherigen Politik, der „Dialog mit der Jugend“ in die Disziplinierung der Jugend. Das von diesen Leuten zur Schau getragene Verständnis für die Not der Jugend soll dazu dienen, die Folgen der kapitalistischen Krisen-, Spar- und Kriegsvorbereitungspolitik besser als „Sachzwang“ statt als Fehler des Systems verkaufen zu lassen.

Zitate aus den Analysen werden benutzt um selbstkritische Reflexion, Selbstzweifel und Reformwille vorzutäuschen.

Diese Politik soll die systemsprengende Kraft der politischen und sozialen Proteste „der Jugend“ noch einmal ins System integrieren — nur daß sie im Unterschied zu 1968/69 materiell nichts anzubieten hat und auch nichts anbieten will.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich an dieser Politik nach dem Machtwechsel wesentliches ändert: zum einen hat die SPD auch nach dem Regierungswechsel ihre grundsätzliche Linie bekräftigt, zum anderen ist die Praxis der Jugendpolitik ohnehin Kommunalpolitik, wo die SPD auch zukünftig noch an vielen Orten zuständig bleiben wird. Der Wechsel der SPD in die Opposition könnte aber all den Kräften Auftrieb geben, denen an einer konsequenten Reformpolitik gelegen ist. Mit diesen Kräften zusammen könnten auch die vorliegenden Jugend-Reformprogramme in der öffentlichen Diskussion als Arbeitsgrundlage und als Druckmittel gegen die SPD-Rechte und gegen die CDU/CSU-Politik eingesetzt werden.

Jugend

no future
fünf vor zwölf
spätestens
in sechs bis acht Jahren
sagen die jungen
leute lachend
beim fernsehgespräch
sie finden es
komisch
heute zu spekulieren
was in acht Jahren
sein wird

ke 15.2.82

Literatur und Anmerkungen

- 1) „Jugend und Politik“ von M. Schmidt, herausgegeben von der Bundesregierung, Bonn 1978.
- 2) „Jugend und Politik“ von M. Schmidt, herausgegeben von der Bundesregierung, Bonn 1978.
- 3) „Das ist ein Prüfstein für das Funktionieren unserer Demokratie — Thesen zu den Jugendfragen 1980“ aufgeführt von der eigensinnigen Kommission für Jugendfragen, veröffentlicht in JH 12.2.81.
- 4) „Suchworte zum Dialog mit der Jugend“ Zusammenfassung von der eigensinnigen Kommission für Jugendfragen, September 1981, herausgegeben vom Bundesamt für Kulturpflege Bonn.
- 5) „Jugend 81 — Lebenswirklichkeit, Alltagskultur, Zukunftsbilder“ herausgegeben von Jugendwerk der Deutschen Shell AG, Hamburg 1981 Band 1, 2; außerdem Kurzausgabe „Jugend und Fremde“, vertrieben von der Deutschen Shell.

Die vorliegende Studie ist keineswegs die erste, sondern lediglich die aktuellste Jugendstudie, die im Auftrag der Shell AG seit Jahren hergestellt werden. Die Shell AG rühmt sich im Vorwort: „bereits seit 30 Jahren im Gespräch mit den Jugendlichen haben wir bereits hergestellt. Die vorliegende Studie begrenzt ihre Fragestellung und Fragestellung allerdings erstmalig nicht auf bestimmte Verhaltensweisen, Meinungen usw. zu einem begrenzten Thema wie z.B. die Studie von 1980 zu „Einstellungen der jungen Generation zu Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung“, sondern fragt generell nach Lebensentwürfen usw.“ — da durch unterschneidet sich das Ergebnis der Studie erheblich von vorhergehenden und vergleichbaren anderen Erhebungen von INPES, EMNID usw.

So kann beispielsweise die „Jugend-Studie“ nach dem Ergebnis, daß die Jugendlichen Staat und Wirtschaft überwiegend positiv sehen und zufrieden seien, während die jetzige Studie das genaue Gegenteil herausbringt. Mit Sicherheit haben sich die Einstellungen der Jugendlichen innerhalb eines Jahres nach derart radikal gewandelt — auch wenn erhebliche Sprünge denkbar sind und angesichts des raschen Verfalls der SPD-FDP-Koalition. Es zeigt sich, daß das Ergebnis demokratischer Erhebungen in erheblichem Umfang vom Ausgangspunkt der Befragung abhängt.

Insgesamt ist es einleuchtend, daß sich an dieser Jugend der herrschenden Schicht und Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend erlebe aufgrund ihrer früheren und z.T. ganz anderen Konfrontation mit dem Arbeitsleben den jugendlichen Autoritätskonflikt eher als grundsätzlichen Konflikt mit Kapitalist und Staat, der nur mit dem Lohnarbeitsverhältnis selbst aufgehoben werden könne. Bei ihnen treibe der Familienkonflikt nachweislich hinter diesen Konflikt zurück.

Die Jugend der herrschenden Schicht dagegen (bzw. die aufsteigende studierende Jugend) erlebe den jugendlichen Autoritätskonflikt in der Regel am Elternhaus als dem Geißelherd, was zu einem begrenzten Autoritätskonflikt führe, der zwar wesentlich länger andauere als bei Arbeiterjugendlichen, aber weniger grundsätzlichen und mit Ende des Studiums, der Ausbildung usw. in der Regel beendet sei. Lessings und Liebels Attitüde führten daher nur zu einem unfruchtbaren Streik in Päd. (M.B. 82) zwischen ihnen und den Autoren der Studie, weil auch sie bisher nicht in der Lage waren, ihre Kritik des bürgerlichen Jugendtypus auf eine konkrete Analyse der konkreten heutigen Proteste zu gründen.

Ein weiteres empirisches Eindringen entlang ihrer Arbeitsergebnisse könnte aber sicher sehr hilfreich und interessant sein, um die Entwicklungslinien der aktuellen und sich abzeichnenden Proteste genauer zu erkennen.

7) siehe 5.
8) Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Dokumentation der CDU-Bundeschäftsstelle: „Die CDU im Gespräch mit der Jugend“, erschienen ca. ein halbes Jahr nach dem Jugendparteiabend der CDU in Hamburg vom 2. 3. November 81, wo von ca. 400 geladenen Jugendlichen seitens der CDU der „Dialog mit der Jugend“ eingeleitet werden sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die CDU nach eigenen Angaben durch Diskussionsveranstaltungen Gespräche mit „Spitzenpolitikern“ usw. 15.000 Jugendliche „angesprochen“, Gernommen an den 30.000 Mitgliedern der JU scheint das nicht viel; immerhin aber fanden diese Aktivitäten u.a. statt des üblichen J.L.-Aktivitäten statt, und außerdem umfaßt der eigentliche Berichtsbereich der Dokumentation nur 3-4 Monate.

9) „5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben...“ — Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen“, herausgegeben von Edmund Ditt, Jororo 81, sog. nach dem Heidelberger sozialwissenschaftlichen SINUS-Institut. Ähnlich wie die Shell-Studie „B.“ bediente sich die SINUS-Studie erstmals neuer Befragungsmethoden, in denen nicht nur nach bestimmten „sozialpsychologischen“, „sozialhistorischen“ oder „soziologischen“ sog. umfassen Kriterien eine „Faschismuskarte“ aufgestellt wurde, sondern nach Angaben des Instituts erstmals in der Faschismusanalyse mit „Schlüsselwörtern“ gearbeitet wurde, die ein umfassenderes „inventar rechtsorientierter Inhalte“ und „Einstellungen“ auszuferfordern. Daß eine exakte Bewertung dieses „inventar“ recht problematisch ist, liegt auf der Hand; insofern dürften die Angaben nur als Tendenzangaben verstanden werden.

10) „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“, erstmals veröffentlicht als Druckache des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit im April 81. Zweiteveröffentlichung nach Verlage im Bundesrat zusammen mit einer Studie des Bundes für die Jugend, die im April 81 veröffentlicht wurde. Diese Studie ist in der Bundesregierung derzeit vor dem Parlament in „Das Parlament“ Nr. 8, 20.8.82.

11) „Jugend und Politik“ von M. Schmidt, herausgegeben von der Bundesregierung, Bonn 1978.

12) siehe dazu AK 200, (Nürnberg und Weiden) — zwei Taktiken des Staates“.

13) „Innerer Sicherheit“ Nr. 57, 4.3.81, plakatartig handelt es sich um den Ausdruck einer Intervista, das Baum dem katholischen „Deutschen allgemeinen Sonntagsblatt“ gab.

14) Ein Jahr zuvor hatte Baum in seinem Gespräch mit dem Ex-Terroristen Hans-Michael Maier das Ziel seiner „Dialoge“ noch allein mit der klassischen Ausreißer-These formuliert: „Zu verhindern, daß immer mehr junge Menschen austragen, daß viele sterben an der Sehnsucht nach Geborgenheit, die sie in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht finden; daß sie eine der drängendsten Herausforderungen der achtziger Jahre — aus „Der Minister und der Terrorist“ (Spiegel) — Buch 1980;“

15) H. Schmidt: „Die Jugend anerkannt“ eine Sammlung von Reden Schmidts zum Thema Jugend herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1981.

16) Trotz aller verbalen Zustimmung seitens regierender Sozialliberaler zu den „Themen“ und trotz hoflicher Lobhudelei gegenüber der ersten Studie des Bundesfamilienministeriums wurde diese bei ihrer Vorlage im Bundestag im September 81 bereits von Mitgliedern der eigenen Fraktion ziemlich ruppig gekippt. P. Glotz „angenehm kritisch“, daß man ja wohl die Alternativbewegung nicht einfach mit dem Jugendprotest gleichsetzen könne, sondern differenzieren müsse. Der ehem. Generalsekretär der FDP, Verheugen, erwiderte die „Entscheidung“ gar als „abgebaute Schlagworte“ und forderte: „nicht mehr über den Dialog zu reden, sondern damit zu beginnen“ — redete aber dies selbst dann reichlich darüber u.a. forderte er eine Untersuchung, wie weit die Aufbauarbeit der Alternativbewegung für die Stabilisierung der politischen Verhältnisse genutzt werden könne.

CDU und CSU benutzen die Studie ohnehin nur um ihre eigenen Vorstellungen davon zu propagieren und — wie Schmidt — mehr Realismus zu fordern. Es fand sich niemand, der die Studie in ihrem Kern verteidigen mochte. Darin war sie gescheitert. Es folgten dann auch die zweite, von reformistischen Vorstellungen weitgehend gereinigte Fassung des Familienministeriums im Winter 81 und zum anderen die Einsetzung einer interfraktionellen Enquete-Kommission unter Leitung von Mathias Weismann (CDU, Junge Union), die im Mai 82 einen ersten Zwischenbericht vorlegte (Dazu mehr im zweiten Teil des Anhangs).

F., Antifa-Kommission

Das Kapital an der Macht

Die amerikanische Arbeiterklasse unter Reagan

Die USA befinden sich seit einigen Jahren in einer ihrer schwersten ökonomischen Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dies ist weithin bekannt. Wie sich allerdings die Politik der Reagan-Regierung zur Lösung dieser Krise durch eine gigantische Aufrüstung und einen an frühkapitalistische Zeiten erinnernden Sozialabbau für die Masse der amerikanischen Bevölkerung darstellt, bleibt weitgehend unbeachtet. Doch die Trennung in Nutznießer und Opfer dieser Krise ist ebenso deutlich wie vor über fünfzig Jahren.

Die aktuelle Krise konzentriert sich vor allem auf den Osten und den mittleren Westen der USA, wo die Verelendung rapide zunimmt. Dagegen erscheint Kalifornien im Westen als das Paradies der Kapitalverwertung, da hier die Zukunftstechnologien Mikroelektronik und Biotechnologie in Verbindung und teilweise direkter Verknüpfung mit 80% der US-Rüstungsindustrie konzentriert sind.

Generell lassen die Strategien der US-Kapitalisten für die Lösung ihrer inneren Probleme viele Parallelen mit den Wortführern der „notwendigen Erhöhung der Eigenverantwortung“ als Parole für die Demontage von Sozialleistungen und die Verelendung in der BRD kennen. Es wird deutlich, woher die Herren Lambsdorff, Schmidt, Kohl und Co. ihre Anregungen beziehen. Vieles davon scheint auf den ersten Blick hier in Europa und besonders in der BRD unmöglich zu sein; doch gibt es zahlreiche Beispiele, daß auf betrieblicher Ebene ähnliche oder gar gleiche Entwicklungen bereits durchgesetzt werden. Daher soll der Artikel auch den Blick für die Entwicklung in der EG bzw. der BRD schärfen.

der immer noch goldene Westen

Der Aufschwung der amerikanischen Elektronikindustrie begann vor 60 Jahren im Süden der Bucht von San Francisco im „Silicon Valley“. Das Silicon ist der Grundstoff für Halbleiter, die Bausteine der Mikroprozessoren. Innerhalb von 20 Jahren hat sich hier die Bevölkerung verdoppelt.

Interessiert an den Mikroprozessoren sind in erster Linie die Militärs. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gab das Pentagon jährlich 3 Mrd. US-Dollar für die Elektronikforschung aus. Die Anwendung der Mikroelektronik ist von der modernen Waffenentwicklung nicht mehr zu trennen. Die Zielgenauigkeit der Interkontinentalraketen ist ebenso ein Erfolg dieser Technologie wie die Konstruktion der „Cruise Missile“ und des „AWACS“-System. Darüberhinaus wird die Mikroelektronik eingesetzt, um sogenannte automatische Gefechtsfelder zu entwickeln, die mit automatischen Waffensystemen ihre Feindobjekte selbst erkennen können. Natürlich ist auch eine Kriegsführung im Weltraum — wie sie durch die Entwicklung der „Space Shuttle“ eingeleitet wurde — ohne den Einsatz von Mikroelektronik undenkbar.

Allein im „Silicon Valley“ arbeiten 200.000 Menschen für diese Industrie, davon 85% Frauen. Nahezu die Hälfte kommt aus Ländern der Dritten Welt. Obwohl sie alle Kittel tragen wie Chirurgen und an Mikroskopen arbeiten wie Wissenschaftler, übersteigt ihr Gehalt nur knapp den Mindestlohn, und sie machen vor allem Montagearbeiten. Der Unterschied zu den Fließbandarbeitern von Detroit liegt nur darin, daß sie den ganzen Tag vor dem Mikroskop sitzen — und daß man sie hindert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Ingenieure und Manager hingegen sind

det. In Asien sind 200.000 Menschen in dieser Industrie beschäftigt, fast ausschließlich angelernte Arbeitskräfte. Die meist unverheirateten Frauen im Alter von 16 bis 26 Jahren müssen häufig die Unterbringung in Gemeinschaftsbaracken hinnehmen. Ihr Wochenlohn lag 1979 zwischen 34 und 46 US-Dollar (25 bis 33% des US-Durchschnittslohns) und die Monatsmiete in den Baracken beträgt 37 US-Dollar.

Montagestätten für Mikroprozessoren befinden sich u.a. in Thailand, Indonesien, Taiwan, Südkorea, Singapur, Hongkong, Malaysia und auf den Philippinen.

Die Krise im Osten und Mittelwesten

Ganz anders als im Westen, wo die zukunftsorientierten Industrien beherrscht sind, trifft die ökonomische Krise im Osten und Mittelwesten der USA auf wenig Widerstandskraft. Die Betriebsstillegungen — besonders im Textil-, Stahl-, Gummi- und Automobilsektor — sind ohne Zahl. Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind Detroit, Pittsburgh und New York. In den Zentren entstehen entvölkerte Gasterstädte. Die Städte verarmen und die öffentlichen Dienste werden praktisch eingestellt. Die Armutsrate steigt ständig und hat den höchsten Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Nach offiziellen Angaben gibt es in den USA mittlerweile 29,3 Millionen „Arme“ mit einem jährlichen Höchstlohn von bis zu 4.000 DM. Weitere 14 Millionen Menschen leben unter dem Existenzminimum. Von den Hauptproblemen dieser Massenverarmung — Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und schlechte medizinische Versorgung — sind vor allem die ethnischen Minderheiten betroffen.

Die Arbeitslosigkeit in den USA hat bereits die 10-Millionen-Marke überschritten, was zuletzt 1941 der Fall war. Dazu kommen jedoch noch 1,3 Millionen, die die Arbeitssuche aufgegeben haben, und in den offiziellen Statistiken nicht mehr geführt werden, sowie 5,7 Millionen, die „aus ökonomischen Gründen“ gezwungen wurden, nur noch halbtags zu arbeiten.

Die Arbeitslosigkeit ist unter den Farbigen doppelt so hoch wie unter den Weißen, bei den Jugendlichen erreicht

zu Niemandsland: Krankenhäuser, Schulen, Feuerwachen und Polizeistationen werden geschlossen, die Geschäfte ziehen weg, der Nahverkehr wird eingestellt.

Das Kapital kriegt Beine

In der Stahlstadt Youngstown/Ohio wurden zwischen 1977 und 1980 bei der Schließung von vier Fabriken 10.000 Menschen arbeitslos. Als die US-Stahlindustrie durch versäumte Modernisierungen gegenüber der japanischen und westdeutschen Konkurrenz ins Hintertreffen geriet, sollten die Arbeiter Lohnkürzungen hinnehmen. Die Arbeiter weigerten sich — und die Stahlmanager zogen das Kapital aus der Stadt ab.

Ein Gewerkschaftsanwalt meinte dazu: „Es ist nicht so, daß die US-Stahlindustrie nicht rentabel wäre — ein Bericht der US Steel zeigt sogar im Gegenteil, daß die Kosten hier die niedrigsten der Welt sind, aber sie ist nicht so profitabel wie die Petrochemie oder die Wohnungsspekulation“.

Zwischen 1975 und 1979 tätigte der Multikonzern „US Steel“ im Durchschnitt 37% seiner Investitionen in anderen als dem Stahlbereich. In dieser Zeit fiel sein Anteil an der Stahlindustrie auf 13% und stieg bis auf 80% in anderen Bereichen. So eröffnete US Steel 1979 in der Nähe von Pittsburgh ein riesiges Handelszentrum, und einige Wochen nach der Schließung ihrer Werke in Youngstown wurde ein Vertrag mit dem Chemie-Giganten Tenneco über die Errichtung einer Superfabrik in Houston unterzeichnet. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates erklärte dazu in der New York Times: „Das verfügbare Kapital muß da angelegt werden, wo es am meisten einbringt“.

Das Kapital wandert also nicht nur zwischen den Branchen, sondern auch regional. Auf dieser Wanderung gingen allein 1969 bis 1976 15 Millionen Arbeitsplätze verloren. Der Effekt ist hauptsächlich an der Ostküste der USA nachzulesen, aber auch der Süden, der anfangs von der Mobilität des Kapitals profitierte, wird zunehmend zum Opfer der aktuellen „Umverteilungspolitik“. Es ist nicht selten, daß ein Betrieb, der erst kürzlich im Westen angesiedelt wurde, in einen anderen Teil Kaliforniens verlegt wird, weil dort das In-

Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter 500 solcher Betriebe gibt es allein in New Yorks Chinatown, ebenso viele in der Bronx und weitere in Queens und auf Long Island. Die Reagan-Regierung fördert das Wiedererscheinen durch Aufhebung gesetzlicher Einschränkungen, die um die Jahrhundertwende diese grenzenlose Ausbeutung erheblich vermindert hatten. Opfer dieser Ausbeutung sind heute wie damals vornehmlich illegale Einwanderer: Mexikaner, Haitianer und Asiaten, die ohne Einwanderungspapiere in die USA gekommen sind.

Die Situation der arbeitenden Frauen

Die meisten arbeitenden Frauen sind gezwungen, sich ihr Geld zu verdienen oder dazu zu arbeiten. 1979 waren 66% von ihnen Alleinlebende, Witwen, Geschiedene oder aber Verheiratete, deren Männer weniger als 800 US-Dollar im Monat verdienen. Die Frauen repräsentieren heute mit 45 Millionen knapp die Hälfte der Arbeitskräfte und ihre Bedeutung nimmt ständig zu. In den letzten zehn Jahren kamen 13 Millionen Frauen neu auf den Arbeitsmarkt gegenüber 9 Millionen Männern. Aber sie sind auch immer weniger, die zuerst entlassen werden, und ihr Verdienst beträgt durchschnittlich nur 60% von dem der Männer. Diese Ungleichheiten werden noch krasser mit zunehmendem Alter, Unterschieden der Rasse und Sprache.

20 Millionen Frauen, das sind mehr als 40% von ihnen, sind in Büros beschäftigt. Dort stellen sie 80% des Personals, aber nur 6% der qualifizierten Fachkräfte. Gleichzeitig mit der Einführung neuer Technologien, die es erlauben, bestimmte Arbeiten schneller auszuführen, sorgt die Automation für eine völlige Umwälzung des Arbeitsablaufs. Das Büro der Zukunft ist ein integriertes System von Mikroelektronik, Telekommunikation und Computertechnik. „Die einzelne Sekretärin wird es nicht mehr geben. Sie werden Dienstleistungen von einer Stelle erhalten, die Verwaltungsberatungszentrum heißt und aus Spezialisten der Daten- und Textverarbeitung besteht“ (IBM-Anzeige). Dieser Verwaltungstab der Zukunft eröffnet den Kapitalisten die Möglichkeit, das Hauptproblem bei der Büroarbeit anzugehen: Die Kosten der lasigen Handarbeit. Diese wird von den neuen Technologien durch hochgeschaltete Maschinen ersetzt, die billiger und besser verfügbar sind. „Wollen Sie ausgezeichnete Mitarbeiter, die alles tun, um ihre Produktivität zu verbessern? Bereit, Tag und Nacht zu arbeiten? Ohne Urlaub zu nehmen oder krank zu werden? Dann...“ (IBM-Anzeige).

Arbeitsplatzvernichtung — Arbeitsplatzvernichtung — made in usa

„Seit 1972 — ein Jahr vor dem Öl-Schock — hinken das durchschnittliche Familieneinkommen ebenso wie der durchschnittliche Stundenlohn hinter der Inflation her. Real sind die Löhne auf dem Niveau von 1962 stehengeblieben. In derselben Zeit stiegen jedoch die Einkommen aus Dividenden um 126%, die Nettogewinne um 174%, die Managereinkünfte um 176% und die Zinsgewinne um 217%!“ berichtet der Vorsitzende einer US-Gewerkschaft.

Erst wurden „überhöhte“ Lohnforderungen aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung zurückgewiesen, nun werden Entlassungen damit begründet, daß die US-Wirtschaft wegen der hohen Löhne nicht mehr international wettbewerbsfähig sei. Dabei erhöhten sich aber die Kosten für eine Arbeitsstunde zwischen 1967 und 1979 in den USA um 151,3%, in Japan hingegen um 670,3% und in der BRD immerhin um 237,4% (nach Unterlagen der US-Arbeitsbehörde).

Ein weiteres Beispiel für die verschärfte Ausbeutung ist der Anstieg der Arbeitsunfälle. Nach einem drastischen Rückgang um 80% in 20 Jahren stiegen sie schon Anfang 1978 wieder auf die Rekordziffer des Zweiten Weltkrieges an, als für die Rüstungsproduktion alle Sicherheitsvorschriften gelockert waren. Gegenwärtig wird vom Kapitalistenverband erneut eine Lockerung dieser Maßnahmen als zentraler Schritt zur Verbesserung der Produktivität erwogen.

Rationalisierung und Automation haben nach den Erfolgen des Fließbands und des Taylorismus zu Beginn dieses Jahrhunderts nun voll auf die Verwaltungen übergegriffen. Die soziale Demontage der Angestellten kommt

sehr gut bezahlt, da sie meist aus dem Osten angeworben wurden. Mit einem Anteil von 20% lassen Forschung und Verwaltung jedoch kaum auf eine „Wissenschaftsindustrie“ schließen. Zumal die Techniker und Büroangestellten kaum besser dastehen als ihre gewerblichen Kolleginnen.

Die Arbeitslosenquote liegt im „Silicon Valley“ zwar unter dem US-Durchschnitt, aber der Arbeitsplatz wird sehr häufig gewechselt. Es wird ebenso schnell entlassen wie neu eingestellt. Auf diese Weise wird ein Klima der Unsicherheit erzeugt. Dies nutzen die Kapitalisten, indem sie bei Neueinstellungen stets nur den niedrigsten Lohn zahlen. Darüberhinaus verlieren die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Rentenansprüche, da in den USA die Einzahlungen nicht automatisch angerechnet werden.

Arbeitsplätze wie im Frühkapitalismus

Ein Bericht der Gesundheitsbehörde kommt zu dem Schluß, daß die Industrie für wissenschaftliche Geräte in Bezug auf den Kontakt mit krebserzeugenden Stoffen am gefährlichsten ist, gefolgt von der Elektroindustrie. Die Produktion von Mikroprozessoren fällt in beide Kategorien, so daß die Arbeitsbedingungen hier äußerst gefährlich sind. Am meisten gefährdet sind die Frauen, die in der Fabrikation beschäf-

tigt sind. — Nicht zuletzt deshalb lassen die Firmen neuerdings Arbeitssuchende nicht nur seitenlange Fragebögen zu ihrer politischen Einstellung und vor allem ihrer Krankheitsanfälligkeit ausfüllen, sondern auch noch an einem Gentest teilnehmen. Hierbei soll untersucht werden, ob die Bewerber ideale Voraussetzungen aufweisen, alle Arbeitsplatzbedingungen zu bestehen und widerstandsfähig gegen bestimmte Berufserkrankungen zu sein. Neben einigen Firmen, die dies heute schon praktizieren, beabsichtigen 60 der größten US-Konzerne bis 1987 ebenfalls diese Gentests einzuführen.

Doch nicht nur in den Produktionsstätten selbst herrschen katastrophale Zustände. Im „Silicon Valley“ ist die Industrie konzentriert auf Palo Alto in der Nähe der Forschungslabors der Universität von Stanford, der Hauptempfangsstation öffentlicher Forschungsgelder. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen sind verheerend. So können z.B. nur die Manager und leitenden Angestellten in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen. Alle anderen wohnen weit entfernt und sind auf weite Anfahrtswege angewiesen. Es gibt jedoch kein „Nah“-Verkehrsmittel, um die Schlafstädte zu versorgen. Die Wohnungsspekulation erstreckt sich über die ganze Region. Von 1966 bis 1976 erhöhte sich das durchschnittliche Familieneinkommen um weniger als 40%, aber die durchschnittlichen Kosten für neue Wohnungen um 300%!

Nicht zuletzt steht jedoch auch die Elektronikindustrie an der Spitze von Kapitalexpansion und Konzentration. Denn das „Silicon Valley“ ist heute nur noch eine Seite der internationalen „Arbeitsteilung“. Die Arbeit beginnt dort, wird in Asien weitergeführt und schließlich wieder in Kalifornien be-



Obdachlose in New York

se sogar 60%. Die US-Armee macht sich die Situation zunutze, indem sie gezielt in den Ghettos und Slumbezirken Anwerbebüros einrichtet. Der Erfolg ist, daß die US-Armee heute zu 33% aus Farbigen besteht, die nur 12% der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Nach dem Amtsantritt Reagans wurden 22.500 Stellen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm gestrichen. Insgesamt und allein seit Juli 1981 in den USA 1,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet worden. Dieser Prozeß hält unvermindert an — pro Tag kommt es zu ca. 200 Konkursen.

Die öffentlichen Wohnungsbauprogramme wurden drastisch zusammengestrichen, so daß nur noch 12% des benötigten Bedarfs gedeckt wird. In den Großstädten ist diese Situation am schlimmsten. Allein New York wurden in den letzten zehn Jahren 166.000 Wohnungen zerstört. Stadteile der Armen — wie die Bronx — verfallen vollständig. Ehemals lebten hier 700.000 Menschen. Nun werden diese Gebiete

vestitionsklima plötzlich günstiger geworden ist. Die einzelnen Städte liefern sich gegenseitig einen Wettlauf um die Gunst des Kapitals.

Die Folgen dieser Beschäftigungspolitik sind verheerend. In einer Untersuchung der Johns Hopkins Universität wurde ermittelt, daß eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 1% ungeahnte zusätzliche soziale Folgen mit sich bringt: 37.000 Todesfälle, davon allein 20.000 durch Kreislauferkrankungen, 920 Selbstmorde, 650 Morde, 4.000 Einlieferungen in psychiatrische Kliniken, 3.500 Inhaftierungen usw.

Doch auch für die (noch) Arbeitenden weht ein schärferer Wind. Dies merkt man deutlich am Wiederaufkommen der sogenannten „Sweatshops“, der Knochenmühlen. Das sind halblegale kleine und kleinsten Klitschen in Hinterhöfen oder sogar Garagen unzumutbare Arbeitsbedingungen, haarsträubende Niedrigslöhne und keinerlei gewerkschaftliche Organisation bestimmen in diesen Betrieben die

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Abowerbung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsassistent; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100,-, halbjährlich DM 50,-), Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.

Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis an dem Gegenstande persönlich ausgehandelt worden ist.

Forts. v. voriger Seite

nicht zufällig oder nur als Notlösung. Sie ist direkt mit der Entwicklung der Beschäftigtenstruktur verbunden. Der Anteil der Arbeiter ist ständig zurückgegangen (1930: 39,8% — 1980: 33,1%), der Anteil der Angestellten angewachsen (1930: 23,8% — 1980: 41%).

Hintergrund dieser Entwicklung ist die explosionsartige Zunahme der Dienstleistungen. So ging der Beschäftigtenanteil der industriellen Produktion stark zurück (1945: 43,4% — 1970: 33,3% — 1980: 28,4%), umgekehrt vergrößerte sich der Anteil des Dienstleistungsbereichs (1945: 56,6% — 1970: 66,7% — 1980: 71,6%). Diese Verschiebung resultiert nicht zuletzt aus den größeren Profitten, die das Dienstleistungsgeschäft den Konzernen bietet. So investierten sie heute im Dienstleistungsbereich 86% mehr als vor 15 Jahren, während gleichzeitig die Investitionen im produktiven Bereich stagnierten oder sogar sanken.

Zwischen 1973 und 1979 waren die Bereiche mit der größten Expansion des Dienstleistungssektors (in den USA überwiegend privat organisiert) und vor allem andere alle Arten von Gaststätten, insbesondere aber die „fast food“-Ketten wie McDonalds, Burger King u.a. In jedem dieser Bereiche wurden in diesen sechs Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze geschaffen. Beschäftigt werden überwiegend Frauen zu sehr niedrigen Löhnen — nur ca. die Hälfte des nationalen Durchschnittslohns —, und die gewerkschaftliche Organisation ist äußerst schwierig.

Die Offensive des Kapitals in den 80'ern

Angeichts der allgemeinen Krise der US-Wirtschaft gehen die Maßnahmen der US-Regierung mit der Beschäftigungspolitik der Kapitalisten Hand in Hand. In einer Situation, wo die internationale Konkurrenz sich verschärft, die Arbeitskämpfe sich um den Erhalt der substantiellen Arbeitsbedingungen drehen, die Mobilität des Kapitals durch die elektronische Revolution enorm begünstigt ist, und Bundesstaaten, Städte und Gemeinden sich regelrecht überbieten um Kapital anzulocken, da stellen die US-Kapitalisten zwei Bedingungen als Voraussetzung für neue Investitionen:

- Zugeständnisse ohne Vorbedingungen von Seiten der Arbeiterschaft und
- Die Liquidierung der Gewerkschaften.

Die ersten Zugeständnisse wurden schon gemacht: 1980 „entschieden“ sich die Arbeiter von Chrysler „freiwillig“ für eine 12% Lohnkürzung als Gegenleistung für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze!

Anfang 1982 startete der Kapitalistenverband eine große Kampagne aus Anlaß von Tarifverhandlungen für 4 Millionen Arbeiter/innen.

General Motors unternahm Ende letzten Jahres eine große Werbeschlacht sowohl in den Medien als auch in den Betrieben.

General Motors unternahm Ende letzten Jahres eine große Werbeschlacht sowohl in den Medien als auch in den Betrieben, um die Notwendigkeit von Zugeständnissen zu demonstrieren. Der Präsident von GM verbreitete über die Medien, die Automobilarbeiter seien völlig überbezahlt. „Sie verdienen 80% mehr als ihre japanischen Kollegen und — was mir noch wichtiger ist — 80% mehr als der durchschnittliche amerikanische Arbeiter.“ Um ihren Forderungen nach Lohnverzicht Nachdruck zu verleihen, schloß GM während der Tarifverhandlungen sieben Fabriken und entließ 15 000 Beschäftigte. Dies führt zu einem Abschluß, der GM bis 1985 Einsparungen von 2,5 Milliarden US-Dollar bringt. — Ein ähnlicher Abschluß bei Ford brachte 1 Milliarde US-Dollar Einsparungen. Dagegen machen sich die 115 Millionen US-Dollar bei American Motors eher bescheiden. — Diese Tarifabschlüsse basieren darauf, daß bis 1985 auf jegliche Lohnerhöhung verzichtet wird und der Konzern die eingesparte Summe mit 10% Zinsen danach auszahlt. Das bedeutet, daß die Arbeiter dem Konzern einen Kredit geben, zu einem Zinssatz, der die Hälfte des momentan üblichen beträgt.

Aber es soll nicht nur den Löhnen, sondern auch den Arbeitsbedingungen an den Kragen. Beispiel: Pausen. In Japan haben die Automobilarbeiter nicht mehr als 10 Minuten Arbeitspause pro Tag. In den USA beträgt diese Zeit noch 46 Minuten im Schicht. Noch dazu künftig soll sich am Konkurrenzten Japan orientiert werden. — Die Sozialleistungen und Programme zur Gesundheitsvorsorge werden ebenso als zu kostspielig angegriffen. „Auch diese müßten überprüft werden“, meint der Präsident von GM, „glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, daß bei allem Fortschritt der Medizin die Arbeiter von General Motors heute doppelt so häufig krank sind wie vor 10 Jahren!“

Gewerkschaften im Würgegriff

Die amerikanische Kapitalistenklasse hat niemals die Existenz von Gewerkschaften akzeptiert. Im 19. Jahrhundert heuerten sie Schläger (goons) und Privatmilizen (pinkertons) an, um sich aktiver Gewerkschafter zu entledigen und die Streikbewegungen zu unterdrücken. Provokationen, Attentate gegen Einzelne und Massenmorde waren alltäglich.

Heute tragen diejenigen, die die Gewerkschaften liquidieren wollen, weder Knäppl noch Gewehre, sondern sie sind daran gut gekleidet, daß sie sich kaum noch von ihren Auftraggebern unterscheiden. Sie tragen Diplome berühmter Universitäten und handeln in aller Öffentlichkeit. Sie werden „Berater“ genannt und ermöglichen es ihren „Klienten“ mittels rechtlicher Beratungen, die Gründung von Gewerkschaftsgruppen zu verhindern bzw. bestehende aufzulösen. Die Wirksamkeit ihrer Arbeit ist erschreckend: In den Wahlen, die die Gewerkschaft zur Vertretung der Arbeiter ermächtigt, gewannen Gewerkschaften 1970: 73%, 1979: nur noch 57% und heute sind es ganze 46%. Wahlen, in denen den Gewerkschaften das Mandat für Tarifverträge von den Arbeitern (!) entzogen wird, sind immer häufiger (1959: 216; 1969: 293; 1979: 777; 1980: bereits mehr als 900).

Mehr als 1 500 vollbeschäftigte „Berater“ sind für mehr als 1 000 Firmen direkt oder indirekt in solche Aktivitäten verwickelt, berichtet der Präsident der Holzarbeitergewerkschaft. Diese Art von Dienstleistungen expandiert daran, daß sie schon einen Umsatz von 1,5 Milliarden US-Dollar erreicht hat. Mittlerweile kann man schon vier spezialisierte Sektoren feststellen:

1. Agenturen von ausschließlichen Beratern, z.B. „Modern Management Inc.“
2. Agenturen mit Rechtsanwälten, die auf Arbeitsrecht spezialisiert sind, z.B. „Searlth, Shaw, Fairweather & Geraldson“, deren 200 Juristen beraten zu dreiviertel Kapitalisten in allen Lebenslagen.
3. Agenturen der Industriepsychologen, die im Betrieb erst gar keine Stimmung für Versuche zur gewerkschaftlichen Organisation aufkommen lassen.
4. Agenturen zur psychologischen Aufklärung der Kapitalisten selber.

Die Gewerkschaften werden in den USA nicht nur durch die Kapitalisten, sondern auch durch die Regierung angegriffen. In den USA kam es 1979 zu einem Eklat, als ein Gewerkschaftswahl enthielt, daß die Regierung derartige antigewerkschaftliche Aktivitäten zum Teil finanziell unterstützte. Öffentliche und halböffentliche Institutionen wie einmündete, daß die Regierung derartige antigewerkschaftliche Aktivitäten zum Teil finanziell unterstützte. Öffentliche und halböffentliche Institutionen wie Krankenhäuser und Universitäten verwenden Gelder, die eindeutig zweckgebunden sind, zur Bezahlung von solchen „Beratern“.

Multinationale Konzerne bezahlen ihre „Berater“ mit dem Geld aus Staatsaufträgen, vor allem solche militärischer Art. Als dies bei Rockwell publik wurde, die die B-1 Bomber bauen, sagte ein Sprecher des Kriegsministeriums: „Wenn man nach Gründen für dieses Verhalten sucht, erscheint es nicht unvernünftig für einen Arbeitgeber, eine antigewerkschaftliche Position einzunehmen. Das trägt nur, daß er Sinn fürs Geschäft hat. Er hat das Recht, sich der Gewerkschaft zu widersetzen, um eine größere Effektivität zu erreichen, oder weil er glaubt, daß er ein besserer Garant für das Wohlergehen seiner Arbeiter ist als die Gewerkschaft.“

Wo dennoch Streiks zustande kommen, wurden sie radikal zurückgedrängt. Beim Flugzeugensatz Anfang des letzten Jahres wurden alle Streikenden nach einem Ultimatum auf Reagan persönlich Anweisung gefeuert.

Das „Wiedererstarken der USA“ — wie es sich die Reagan Regierung zum erklärten Ziel gesetzt hat — bedeutet nicht nur die Aggressivität nach außen, sondern ebenso eine aggressivere Politik im Inneren.

Imperialismus-Kommission und ein Veteran der USA-Kommission

(Der Artikel basiert im Wesentlichen auf einer Veröffentlichung von Pierre Domergues in der „Le Monde Diplomatique“ vom 14.3.82; außerdem wurden zahlreiche Artikel aus „Le Monde“ seit Anfang dieses Jahres verarbeitet.)

Heute Beirut — Morgen Luanda? Völkermord in Angola

Seit Juni dieses Jahres ziehen wieder südafrikanische Truppen mordend und vergewaltigend durch Angola. Die Luftwaffe überzieht das Land mit Spitter- und Napalmbomben. Auch chemische Waffen, die nur eine verdorrte Wüste hinterlassen, sind im Einsatz. Beträgt und südafrikanische Soldaten, die von UNITA-Verbänden und Soldnern unterstützt werden. Südafrika startete die Offensive im Juni mit der Begründung, einer militärischen Offensive der SWAPO zuvorzukommen. Um zu demonstrieren, daß es der RSA dabei aber nicht allein um die SWAPO, sondern um die Vernichtung der Zivilbevölkerung geht, lud die angolische Regierung schon im letzten Jahr alle ausländischen Diplomaten in das umkämpfte Gebiet ein. Hier konnten sie sich überzeugen, daß die RSA-Truppen nur noch ein verwüstetes Niemandsland zurückließen. In einem Interview mit der mosambikanischen Nachrichtenagentur sagte der Arbeitsminister da Silva: „Die SWAPO ist nicht in den Städten und Dörfern, nicht in den Krankenhäusern. Gerade sie wurden aber zum Ziel der südafrikanischen Angriffe. So wurde beispielsweise ein von Nonnen geführtes Hospital nahe bei der Stadt Onjiva zusammengeschossen. Auch zwei Busse, die Patienten in das Krankenhaus bringen wollten, wurden dabei angegriffen.“ Es wird geschätzt, daß sich mittlerweile ca. eine halbe Million Menschen auf der Flucht in den Norden befinden.

Die Aktion begann von der namibianisch-angolanischen Grenze und der seit September 81 besetzten südafrikanischen Provinz Cusene. Die Rassen ruppen rückten bisher 250 km weit in Angola vor und versuchten bis in die weiter nördlich gelegene Provinz Huila vorzustoßen, die 400 km von der Südgrenze entfernt liegt. Weitere Ziele sind die Provinz Kwanza, deren Mine sich im Bereich von Sula befindet. Die Angriffe sind Teil einer Strategie, die die SWAPO-Truppen in die Flucht zu treiben und die Bevölkerung zu terrorisieren soll. In Angola vorantreiben und die Bevölkerung zu terrorisieren soll. In Angola vorantreiben und die Bevölkerung zu terrorisieren soll.

Über die möglichen Hintergründe der neuen RSA-Angriffe wurde von der portugiesischen Zeitung „L'Express“ berichtet.

Über die möglichen Hintergründe der neuen RSA-Angriffe wurde von der portugiesischen Zeitung „L'Express“ berichtet. Die der sozialdemokratischen Partei Portugals nahesteht, ein Dokument abgedruckt, nach dem es am 15. April 1982 ein Geheimtreffen in London zur Planung der Operation „Bengokubango“ gegeben hat. Diese Operation habe das Ziel, „einen Umwandlungsprozeß in der VR Angola herbeizuführen“. Beträgt sollen an diesem Treffen gewesen sein, Vertreter der FNLA, der UNITA, der Anti-Castro Liga aus den USA, der Ex-CIA Agent Frank Sturgis, zwei Mitglieder des südafrikanischen Geheimdienstes und drei Mitglieder des angolischen Staatsapparates. Der Plan, der bei diesem Treffen verabredet worden sein soll, sieht vor, daß die RSA und die USA Waffen und Soldner beschaffen. So sollen zu Beginn der Aktion 5 Mio US\$ zur Anwerbung von 2 000 Soldnern ausgegeben werden. Nach einer militärischen Ausbildung in der RSA soll sich die Hälfte in Zaire mit Verbänden der FNLA vereinigen, um nach einem Einsickern in Angola loszuschlagen.

Südafrikas Aggressionen gegen Angola

	1976	1977	1978	1979	1980	Insgesamt
Verletzung des Luftraums (1)	6	14	19	125	745	909
Luftangriff	—	6	2	89	61	158
Luft-/Bodenangriff	7	13	16	14	49	89
Artilleriebeschuß	—	—	—	4	12	16
Insgesamt	13	33	108	452	806	+ 1400
Angolaner getötet (2)						
Militärs	—	—	16	2	58	76
Zivilisten	—	—	mehr als 500	102	107	+ 710
Insgesamt	—	—	—	104	165	+ 800

(1) In der Hauptsache Aufklärungsflüge, darunter jedoch auch erfolgreiche Luftangriffe.
(2) Bei den Luftangriffen sind auch Hunderte von namibianischen Flüchtlingen getötet worden.

Massaker der UNITA

Nach Angaben der angolischen Nachrichtenagentur ANGOP verübten am 8. Oktober Verbände der UNITA ein Massaker unter der Bevölkerung eines Dorfes 150 km südlich der mittelangolanischen Stadt Huambo. 300 Frauen, Männer und Kinder wurden ermordet, 140 Menschen verletzt. Die UNITA-Truppen, die mit US-Waffen ausgerüstet waren, brannten das ganze Dorf nieder.

Der bürgerlichen Presse war dieses Massaker keine Zeile wert. In den wenigen Zeitungen, in denen mit ganzen 20 Zeilen das Massaker erwähnt wurde, erschienen die Angaben der ANGOP in Anführungszeichen. Dieselbe Presse, die jede lancierte CIA-Falschmeldung bisher glerig aufgriff, schweigt.



Diese Angaben stimmen weitgehend mit den Äußerungen eines Vertreters des angolischen Verteidigungsministeriums überein, die dieser im April dieses Jahres in einem Interview mit ISSA/AAB machte. Auf die Frage nach der Existenz von 2 000 schwerbewaffneten Soldnern, die zusammen mit der FNLA, in Absprache mit Südafrika Angola von Norden aus in die Länge nehmen sollen, antwortete er: „Sie spielen hier auf die Rolle der sogenannten COMIRA an. Hauptorganisator dieser internationalen Soldnertruppen soll ein Franzose namens Jannarelli sein, der 1973 für den französischen Sicherheitsdienst in Biafra, 1976 als Berater Holden Robertos tätig gewesen sein soll und jetzt angeblich ein enger Berater von Präsident Mobutu ist. Die Mitglieder dieser Umsturztruppe stammen aus den USA, Israel, Ägypten, Belgien und Westdeutschland. Hauptfinanzier der Gruppe sind der US-Geheimdienst CIA und Südafrika.“

In dem Londoner Protokoll ist vermerkt, daß nach dem Einsetzen der Angriffe auf die VR Angola die südafrikanischen Truppen in Nord- und Zentralangola vorantreiben und die Bevölkerung zu terrorisieren sollen. Auch wenn viele Dinge aus diesem Dokument — obwohl ganz echt erscheinend — doch noch deutlich. Der jetzige Angriff ist eine durchgeplante und weitgehend koordinierte Aktion der RSA und der USA, um die angolische Regierung zu stürzen. Konsequenz verhielten die USA auch in der UNO jede wohlüberlegte Aktion der RSA und der USA, um die angolische Regierung zu stürzen. Konsequenz verhielten die USA auch in der UNO jede Verurteilung der südafrikanischen Aggression und gaben der RSA volle Rückendeckung.

Gleichzeitig versucht Südafrika, die SWAPO immer mehr militärisch zu schwächen, um sie so auch für noch weitergehende Konzessionen bei einer diplomatischen Namibia-Lösung geizig zu machen. Mittlerweile hat die RSA in Namibia 100 000 Soldaten stationiert, die in einem Dreijahresplan sogar noch aufgestockt werden sollen. So werden die mittlerweile zur Färsen gekommenen Verhandlungen zu einer Namibia-Lösung erneut blockiert. Die USA und die RSA-Regierung haben die Forderung kreiert, daß erst einmal die kubanischen Truppen aus Angola abzurücken müßten, bevor die RSA ihre Truppen aus Namibia abziehen könne. Andernfalls könnten sie auch freien Willen in Namibia nicht zustimmen. Die ganze Demagogie dieser Forderung wird deutlich, wenn man/frau sich vor Augen führt, daß Südafrika Namibia widerrechtlich besetzt hat und daß es die rassistischen Truppen der RSA

und, die ständig in Angola einfließen und einfallen, was der Grund für die kubanischen Truppenhilfe für Angola ist. Diese Anwesenheit der Kubaner behindert die Südafrikaner daran, ihre Aggressionsakte ungehindert fortsetzen zu können, und könnte zu nicht kalkulierbaren internationalen Entwicklungen kommen. In der Kontaktgruppe für die Namibia-Verhandlungen rückten nur Frankreich und Kanada von der amerikanischen Forderung ab (in der Gruppe sind die BRD, USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien vertreten).

Die Angola-Politik der RSA: Terror und Destabilisierung

Der jetzt stattfindende Angriff auf Angola reiht sich ein in eine Serie von Attentaten, die sowohl den Umsturz in Luanda zum Ziele hatten, als auch immer neue Versuche darstellten, einen Pufferstaat im Süden Angolas zu etablieren. Diese Versuche lassen sich weit zurückverfolgen. Schon 1960 gab es einen Plan für ein großes Wasserkraftwerk in der südangolanischen Provinz Cusene, das sowohl für Nord-Namibia als auch für Südafrika Wasser und Strom liefern sollte. Der Plan der damaligen portugiesischen Kolonialregierung war es, portugiesische Siedler in dieses Gebiet zu locken, da sich durch den Staudamm die Bedingungen für Industrie und Landwirtschaft drastisch verbessern würden. Damit sollte ein weißer Pufferstaat zwischen Namibia und Angola entstehen, um den sich entwickelnden Befreiungskampf zu behindern.

Südafrika war von Anfang an an diesem Projekt stark interessiert, finanzierte einen Teil des Projektes und sorgte dafür, daß die Turbinen direkt an der Grenze gebaut wurden. Kurz vor dem Sieg der MPLA besetzte Südafrika das Gebiet um den Staudamm, „um ihn zu schützen, da MPLA bzw. SWAPO diesen sprengen wollten“. Solche frei erfundenen Behauptungen sollten der RSA auch für die nachfolgenden Angriffe scheinbare Rechtfertigungen liefern. In dieser Zeit begann der südafrikanische Geheimdienst, erste Kontakte mit der UNITA aufzunehmen, aufgrund ihrer guten Zusammenarbeit zur portugiesischen Kolonialmacht und

Forts. nächste Seite

Fortf. von vorher Seite

eines Plans zur Sezession Südafrikas. In diesen Plan vor allem mithilfe und unter Vorschieben der UNITA verfallen zu können, bot die RSA der UNITA die militärische Ausbildung ihrer Soldaten an und verwandelte diese mit der Zeit in eine von ihr abhängige Soldatarmee. Bei der Besetzung der südafrikanischen Provinz spekulierte die RSA auf die ethnische Zusammengehörigkeit zwischen der Bevölkerung Südafrikas und Nord-Namibias. Ihre Absicht war es, die Provinz Cuanene in den namibianischen Bantustan Ovambo-land einzuverleiben.

Aber die Dinge entwickelten sich nicht gemäß der südafrikanischen Pläne. 1976 wurden sie mithilfe der kubanischen Truppen ganz aus Angola herausgeworfen. Doch von 1977 an begannen sie nach israelischem Muster ihr Ziel neu zu erreichen: Mit Bombardements, Überraschungsangriffen mit kleinen Helikoptereinheiten und Sprengstoffanschlägen attackierten sie systematisch ganz bestimmte Ziele. Wirtschaftszentren, landwirtschaftlicher und industrieller Art, das Verkehrsnetz und städtische Zentren wurden immer wieder angegriffen. Waren die Schäden wieder behoben, wurden sie mit Sicherheit Ziel neuer Angriffe. Diese Terroraktionen erstreckten sich über die ganze Provinz Cunene sowie Teile der angrenzenden Provinzen. Hauptsächlich Opfer dieser Kriegsführung war die Zivilbevölkerung. Zusätzlich befinden sich in dieser Provinz namibanische Flüchtlingslager, die bevorzugtes Ziel der zynistischen Luftangriffe waren. 1978 verübte die RSA das

Massaker von Cassinga, als bei einem dieser Blitzangriffe aus der Luft 600 Namibianer im Flüchtlingslager von Cassinga ermordet wurden. Die RSA behauptete später, sie habe ein Militär-lager der SWAPO bombardiert, doch konnte von einer UNO-Kommission eindeutig nachgewiesen werden, daß es sich bei den Opfern ausschließlich um Flüchtlinge handelte. Doch trotz dieses UNO-Berichts, der an alle entscheidenden Gremien der UNO und Presseagenuren ging, wurde von der bürgerlichen Presse weiterhin die Version der RSA verbreitet und das Massaker fol-geschwiegen. Schwarze Tote sind für die Medien in den imperialistischen Ländern keine Zeile wert. Das ist auch eine Form von Rassismus!

Diese Art der Kriegsführung ging weiter bis 1980 (s.a. Tabelle), bis im Mai 1980 reguläre südafrikanische Verbände in die Provinz Cuanene einfielen und die Region um Monguua besetzten. Doch nach einem Monat mußten sie sich wieder zurückziehen. Im Juli 81 wurden von der RSA und CIA Meldungen lanciert, nach denen die UdSSR und die DDR Raketenabwehrsysteme an der Grenze zu Namibia installiert hätten. Daraufhin wurde im August 81 die Operation „Protes“ gestartet. Im Laufe dieser Aktion drangen die RSA-Truppen mit Panzern und Flugzeugen 400 km tief in angolanisches Gebiet ein, besetzten ein Gebiet von ca. 50.000 km² mit 10 Städten und ermordeten über 1.400 Menschen. Der Vorstoß richtete sich auch gegen die Provinzen Kuando und Kubango sowie gegen die nördlich von Cuanene liegende Provinz Huila. Der Angriff auf den Hafen Moçamedes wurde damit begründet, daß dort Kriegsmaterial für

die SWAPO verschafft wurde. Entsprechendes Material sei der RSA bei der Eroberung einer südafrikanischen Stadt in die Hände gefallen¹.

Diese Aktion war die bis dahin größte zur Errichtung eines Puffergebiets unter Vorschub der UNITA. Voraussetzungen dieser Aktion zahlreiche gefälschte Falschmeldungen über angebliche weitreichende Gebiete, die unter der Kontrolle der UNITA stünden. Doch wenn diese gestimmt hätte, hätte diese nur über ein totes Niemandsland regieren können. 130.000 Angolaner flüchteten vor dem Terror der RSA-Truppen. UNITA und Soldner aus Portugal, England und Israel nach Norden. Weitere 100.000 flüchteten in die Wälder. Was diese Herden noch vorfanden, wurde entweder zerstört oder wie landwirtschaftliche Geräte, Vieh und Fahrzeuge, nach Namibia abgeschleppt. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden mit Entlaubungsmitteln und Herbiziden besprüht. Seit diesem Angriff sind mehr als 130.000 km² — das ist mehr als die Hälfte der BRD — verwüstetes Niemandsland.

Im Dezember 81 folgte eine weitere Aktion, die nach RSA-Darstellung dazu diente, das Hauptquartier der SWAPO zu zerstören. Seitdem hielten reguläre südafrikanische Truppen einen großen Teil der Provinz Cunene besetzt.

Daß diese Aggressionen nicht ohne Abstimmung und stiller Übereinkunft mit den USA geführt werden, zeigen die kürzlich vor einem Kongreßausschuß gemachten Aussagen. Zwischen 1976 und 78 lieferten die USA für den Angolakrieg der RSA Artileriegeschosse im Wert von 40 Mio DM. Von 1976 bis 77 gab der CIA 20 Mio US\$



for die Rekrutierung von 2 000 Soldaten aus

Die Folgen für die angolanische Wirtschaft

Die ständigen Angriffe blieben natürlich für das angolanische Wirtschaftsleben nicht ohne gravierende Folgen, was ja auch erklärtes Ziel dieser Taktik ist. Die in der Südpfvinz Cunene liegende Erzgrube Cassinga ist immer wieder bevorzugtes Ziel der RSA gewesen. Hier wird Eisenerze, deren Vorkommen zu den bedeutendsten Afrikas zählt. Die Grube gehörte weitgehend einer Tochtergesellschaft von Krupp und wurde 1976 verstaatlicht. Nach mehreren Zerstörungen wurde sie 1980 mithilfe einer österreichischen Firma (Voester Alpine AG) wieder geöffnet, um kurze Zeit später wieder zerstört zu werden. Das Erz wurde zu dem auch unter RSA-Dauerangriffen stehenden Hafen Moçimões transportiert. Früher liefen das Erz aus Cassinga zusammen mit Diamanten und Kaffee die hauptsächlichsten Exportgüter und damit Devisenbringer dar.

Eine weitere entscheidende Devisenquelle für Angola ist das Öl, dessen Produktion in den letzten Jahren entscheidend gesteigert wurde. Im Geschäft sind noch die gleichen Konzerne, die noch in der Kolonialzeit Ausbeutungsrechte erwarben. Die Cabinda Gulf Oil, Texaco und Petrangol, die zur belgischen Petrofina gehört. Auch wenn die angolansische Regierung eine gewisse Kontrolle über die Tätigkeiten und Gewinne dieser Gesellschaften ausübt, ist sie doch von deren Know-how, vor allem für neue offshore Bohrungen völlig abhängig. Ölspeicherung und Lager sind Ziel südafrikanischer Sprengkommandos, die nachher gern als UNITA-Taten ausgegeben werden, um diese aufzuwerten. Schlagzeilen machte der im November 1981 ausgeübte Sabotageakt an Angolas einzige Erdölraffinerie in der Nähe von Luanda.

Durch die gezielte Bombardierung des Straßennetzes und der Vernichtung ganzer Ernten ist in Teilen des Landes die Warenzirkulation zusammengebrochen. Die Bombardierungen haben zu einer Landflucht geführt, die städtischen Märkte werden nur noch mäßig mit Lebensmitteln versorgt. Es fehlt an Obst, Gemüse und Fleisch. In Luanda gibt es Lebensmittel nur auf Märkten.

Früher exportierte Angola Lebensmittel, heute muß es sie weitgehend einführen. Die Lage wird natürlich noch durch mittlerweile eine halbe Million Flüchtlinge aus Südafrika verschärft. Dazu kommen noch die Flüchtlinge aus Namibia, die vor dem RSA-Terror in ihrem Land fliehen. Doch kann ein großer Teil des Staatshaushaltes noch nicht einmal zur Linderung der Not der Bevölkerung eingesetzt werden. Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums sagte dazu in dem schon zitierten Interview: „Mehr als 40 % der staatlichen Einnahmen gehen in den Verteidigungshaushalt. Nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die soziale und kulturelle Entwicklung Angolas haben die ständigen Angriffe Südafrikas verheerende Konsequenzen“.

Israel — Südafrika Gleiche Methoden, gleiche Ziele

In der Untersuchung und Beurteilung der südafrikanischen Aggressionspolitik gegenüber Angola und den anderen Frontstaaten, zeigen sich zahlreiche Parallelen zur Politik Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung.

Beiden gemeinsam ist eine Herrenvolkideologie, die auch noch mit religiösen Sendungsbewußtsein legitimiert wird. Gemeinsam ist ihnen der ursprüngliche Landraub mit allen einschleichen Mitteln und der mächtige Expansionismus. Gemeinsam ist ihnen die polnische Enklave und Kontrolle, die soziale Absonderung und wirtschaftliche Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung.

Von allem auf einmal ein Gebiet besteht eine enge Zusammenarbeit und ein ständiges Leben voneinander. So erschien 1979 in einer Johannesburg-Zeitung, die der Regierung häufig als Sprachrohr dient, ein Artikel über das beispielhafte Vorgehen der Israelis im Südban. Dies sei beispielhaft für die Bekämpfung der SWAPO und für die Besetzung Südafrikas durch die RSA. Im Gegensatz verwickelt Israel nun im Verein mit den USA die 'Homeland' Politik des Rassentrennens, indem die Palästinenser in mehrere Konzentrationslager verstreut werden sollen. Die Politik Israels gegenüber dem Libanon ähnelt in vielen dem Vorgehen der RSA gegenüber Angola. Überflutungen, Bombardierungen der Zivilbevölkerung, Sprengstoffattentate und Massaker, Etablierung von Marionettenregierungen auf den Baionetten der Aggressoren. Heißen sie nun Gemave oder Savabi. Die Legitimation ist ebenso ähnlich. Der Befreiungskampf wird als das Werk terroristischer Gruppen hingestellt, denen gegenüber jedes Mittel recht ist. Die unverzügliche Verfolgung über die Grenze, 'hot pursuit', abgelehnt aus dem Vietnamkrieg, liefert die Rechtfertigung für die ständige Terrorisierung der einheimischen Bevölkerung des angegriffenen Staates. Massaker unter der Bevölkerung sind nach dieser Logik immer Angriffe auf militärische Zentren bis an die Zähne bewaffneter Terroristen.

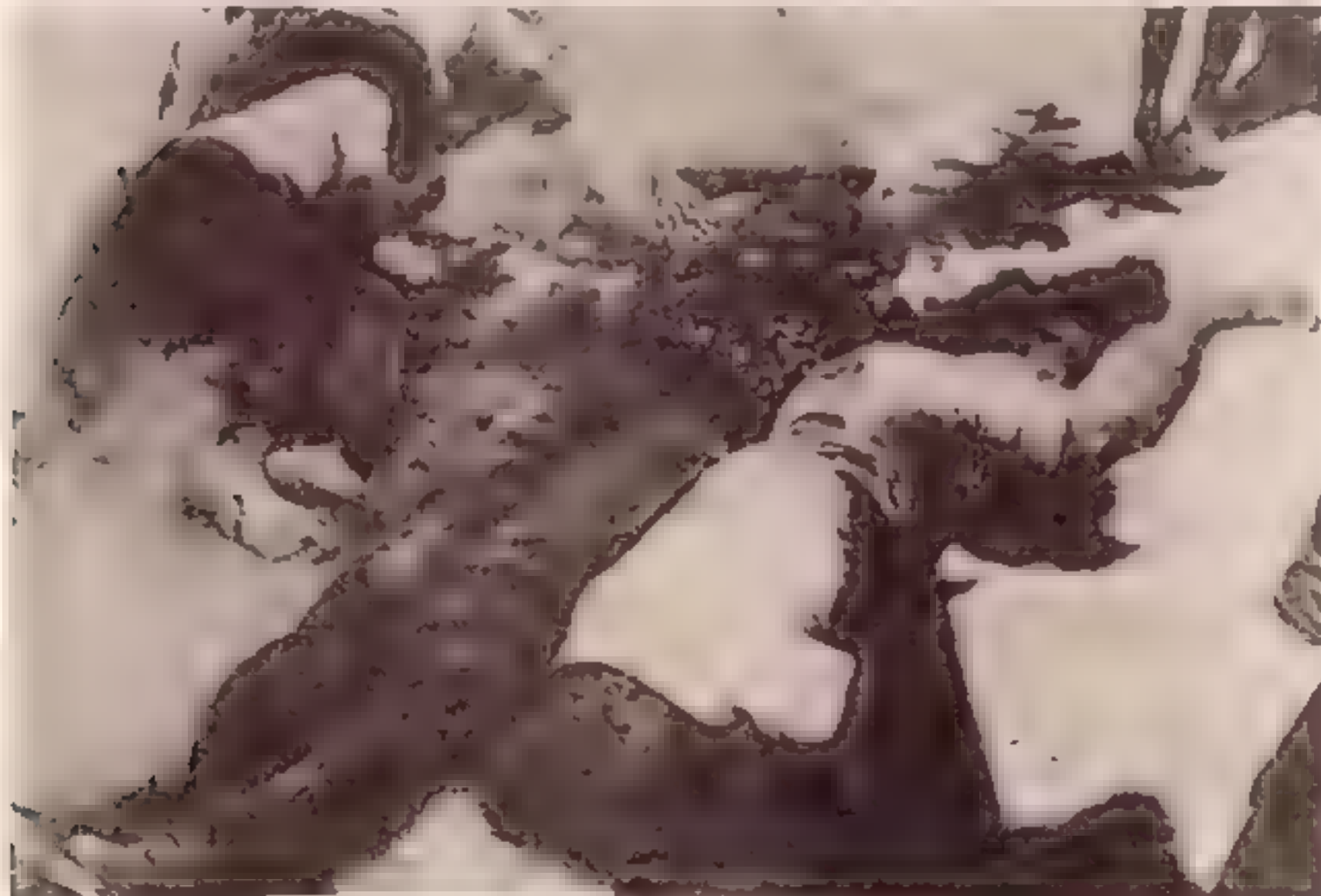
Diese Gegenüberstellung zeigt, daß diese Politik im südlichen Afrika oder Nahen Osten eine systematische Politik unter direkter, aber nicht immer offener Regie des US-Imperialismus ist. Auch die sehr große Popularität der palästinensischen Befreiung hat nicht das Massaker in Beirut verhindern können, über Massaker in Angola wird gar nicht erst berichtet.

Wenn nicht weiterhin Völkermord im südlichen Afrika unter dem Deckmantel des Schweigens der bürgerlichen Presse stattfinden soll, muß eine Öffentlichkeit hergestellt werden, die dieses Schweigen zu durchbrechen beginnt!

पिपलीपत्र-

Poch-Zeitung, 6.5.82; die Neue, 5.9.81 u. ss., 4/5. 82, 3 WM Israel-Südafrika; Afrique-Asie, 276/7 K2, bzW, 97, 81, A18, 11 (2.1981)

Imperialismus- und Afrika-Kommission



Opfer der südafrikanischen Aggression in Angola 1979

A black and white photograph of a group of young people, likely students, posing outdoors. In the foreground, a young man with a wide smile is holding a book or folder. Behind him, several other students are visible, some with their arms raised in a celebratory gesture. The background is filled with trees and foliage.

de aber auch hervorgehoben: „Das Stadtkomitee der Partei und das Büro für öffentliche Sicherheit sind verpflichtet, nach oben erwähnten Punkten vorzugehen“. Insbesondere die Maßnahmen zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats (Verhaftung von Konterrevolutionären etc.) wurde allein in die Hände des Büros für öffentliche Sicherheit gelegt.

Damit wurde eine sehr fragwürdige Politik fortgeführt. Schon am 7. Januar war unter der Regie von Zhang Chunqiao die erste einer ganzen Reihe von Sicherheitsverordnungen erschienen, die harte Durchgreifen gegen Konterrevolutionäre und Verbrecher — bis hin zu Todesstrafe — ankündigte. Die Polizei, so hieß es darin, sei auf die Seite der revolutionären Linken übergegangen (17). Tatsächlich war aber der Sicherheitsapparat stets einer der wichtigsten Pfeiler des alten, Staatsapparats gewesen, seine Vertreter hatten im Interesse der alten herrschenden Klasse für Ruhe und Ordnung gesorgt. Der Versuch, sie in den Dienst der Rebellen zu stellen, mußte (zumindest) die Anwendung von nicht auf die Massen gestützten Methoden bei der Unterdrückung der „Konterrevolution“ (und dazu wurde später vor allem die Ultralinken erklärt) zur Folge haben. Von einer Zerschlagung oder radikalen Umgestaltung des Sicherheitsapparats wurde auch später nichts bekannt, so daß angenommen werden muß, daß ein wichtiges Machtinstrument der Neuen Bourgeoisie dieser auch unter der Herrschaft der Rebellen nicht aus der Hand geschlagen wurde.

Die Wiederankurbelung der Produktion war das größte Problem, vor dem die Rebellen standen. Zhang Chunqiao, der am 6. Januar aus Peking zurückgekehrt war und faktisch die Leitung des ARHQ übernommen hatte, mußte offenbar feststellen, daß der Einsatz von Studenten und Rebellenabteilungen dazu nicht ausreichte. Am 10. Januar schon nahm er über Mittelsmänner Kontakt zu den Scharlachgardisten auf und schlug der Arbeiteranleihe und den Kadern so etwas wie eine große Koalition vor (18). Aber erst Ende Januar, als sich in der gesamtstaatlichen Politik der Kurs auf die Installation der Revolutionen abzeichnete, wurde man sich einig. Die Scharlachgardisten verzichteten auf ihren „Wind des Ökonomismus“, und viele Verbände der Scharlachgardisten willigten ein, „der Revolution beizutreten“. Sie wechselten den Namen und schlossen sich insgesamt den lokalen Sektionen des ARHQ an oder erklärten einfach ihre Organisationen zu dessen Bestandteilen.

Schon das „Einheitskomitee“, das Zhang gegen Ende Januar zusammenstellte, enthielt zahlreiche „Neurebeln“. Als sich schließlich ab Mitte Februar die Abkehr von der Kommune abzeichnete, vollzog sich ein regelrechter Masseneintritt von „bekehrten Rechten“, während zugleich die radikale Linke aus dem ARHQ verdrängt wurde (19).

Spaltung der Rebellenbewegung und Vorbereitung der Kommune

Die radikale Linke, das waren zunächst einmal die „drei Regimenter“, die beim Anting-Zwischenfall zum ersten mal hervorgetreten waren. Besonders das von Geng Jinzhang geführte II. Regiment stand schon bei der Kunshan-Schlacht gegen die Scharlachgardisten in vorderster Front und hatte mit über 520.000 Mitgliedern im Großraum Shanghai eine Massenbasis in den Betrieben und Stadtteilen, die die von Zhangs Anhängern weit übertraf.

Das II. Regiment arbeitete eng mit dem von Chen Hongkang geleiteten „Dritten Hauptquartier der Arbeiterrebellen“ zusammen. Zu Chens etwa 90.000 (nach anderen Angaben mehrere hunderttausend) Anhängern zählten viele nicht regulär Beschäftigte der verschiedenen Textilfabriken, Arbeiter aus der Arzneimittelfabrik Nr. 3 sowie zahlreiche Hilfskräfte aus dem ausgedehnten Hinterland Shanghais.

Die „Rotgardien-Armee“ (oder „Rote Fahne-Armee“) bestand vor allem aus demobilisierten Soldaten und zählte Ende Januar gut 200.000 Mann. Daneben schlossen sich dem um den 15. Januar errichteten „Verbindungsbüro“ von Geng Jinzhang noch eine Reihe von kleineren Verbänden an, sowie aus dem Studentenbereich das einflußreiche Verbindungsbüro der Chungkangshan-Rebellen der Pekinger Qinhua-Universität, und schließlich die Roten Revolutionäre als wichtigste Shanghaier Studentenorganisation.

Insgesamt 48 Verbände unterstützten das „Verbindungsbüro“, während Zhangs „Einheitskomitee“ kaum 30 Gruppen hinter sich hatte. Schwerer noch wog, daß das „Verbindungsbü-

ro“ gut drei Viertel aller Mitglieder des ARHQ repräsentierte (20).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Führung des ARHQ und diesen Verbänden spitzten sich immer mehr zu. Schon Ende Dezember und dann sofort nach seiner Rückkehr nach Shanghai hatte Zhang Chunqiao kategorisch verlangt, die drei Regimenter müßten sich im ARHQ auflösen (21). Insgesamt drei Versuche verschiedener Gruppen der Ultralinken, die Macht des alten Stadtkomitees zu erobern, wurden von Zhang abgeblockt (22). Das Dritte Hauptquartier der Arbeiterrebellen wurde durch einen (angeblich von Zhangs Leuten eingefädelt) Putsch „rebellierender“ Mitglieder eines Großteils seiner Fahrzeuge, Ausrüstung etc. beraubt (23). Keng erhob noch eine ganze Reihe anderer Vorwürfe gegen die Führer des ARHQ: Leute seiner Organisation seien festgenommen und bis zu 10 Stunden ununterbrochen durch die Straßen geführt worden. Mindestens 10 Mitglieder der radikalen Linken wurden gefangen gehalten (24).

Als schließlich die Roten Revolutionäre das Büro der Schriftstellern durchsuchten und drei Männer (darunter Xu Jinxian, den Direktor der Schriftstellern und jetzigen Chefredakteurs Zhangs, der für die öffentliche Stimmungsmache gegen die radikale Linke verantwortlich gemacht wurde) von einer Massenversammlung an der Putan-Uni befragen wollten, tat Zhang etwas, was bis dahin völlig undenkbar gewesen war. Er ließ eine bewaffnete Truppendivision auffahren, die die drei Männer gewaltsam befreite (25). Damit hatte Zhang ganz offenkundig gegen die „16 Punkte“ verstossen, die die Unterdrückung von Massenorganisationen und ganz besonders den Einsatz von Gewalt gegen sie verboten.

De facto war so das Arbeiterrebell-Hauptquartier Ende Januar gespalten. Zhang führte sein „Einheitskomitee“ zunehmend diktatorisch und hinter verschlossenen Türen, im engen Kontakt mit Peking und den lokalen Scharlachgardisten, ohne die Vertreter des linken Flügels weiterhin einzuladen oder ihnen seine politischen Pläne mitzuteilen (26). Die Vorbereitungen zur Bildung der Shanghaier Kommune wurden von der Fraktion Zhangs im Alleingang getrieben.

Auf einer vorbereitenden Sitzung zur Komitee-Gründung erschienen Geng Jinzhang und Vertreter der anderen Organisationen des „Verbindungsbüros“ und griffen die Politik der ARHQ-Führung scharf an. Die Vorbereitung der Kommune allein durch Zhang und die ARHQ-Führung sei ein Versuch, die Macht an sich zu reißen und die eigene Fraktion als Führung der Kommune unangreifbar zu machen — auf Kosten der radikalen Linken. Nach einem heftigen Streit mit Wang Hongwen und anderen Großen des ARHQ, bei dem sich offenbar eine ganze Reihe von Vertretern von Massenorganisationen den Argumenten der Kritiker anschloß, mußte die Sitzung vertagt werden (27).

Schließlich gelang es Zhang am Abend des 4. Februar, unter Ausschluss der Linken, im „Einheitskomitee“ die Gründung der Shanghaier Kommune beschließen zu lassen. Praktisch sah das so aus, daß sich das „Einheitskomitee“ zunächst einfach zum Provisorischen Komitee der Shanghaier Kommune umbenannte.

Die Kommune und die Ultralinken

In der Deklaration der Kommune (28) hieß es: „Eine neue Staatsorganisation unter der Diktatur des Proletariats — die heldenhafte Shanghaier Kommune — ist über dem Horizont des Yangtse im Osten der Welt aufgegangen. Alle Macht der Shanghaier Kommune“, „Die Shanghaier Kommune ist eine neue lokale Organisation des Staates in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unter der Führung der Ideen Mao Zedongs und der Diktatur des Proletariats“.

Große Worte also. Doch über welche konkreten Organe das Proletariat die Macht ausüben sollte, und wie eine höhere Form der proletarischen Demokratie gewährleistet werden sollte, darüber wurde nichts ausgesagt. Ein Verweis auf die Prinzipien der Pariser Kommune (Wahlbarkeit und Abwahlbarkeit der Beamten, Bezahlung nach Facharbeiterlohn, Volksbewaffnung etc.) fehlte. Zur Einsetzung der neuen Führung hieß es lakonisch: „Die revolutionären Rebellenorganisationen in Shanghai haben als aktuelle Übergangsorganisation ein Provisorisches Komitee der Shanghaier Volkskommune gebildet, das gemeinsam von den revolutionären Massenorganisationen, den Verantwortlichen der VBA

Einheiten in Shanghai und den revolutionären Führungskadern, die an den Ideen Mao Zedongs festhalten, geleitet wird“. Später einmal — wenn die Bedingungen reif seien — sollte dieses Provisorische Komitee durch ein gewähltes ersetzt werden (29).

Interessant ist, daß, ebenso wie bei den Revolutionskomitees an anderen Orten, die VBA-Kommandeure von vornherein mit dabei waren. Bei der Massenversammlung, die zur Feier der Kommune am 5. Februar stattfand, erklärte der Shanghaier Garnisonschef die Unterstützung der VBA und fuhr fort: „Wir werden entschlossen und unbarmherzig jeden unterdrücken, der es wagt, die Shanghaier Volkskommune oder die Proletarische Kulturrevolution zu untergraben“ (30). Das mußte nicht nur als Drohung gegen das alte Stadtkomitee und die Reste der Scharlachgardisten verstanden werden, sondern auch als nachdrückliche Warnung an die Ultralinken, das neue Machtorgan nun nicht mehr in Frage zu stellen (31).

Aber die Ultralinken wehrten sich gegen das Projekt Zhangs. Ihre Vorstellungen von einer Volkskommune Shanghai sahen anders aus: „Schon in den Januartagen war in den Basisverbänden des II. Regiments die Theorie der 'vielen Zentren' entwickelt worden, eine Vorstellung, die davon ausging, daß die Vollgewalt in der Stadt künftig nicht bei einem zentralen Komitee liegen dürfe, sondern bei den Aktionsgruppen der Betriebe und sonstigen Produktionseinheiten verbleiben müsse“ (32). „Alle Rebellengruppen wählen gleichberechtigt Mitglieder eines 'Aktionskomitees', das die souveräne Gewalt in der Stadt haben soll. Keine Gruppe darf von der anderen bedrückt oder gar aufgehoben werden. Die Verwaltung wird auf ein Mindestmaß eingeschränkt, und die wenigen nach verbleibenden Beamten können jederzeit abberufen werden. Sie und Unruhmacher des Volkes' ruhig ist, daß die Powerfunktionen von den Gruppen selbst wahrgenommen werden, die also die erlangten Waffen nicht abgeben und damit die eigentliche Vollgewalt bei sich behalten“ (33).

R. Hoffmann zufolge bildeten die von Geng Jinzhang geführten Gruppen sich behalten“ (33).

R. Hoffmann zufolge bildeten die von Geng Jinzhang geführten Gruppen noch am Abend des 5. 2. eine „Zweite Shanghaier Volkskommune“ (34). Was auch immer es mit dieser Rebellenkommune auf sich hatte — die Macht der Ultralinken an der Basis war eine Tatsache. Sie kontrollierte seit Mitte Januar große Teile des Stadtgebiets und versuchte nun — im offenen Kampf um die Macht mit den Anhängern Zhangs — ihre Herrschaft in den einzelnen Stadtbezirken und Betrieben zu festigen und auszuweiten. Ende Januar hatten die Anhänger Gengs eine Kampagne gegen die Büros der ARHQ auf Nachbarschafts- und Distriktebene begonnen (35). Jetzt folgten heftige Angriffe auf die Stadtkader der Stadtverwaltung. Die hatten sich u.a. als Verantwortliche für die Landverschickung bei den jetzt zurückgekehrten arbeitslosen Jugendlichen und deren Familien unbeliebt gemacht. Offenbar beteiligten sich spontan sehr viele Menschen an den Angriffen gegen die Basiskader der Stadtverwaltung, um bei dieser Gelegenheit alle möglichen „alten Rechnungen“ zu begleichen (36).

Eine Affirmationskampagne gegen die Führer der reinen Massenorganisationen setzte ein. Die Wenhuiyao, die Befreiungszeitung und eine ganze Anzahl kleinerer Blätter wurde von Zhang kontrolliert. Die Rundfunkstationen waren schon Anfang Januar unter militärische Kontrolle gestellt worden. Diese Machtpositionen wurden jetzt ausgespielt, und keine Lüge war zu plump: Geng Jinzhang, noch Anfang Januar als Held von Anting gefeiert, hatte nun einen durch und durch konterrevolutionären Lebenslauf gehabt: 1944 habe er als Agent der japanischen Militärpolizei gearbeitet und vergewaltigt, habe sich 1948 auf die Seite der Guomindang geschlagen und nach seiner Gefangennahme durch die Kommunisten habe er es durch seine Tricks geschafft, Mitglied der KPCh zu werden.

Von diesem Kader waren die Angriffe, die die radikale Linke über sich ergehen lassen mußte, ausschließlichen einer amtlichen Anordnung der Ultralinken Gruppen als konterrevolutionäre klassifiziert und somit offiziell zum Abschluß freigegeben wurden, schickten sie eine Delegation nach Peking, um sich bei Mao zu beschweren. Dort fiel die Entscheidung über das weitere Schicksal der Kommune.

Von der Kommune zum Revolutionskomitee

Zhang Chunqiao und Yao Wenyuan wurden einige Tage später in die Hauptstadt gerufen. Vom 12. - 22.2.

führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Mao Zedong. Deren wichtigstes Ergebnis war der Vorschlag des Vorsitzenden, die Kommune in ein Revolutionskomitee nach Hongkong langer Vorbild umzubenennen — wie Zhang auf einer Massenversammlung nach seiner Rückkehr berichtete. Die Frage der Benennung, so habe Mao gesagt, sei schließlich eine rein formale, während der Inhalt entscheidend sei. Wenn Shanghai sich Volkskommune nenne, wollten sich alle so nennen. Deshalb sei die Shanghaier Kommune auch in der zeitlichen Presse nicht erwähnt worden. Das ganze Regierungssystem müsse somit geändert werden und das könne auch außerpolitische Kampagnen mit sich bringen. Egal wie man die Veränderung wählte, es müsse doch immer eine führende Partei geben. Die Institutionen der Kommune hätten zu wenig Autorität, man müsse die Dreiverbindung verwirklichen und sich stärker auf die Armee stützen. Auch die alten Kader müßten unbedingt zur Arbeit herangezogen werden, die Rebellen seien unfähig, eine Stadt wie Shanghai zu verwalten. Die Parole der Ultralinken „Allem mißtrauen! Alles stürzen!“ sei reaktionär, die Kader seien durch solche Parolen eingeschüchtert worden. Jetzt sei die Zeit des allgemeinen Kampfes vorbei, und es müsse nun die breite Einheit erreicht werden (36).

„Die Kommune — das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen ...“

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (Erster Entwurf)

Wie weit Zhang die Äußerungen getreu und vollständig wiedergegeben hat, ist schwer zu sagen. Einige hört sich doch so an, als wären sie von Mao Zedong selbst gesprochen worden. Aber die Parole der Shanghaier Rebellen und die Errichtung der Kommune für erheblich zu weitgehend hielt, daß er Zhang auf eine Konsolidierungspolitik wie im Rest des Landes festlegte und ihn ermahnte, die Lage anzuziehen.

Die Umbenennung der Kommune in Revolutionskomitee der Stadt Shanghai verkündete Zhang in derselben Rede vom 24.2. Offenbar stieß die — vorher nirgendwo öffentlich dokumentierte — Liquidierung der Kommune auf keinen nennenswerten Protest (37).

Zhang nutzte die Gelegenheit um die Grundsätze seiner künftigen Kaderpolitik darzulegen und an die Kader zu appellieren. Alle Genossen einschließlich der des Sekretariats des Stadt- und Provinzparteikomitees, seien willkommen, wenn sie ihre Fehler korrigieren. Für alle die Fehler oder sogar ernste Fehler gemacht hätten, sei jetzt der kritische Moment gekommen, wo sie ihre Wahl zu treffen hätten. „Aber, besonders leitende Kader müssen vor allem daran denken, daß sie keinen Großhegen sollen. Sie mögen manchmal ungerecht behandelt worden sein, aber sie sollten den Leuten vergeben, die sie kritisiert haben“ (38).

Zhangs Rede hatte für die Zukunft die Grenzen abgesteckt — zwischen dem, was legal und revolutionär und dem, was illegal und konterrevolutionär war. Wer sich der neuen Politik nicht anpaßte, bekam es mit der Diktatur der Proletariats, konkret mit dem Büro für öffentliche Sicherheit, zu tun.

„Normalisierung“ und Ausschaltung der Ultralinken

Bereits am 17. Januar waren die Hauptquartiere der Rote Fahne Armee und einer anderen Gruppe von Sicherheitskräften durchsucht und geschlossen, ihre Führer verhaftet worden (39). Auf Distriktebene wurden ganze Häuserblocks nach zurückgekehrten Jugendlichen durchsucht (41). Personen, die sich mit Angriffen auf Straßenkader und örtliche Sicherheitsbüros herorgetan hatten, wurden in oft entbehrliche wirksamen Schauprozessen abgeurteilt (42).

Die Ultralinken hatte gegen diese Maßnahmen am 22. Februar eine große Kundgebung und Protestdemonstration veranstaltet. Es war ihr letztes organisiertes und massenhaftes Auftreten. Nach Zhangs Rede am 24. setzte

eine Verhaftungswelle gegen die Führer der ultralinken Gruppen ein; die Büros der Organisationen wurden geschlossen und ihr Eigentum beschlagnahmt, während die „irreführten“ einfachen Mitglieder aufgefordert wurden, sich dem ARHQ anzuschließen (43). An den Wänden tauchten Parolen auf wie „Wir unterstützen entschieden die Unterdrückung von Konterrevolutionären durch das Büro für öffentliche Sicherheit“ (44). Schließlich wurden auch die Organisationen der Zeit- und Kontraktarbeiter aufgelöst, und — entgegen früheren Zusagen — das System der Zeit- und Kontraktarbeit nicht aufgehoben, so daß nicht permanent beschäftigte Arbeiter z.T. ihre Arbeitsplätze wieder räumen mußten (45).

Der Widerstand der Ultralinken verlagerte sich in die einzelnen Fabriken, Institutionen und Wohngebiete, wo die offizielle Kaderpolitik nach dem Grundsatz ausgerichtet war, „so viele Kader wie möglich so schnell wie möglich zu rehabilitieren, und ihnen freie Hand zu geben, Entscheidungen zu treffen und zu handeln wie zuvor“ (46). Es dauerte Monate, bis in den Produktionseinheiten Revolutionskomitees eingerichtet werden konnten. Zur Jahresmitte hatten erst 20 % der 6.000 Shanghaier Betriebe ein RK (47).

Aber diese Auseinandersetzungen hatten jede gemeinsame politische

Stoßrichtung verloren und waren manchmal auf noch Cliquenkämpfe um Einfluss und Posten. Als immer die Kämpfe im ganzen Land erneut aufflammten und allort die Ultralinken nochmals eine große Anhängerschaft mobilisieren konnte, blieb es in Shanghai nahezu ruhig.

Den rasanten Zerfall dieser politischen Strömung, die immerhin mehr als eine dreiviertel Million Menschen organisiert hatte, kann man nicht allein und nicht in erster Linie auf die Repressionsmaßnahmen des städtischen RK und der Sicherheitskräfte zurückführen (zumal es meines Wissens nie irgendwelche Massenverfolgungen gegen die ultralinken Gruppen gab). Offenbar waren diese Gruppen in politisch-ideologischer Hinsicht reichlich schwach auf den Beinen gewesen. Die Krücke der Mao Zedong-Ideen, auf die man sich immer wieder berief, erwies sich in dem Augenblick als böse Falle, als Mao selbst — aus welchen Gründen auch immer — auf eine gemäßigte Politik setzte und sich gegen die linksradikalen Strömungen stellte.

Von den Roten Revolutionären, der wichtigsten Shanghaier Studentenorganisation, die sich Ende Januar gegen die Politik Zhangs wandte, wird z.B. berichtet, daß sie innerhalb von Tagen zusammenbrach, als ihre Abgesandten aus Peking telegraphierten, Mao habe den Mißtrauenssatz gegen sie (vom 29.1.) gebilligt. Damit war der Gruppe ihre zentrale Legitimationsgrundlage, Vollstrecker des Willens des Vorsitzenden zu sein, unter den Banner weggeschoben. Ein Teil der Führer der Roten Revolutionäre überlebte den Kampf Selbstmord, er wurde mit einem Teil der Gruppe zum enghirnigen, aber bedeutungslosen Leiter von Zhang, während ein Großteil ihrer Mitglieder völlig desorientiert zurückblieb (48).

Der Personenkult um Mao, einst Triebkraft der Bewegung, hatte sich in ihren Hemmschuh verwandelt, indem er die Benutzung des eigenen Kopfes behinderte und oft genug ganz verhinderte. Die mangelnde ideologische Eigenständigkeit der ultralinken Gruppen hat viel zu ihrem Niedergang beigetragen. Was sie Zhang voraus hatten, war, daß sie die Schärfe der Auseinandersetzungen mit der neuen herrschenden Klasse in China und die Breite, die sie notwendigerweise annehmen mußte, richtiger einschätzten. Aber diese Einschätzung war viel mehr instinktiv erfolgt, und oft mit anarchistischen Wunschvorstellungen durchsetzt, als Ergebnis einer klaren, mit Fakten belegbaren Analyse. Die Shanghaier Ul-

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

tralinken kamen über das Stadium der spontanen Massenempörung nicht hinaus und erwiesen sich als unfähig — über ziemlich allgemeine Vorstellungen von Basisdemokratie etc. hinaus — eine fundierte und weiterrückende Konsolidierungspolitik des Zentrums zu leisten. Klar umrissene politische Vorstellungen der Ultralinken, und nicht die Beschränkung auf die Verteidigung „wohlerworbener“ Machtpositionen hätten — vielleicht — Grundlage für eine Bündnispolitik sein können, die von dem „Realpolitiker“ Zhang und der ARHQ-Führung eine gleichberechtigte Zusammenarbeit einforderte. Nur ein solches Bündnis hätte für weiterreichende politische Umwälzungen eine ausreichende Basis geboten.

Jo., Freiburg

Anmerkungen

- 1) Vgl. Neale Hunter: Shanghai Journal. An Eyewitness Account of the Cultural Revolution, Boston 1971, S. 83 f. und S. 103 f. Soweit nicht anders angegeben, stützt sich die Darstellung der Ereignisse in Shanghai auf den Bericht Hunters sowie auf das entsprechende Kapitel in Rainer Hoffmann: Maos Rebellion. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977. Weiter wurden herangezogen: Vienne B. Shue: Shanghai After the January Storm, In: The Cultural Revolution in the Provinces, Cambridge/Mass. 1971, S. 68-73, und Andrew G. Walder, Chang Ch'un-chiao and the Shanghai's Cultural Revolution, Ann Arbor/Mich. 1978.
- 2) Hunter S. 137.
- 3) Vgl. Walder, S. 28-31 und Hunter, S. 138-144. Beim Anting-Zwischenfall trat zum erstenmal das „Ji-Rugimen“ um den Arbeiterführer Gong Linzhang auf, das später wegen seiner abwechselnd „ultralinken“ oder „konterrevolutionären“ Politik von Zhang Chunqiao Anhängern scharf angegriffen wurde. Es fuhr von Anting weiter Richtung Peking, bis es in Boochow ebenfalls gestoppt wurde.
- 4) Unterschiedlichen Quellen zufolge waren in den Schachlagarden im Dezember 66 bis zu 800.000 Arbeiter organisiert. „Wenhuibao“ (WHP), 18.1.67; vgl. Walder, S. 40.
- 5) Der monatliche Durchschnittslohn in Shanghai lag für einen Arbeiter mittleren Alters bei 75 Yuan. Ein Bauer in einer Volkskommune verdiente nur etwa ein Viertel bis ein Drittel dieses Betrags. Dazu kamen dann noch verschiedene Prämien etc. so daß in kleinen Betrieben einzelne Facharbeiter ebensoviel oder mehr verdienten als die Direktoren oder Chefingenieure (nach Barry M. Richmond: Industrial Society in Communist China, New York 1964, S. 708-809; The Social Structure of Shanghai, in: The Journal of Asian Studies, Vol. 36, No. 1 (Nov. 1976), S. 99-116).
- 6) In den Jahren vor 1966 waren über 70.000 Jugendliche nach Xinjiang (im äußersten Nordwesten Chinas) geschickt worden. Noch im Frühjahr war die Verschickungskampagne intensiviert worden.
- 7) Allerdings ist die spätere „offizielle“ Darstellung, die ökonomischen Forderungen seien nur auf rechte Drahtzieher zurückgegangen, nicht richtig: Auch das ARHQ unterstützte am 27.12. die Forderungen der Zeit- und Kontraktarbeiter und schloß mit dem Stadtparteikomitee eine Vereinbarung, wonach die entlassenen Kontraktarbeiter wieder eingestellt und ihre Löhne nachbezahlt werden sollten (Radio Shanghai 23.67). Es konnte sich dabei auf eine entsprechende Anordnung der KRG vom 26.12. berufen (vgl. Walder, S. 47 f.).
- 8) Vgl. Hunter, S. 101-105.
- 9) Vgl. Hunter, S. 197-204.
- 10) Eine Woche zuvor hatten 118 Organisationen, die vor allem aus zurückgekehrten Studenten zusammengesetzt waren, ein Sit-in auf der Hauptplatzkreuzung Shanghais begonnen. Sie forderten, daß ihre Rückkehr in ihre Geburtsstadt offiziell sanktioniert wurde. Die Blockade, die ab 2. Januar aufrechterhalten wurde, ließ den Stadter-

kehr zusammenbrechen und beschleunigte den Sturz des Stadtkomitees. Später wurde die Aktion wegen des verursachten „Chaos“ von den Anhängern Zhangs kritisiert (vgl. Hunter S. 205 f.).

11) Vgl. Hunter S. 208.

12) Abgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten“, hrsg. vom Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 17-19. Nach Aussagen Chen Bodes wurde dieses Dokument unter direkter Anleitung Maos verfaßt (vgl. Hoffmann, S. 77).

13) Zhang Chunqiao war einer der Sekretäre des alten Shanghaier Parteikomitees. Als Mitglied der KRG hielt er sich Ende 1966 in Peking auf, stand aber in dauerndem Kontakt mit dem ARHQ und dessen Führer Wang Hongwen.

Zusammen mit dem Shanghaier Schriftleiter Yao Wenyuan und Jiang Qing werden diese beiden seit 1976 als „Viererbunde“ verurteilt.

14) Rote Garden Deedee (Organ der Roten Revolutionäre), 8.1.67 zit. nach Hunter, S. 213-15. Zu der Streik- und Sabotagebewegung Anfang Januar vgl. Hoffmann, S. 77-83 Jürgen Domes: Die Ara Mao Tse-tung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 160 und Hunter, S. 214-217 sowie „Unser Weg“ 20.21 S. 52 f.

15) Nachgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten“, S. 20 f. Unterzeichnet war diese Erklärung sowohl vom ARHQ und Anhang als auch von Gruppen der späteren Ultralinken.

16) Vgl. Hunter, S. 213. Den Angaben Hunters zufolge war die Polizei zunächst auch gar nicht einsetzbar, weil größere Teile nicht einmal bereit waren, sich auch nur verbale neuen Machinhern anzuschließen.

17) Vgl. Hunter, S. 137.

18) Vgl. Hoffmann, S. 137.

19) Ebd.

20) Angaben über die radikale Linke nach Hoffmann, S. 138 f. und Hunter, S. 224-225. Die Angaben über die Mitgliederstärke stützen sich auf Rotgardisten- und Rebellenzahlen, die zu den Gegnern der Ultralinken zählten und daher sicher keinen Grund hatten, deren Einfluß zu übertreiben.

21) Nach Hunter, S. 227.

22) Li Zhangs Rede vom 24.2.67, in SCMP No. 4147, S. 1-10.

23) Vgl. Hunter, S. 235.

24) Vgl. Hunter, S. 236.

25) Hunter, S. 238 f.

26) Vgl. Hoffmann, S. 139.

27) Vgl. Hunter, S. 236 f.

28) Radio Shanghai, 5.2.67 nach SWF, S. und 9.2.67.

29) Ebd.

30) Radio Shanghai, 6.2.67 nach SWF, S. 67. Der Text lautete: „Es waren Demonstrationen im Untergrund, die für 7 Tage, 10 Tage, 20 Tage, 30 Tage, 40 Tage, 50 Tage, 60 Tage, 70 Tage, 80 Tage, 90 Tage, 100 Tage, 110 Tage, 120 Tage, 130 Tage, 140 Tage, 150 Tage, 160 Tage, 170 Tage, 180 Tage, 190 Tage, 200 Tage, 210 Tage, 220 Tage, 230 Tage, 240 Tage, 250 Tage, 260 Tage, 270 Tage, 280 Tage, 290 Tage, 300 Tage, 310 Tage, 320 Tage, 330 Tage, 340 Tage, 350 Tage, 360 Tage, 370 Tage, 380 Tage, 390 Tage, 400 Tage, 410 Tage, 420 Tage, 430 Tage, 440 Tage, 450 Tage, 460 Tage, 470 Tage, 480 Tage, 490 Tage, 500 Tage, 510 Tage, 520 Tage, 530 Tage, 540 Tage, 550 Tage, 560 Tage, 570 Tage, 580 Tage, 590 Tage, 600 Tage, 610 Tage, 620 Tage, 630 Tage, 640 Tage, 650 Tage, 660 Tage, 670 Tage, 680 Tage, 690 Tage, 700 Tage, 710 Tage, 720 Tage, 730 Tage, 740 Tage, 750 Tage, 760 Tage, 770 Tage, 780 Tage, 790 Tage, 800 Tage, 810 Tage, 820 Tage, 830 Tage, 840 Tage, 850 Tage, 860 Tage, 870 Tage, 880 Tage, 890 Tage, 900 Tage, 910 Tage, 920 Tage, 930 Tage, 940 Tage, 950 Tage, 960 Tage, 970 Tage, 980 Tage, 990 Tage, 1000 Tage, 1010 Tage, 1020 Tage, 1030 Tage, 1040 Tage, 1050 Tage, 1060 Tage, 1070 Tage, 1080 Tage, 1090 Tage, 1100 Tage, 1110 Tage, 1120 Tage, 1130 Tage, 1140 Tage, 1150 Tage, 1160 Tage, 1170 Tage, 1180 Tage, 1190 Tage, 1200 Tage, 1210 Tage, 1220 Tage, 1230 Tage, 1240 Tage, 1250 Tage, 1260 Tage, 1270 Tage, 1280 Tage, 1290 Tage, 1300 Tage, 1310 Tage, 1320 Tage, 1330 Tage, 1340 Tage, 1350 Tage, 1360 Tage, 1370 Tage, 1380 Tage, 1390 Tage, 1400 Tage, 1410 Tage, 1420 Tage, 1430 Tage, 1440 Tage, 1450 Tage, 1460 Tage, 1470 Tage, 1480 Tage, 1490 Tage, 1500 Tage, 1510 Tage, 1520 Tage, 1530 Tage, 1540 Tage, 1550 Tage, 1560 Tage, 1570 Tage, 1580 Tage, 1590 Tage, 1600 Tage, 1610 Tage, 1620 Tage, 1630 Tage, 1640 Tage, 1650 Tage, 1660 Tage, 1670 Tage, 1680 Tage, 1690 Tage, 1700 Tage, 1710 Tage, 1720 Tage, 1730 Tage, 1740 Tage, 1750 Tage, 1760 Tage, 1770 Tage, 1780 Tage, 1790 Tage, 1800 Tage, 1810 Tage, 1820 Tage, 1830 Tage, 1840 Tage, 1850 Tage, 1860 Tage, 1870 Tage, 1880 Tage, 1890 Tage, 1900 Tage, 1910 Tage, 1920 Tage, 1930 Tage, 1940 Tage, 1950 Tage, 1960 Tage, 1970 Tage, 1980 Tage, 1990 Tage, 2000 Tage, 2010 Tage, 2020 Tage, 2030 Tage, 2040 Tage, 2050 Tage, 2060 Tage, 2070 Tage, 2080 Tage, 2090 Tage, 2100 Tage, 2110 Tage, 2120 Tage, 2130 Tage, 2140 Tage, 2150 Tage, 2160 Tage, 2170 Tage, 2180 Tage, 2190 Tage, 2200 Tage, 2210 Tage, 2220 Tage, 2230 Tage, 2240 Tage, 2250 Tage, 2260 Tage, 2270 Tage, 2280 Tage, 2290 Tage, 2300 Tage, 2310 Tage, 2320 Tage, 2330 Tage, 2340 Tage, 2350 Tage, 2360 Tage, 2370 Tage, 2380 Tage, 2390 Tage, 2400 Tage, 2410 Tage, 2420 Tage, 2430 Tage, 2440 Tage, 2450 Tage, 2460 Tage, 2470 Tage, 2480 Tage, 2490 Tage, 2500 Tage, 2510 Tage, 2520 Tage, 2530 Tage, 2540 Tage, 2550 Tage, 2560 Tage, 2570 Tage, 2580 Tage, 2590 Tage, 2600 Tage, 2610 Tage, 2620 Tage, 2630 Tage, 2640 Tage, 2650 Tage, 2660 Tage, 2670 Tage, 2680 Tage, 2690 Tage, 2700 Tage, 2710 Tage, 2720 Tage, 2730 Tage, 2740 Tage, 2750 Tage, 2760 Tage, 2770 Tage, 2780 Tage, 2790 Tage, 2800 Tage, 2810 Tage, 2820 Tage, 2830 Tage, 2840 Tage, 2850 Tage, 2860 Tage, 2870 Tage, 2880 Tage, 2890 Tage, 2900 Tage, 2910 Tage, 2920 Tage, 2930 Tage, 2940 Tage, 2950 Tage, 2960 Tage, 2970 Tage, 2980 Tage, 2990 Tage, 3000 Tage, 3010 Tage, 3020 Tage, 3030 Tage, 3040 Tage, 3050 Tage, 3060 Tage, 3070 Tage, 3080 Tage, 3090 Tage, 3100 Tage, 3110 Tage, 3120 Tage, 3130 Tage, 3140 Tage, 3150 Tage, 3160 Tage, 3170 Tage, 3180 Tage, 3190 Tage, 3200 Tage, 3210 Tage, 3220 Tage, 3230 Tage, 3240 Tage, 3250 Tage, 3260 Tage, 3270 Tage, 3280 Tage, 3290 Tage, 3300 Tage, 3310 Tage, 3320 Tage, 3330 Tage, 3340 Tage, 3350 Tage, 3360 Tage, 3370 Tage, 3380 Tage, 3390 Tage, 3400 Tage, 3410 Tage, 3420 Tage, 3430 Tage, 3440 Tage, 3450 Tage, 3460 Tage, 3470 Tage, 3480 Tage, 3490 Tage, 3500 Tage, 3510 Tage, 3520 Tage, 3530 Tage, 3540 Tage, 3550 Tage, 3560 Tage, 3570 Tage, 3580 Tage, 3590 Tage, 3600 Tage, 3610 Tage, 3620 Tage, 3630 Tage, 3640 Tage, 3650 Tage, 3660 Tage, 3670 Tage, 3680 Tage, 3690 Tage, 3700 Tage, 3710 Tage, 3720 Tage, 3730 Tage, 3740 Tage, 3750 Tage, 3760 Tage, 3770 Tage, 3780 Tage, 3790 Tage, 3800 Tage, 3810 Tage, 3820 Tage, 3830 Tage, 3840 Tage, 3850 Tage, 3860 Tage, 3870 Tage, 3880 Tage, 3890 Tage, 3900 Tage, 3910 Tage, 3920 Tage, 3930 Tage, 3940 Tage, 3950 Tage, 3960 Tage, 3970 Tage, 3980 Tage, 3990 Tage, 4000 Tage, 4010 Tage, 4020 Tage, 4030 Tage, 4040 Tage, 4050 Tage, 4060 Tage, 4070 Tage, 4080 Tage, 4090 Tage, 4100 Tage, 4110 Tage, 4120 Tage, 4130 Tage, 4140 Tage, 4150 Tage, 4160 Tage, 4170 Tage, 4180 Tage, 4190 Tage, 4200 Tage, 4210 Tage, 4220 Tage, 4230 Tage, 4240 Tage, 4250 Tage, 4260 Tage, 4270 Tage, 4280 Tage, 4290 Tage, 4300 Tage, 4310 Tage, 4320 Tage, 4330 Tage, 4340 Tage, 4350 Tage, 4360 Tage, 4370 Tage, 4380 Tage, 4390 Tage, 4400 Tage, 4410 Tage, 4420 Tage, 4430 Tage, 4440 Tage, 4450 Tage, 4460 Tage, 4470 Tage, 4480 Tage, 4490 Tage, 4500 Tage, 4510 Tage, 4520 Tage, 4530 Tage, 4540 Tage, 4550 Tage, 4560 Tage, 4570 Tage, 4580 Tage, 4590 Tage, 4600 Tage, 4610 Tage, 4620 Tage, 4630 Tage, 4640 Tage, 4650 Tage, 4660 Tage, 4670 Tage, 4680 Tage, 4690 Tage, 4700 Tage, 4710 Tage, 4720 Tage, 4730 Tage, 4740 Tage, 4750 Tage, 4760 Tage, 4770 Tage, 4780 Tage, 4790 Tage, 4800 Tage, 4810 Tage, 4820 Tage, 4830 Tage, 4840 Tage, 4850 Tage, 4860 Tage, 4870 Tage, 4880 Tage, 4890 Tage, 4900 Tage, 4910 Tage, 4920 Tage, 4930 Tage, 4940 Tage, 4950 Tage, 4960 Tage, 4970 Tage, 4980 Tage, 4990 Tage, 5000 Tage, 5010 Tage, 5020 Tage, 5030 Tage, 5040 Tage, 5050 Tage, 5060 Tage, 5070 Tage, 5080 Tage, 5090 Tage, 5100 Tage, 5110 Tage, 5120 Tage, 5130 Tage, 5140 Tage, 5150 Tage, 5160 Tage, 5170 Tage, 5180 Tage, 5190 Tage, 5200 Tage, 5210 Tage, 5220 Tage, 5230 Tage, 5240 Tage, 5250 Tage, 5260 Tage, 5270 Tage, 5280 Tage, 5290 Tage, 5300 Tage, 5310 Tage, 5320 Tage, 5330 Tage, 5340 Tage, 5350 Tage, 5360 Tage, 5370 Tage, 5380 Tage, 5390 Tage, 5400 Tage, 5410 Tage, 5420 Tage, 5430 Tage, 5440 Tage, 5450 Tage, 5460 Tage, 5470 Tage, 5480 Tage, 5490 Tage, 5500 Tage, 5510 Tage, 5520 Tage, 5530 Tage, 5540 Tage, 5550 Tage, 5560 Tage, 5570 Tage, 5580 Tage, 5590 Tage, 5600 Tage, 5610 Tage, 5620 Tage, 5630 Tage, 5640 Tage, 5650 Tage, 5660 Tage, 5670 Tage, 5680 Tage, 5690 Tage, 5700 Tage, 5710 Tage, 5720 Tage, 5730 Tage, 5740 Tage, 5750 Tage, 5760 Tage, 5770 Tage, 5780 Tage, 5790 Tage, 5800 Tage, 5810 Tage, 5820 Tage, 5830 Tage, 5840 Tage, 5850 Tage, 5860 Tage, 5870 Tage, 5880 Tage, 5890 Tage, 5900 Tage, 5910 Tage, 5920 Tage, 5930 Tage, 5940 Tage, 5950 Tage, 5960 Tage, 5970 Tage, 5980 Tage, 5990 Tage, 6000 Tage, 6010 Tage, 6020 Tage, 6030 Tage, 6040 Tage, 6050 Tage, 6060 Tage, 6070 Tage, 6080 Tage, 6090 Tage, 6100 Tage, 6110 Tage, 6120 Tage, 6130 Tage, 6140 Tage, 6150 Tage, 6160 Tage, 6170 Tage, 6180 Tage, 6190 Tage, 6200 Tage, 6210 Tage, 6220 Tage, 6230 Tage, 6240 Tage, 6250 Tage, 6260 Tage, 6270 Tage, 6280 Tage, 6290 Tage, 6300 Tage, 6310 Tage, 6320 Tage, 6330 Tage, 6340 Tage, 6350 Tage, 6360 Tage, 6370 Tage, 6380 Tage, 6390 Tage, 6400 Tage, 6410 Tage, 6420 Tage, 6430 Tage, 6440 Tage, 6450 Tage, 6460 Tage, 6470 Tage, 6480 Tage, 6490 Tage, 6500 Tage, 6510 Tage, 6520 Tage, 6530 Tage, 6540 Tage, 6550 Tage, 6560 Tage, 6570 Tage, 6580 Tage, 6590 Tage, 6600 Tage, 6610 Tage, 6620 Tage, 6630 Tage, 6640 Tage, 6650 Tage, 6660 Tage, 6670 Tage, 6680 Tage, 6690 Tage, 6700 Tage, 6710 Tage, 6720 Tage, 6730 Tage, 6740 Tage, 6750 Tage, 6760 Tage, 6770 Tage, 6780 Tage, 6790 Tage, 6800 Tage, 6810 Tage, 6820 Tage, 6830 Tage, 6840 Tage, 6850 Tage, 6860 Tage, 6870 Tage, 6880 Tage, 6890 Tage, 6900 Tage, 6910 Tage, 6920 Tage, 6930 Tage, 6940 Tage, 6950 Tage, 6960 Tage, 6970 Tage, 6980 Tage, 6990 Tage, 7000 Tage, 7010 Tage, 7020 Tage, 7030 Tage, 7040 Tage, 7050 Tage, 7060 Tage, 7070 Tage, 7080 Tage, 7090 Tage, 7100 Tage, 7110 Tage, 7120 Tage, 7130 Tage, 7140 Tage, 7150 Tage, 7160 Tage, 7170 Tage, 7180 Tage, 7190 Tage, 7200 Tage, 7210 Tage, 7220 Tage, 7230 Tage, 7240 Tage, 7250 Tage, 7260 Tage, 7270 Tage, 7280 Tage, 7290 Tage, 7300 Tage, 7310 Tage, 7320 Tage, 7330 Tage, 7340 Tage, 7350 Tage, 7360 Tage, 7370 Tage, 7380 Tage, 7390 Tage, 7400 Tage, 7410 Tage, 7420 Tage, 7430 Tage, 7440 Tage, 7450 Tage, 7460 Tage, 7470 Tage, 7480 Tage, 7490 Tage, 7500 Tage, 7510 Tage, 7520 Tage, 7530 Tage, 7540 Tage, 7550 Tage, 7560 Tage, 7570 Tage, 7580 Tage, 7590 Tage, 7600 Tage, 7610 Tage, 7620 Tage, 7630 Tage, 7640 Tage, 7650 Tage, 7660 Tage, 7670 Tage, 7680 Tage, 7690 Tage, 7700 Tage, 7710 Tage, 7720 Tage, 7730 Tage, 7740 Tage, 7750 Tage, 7760 Tage, 7770 Tage, 7780 Tage, 7790 Tage, 7800 Tage, 7810 Tage, 7820 Tage, 7830 Tage, 7840 Tage, 7850 Tage, 7860 Tage, 7870 Tage, 7880 Tage, 7890 Tage, 7900 Tage, 7910 Tage, 7920 Tage, 7930 Tage, 7940 Tage, 7950 Tage, 7960 Tage, 7970 Tage, 7980 Tage, 7990 Tage, 8000 Tage, 8010 Tage, 8020 Tage, 8030 Tage, 8040 Tage, 8050 Tage, 8060 Tage, 8070 Tage, 8080 Tage, 8090 Tage, 8100 Tage, 8110 Tage, 8120 Tage, 8130 Tage, 8140 Tage, 8150 Tage, 8160 Tage, 8170 Tage, 8180 Tage, 8190 Tage, 8200 Tage, 8210 Tage, 8220 Tage, 8230 Tage, 8240 Tage, 8250 Tage, 8260 Tage, 8270 Tage, 8280 Tage, 8290 Tage, 8300 Tage, 8310 Tage, 8320 Tage, 8330 Tage, 8340 Tage, 8350 Tage, 8360 Tage, 8370 Tage, 8380 Tage, 8390 Tage, 8400 Tage, 8410 Tage, 8420 Tage, 8430 Tage, 8440 Tage, 8450 Tage, 8460 Tage, 8470 Tage, 8480 Tage, 8490 Tage, 8500 Tage, 8510 Tage, 8520 Tage, 8530 Tage, 8540 Tage, 8550 Tage, 8560 Tage, 8570 Tage, 8580 Tage, 8590 Tage, 8600 Tage, 8610 Tage, 8620 Tage, 8630 Tage, 8640 Tage, 8650 Tage, 8660 Tage, 8670 Tage, 8680 Tage, 8690 Tage, 8700 Tage, 8710 Tage, 8720 Tage, 8730 Tage, 8740 Tage, 8750 Tage, 8760 Tage, 8770 Tage, 8780 Tage, 8790 Tage, 8800 Tage, 8810 Tage, 8820 Tage, 8830 Tage, 8840 Tage, 8850 Tage, 8860 Tage, 8870 Tage, 8880 Tage, 8890 Tage, 8900 Tage, 8910 Tage, 8920 Tage, 8930 Tage, 8940 Tage, 8950 Tage, 8960 Tage, 8970 Tage, 8980 Tage, 8990 Tage, 9000 Tage, 9010 Tage, 9020 Tage, 9030 Tage, 9040 Tage, 9050 Tage, 9060 Tage, 9070 Tage, 9080 Tage, 9090 Tage, 9100 Tage, 9110 Tage, 9120 Tage, 9130 Tage, 9140 Tage, 9150 Tage, 9160 Tage, 9170 Tage, 9180 Tage, 9190 Tage, 9200 Tage, 9210 Tage, 9220 Tage, 9230 Tage, 9240 Tage, 9250 Tage, 9260 Tage, 9270 Tage, 9280 Tage, 9290 Tage, 9300 Tage, 9310 Tage, 9320 Tage, 9330 Tage, 9340 Tage, 9350 Tage, 9360 Tage, 9370 Tage, 9380 Tage, 9390 Tage, 9400 Tage, 9410 Tage, 9420 Tage, 9430 Tage, 9440 Tage, 9450 Tage, 9460 Tage, 9470 Tage, 9480 Tage, 9490 Tage, 9500 Tage, 9510 Tage, 9520 Tage, 9530 Tage, 9540 Tage, 9550 Tage, 9560 Tage, 9570 Tage, 9580 Tage, 9590 Tage, 9600 Tage, 9610 Tage, 9620 Tage, 9630 Tage, 9640 Tage, 9650 Tage, 9660 Tage, 9670 Tage, 9680 Tage, 9690 Tage, 9700 Tage, 9710 Tage, 9720 Tage, 9730 Tage, 9740 Tage, 9750 Tage, 9760 Tage, 9770 Tage, 9780 Tage, 9790 Tage, 9800 Tage, 9810 Tage, 9820 Tage, 9830 Tage, 9840 Tage, 9850 Tage, 9860 Tage, 9870 Tage, 9880 Tage, 9890 Tage, 9900 Tage, 9910 Tage, 9920 Tage, 9930 Tage, 9940 Tage, 9950 Tage, 9960 Tage, 9970 Tage, 9980 Tage, 9990 Tage, 1000 Tage, 1001 Tage, 1002 Tage, 1003 Tage, 1004 Tage, 1005 Tage, 1006 Tage, 1007 Tage, 1008 Tage, 1009 Tage, 1010 Tage, 1011 Tage, 1012 Tage, 1013 Tage, 1014 Tage, 1015 Tage, 1016 Tage, 1017 Tage, 1018 Tage, 1019 Tage, 1020 Tage, 1021 Tage, 1022 Tage, 1023 Tage, 1024 Tage, 1025 Tage, 1026 Tage, 1027 Tage, 1028 Tage, 1029 Tage, 1030 Tage, 1031 Tage, 1032 Tage, 1033 Tage, 1034 Tage, 1035 Tage, 1036 Tage, 1037 Tage, 1038 Tage, 1039 Tage, 1040 Tage, 1041 Tage, 1042 Tage, 1043 Tage, 1044 Tage, 1045 Tage, 1046 Tage, 1047 Tage, 1048 Tage, 1049 Tage, 1050 Tage, 1051 Tage, 1052 Tage, 1053 Tage, 1054 Tage, 1055 Tage, 1056 Tage, 1057 Tage, 1058 Tage, 1059 Tage, 1060 Tage, 1061 Tage, 1062 Tage, 1063 Tage, 1064 Tage, 1065 Tage, 1066 Tage, 1067 Tage, 1068 Tage, 1069 Tage, 1070 Tage, 1071 Tage, 1072 Tage, 1073 Tage, 1074 Tage, 1075 Tage, 1076 Tage, 1077 Tage, 1078 Tage, 1079 Tage, 1080 Tage, 1081 Tage, 1082 Tage, 1083 Tage, 1084 Tage, 1085 Tage, 1086 Tage, 1087 Tage, 1088 Tage, 1089 Tage, 1090 Tage, 1091 Tage, 1092 Tage, 1093 Tage, 1094 Tage, 1095 Tage, 1096 Tage, 1097 Tage, 1098 Tage, 1099 Tage, 1100 Tage, 1101 Tage, 1102 Tage, 1103 Tage, 1104 Tage, 1105 Tage, 1106 Tage, 1107 Tage, 1108 Tage, 1109 Tage, 1110 Tage, 1111 Tage, 1112 Tage, 1113 Tage, 1114 Tage, 1115 Tage, 1116 Tage, 1117 Tage, 1118 Tage, 1119 Tage, 1120 Tage, 1121 Tage, 1122 Tage, 1123 Tage, 1124 Tage, 1125 Tage, 1126 Tage, 1127 Tage, 1128 Tage, 1129 Tage, 1130 Tage, 1131 Tage, 1132 Tage, 1133 Tage, 1134 Tage, 1135 Tage, 1136 Tage, 1137 Tage, 1138 Tage, 1139 Tage, 1140 Tage, 1141 Tage, 1142 Tage, 1143 Tage, 1144 Tage, 1145 Tage, 1146 Tage, 1147 Tage, 1148 Tage, 1149 Tage, 1150 Tage, 1151 Tage, 1152 Tage, 1153 Tage, 1154 Tage, 1155 Tage, 1156 Tage, 1157 Tage, 1158 Tage, 1159 Tage, 1160 Tage, 1161 Tage, 1162 Tage, 1163 Tage, 1164 Tage, 1165 Tage, 1166 Tage, 1167 Tage, 1168 Tage, 1169 Tage, 1170 Tage, 1171 Tage, 1172 Tage, 1173 Tage, 1174 Tage, 1175 Tage, 1176 Tage, 1177 Tage, 1178 Tage, 1179 Tage, 1180 Tage, 1181 Tage, 1182 Tage, 1183 Tage, 1184 Tage, 1185 Tage, 1186 Tage, 1187 Tage, 1188 Tage, 1189 Tage, 1190 Tage, 1191 Tage, 1192 Tage, 1193 Tage, 1194 Tage, 1195 Tage, 1196 Tage, 1197 Tage, 1198 Tage, 1199 Tage, 1200 Tage, 1201 Tage, 1202 Tage, 1203 Tage, 1204 Tage, 1205 Tage, 1206 Tage, 1207 Tage, 1208 Tage, 1209 Tage, 1210 Tage, 1211 Tage, 1212 Tage, 1213 Tage, 1214 Tage, 1215 Tage, 1216 Tage, 1217 Tage, 1218 Tage, 1219 Tage, 1220 Tage, 1221 Tage, 1222 Tage, 1223 Tage, 1224 Tage, 1225 Tage, 1226 Tage, 1227 Tage, 1228 Tage, 1229 Tage, 1230 Tage, 1231 Tage, 1232 Tage, 1233 Tage, 1234 Tage, 1235 Tage, 1236 Tage, 1237 Tage, 1238 Tage, 1239 Tage, 1240 Tage, 1241 Tage, 1242 Tage, 1243 Tage, 1244 Tage, 1245 Tage, 1246 Tage, 1247 Tage, 1248 Tage, 1249 Tage, 1250 Tage, 1251 Tage, 1252 Tage, 1253 Tage, 1254 Tage, 1255 Tage, 1256 Tage, 1257 Tage, 1258 Tage, 1259 Tage, 1260 Tage, 1261 Tage, 1262 Tage, 1263 Tage, 1264 Tage, 1265 Tage, 1266 Tage, 1267 Tage, 1268 Tage, 1269 Tage, 1270 Tage, 1271 Tage, 1272 Tage, 1273 Tage, 1274 Tage, 1275 Tage, 1276 Tage, 1277 Tage, 1278 Tage, 1279 Tage, 1280 Tage, 1281 Tage, 1282 Tage, 1283 Tage, 1284 Tage, 1285 Tage, 1286 Tage, 1287 Tage, 1288 Tage, 1289 Tage, 1290 Tage, 1291 Tage, 1292 Tage, 1293 Tage, 1294 Tage, 1295 Tage, 1296 Tage, 1297 Tage, 1298 Tage, 1299 Tage, 1300 Tage, 1301 Tage, 1302 Tage, 1303 Tage, 1304 Tage, 1305 Tage, 1306 Tage, 1307 Tage, 1308 Tage, 1309 Tage, 1310 Tage, 1311 Tage, 1312 Tage, 1313 Tage, 1314 Tage, 1315 Tage, 1316 Tage, 1317 Tage, 1318 Tage, 1319 Tage, 1320 Tage, 1321 Tage, 1322 Tage, 1323 Tage, 1324 Tage, 1325 Tage, 1326 Tage, 1327 Tage, 1328 Tage, 1329 Tage, 1330 Tage, 1331 Tage, 1332 Tage, 1333 Tage, 1334 Tage, 1335 Tage, 1336 Tage, 1337 Tage, 1338 Tage, 1339 Tage, 1340 Tage, 1341 Tage, 1342 Tage, 1343 Tage, 1344 Tage, 1345 Tage, 1346 Tage, 1347 Tage, 1348 Tage, 1349 Tage, 1350 Tage, 1351 Tage, 1352 Tage, 1353 Tage, 1354 Tage, 1355 Tage, 1356 Tage, 1357 Tage, 1358 Tage, 1359 Tage, 1360 Tage, 1361 Tage, 1362 Tage, 1363 Tage, 1364 Tage, 1365 Tage, 1366 Tage, 1367 Tage, 1368 Tage, 1369 Tage, 1370 Tage, 1371 Tage, 1372 Tage, 1373 Tage, 1374 Tage, 1375 Tage, 1376 Tage, 1377 Tage, 1378 Tage, 1379 Tage, 1380 Tage,

MISTY IN ROOTS

MISTY IN ROOTS Toureedaten 1982

22.10. Graffiti, Hamburg
23.10. Jovai Cinema, Münster
24.10. SO 36, Berlin
26.10. Universität Bochum
27.10. Paradiso, Amsterdam
28.10. Hyde Park, Osnabrück
29.10. Batschkapp, Frankfurt
30.10. Kulturforum, Geroishofen
bei Schwarzwald
31.10. Rheinbrunnen, Bonn
2.11. Rote Fabrik, Zürich
4.11. Universität Konstanz
5.11. Goldene Krone, Darmstadt
6.11. Schauburg, Bremen
8.11. Arhus
10.11. København
11.11. Heisinger
18.11. Kulturladen, Wuppertal
18.11. Alhambra, Oldenburg
19.11. Festival, Hamburg



Interview mit D. Tyson (Pock) Gesang und Trompete bei MISTY IN ROOTS Gesprächspartner: Walter Witt, Hamburg

Walter: Im Oktober und November seid ihr zum dritten Mal in der BRD auf Tour. Eure letzte Tournee durch die BRD liegt jetzt zwei Jahre zurück. Was ist bei euch in der Zwischenzeit passiert?

Pock: Ja, wir haben unsere zweite LP veröffentlicht (Wise and Foolish), die sehr erfolgreich war. Sie hielt ca. drei Wochen die Spitzenposition in den Top Ten der britischen, independent Charts. Danach machten wir mehrere Tourneen und waren seit Anfang des Jahres für sieben Monate auf Tour in Afrika.

W.: Wo seid ihr in Afrika gewesen und welche Erfahrungen habt ihr mit der dortigen Musikszene gemacht?

P.: Wir waren im südlichen Teil von Afrika, hauptsächlich in Sambia und Zimbabwe. In Sambia hört man viel traditionelle, afrikanische Musik, während es in Zimbabwe neuerdings eine vielschichtige Musikszene gibt. Die Bands spielen moderne Discomusik und natürlich afrikanische Musik süd- und zentralafrikanischen Ursprungs, z.B. Musik aus Zaire. Außerdem spielt Reggae zunehmend eine große Rolle. Im Moment scheint Zimbabwe für Reggaemusik das interessanteste Land in Afrika zu sein. Unsere Konzerte in Zimbabwe waren sehr erfolgreich.

W.: Wieviele Auftritte habt ihr in Zimbabwe gemacht?

P.: Ziemlich viele; wir haben versucht, so weit wie möglich durch das Land zu touren, obwohl das aufgrund der dortigen Bedingungen nicht immer möglich war. Überall, wo sich die Gelegenheit bot, haben wir halt ein Konzert gegeben.

W.: War die Situation in Sambia ähnlich?

P.: Nein, die Situation dort unterscheidet sich erheblich. Man muß verstehen, daß Sambia weniger entwickelt ist, es ist sozusagen wilder als Zimbabwe, es gibt viel Dschungel. Unsere Konzerte dort fanden nur in den entwickelten Teilen des Landes statt, also in den Industriezentren. Wir machen eben elektrische Musik und keine akustische.

W.: Afrika spielt für euch philosophisch eine große Rolle, Afrika als Ursprung der Menschheitsgeschichte. Viele Rastafarians streben die Rückkehr nach Afrika an. War der Trip auch

Afrika so etwas wie ein Beginn für die Verwirklichung Eures Ziels, wolltet ihr abhecken, ob ein Leben für euch dort möglich ist?

P.: Ja, Afrika ist riesengroß, und jeder weiß, daß es für Schwarze wünschenswert ist, dorthin zurückzukehren. Das trifft aber nicht unbedingt für uns zu. Wir wollten einen Teil Afrikas sehen, und es ist wirklich toll. Jetzt haben wir eine bessere Vorstellung auch vom Restafrika. Aber wir haben natürlich nur diesen einen Teil wirklich erlebt und wollen in Zukunft auch andere Regionen kennenlernen, denn Afrika ist vielfarbig und überall trifft man auf verschiedene Welten.

W.: D.h. also, ihr werdet noch künftig durch Afrika touren, auch durch Südafrika?

P.: Klar, genau wie wir durch Europa mehrmals schon getourt sind. Afrika ist sicherlich anders, aber es lohnt sich. Man lernt Neues kennen, wir haben Dinge gesehen, die wir uns vorher nicht vorstellen konnten. Durch Südafrika werden wir sicherlich nicht touren, obwohl der Reggae dort momentan sehr populär ist. Er fördert z.B. den Prozeß der Einigung verschiedener, rivalisierender Stämme. Wir werden wohl kaum die Chance erhalten, im Ghetto von Soweto zu spielen. Das wäre zuviel Zündstoff. Die Plattenkonzerte pressen Reggaeplatten speziell für den südafrikanischen Markt und lassen dabei ein oder zwei brisante Stücke der Scheibe raus. Die Situation für Konzerte in Südafrika ist sicher günstig, da die Regierung versucht, auch auf diesem Wege ihr repressives Regime zu legalisieren.

W.: Habt ihr auch persönliche Kontakte zu afrikanischen Musikern gehabt?

P.: Natürlich trifft man Musiker wie überall in der Welt, wenn wir auf Tour sind.

W.: Wird eure Musik künftig noch mehr von der traditionellen, afrikanischen Musik beeinflusst werden, wie das Stück „Jah Bless Africa“ auf eurer neuesten LP vermuten läßt?

P.: Die LP ist vor unserem Trip nach Afrika erschienen. In Afrika haben wir die Bestätigung gefunden, daß der Reggae von traditionell afrikanischer Musik beeinflusst ist. Der Reggae ist unsere Identität als Afrikaner. Sicher, man

kann ihn auf verschiedene Weise interpretieren, also auch auf traditionelle. „Jah Bless Africa“ ist ein Traditionell, das überall in Afrika gesungen wird.

W.: Habt ihr eigentlich schon mal darüber nachgedacht in der Karibik auf Tour zu gehen?

P.: Nein, bisher noch nicht.

W.: Die Konzerte in der BRD werden im Rahmen einer Europatour stattfinden. Durch welche Länder werdet ihr touren?

P.: Durch Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und Schweiz, möglicherweise werden wir auch Gigs in Frankreich haben.

W.: Viele Leute haben im Zusammenhang mit Reggae von Modernisierung gesprochen. THE MISTY IN ROOTS im Vergleich zu JAH BLESS AFRIKA: Populartät in der BRD verloren. Und in England?

P.: Nun, das muß man sehr genau untersuchen. Der Reggae hat aufgrund der modernen Rockmusik in England stark beeinflusst, also den sog. New Wave. Gruppen wie Specials, Madness und Poole z.B. Insofern würde ich sagen, daß es mit dem Reggae eher bergauf geht. Der Reggae ist traditionell vorhanden. Er ist die schwarze Musik in Europa schlechthin.

W.: Ihr habt Verträge mit englischen Plattenfirmen bisher zugunsten eurer Unabhängigkeit abgelehnt, seid damit ganz gut gefahren. Eure Platten erscheinen auf eurem Label „People Unite“. Wie haben sich andere Gruppen mit Plattenverträgen in England entwickelt?

P.: Es gibt eine Reihe von Reggae-Gruppen, die durch die Plattenfirmen gesucht werden. Aber deren Sound hat überhaupt nichts mit Roots-Musik zu tun, sie spielen halt Popreggae und sind besonders in UK erfolgreich, da Reggae hier etabliert ist. Andere Gruppen, mit denen wir zusammen gespielt haben, sind von der Bühne verschwunden wie z.B. Sham 69 oder Adams and Anders. Der Reggae blieb vom Auf und Ab der Modernmusik verschont, weil er traditionelle Musik ist.

W.: Wie sieht eure derzeitige Besetzung aus? Wieviele Leute werden diesmal auf Tour sein?

P.: Wir werden mit 12 oder 14 Leuten kommen, davon sind 10 auf der Bühne

und wahrscheinlich wird D. Benjamin, Leadgitarrist bei Aswad, uns begleiten. Wir spielen neuerdings mit zwei Keyboards und einer 3-köpfigen Hornack-Gruppe mit einem Saxophonisten aus Ghana.

Copyright by Walter Witt, Hamburg

Besetzung MISTY IN ROOTS
D. McKay: vocal, D. Tyson: vocal, trumpet, W. Tyson: vocal, T. Henry: bass, J. Peters: drums, D. Augustine: rhythm, J. Brown: keyboards, D. Brieco: keyboards, Norty: sax, D. Benjamin: lead guitar

Jetzt 6. Auflage 20.000 Stück



148 Seiten
Format Din A4
Preis: 7,50 DM
Bestell-Nr. 8

Bestellungen an:
Bürgerinitiative Umweltschutz
Untereibe/Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Telefon 040/ 439 86 71

Informationen zur Atomenergie

In der Presse wird zwar sehr viel, auch sehr viel falsch, berichtet über die Atomenergie in Westdeutschland und anderen Ländern. Die Darstellung der Hintergründe ist fast immer sehr oberflächlich. Die Broschüre ist umfangreicher geworden als geplant, weil:

- wir nicht ohne oberflächliche Informationen auskommen wollten
- wir selber während der Arbeit auf Zusammenhänge gestoßen sind, die wir vorher nicht erkannt haben und die wir für so wichtig halten, daß wir sie aufgeschrieben haben.
- wir das Problem von möglichst vielen Seiten beleuchten wollten.

Wir hoffen, daß diese Broschüre auch die Bürgerinitiativen in ihrer Arbeit unterstützt. Die verschiedenen Abschnitte sind insofern unabhängig voneinander, als sie einzeln verstanden werden können. Alle Teile der Broschüre sind das Ergebnis gemeinsamer Diskussionen.

Inhaltsverzeichnis:
Grundbegriffe der Atomphysik
Der Brennstoffkreislauf
Radioaktive Belastung bei Normalbetrieb von Atomkraftwerken
Unfälle in Atomkraftwerken
Der Reaktorfall von Harrisburg
Standorte von AKWs in der BRD
Übersicht über Atomenergie in der BRD
Beschreibung ausgewählter Atomkraftanlagen
Widerstand gegen Atomkraft
Von Stromkabeln und anderen Märchen!
Das Gerücht vom billigen Atomstrom
Ökonomische und politische Hintergründe der Atomenergiewirtschaft
Arbeitsplätze und Atomenergie
Das Atomgeschäft mit dem Export
Ziele und militärische Atomenergiewirtschaft
Kleines Anti-AKW Alphabet
Quellen- und Literaturverzeichnis

Interview mit Heiner Goebbels

Wider den reibungslosen Menschen

„In unserer Zeit sind durch den Tonfilm, die Schallplatte, die Radiosendung und schließlich durch die Veränderung der sozialen Darbietungsform neue Produktionsprobleme entstanden, die sich mit dem Hinweis auf die Größe Beethovens und die Fäulnis im Monopolkapitalismus allein nicht lösen lassen.“
Hanns Eisler, 1938

In diesen Tagen kommt von Heiner Goebbels die Single „Die letzte Buche“ (zur Starbahn West) und die Doppel-LP „man or monkey“ (von der Gruppe „Cassiber“, in der er mitspielt) heraus (beide bei Edelstein/Koln). Heiner ist Mitbegründer des mittlerweile aufgelösten „Sogenannten Linksradiokalen Blasorchesters“ und spielt seit 1975 mit Alfred Harth im Duo (s. a. „Vier Fäule für Hanns Eisler“). Außerdem komponiert er Film- und Theatermusik (z.B. für Helke Sanders „Der subjektive Faktor“, Hans Neuenfels „Iphigenia auf Tauris“-Inszenierung). Er ist dabei einer der wichtigsten linken Musiker, die sich weder in einen Elfenbeinturm zurückgezogen noch von der Industrie haben vermarkten lassen. Ein Anlaß zu dem folgenden Interview war die NDW-Debatte im AK.

Kunst und Technik

AK: Du hast deine Musik nie als l'art pour l'art verstanden, sondern als Ausdruck deines Engagements. Trotzdem hast du dich immer sehr deutlich gegen eine auch im AK gelobte (s. AK 225), Musikgruppen, die in der gerade aktuellen Bewegung „la“ waren (z.B. bots, Schmetterlinge), abgegrenzt.
H: Generell ist meine Haltung, daß ich kein Propagandist sein will, das kann ich mir bei meinen Namen auch wirklich nicht erlauben. Wenn ich also nur Musik produzieren will, dann muß ich politische Musik machen, also kein kluger Text, der drei Schritte weiter ist als der, der ihn hört. Ich arbeite lieber mit emotionalen Elementen, die außermusikalische Inhalte haben. Das Stück „Berlin-Q-Damm“ ist so ein deutliches Beispiel, aber auch meine neue Single, auf der „Die letzte Buche“ ist, ein fast sentimentales Stück, das eine Art Anti-Q-Damm ist.

AK: Auf deinen letzten Platten hast du häufiger Originaltonaufnahmen unter deine Musik gelegt, eine Technik, die ziemlich eindrucksvolle Ergebnisse entstehen läßt.

H: Die Stücke, in denen ich das mache, sind dabei aber ganz unterschiedlich textbezogen. „Die letzte Buche“ viel stärker als z.B. „Berlin-Q-Damm“. So ein Originaltonverfahren wird in gewisser Weise auch durch den Pseudorealismus von verschiedenen NDW/New Wave Gruppen aufgegriffen, die so direkt und unkunstlich klingen, also fast

der harte Kern vom Blasorchester versucht, auf großen Demos (z.B. gegen die Starbahn, F.) auf leeren Örtlichkeiten, die wir gerollt haben, mit Knäpeln was zu machen, das drückt ästhetisch viel mehr aus als so 'ne folkloristische Verspieltheit.

AK: Die ist aber bei euren Hörern ganz gut angekommen...

H: Wir wollen aber nicht mit dem weiter rummachen, was wir in den großen Erfolg hatten, worüber wir aber auch schon hinaus waren. Anfangs war die Musik für uns auch Ausdruck einer Lebenssituation, das war die Zeit, als sich die K-Gruppen dogmatisch verhielten und es uns darauf ankam, eben keine Propaganda mit Noten zu machen, sondern ein politisches Lebensgefühl musikalisch auszudrücken. Das hat sich natürlich verschoben, als die dogmatischen Organisationsformen den Bach runtergingen und wir Gefahr liefen, in die Harmlosigkeit politischer Folkloristik abzurutschen. Die Annäherung zu den Demos wurden immer existentieller und wir konnten uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir haben dann härtere, rhythmische Musik gesucht.

AK: Und die konntet ihr dann nicht mehr mit der ganzen Blasorchestergruppe fassen. Du hast vorher gesagt: „Unsere Mittel mit den Blasinstrumenten reichen nicht mehr aus.“ Heißt das, daß ihr ward ja professionelle Musiker und Leute, die beruflich was ganz anderes gemacht haben — bei den komplexen Problemen, mit denen sich die Linke oder wir alle, um jetzt beschäftigen müssen, eine künstlerische Umsetzung und Auseinandersetzung nur noch mit technisch sehr guten Mitteln im dem Fall professionellen Mitteln stattfinden kann? Hat eure Auflösung auch was mit einer Professionalisierung zu tun?

H: Nein, gar nicht. Die Auflösung war keine Folge von Professionalisierung. Mir ging es konkret um viel rhythmischer Mittel, das ist nicht an Professionalität gebunden, sondern das ist eine Frage, wie aggressiv und kraftvoll eine Musik sein soll. Z.B. der Schlagzeuger von Einstürzende Neubauten hat eine Rhythmik, die mich viel mehr interessiert und die mir viel mehr erzählt, als die von einem professionellen Schlagzeuger.

AK: Für deine Musik spielt auch Hanns Eisler eine ganz entscheidende Rolle. Eine deiner früheren Platten die du mit Alfred Harth aufgenommen hast, heißt „Vier Fäule für Hanns Eisler“. Dabei sind doch viele Eisler-Sachen, vor allem auch ein Fond-Buch gesungen. Beinhaltet eine ziemlich verständnis und heute eher behandelten ML-Kulturtendenz. Wie reist sich das zusammen?

H: Für mich hat es der all auch sehr darauf an, zu Eisler selbst zu hören, den wir heute so oft im Kontext

betheilen ML-Kulturtendenz. Wie reist sich das zusammen?

H: Für mich kam es deshalb auch sehr darauf an, zu Eisler selbst zurückzufinden, wie der selbst mit seinen Kompositionen umgegangen ist. (H. legt eine Platte auf, „Klingende Dokumente“, auf der Eisler selbst singt, Ann. F.) Wie der Eisler da z.B. das „Lied von der halbbaren Graugans“ (Ann. I) singt, hat uns die Idee gegeben, das auch instrumental zu lösen — der Eisler selbst hat ja 'ne Stimme wie ein Saxophon. Dagegen kann man die ganzen Eisler-Interpreten vergessen; bei dem Buch ist das so ein leeres Pathos, das finde ich unerträglich. Die meisten, die Eisler klingen, tun das mit einem besser-wasserischen Leuchtumgefühl so über dem Land zu stehen und den Schiffen in Not zuzurufen „Hier geht es lang!“ Das macht der Eisler selbst überhaupt nicht.

AK: Er hat sich aber auch nicht gegen seine Interpreten zur Wehr gesetzt, sondern dem Buch im Gegenteil auch noch Lieder komponiert, die sich der gewinnacht hat...

H: Ja, ich glaube, der hat das nicht so gemerkt, denn es ist auf was ganz anderes angekommen und der war dafür nicht so empfänglich, vielleicht auch zu akademisch.

Für mich ist es beim Hören generell fast wichtiger, wie die Leute was machen, als was sie genau machen. Z.B. stört mich Eisler enorm. Wenn einer von sich selbst singt und man glaubt ihm dann so eine Direktheit, dann wird nicht unwichtig, was sie oder er singt, aber das kann schon mal Unsinn sein es ist auf jeden Fall eine Oase in der Wüste von standardisierten und glatten Sachen, wo niemand mehr irgendeiner-m irgend etwas glauben kann.

AK: Das ist aber eine durchaus gefährliche Position, weil auf diesem Weg über die Direktheit — so wichtig ich die auch finde — auch sehr fragwürdige

Geschichten transportiert werden können...

H: Ich finde das schwierig. Vor ein paar Jahren würde ich noch viel genauer, was meine politischen Interessen sind. Heute finde ich es auch eine wichtige politische Aufgabe, so eine Offenheit zu finden, also nicht ganz abgeschlossene und fertige Sachen, die ich meist eh verlogen finde — wie z.B. von den Schmetterlingen — zu produzieren.

AK: Du denkst dabei sicher an sowas wie den Schmetterling-Beitrag bei Rock gegen Rechts („Das letzte Lied“) oder auch deren unangenehmes „Lied von den schönen Worten“ (Ann. 2).

H: Genau, wenn da in „Das letzte Lied“ ein Solist singt „... und mischt sich ein Solist hinein, dann schickt ihn doch zum Teufel“ oder, wieder ein Solist „Denn Vorsänger, die gibt es nicht im Vorbesitz der Wahrheit“, dann wird den Zuhörern doch was vorgemacht, was vorgespielt. Was ich meine, hat Heiner Müller vor einiger Zeit mal in einer „Beichte“ geschrieben (in der „alternative“), daß er es nämlich als seine primäre politische Aufgabe ansieht, die standardisierten Medien zu unterlaufen und Freiräume für Phantasie freizuschaffen. Ich finde Musik viel zu schade um Themen aufzutragen, es nimmt außerdem so gar nicht, denn in Wirklichkeit hängen sich Gruppen an den Trend dran und formulieren dann dann pädagogische Texte, an die sie hoffentlich selbst nicht mehr glauben. Das ist eine unangenehme Haltung, so auf die Bühne zu stellen und dann Bescheid zu wissen so und so und das, Schlußakkord. Die schmeißt ich bei ihrem Publikum ein.

Die Pädagogik ist außerdem immer verbunden mit einer aktiven Aktion und einer weiteren, in der man Unbeweglichkeit für eine politische Problem findet sich selbst ein. Ich fertige hin und her, das ein bisschen bearbeitet wird, und was dann rauskommt, ist von einer unbeschreiblichen Harmlosigkeit, weil die Zuhörer im Saal schon auf Suchwort begeistert sind, auf inhaltliches Suchwort (Ann. 3), denn die Musik von Lindenberg, Schmetterlingen oder bots ist viel zu langweilig, als daß sie was eigenständiges bewirken würde.

AK: Der Musik der Schmetterlinge wird ja zugute gehalten, daß sie inhaltlich allgemein verständlich aufbereitet und aufgreift, daß sie sich an große Massen von Lesern wendet und z.B. auf diesem immer eine Art Solidaritätserklärung erzielt.

H: Ich will nicht meinen, Musik ist nicht was anderes machen, etwas auf sich selbst stellen. Ich gegen die, was die immer, bloß zu finden, die die Sachen nicht so abstrakt werden lassen, also eine Originaltonaufnahme wie bei Berlin-Q-Damm z.B., ein Text, ein Rhythmus. Aber die Musik muß dann auch darüber hinausgehen.

AK: Aber wie beurteilst du denn, oder wie stellst du zu der „Agitationswirkung“ von so einer Gruppe wie Schmetterlinge?

H: Ich glaube nicht, daß diese Musik wirklich agieren kann. Wenn so ein alter Text, wie bei den Schmetterlingen benutzt, vertont und gespielt wird, dann wird sicher kein Politisierungsprozeß bei dem Zuhörer dieses Textes ausgelöst. Um so einen Zuhörer zu politisieren, das ist zumindest meine Erfahrung, müßte das schon etwas tiefer gehen, müßten auch emotionale Schichten miteinbezogen werden — sonst wird das nur eine ganz akklamatorische Geschichte. Zum anderen: auf Demos mitsingen... Ich kann mir verschiedene Formen von Sungen auf Demos vorstellen. Dieses „Wehr euch, leistet Widerstand“ z.B., da steckt ein Gestus dahinter, der so viel Religiosität in sich hat, daß mir dabei ganz unheimlich wird, weil ich nicht den Eindruck habe, daß die Leute da noch wissen, was sie singen und wie sie singen und marschieren. Im Gegensatz dazu kann ich mir Sachen wie mit den Ölförnern und Sprechchören — also Sachen, die was zusammen entstehen lassen — sehr gut vorstellen, wo sich dann die Leute, die was machen, viel besser auch selbst einbringen können: Tanzen oder Klopfen oder Sprechchöre. Bei den Demos in Bonn oder Wiesbaden hat sich jeweils was ganz anderes, immer neues entwickelt.

AK: Du meinst also, daß sich etwas in einer Demo entwickeln muß, quasi dezentral, und nicht so ein fertiger Liedtext, der über Lautsprecher eingebläut und dann mitgesungen werden soll. Also Sprechchöre und Rhythmus von unten...

H: So, ja. Wir haben da ja auch unsere Erfahrungen, aber die verbreiten sich eben ganz anders als so ein Lied von den bots...

AK: Wenn ich es jetzt ganz kraß zuspitze: schließt es sich eigentlich aus, deine Musik zu finden und die Musik von den Schmetterlingen auch gut zu finden?

H: Nein, wenn man mit offenen Ohren hinhört, kann man wohl beides gut finden. Irgendwann findet man dann die Schmetterlinge vielleicht nicht mehr gut.

Musiker und Konsument...

AK: Deine Musik stellt teilweise ganz andere Ansprüche an die Zuhörer, beansprucht die Geduld des Zuhörers und ist — finde ich — manchmal schwer zugänglich. Wer hört die denn? Ist das nicht ein recht kleiner Kreis? Wenn ich z.B. bei mir in der WG einen Platte von dir auflege, kommen aus einem anderen Zimmer mindestens Proteste: Was hörst du denn da???



Heiner Goebbels mit Fuß auf der Wiesbadener Starbahndemo

H: Das kann ich schon verstehen. Ich will ja keine Musik machen, die man so nebenbei mithören kann; also nichts, was man in einer WG über Küche, Fluß und noch drei Ecken leise im Hintergrund murrte. Entweder hört man richtig hin oder es nervt. Überwiegendes soll auch nicht gehen, so Musik gibt's genug. Am meisten an Reaktionen läuft auf Konzerten, da erleb' ich auch, daß Leute mit der Musik sofort was anfangen können, die sonst nur Folk oder sowas hören. Mit den Platten allein ist das oft viel schwieriger, das hat was damit zu tun, daß auf den Konzerten die Bereitschaft, zuzuhören und nicht nur stumpfe Stimmung serviert zu bekommen, natürlich sehr groß ist.

AK: Wie sieht es sonst mit der Rezeption deiner Sachen aus? Wie reagieren linke Zeitungen und Zeitschriften darauf?

H: Das ist generell das Problem, daß linke Zeitungen oft ein ziemlich provinzielles Gesicht haben, z.B. in der „faz“, wo bis heute kein ernstzunehmender Artikel über uns drinstand — und das ist kein Zufall. Auch im „Pflasterstrand“ gibt es erst seit Juli diesen Jahres jemand, der von Musik was versteht, den Christoph Anders.

AK: Mit ästhetischen Auseinandersetzungen, die sich vom platten inhaltlichen Interesse auch mal etwas tiefer in ein Kunstprodukt hineinbeweiben, sieht es schlecht aus...

H: Kann man sagen. Die „faz“ ist zwar schon manchmal bemüht, aber so 'ne bloße Akklamationsgeschichte hinauszuweisen, aber man bleibt den kulturpolitischen Bezüge doch sehr piatt. Ein starkes Rezensioninteresse gibt es demgegenüber von Stadtzeitungen, und da sind teilweise auch sehr spannende Besprechungen erschienen.

Indianer für Morgen

AK: Auf deiner derzeit noch neuesten Platte, „Indianer für Morgen“ (s. AK 223), die du mit Alfred Harth zusammen gemacht hast, hast du einen Zyklus „Der moderne Mensch“ drauf: ein Teil behandelt den „kommunistischen Menschen“, was hier im AK natürlich besonders interessant ist. Du legst in dem Stück Biermanns „Wenn es denn endlich Friede“ (Ann. 4) unter eine Rhythmusmaschine, springst also ziemlich hart damit um...

H: Biermann hat dazu sein Einverständnis gegeben, wie er es findet, weiß ich leider nicht. Er behauptet, es noch nicht gehört zu haben, aber soviel kann ich schon sagen: die Liedermacher-Mittel von Biermann reichen uns hierbei nicht aus; indem wir das mal der Rhythmusmaschine überlagern, radikalisieren wir eigentlich nur den Inhalt dessen, was Biermann singt; wir realisieren das Thema einfach auf musikalischer Ebene: die Worte, die noch zu hören sind, halten wir für wichtiger als das Drumrum. So entsteht eine Klang-Collage, die einerseits mit seinem Lied ziemlich hart umspringt, indem es aus- und eingebettet wird, aber andererseits seinen Inhalt immer noch ausdrückt.

AK: „Zyklus über den modernen Menschen“ ist ein ziemlich anspruchsvoller Titel. Wie seid ihr auf so ein Unternehmen gekommen, was hat euch daran so gereizt?

H: Die sechs Stücke gab es eigentlich schon, das war ein Thema, das ich über einen längeren Zeitraum gesammelt, periodisches Material, das ich mal ein bisschen zusammen und Synthesen aufgenommen habe. Wir haben dann zu zweit ein inhaltliches Programm dazu gemacht und das Material dazu bearbeitet. Man darf das natürlich nicht alles so hiermit sehen. Es ging uns darum, sechs synchrone Haltungen darzustellen, aber gleichzeitig ist in den Stücken (Ann. 5) auch eine gar nicht synchrone Vitalität, die auch ein Angebot gegen die Synthese enthält.

AK: Die Titel sind Programm?

H: Ja. Die müßten ausreichen, um Assoziationen entstehen zu lassen, das müßte reichen, wenn die Musik wirklich gut ist.

AK: In einigen Stücken des Zyklus, aber auch in vielen anderen, verarbeitet du fremde Kompositionen oder zitierst sie zumindest. Fällt dir nichts ein?

Zitat und Tradition

H: Für jemanden wie mich, der mit seiner Musik auch außermusikalisches Interesse verfolgt, gibt's zwei Möglichkeiten zu arbeiten: 1. Ich erfinde ein Thema oder eine Geschichte, oder

Zitat und Tradition

2. Ich bearbeite eine Musik, die's schon gibt, die bekannt ist, und meine eigene Haltung wird durch die Art, wie ich das mache, deutlich. Ich habe streng genommen nie was anderes gemacht als Bearbeitungen im weitesten Sinn.

AK: Das hat dann auch was mit einer Einstellung zur Geschichte, zur eigenen und zur Geschichte anderer zu tun.

H: Ich lebe ganz stark von Traditionen, und das ist sicher auch das konservative Element in unserer Musik, daß wir uns Geschichten raussuchen und herausgreifen, die uns heute wichtig erscheinen. Mit denen gehen wir dann aber sehr respektlos um.

Ich höre auch viel Musik und lasse mich gern von sowas anregen, weil ich auch gern musikalisch auf neue Sachen reagiere. Ich lebe da nicht in einem musikalischen Elfenbeinturm, wie z.B. viele Freejazzler, die sich nur noch mit sich selbst beschäftigen. Ich lebe hier in Frankfurt und laß mich gern beeinflussen, vom Jazz, aber auch von klassischen Harmonien.

Markt, Konsum, Beton

AK: Von der Industrie hast du dich bisher nicht einfangen lassen; deine Platten verteilt das kleine Edelstein Label... Ist das eine bewußte Entscheidung von dir oder hat sich das so ergeben? Und wie beurteilst du den derzeitigen BRD-Musikmarkt?

H: Bei Edelstein hab ich den Eindruck, daß die auch inhaltlich hinter dem stehen, was ich mache, und das ist mir

Forts. nächste Seite

Fortz. von voriger Seite

sehr wichtig. Ich hab außerdem ein schlechtes Gewissen, zur Industrie zu gehen. Außerdem, wenn ich dorthin gehe — was ich für die Zukunft nicht ausschließen kann — muß ich meine Sachen an irgend so 'nen unsensiblen Lackaffen verkaufen, der absolut keine Ahnung von dem hat, was ich mache und was ich will — das ist auch so 'ne Hemmschwelle.

AK: Lad der BRD-Musikmarkt?

H: Da gibt's im Augenblick nichts, was mich interessiert. Vor 2-3 Jahren war das anders, da war im Umfeld von den Neuen Deutschen und der Punkwelt eine unheimlich kreative Aufbruchstimmung, aber durch die Kommerzialisierung ist das jetzt alles wie zubetoniert, und auch die paar anderen, die noch nicht voll da drin sind — wie Wirtschaftswunder — sind auf dem besten Weg, sich festzuschreiben. Es wird unglaublich viel produziert, aber völlig ohne Kriterien; deshalb gehen die kleinen Labels auch reihenweise kaputt.

Interessanter ist es schon in den USA und England, aber auch da gibt's wenig Aufregendes.

AK: Das war auch ein Thema in unserer AK-Debatte über die NDW. In dem Artikel von Tj. ist zu der Kriterienlosigkeit nach ein schönes Zitat von G. Travla drin (AK 221).

H: Das hat mir auch gefallen, zumal es in der Debatte wenig berücksichtigt worden ist. Die Kategorienlosigkeit ist wirklich zum Kotzen, aber auch hat in euren Art. ke n auch die ewige Frage nach reaktionär progressiv gelangweilt. Das sind Kriterien, mit denen ich gar nichts anfangen kann. Ich glaube auch nicht, daß es um generelle Einschätzungen gehen kann, das wird immer platt und oberflächlich. Im Detail beantwortet die Frage natürlich jede/r von uns täglich, weil es schließlich auch eine politische Frage ist, ob ein Rhythmus beantwortet die Frage natürlich jede/r von uns täglich, weil es schließlich auch eine politische Frage ist, ob ein Rhythmus saudumm ist. Es gibt wirklich saudumme Rhythmen!

(Für den AK sprach Fassanbass)

Anmerkungen

1) Die haltbare Graugans

Der Herr ist aufs Feld gegangen
In der Luft hat er junggehassten
Runterkommen ist die Graugans
Ja ja

Bis sie sechs Jahr gefallen
Mein Weib und dein Weib
Heben sechs Jahr dran rupfen müssen
Ja ja

Haben sechs Jahr dran braten müssen
Auf sein Tisch haben sie's stellen müssen:
Die Gabel ist drin stecken bleiben
Das Messer ist ihm abbrochen
Ja ja

Der Sau hat er's vorgeworfen
Die Sau hat's nicht fressen können
Es hat ihr das Maul zerissen
Ja ja

Er hat's in die Mühl geschmissen
Gesprängt hat's den Radkasten
Ja ja

Wie sie zittert - ist gesehen worden
Ostwärts ist sie losgefliegen
Hinterdrein sechs Junge
Ostwärts mit quong quong.
Ja ja ja

(Freie Bearbeitung eines amerikanischen Volksliedes von B. Brecht)

2) Hier ist speziell folgende Stropha gemaint:

doch die Verhältnisse, die wirklichen Verhältnisse
die sind für schöne Töne ganz vertrackt
denn die Verhältnisse sind konkret und die
Töne sind abstrakt
und was die Wort sagen
liegt nicht am Takt, nur an den Fragen

3) So ganz furchtbar neu ist die Debatte um „revolutionäre Inhalt und traditionelle Form“ nicht. Im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller ging's diesbezüglich schon 1930/31 hoch her, wobei auf der einen Seite W. Benjamin, Hanna Eisler und B. Brecht, auf der anderen J. R. Bachner und vor allem G. Lukács standen. Hier ein Benjamin Zitat aus der „Autor als Produzent“ (s. AK 209): „daß der bürgerliche Produktionsapparat ersteunliche Mengen von revolutionären Themen assimiliert, ja propagieren kann, ohne damit seinen eigenen Bestand [...] ernstlich in Frage zu stellen. Dies bleibt jedenfalls solange richtig, als er von Routiniers, und seien es auch revolutionäre Routiniers, beliefert wird.“ (Ges. Schr. II, 2, S. 692).

4) „Wann ist denn endlich Frieden“ von der LP „Eins in die Fresse, mein Herzblatt“

5) ZYKLUS ÜBER DEN MODERNEN MENSCH

1) DER STÜRZENDE MENSCH 2) DER LACHENDE UND DER WENDE MENSCH 3) DER DRUCHORUNGENE MENSCH 4) DER REIBUNGSLOSE MENSCH 5) DER KOMMUNISTISCHE MENSCH 6) DER REDENDE UND DER SCHWEIGENDE MENSCH

NDW alright?

Anmerkungen zur Diskussion um die Neue Deutsche Welle

Vorab sei bemerkt, daß es mir im folgenden Artikel nicht darum geht, die in der bisherigen Diskussion aufgeworfenen Fragen, Probleme etc. erschöpfend zu beantworten. Meine Intention ist es vielmehr, anhand einiger Sachen, die mir an der bisherigen Diskussion aufgeföhren sind, darzulegen, in welcher Richtung weitergearbeitet werden müßte, um eine adäquate Analyse der NDW zu liefern.

Verbreitet scheint eine Herangehensweise an Musik, die sich nur sekundär auf die Sache selbst, nämlich die Musik einläßt. Beispiele für diese Vorgehensweise sind im AK 223 zu finden. Th., dessen Artikel ich als eine Verteidigung der NDW gegenüber Fassanbass einschätze, überläßt in seinem Beitrag einige bedeutliche Fehler. Zunächst stellt er fest, durchaus mit Recht, daß es in den letzten Jahren eine Entwicklung innerhalb der Jugend gegeben hat, die zuerst von den Linken nicht beachtet und weitgehend an ihr vorbeigelaufen ist. Diese Jugend habe „Geschichte gemacht“. Doch wie man weiß, Dena nun drückt sich Th. um konkrete Aussagen zum Thema. Suggestiert wird immerhin „the kids are alright“ - „the is alright“. Solche Suggestion kann ich nur als Kapitulation vor der Sache selbst oder als Anbiederung bei den Kids bezeichnen.

„Denn leider muß das Hören von Musik geübt werden. Geschichte das nicht, so bleibt das Hören auch hinter dem fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewusstsein zurück.“ In diesem Zitat Eisers wird sehr deutlich, daß die Späre der Musikkultur zunächst eine von der politischen verschoben ist. Die Trennung „fortschrittliches“ gesellschaftliches Bewusstsein - fortgeschrittliche Musikkultur geht auf. Dies ist übrigens keine besonders aufregende Sache, verwundernd insofern, daß sie wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden muß. Gerade dies macht die Beschäftigung mit Kultur, insbesondere der eigenen, so spannend und interessant. Am obigen Zitat wird außerdem deutlich, daß ein begründetes Urteil über Musik erst dann abgegeben werden kann, wenn man im Hören von Musik geübt ist. Dies mag an eine etablierte Kulturauffassung angesehen werden, dennoch besteht ich darauf, daß eine gegenwärtige Auffassung mit ihrer falsch verstandenen Demokratisierung der Kultur das Bewußtsein der Musikhörer auf einer ihnen teils bewußten, teils unbewußten Stufe der musikalischen Dummheit konserviert. (Wir bestehen ja auch im politischen Bereich auf Analyse und Sachkenntnis, bevor ein Urteil abgegeben wird.)

„Wenn sich die Linken nun hinstellen und mit klugen Gesichtern der neuen deutschen Musik mehr oder weniger durch die Blume, dafür aber unverblümt pauschal, Ideologiefundlichkeit, Rückschrittlichkeit oder Schlimmeres beschuldigen, laufen sie Gefahr sich unbeliebt oder verdächtig zu machen.“

Natürlich stimmt ich mit Th. überein, daß pauschalisierte Äußerungen über die NDW, womöglich aus dem Munde jener, die zu Hause vorm Plattenspieler den guten alten Rocktagen nachhauern, unangebracht sind.

Dennoch haben solche pauschalen Vorwürfe durchaus noch ihre Berechtigung, jedoch erst dann, wenn man sie noch pauschaler auf die ganze Unterhaltungsmusik anwendet, wobei dies auch die Reflexion unserer eigenen Hörgewohnheiten einschließen muß. Naturgemäß wird einen diese Haltung noch unbeliebt und verdächtig machen, als es die Linke in diesem Land eh schon ist. Trotzdem sehe ich in dieser Vorgehensweise, die von einem radikalen Mißtrauen gegenüber den Produkten der Unterhaltungsindustrie geprägt ist, die einzige Chance, sich der Regression und Manipulation durch die Kulturindustrie wenigstens ansatzweise zu entziehen. Im folgenden werde ich versuchen, soweit es in der gegebenen Kürze möglich ist, diese von mir vertretene Einstellung zu erläutern, da ich annehme, daß sie ohne erläuternde Worte zu abstrakt bleibt.

Da sich die bisherige Diskussion weitgehend auf die NDW bezog, bietet es sich an, bei diesem Thema zu bleiben. Allerdings liegt es mir fern, indem

ich die NDW runtermache, nun als Gegenbeispiel irgendwelche andere Rockmusik anzupreisen. Es wird sich zeigen, daß Argumente gegen die NDW prinzipiell auf andere Sektoren der Musik übertragbar sind.

Zu Recht stellen die bisherigen Beiträge beim Begriff NDW seine Ungenauigkeit und mangelnde Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen heraus, was die Beschäftigung mit der NDW nicht gerade erleichtert. Dennoch will ich versuchen, den Begriff etwas einzugrenzen, faßbarer zu machen. Anspruch meiner Definition ist nicht Allgemeinverbindlichkeit, sondern zunächst nur Verbindlichkeit für das von mir Geschriebene. Als NDR 2 Durchschallt, hörte ich mich bei dem Begriff NDW zuerst Gruppennamen wie Ideal, Hubert K., UKW, Trio etc.; alles Gruppen, die sich dem Verwertungsinteresse der Medienindustrie weder verbal noch praktisch handelnd, noch durch den Gebrauchswert der von ihnen hergestellten Ware Musik besonders zu entziehen suchen. Dies ist natürlich nicht folgerichtig für die Funktion, welche NDW als Musikform besonders zu entziehen suchen. Dies ist natürlich nicht folgerichtig für die Funktion und die Macht der von den obigen Gruppen und denen ähnlicher Art hergestellten Musik.

Diese Alltagsdefinition werde ich im folgenden anwenden, heraus fallen dabei Gruppen, die nicht schon Zugpferde der Plattenindustrie sind, oder die sich der Verwertung durch die Qualität der von ihnen hergestellten Produkte entziehen. Musikalische Analyse würde zeigen, daß die Behandlung des musikalischen Materials bei obigen Gruppen im Rahmen des vom Durchschnittshörer sowieso schon längst akzeptierten bleibt. Der Gebrauch von Harmonie, Rhythmus und Melodie bewegt sich durchweg auf einer Stufe, die den Hörer nicht fordert, ganz im Gegenteil mit der zumindest teilweise genügen Abwesenheit der Hörer rechnet. Wesentliche Aufgabe dieser Musik ist, wie Fassanbass mit einem Eiser-Zitat richtig anführt, zu unterhalten, „Stimmung“ zu schaffen. Nun mag man dem entgegenhalten, dies sei doch gar nicht so schlimm, man könne verstehen, daß man Musik zur Unterhaltung hören wolle. Ansatzweise ist das zuzustimmen, das kapitalistische System beständig Bedürfnisse nach solcher Art Musik erzeugt, indem es die Individuen tagtäglich unmenschlichen, entfremdeten Arbeitsverhältnissen, Beziehungen etc., aussetzt. Kritik an dieser Musik muß sich daher notwendig mit Kritik an den bestehenden Produktionsverhältnissen paaren.

Die durch das objektive Kapitalverhältnis erzeugten Deformationen, Bedürfnisse, bedürfen natürlich auch von uns Linken Besitz. Die Kraft der Reflexion, die sich dem zumindest ansatzweise entgegenstellen könnte, nicht in den Verhältnissen, sondern über die Verhältnisse zu denken, bleibt häufig bei kulturellen Fragen außen vor. Dies würde allerdings auch die Fähigkeit verlangen, Widersprüche zwischen Denken und Handeln auszuhalten, nicht um einer falschen Rechtfertigung willen auf die intellektuelle Bearbeitung innerer Kulturverhältnisse zu verzichten. Konkret auf die NDW bezogen heißt dies, sich einzugestehen, daß sie weder musikalisch noch textlich durch besondere Qualität überzeugt, beides Behauptungen, die unter Voraussetzung der obigen Definition, sicherlich ohne besonders große Anstrengungen bewiesen werden können, andererseits aber dennoch solange die Verhältnisse so sind, wie sie sind, dem Bedürfnis zum Hören von NDW quasi mit einem schlechten Gewissen nachzugeben. Denn: Es gibt kein richtiges Leben im falschen.

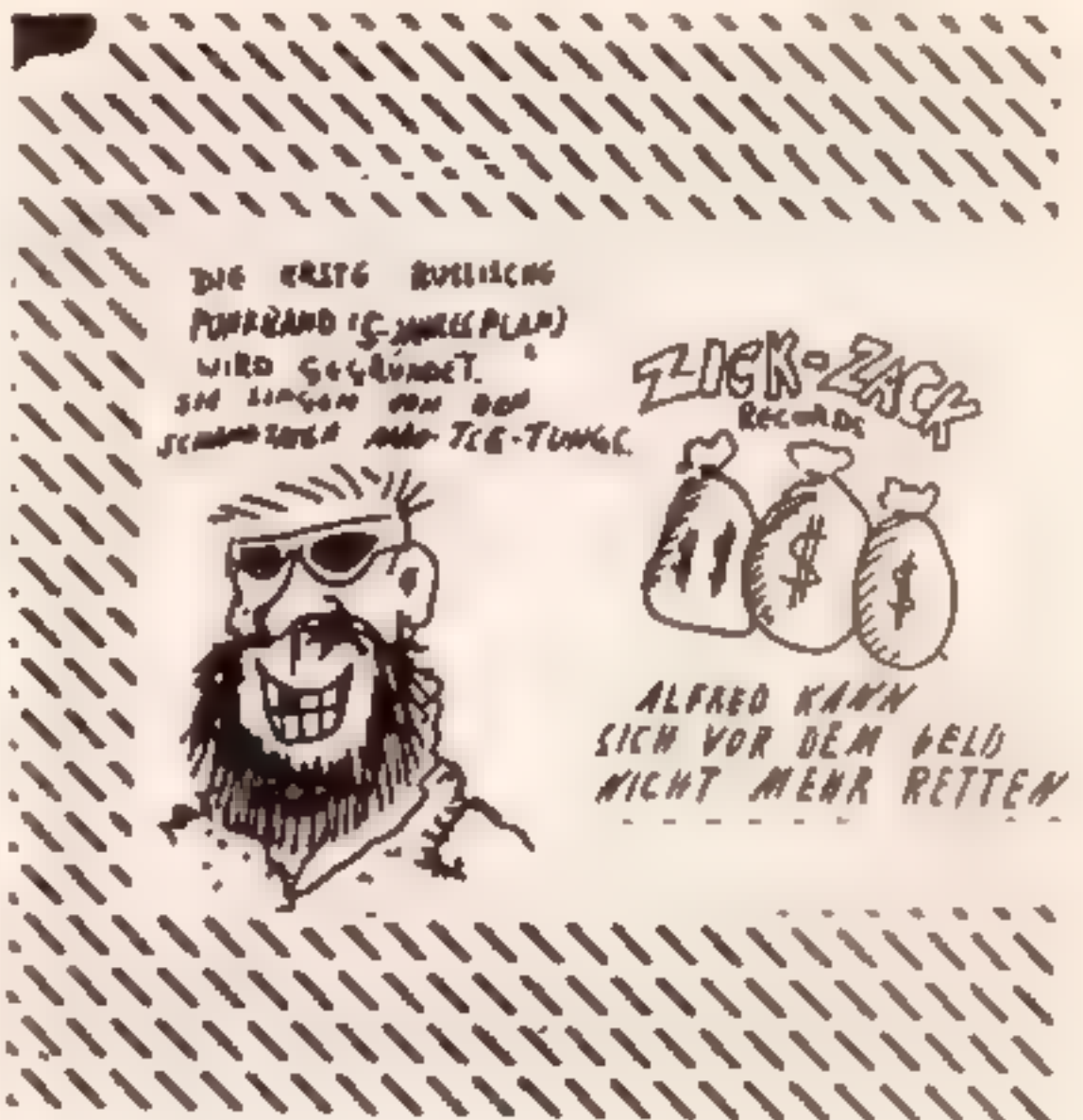
Ich hoffe, man versteht die in diesem Artikel vertretenen Ansichten nicht falsch als Zensur etc. Meine Intention ist vielmehr, davor zu warnen, vorschnell Bekenntnisse, Urteile abzugeben, bevor man eine Sache richtig durchdrungen hat.

M., Oldenburg

Ann

1. Hanes Eisler, Über die Dummheit in der Musik, 1958

2. Th., AK 223



Film-Besprechungen

Die Abenteuer

Frankreich 1966, 111 min
von Hubert Parker
in den Hauptrollen: Alain Delon, Lino Ventura und Joanna Shimkus

Zwei Männer, die sich schon lange kennen, und eine Frau, die auf der Suche nach Schrotti auf die beiden stoßt, gehen gemeinsam auf Schatzsuche, nachdem ihre Träume an den Realitäten des Lebens gescheitert sind. Der Kunstler Manu (Alain Delon) verliert seine Fluglizenz beim vergeblichen Versuch, den Torbogen des Arc de Triomphe zu durchfliegen. Für den geübten Versuch war ihm Geld von einer Zeitschrift versprochen worden, die ihm jetzt jedoch noch nicht einmal eine Entschädigung für die verlorene Lizenz zahlt.

Roland (Lino Ventura) besteht in seiner Werkstatt einen Dragster, der ein Weltrekordfahrzeug werden soll. Bei seiner Trainingsfahrt läßt der Dragster jedoch an zu brennen und explodiert schrecklich. Roland kann sich nur durch einen gewagten Sprung aus dem Wagen retten. Laetitia (Joanna Shimkus), eine Künstlerin, stellt in Rolands Werkstatt Metallplastiken aus Autoschrott her. Die Ausstellung ihrer Plastiken wird durch Kunstkritiker verspottet und gerät so zu einem Flop.

Eine klassische Dreiecksgegeschichte scheint sich anzubilden. Findet aber nicht statt, denn dafür ist erstens die Männerfreundschaft zu groß und zweitens Laetitia nicht das schöne Dummchen. Laetitia ist völlig eigenständig (was nicht nur damals in Filmen eine Seltenheit war) und versteht was von Technik (noch eine Neugier für den damaligen Film), denn ihre Plastiken stellt sie unter Zuhilfenahme eines Schweißbrenners her und beim gemeinsamen Spielcasino-Besuch hängt sie sich auch nicht an die Hosengürtel der Männer sondern macht sich selbständig.

Nachdem die drei also alle Pech hatten, erfahren sie, daß vor der afrikanischen Küste ein abgestürztes Flugzeug auf dem Meeresgrund liegt, in dem sich noch Werte in Millionenhöhe befinden sollen. Die drei machen sich auf, um den Schatz zu heben, was ihnen schließlich gelingt. Der Pilot, der mit der Maschine ins Meer gestürzt war, erzwingt von den dreien seine Beteiligung an dem Unternehmen und zeigt ihnen genau die Stelle an, an der das Flugzeug liegt. Die Beute wird in vier gleiche Teile aufgeteilt. Laetitia, Roland und Manu beschließen aber, ihre Anteile zusammenzulegen. Das Främen beginnt wieder was mensch mit dem zu erwartenden Geld anfangen will, das wird aber durch einen Banditenüberfall unterbrochen. Laetitia wird bei dem Überfall getötet, die anderen be-

ben unverletzt. Manu und Roland setzen den ehemaligen Piloten in Küstennähe im Boot aus und machen sich an die Beerdigung Laetitia. Es folgt die schönste und amüsigste Beerdigung, die ich je in einem Film gesehen habe. Laetitia wird in einen Tiefseelauchenzug gepackt und von Roland und Manu zum Meeresgrund gebracht.

Wieder in Frankreich angekommen, besuchen Manu und Roland die Angehörigen Laetitia's und überschreiben deren Sohn Laetitia's Anteil. Zudem entdecken sie die alte Inselkarte, aus der Laetitia ein Atoll machen wollte. Roland kauft die Karte und schmiedet den Plan, sie in der Tiefseelauchenzug umzuwandeln. Der Plan ist aber nur beim Versuch der Verwirklichung immer noch hinter dem Schatz, der sind, dringen in die Festung ein, es kommt zum Schußwechsel. Manu kommt um, Roland, sonst ein überaus friedlicher Mensch, tötet die Gangster und bleibt als einsamer zurück.

Drei hart auf ihre Ideen hin arbeitenden Menschen scheitern an den Gegebenheiten des Lebens und haben trotzdem den Mut zum Träumen, kein Wunder, daß dieser Film bei der Vor-68-Generation zum Kultfilm wurde und es bei einem Teil der heutigen Generation wieder werden kann. Den No-Future-Leuten wird dieser Film zwar zuwider sein, denen aber, die sich die Parole „Wer keinen Mut zum Träumen hat hat keine Kraft zum Kämpfen“ auf ihr Banner geschrieben haben, wird dieser Film sicher nicht zusagen.

Wie Enrico lyrische und realistische Elemente in seinem Film verbindet, ist schon meisterlich und erinnert stark an die großen Filme des italienischen Neorealismus.

Grenzpastrouille

USA 1961; 105 min.
von Tony Richardson
in den Hauptrollen: Jack Nicholson, Harvey Keitel, Valerie Perrine, Warren Oates und Elpidia Carrillo

Charly (Jack Nicholson) lebt mit seiner Frau Macy (Valerie Perrine) im Wohnwagen in der Nähe einer kalifornischen Stadt. Mit seinem schmalen Gehalt, das er bei der Einwanderungsbehörde verdient, kann er weder die Wünsche seiner Frau erfüllen, noch stellt er so recht den Sinn in seiner Arbeit. Macy gelingt es, Charly davon zu überzeugen, mit ihr nach Texas zu ziehen und dort Arbeit bei den Grenzern anzunehmen. Die Aufgabe der Grenzer besteht in diesem Gebiet hauptsächlich darin, illegal einwandernde Mexikaner wieder über die Grenze zu bringen. Derdie Kinozuschauer/in lernt zusammen mit Charly die ermüdende Arbeit des

Fortz. nächste Seite

„Projekt Moorbург“

- Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es bisher nicht.



Bundesrep. Dtl. 1982, Elbe-Filmgruppe
und Umwelt und Medien, 80 min.

METROPOLIS

Initiative Kommunales Kino Hamburg e.V.
Dammvorstraße 30, 2000 Hamburg 36
U-Bahn Stephansplatz, Gänsemarkt
Bus 102, 109. Tel.: 34 23 53

Aufführungen im Oktober:

Fr. 29. Okt. um 19 Uhr Uraufführung

Sa. 30. Okt. um 19 Uhr Uraufführung

So. 31. Okt. um 19 Uhr Uraufführung

Aufführungen im November:

Aufführungen im November:

D1. 2. Nov. um 19 Uhr

Do. 4. Nov. um 19 Uhr

MI. 10. Nov. um 21 Uhr

Do. 11. Nov. um 21 Uhr

So. 14. Nov. um 19 Uhr

Dd. 16. Nov. um 17 Uhr

Do. 18. Nov. um 17 Uhr

Das Buch zum selben Thema ist vor und nach den Filmaufführungen an der Kasse erhältlich.

Moorburg liegt, wie die Nachbardörfer Altenwerder, Francop und Finkenwerder, im Süden der Hansestadt Hamburg. Seit über 600 Jahren gehört Moorburg zu Hamburg und soll für eine Hafenerweiterung geräumt werden.

Mit der Verabschiedung des Hafenentwicklungsgesetzes am 20.1.1982 soll Moorbург sterben.

1300 Einwohner sollen ihre Heimat verlassen, 50 Bauernhöfe, 130 Wohnhäuser, 300 Wohnungen und 10 städtische Höfe sollen vernichtet werden. Die 400 Jahre alte Kirche und 10 erhaltenswerte Gebäude will man "transluzieren" (woanders wieder aufbauen).

Kostenpunkt insgesamt 144 Mill.DM.

Das Leid der Betroffenen, die Vernichtung der Natur, des Naherholungsgebietes, des Wasserschutzgebietes, der Kultur, lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken und fallen deshalb unter den Tisch der Behörden und Ämter.

Die ersten Arbeiterfotografie-Gruppen der BRD entstanden 1972/73 in Köln und Hamburg. Im November 1973 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Arbeiterfotografie“. 1978 wurde der Verband Arbeiterfotografie e.V. mit 17 Gruppen gegründet. Bis zum 2. Kongress 1980 war der Verband auf 25 Gruppen angewachsen und hatte in zehn weiteren Städten Einzelmitglieder. Die dreimonatlich erscheinende „Arbeiterfotografie“ hatte eine Auflage von 3.500 Exemplaren (davon 2.500 Abonnenten).

Am 23./24. Oktober 1982 findet der III. Kongreß der Arbeiterfotografie im Freizeitzentrum „Weiße Rose“ in Hannover, Ossietzkyring 80 statt. Der erste Kongreßtag steht auch Nicht-Mitgliedern offen. Der Kongreß beginnt am 23.10. um 10 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Vorstands.

Fortg. von voriger Seite

Grenzbearbeiten kennen, die ab und an mit ein wenig Action durchsetzt ist. Nach dieser Ermüdungs- oder „Realismus“-phase gehts dann rasch zum Heldenepos des Hollywoodkinos über.

Charly, der mittlerweile von den ungesetzlichen Machenschaften seiner Kollegen Wind bekommen hat, die illegale Einwanderer zahlungswilligen Farmern zu Saisonarbeiten verkaufen, muß auch in dieses Geschäft einsteigen, weil seine Frau in ihrer Konsumwut anscheinend das Rechnen verliert hat. Aber unser Held wird bald nichts mehr von dem gemeinen Menschenhandel wissen. Ein Konkurrent der Grenzer in Sachen Menschenhandel wird von einem Kollegen (Harvey Keitel) Charles erschossen, und einer Mexikanerin (Elpidia Carrillo), die Charly einmal geholt hat, wird ihr Kind zwecks Weiterverkauf geraubt und wie selbst wird in Bordell gesteckt. Am Aufbruch vor Charly gehindert werden, indem sein Kollege (Keitel) ihm einen Mord unterschreibt. Der Kollege, der den Mord in Wirklichkeit begangen hat, hilft Charly, die Sache zu veranlassen, und glaubt, so ein prima Druckmittel auf unseren Helden zu haben. Doch da hat er sich getäuscht. Charly räumt kräftig auf! Die Mexikanerin wird von ihm direkt aus dem Bordell geholt, einige der Schurken umgebracht, und das Kind der Mexikanerin wird dieser mitten im Grenzfluß von Charly feierlich übergeben. Totale — Standbild — Schluß. Wieder ein Hollywoodfilm mit scheinbar mexikanischem Hintergrund im Grenzfluß von Charly feierlich übergeben. Totale — Standbild — Schluß. Wieder ein Hollywoodfilm mit scheinbar sozialkritischer Einfärbung. Richardson zeigt schmutzige Mexikaner, die unbedingt ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten wollen, und die scheinbar bröchige "schöner Wohnen"- und Steamentalität der Amis. Aber er zeigt auch, daß es immer wieder Menschen (Helden) gibt, die das helle Amerika verkörpern und die schmierigen Gangstertypen besetzen, typisch Hollywood. Warum die Mexikaner in die USA strömen, wird nur vage angedeutet. Die wirtschaftliche Misere Mexikos wird mit keinem Bild gezeigt und mit keinem Wort erwähnt. Elpidia Carrillo will mit ihrem Kind und ihrem Bruder in die USA, weil ihr Mann bei der Taufe des Kindes in der Kirche durch ein Erdbeben ums Leben gekommen ist. Dies ist mehr als ein schwacher Auswanderungsgrund, zumal Elpidia die USA überhaupt nicht zu kennen scheint; jedenfalls äußert sie sich in dem Film kein einziges Mal zu ihren Erwartungen in den USA. Elpidias Bruder will mit nach Amerika, weil er der Werbung Vertrauen schenkt, die besagt, daß in den USA alles besser sei und jeder dort sein Glück machen könne. Warum er aber Rauschgift (Heroin) in die USA schmuggelt, wird nicht erwähnt. Er wird schließlich von einem Menschenhändler erschossen, der nicht will, daß die junge Generation Amerikas an diesem Zeug stirbt. Dieser Mord wird vollkommen gerechtfertigt, denn mit Rauschgifthändlern kann Mensch halt nicht anders umgehen. Macy wird von Richardson als typische Durchschnittsamerikanerin gezeigt, die den lieben langen Tag faulenzt, nur Tiefkühl- und Bäcksenkost zubereiten kann und eine Verschwendungssucht für Möbel, Schönheit und Statussymbole, wie swimming-pool und Villa zum Beispiel, hat und ansonsten völlig naiv und von ihrem Mann abhängig ist, dem sie außerdem natürlich treu ergeben ist. Ein Schlag ins Gesicht der (amerikanischen) Frauenbewegung. Charly, der gute Amerikaner, schwach dargestellt von Jack Nicholson, dem nach "Feds" diese Rolle eigentlich peinlich sein müßte, verkörpert den "american way of life", der zu guter letzt immer auf die gute Sache hinarbeitet und der Gerechtigkeit zur Geltung verhilft. Daß diese Lebensauffassung auch Imperialismus und Krieg ermöglicht, wird zwar nicht laut ausgesprochen, aber auch nicht vermint. Wie sollte es auch anders sein, wo doch die Geldgeber dieses Streifens in Hollywood sitzen und die Filmindustrie ein recht produktiver Wirtschaftszweig einiger multinationaler Konzerne ist?

III. Kongress der Arbeiter- fotografen

Ab 14 Uhr referiert Oswald Todtenberg vom DGB-Bundesvorstand, Abt. Kulturpolitik (das Thema seines Beitrags wird in der Einladung nicht genannt). Ab 16 Uhr zeigt und bespricht der Arbeiterfotograf Walter Bellhaus seine Fotografien aus dem Hannover Anfang der 30er Jahre. Ab 19 Uhr tragen Arbeitsgruppen zu den Themen Frieden, Ästhetik, Gewerkschaften, Bildung und Zeitschrift.

Walter Ballhaus' Vortrag dürfte auch für diejenigen von Interesse sein, die zur Arbeiterfotografie an sich keinen Bezug haben. Die Vorstellung seiner Fotografien aus der Zeit des großen Elends in der Weltwirtschaftskrise bis zu den ersten Monaten faschistischer Herrschaft verspricht eine anschauliche Darstellung jener Zeit zu werden, die der heutigen nicht völlig unähnlich ist.

Schande des Dachungais

Belgien 1975-77
geschrieben und produziert von Picke

Schande, des Gegenstück des moralisch ausseren Tatzeln, lebt mit June, die im Gegensatz zu June ausserlesen ist, im afrikanischen Urwald. Ständig wird Schande von June wegen mangelnder Manneskraft im Bett angepöbelt, so daß er eines Nachts wütend aus dem Haus verschwindet. Inzwischen brauen sich Gefahren zusammen. Ein Forscher sucht attraktive Assistentin, die entweder Schauspielerei ist oder es werden will, und zwei Typen mit "Verbrechervision" sind in den Urwald gekommen, um Schande zu wissenschaftlichen Experimenten zu entführen. Die zweite Gefahr stellt eine Frau mit vierzehn "Titten" (Originalbezeichnung im Film) dar, die eine Glatze hat und unbedingt echte Haare haben will. Zu diesem Zweck hat sie zwei Wissenschaftler (plastische Zwillinge) bei sich, die dieses Problem lösen sollen. Als die Frau die Haare von June zu einem Dieb stiehlt, werden die Wissenschaftler beauftragt, die Haare June auf ihren Kopf zu transplantieren. Damit sind die Konstellationen des Films gestiftet, die Jagd beginnt. June wird entführt, Schande entnimmt dem Forscher samt seinen Gefolten und befreit schließlich June aus den Händen ihrer Entführer. So weit mag sich die Story des Films ja ganz passabel anhören, sie ist es aber ganz und gar nicht. Schon zu Beginn des Films macht sich Piche über Afrika in Wort-

epistemisch kritisch und stellt hier, daß die "Wilden" der europäischen Kultur völlig unterlegen sind. Der Film reduziert sexuelles alles auf Sexualität. June ist völlig sexbegeistert, Schande kommt ihren Anforderungen im Belt nicht nach. Sogar bei den Tieren im Urwald dreht sich alles um Sexualität, Vergewaltigung scheint bei den Tieren ein Normalzustand zu sein. June wird von "Dingam" anführt, die aussehen wie Penis mit Hoden. Diese "Dinger" werden in einer Reifensack-Fabrik hergestellt, die der "Titentrau" gehört, die in einer Höhle, in einem riesigen Fortbewegungsmittel, lebt, die von außen einer nackten liegenden Frau gleicht. Die "Titentrau" wird gegen Ende des Films von den "Dingern" brutal vergewaltigt und tötet dabei. Noch beim Schreiben war mir schweiß, brutaler kann auch kein Hardcore-Porno sein. Die ein bis zwei Sekunden im Film aufzuziehen, die von anderen, sprich annehmbar den Gags handeln, ließe die Schwere aufzuwerten. Ich kann mir auch nicht schlecht vorstellen, daß diese Gags bewußt als Gegenüber dieser Sexualität- und Gewaltorgie eingebaut wurden. Daß Produzenten für so etwas auch noch Geld ausgeben und ein Verleiher diesen Schwermist vertreibt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die männerdominierte Filmwirtschaft, die nicht immer noch Alibi-Fragen hat, um ungestört Pornos produzieren zu können. Schande des Schandigen wurde besser Schande über die Sache heißen und endlich aus den Kinos verschwinden.

Reland, Kfz-Gruppe Marburg

[illegible]

三



Die Lebensgeschichte der Fotografin und Revolutionärin Tina Modotti: Italienisches Proletarierkind der Jahrhundertwende, Emigration in die USA, Fabrikarbeiterin, befreundet mit den fortschrittlichen Künstlern San Franziskos, Filmschauspielerin, Modell und Gefährtin des Fotografen Edward Weston im Mexiko der zwanziger Jahre, Zusammenarbeit mit den revolutionären Künstlern Mexikos, engagierte Fotografin und Kämpferin in der ant imperialistischen Bewegung und der KP, Ausweisung, kurzer Aufenthalt in Berlin 1930, in Moskau bei der Internationalen Roten Hilfe, in Frankreich Unterstützung des politischen Asyl nach 1933, Spanischer Bürgerkrieg, Rückkehr nach Mexiko, ihr Tod 1942.

„Tina Modotti wollte unter allen Umständen ihr Bestes geben. Während einiger Jahre, von 1923 bis 1930, war das die Fotografie. In der zweiten Phase ... entschied sie, daß das Beste, das sie geben konnte, ihr Wille zur Rebellion und ihre Fähigkeit zum Kampf wären“ (1).

USA

Tina wurde am 16. August 1896 als Kind einer sozialistischen Arbeiterfamilie in Udine (Italien) geboren. Ihr Vater, obwohl qualifizierter Zimmermann, mußte zur Arbeitssuche bis nach Österreich ziehen und wanderte schließlich mit der Familie in die USA. Tina begann 1913 in San Francisco als Hilfsarbeiterin in einer Textilfabrik. Die Modottis waren, wie die meisten anderen Einwanderer in den USA, gezwungen, gegen Hunger und Elend zu kämpfen. „Die Regeln, von denen die Lebensumstände der Familie Modotti beherrscht wurden, waren dieselben, die das Leben von Minderheiten im Ausland prägen: stark entwickeltes Durchsetzungsvermögen, Solidarität und Zusammenhalt von Menschen gleicher Nationalität; aber da gab es noch etwas, und das war von entscheidender Bedeutung: ihr politisches Bewußtsein näherte die Familie Modotti auch den Lebensumständen nicht-italienischer Arbeiter an.“ Mit ihrem Vater, einem ausgezeichneten Amateurmusiker, besuchte Tina die Freizeitorganisation der Werktätigen, die Bühnen und die Musikgruppen, die damals überall im „Little Italy“ von San Francisco existierten.

Hier lernte Tina den jungen Dichter und Maler Roubaix de l'Abrie Richey, genannt Robo, kennen. „Ein junger Mann mit tiefen indurischen Augen ... voll von jenem reizvollen Unbestimmten, dem man immer in sensiblen Seelen begegnen kann“, schrieb Tina später in „The Book of Robo“. 1917 heiratete sie Robo und zog mit ihm nach Los Angeles, wo sie als Schneiderin arbeitete. Durch das Leben mit Robo fand sie Eingang in die Welt von Künstlern und bürgerlichen Intellektuellen. „Befreiung der Sexualität, künstlerischer Ausdruck und Sozialismus“ waren die Themen, die im Studio Robos diskutiert wurden. Im Mittelpunkt vieler Gespräche stand Mexiko — die dortige Revolution, die Entdeckung der Indianerkunst, die neue mexikanische Malerei. Zu den Gästen

des Studios gehörte auch der amerikanische Fotograf Edward Weston, Tinas späterer Lebensgefährte für einige Jahre.

1920 wirkte Tina in einigen Hollywoodfilmen mit, als Zigeunerin, als Odaliske, als verlorene Frau. Edward Weston berichtet in seinen Tagebüchern über das Amusement, das Tina und er beim späteren Ansehen dieser Filme hatten und kommentiert: „Die Intelligenz und die Phantasie unserer Regisseure ist nicht imstande, sich ein italienisches Mädchen ohne Messer zwischen den Zähnen und ohne blutunterlaufene Augen vorzustellen ...“.

Tinas Mann Robo starb während einer Reise nach Mexiko. Tina, die ihm nachreisen wollte, blieb für längere Zeit in dem Land, das während der vergangenen Jahre das zentrale Gesprächsthema gewesen war. Sie entschloß sich, nach Mexiko überzusiedeln.

Mexiko

„Die Jahre der Präsidentschaft Obregons, deren Schwergewicht auf der Agrarreform, der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Verteilung des Landes, der Freiheit des Unterrichts und einer Alphabetisierungskampagne lag, bestimmten Tina Modottis mexikanische Erfahrungen. Die kulturelle Revolution war schon seit Jahren im Gange, dank der Entschlossenheit von Künstlern wie Orozco Romero, Davide Alfaro Siquieros, Diego Rivera und Clemente Orozco, alles kämpferische, politisch engagierte Avantgardisten und Gründer der Kommunistischen Partei Mexikos.“

Die Begegnung mit Weston, „schon zu Lebzeiten ein ‚Klassiker des Mediums‘“ (2), war für Tina entscheidend. Weston — „ein exzentrischer und neurotischer Intellektueller, belastet mit komplizierten familiären Verhältnissen“ — ging mit Tina eine anfänglich lockere Beziehung ein, die später, als sie sich 1923 entschlossen hatten, in Mexiko zu leben, zu einer „engen Lebens-, Ideen- und Arbeitsgemeinschaft“ wurde. Bestimmend im Verhältnis zu Tina wurde Westons „tief verwurzelter amerikanischer Antikommunismus, der Tina gegenüber, die sich dem Kommunismus immer mehr annäherte, allmählich zu einer unüberwindlichen Hürde wurde“.

Tina, von der Weston zahlreiche Porträt- und Aktaufnahmen herstellte,

Tina Modotti, Schwester, ...

... du schläfst nicht, nein, du schläfst nicht:
vielleicht hört dein Herz die gestrige Rose
wachsen, die letzte gestrige Rose, die neue Rose.
Ruhe sanft, Schwester.

Die neue Rose gehört dir, die neue Erde gehört dir:
du hast dir ein neues Kleid angelegt aus tiefem Samen
und dein sanftes Schweigen füllt sich mit Wurzeln.
Du wirst nicht vergebens schlafen, Schwester.

...

Sie werden eines Tages an deinem kleinen Grab vorüberziehen,
bevor die gestrigen Rosen sich entblättern,
werden endlich die von morgen vorüberziehen, zu sehen,
wo dein Schweigen brennt.

...

Die deinen sinds, Schwester, die heut deinen Namen nennen,
sie, die von überall, vom Wasser und vom Lande,
mit deinem Namen schweigen und nennen wir andere Namen.
Denn die Flamme stirbt nicht.

(Am Pablo Nerudas Gedicht „Tina Modotti ist tot“,
übersetzt von Erika Wolpert)

gelang es im Zusammenleben mit Weston, „jene vollendete Ausdrucksform zu finden, für die ihre früheren Erfahrungen mit Theater, Film und Poesie nicht genügt hatten. Zunächst Schülerin, wurde sie Mitarbeiterin und begann selbst zu fotografieren.“

In der ersten Phase ihres fotografischen Schaffens kopierte Tina noch Westons Arbeitsweise, sowohl der Form wie den Inhalten nach. Pflanzen- und Architekturaufnahmen von großem handwerklichen Können und hoher ästhetischer Qualität sind für diese Phase kennzeichnend. Die Beziehung zwischen Tina und Weston ist von zunehmender, emotional wie politisch bedingter Entfremdung gekennzeichnet. 1926 kehrt Weston zurück in die USA zu seiner Familie. Tina behält jedoch noch lange „ein Gefühl der Zugehörigkeit und Wertschätzung“ für ihn.

Allein in Mexiko geblieben, veränderte Tina vollkommen ihre Art zu leben. Sie versuchte, ihren Lebensunterhalt zu seiner Familie. Tina behält jedoch noch lange „ein Gefühl der Zugehörigkeit und Wertschätzung“ für ihn.

Allein in Mexiko geblieben, veränderte Tina vollkommen ihre Art zu leben. Sie versuchte, ihren Lebensunterhalt als Fotografin zu verdienen. Ihre Anteilnahme am politischen Leben Mexikos wird immer bewußter. 1927 wird sie Mitglied der Kommunistischen Partei Mexikos.

Ihr späterer Lebens- und Kampfgefährte Vittorio Vidali, der, von den italienischen Faschisten gejagt, über Umwege 1927 nach Mexiko gelangte, erinnert sich an seine erste Begegnung mit Tina auf einer Kundgebung für die Freilassung von Sacco und Vanzetti, die von ihm und Tina organisiert worden war: „Sie war ungefähr dreißig Jahre alt, eine schöne Frau, mild, schweigsam und introvertiert. Sie lebte für ihre Arbeit ... Sie war die Weggenossin einer Gruppe überaus erfahrener Männer, mit denen sie kulturell und politisch, was damals in Mexiko untrennbar miteinander verbunden war, zusammenarbeitete. Die Männer hatten sich an der Revolution beteiligt und waren mexikanische Heeresoffiziere gewesen. Von ihnen hatte Tina ihre militärische (3) Gesinnung ...“ Im Rahmen ihrer Parteiarbeit nimmt Tina an Aufbau und Gründung verschiedener Kampfgruppen teil, darunter die Organisationen „Manos fuera de Nicaragua“ (Hände weg von Nicaragua) und „Liga ant imperialista de las Americas“. Sie arbeitet bei „El Machete“ mit, die als Manifest der neuen Kunst begonnen hatte und zum Zentralorgan der mexikanischen KP geworden ist, und übersetzt für die Zeitung Beiträge aus mehreren Sprachen ins Spanische. „Ihre politische Überzeugung, die immer radikaler wurde, konnte nicht ohne Einfluß auf ihre Ansichten über Kunst und künstlerische Arbeit bleiben. So ist es zu erklären, daß Tina, nachdem sie unter dem Einfluß von Westons Formalismus gestanden hatte

Zeitschrift „Varietes“ und das New Yorker Magazin „Creative Art“ veröffentlichten ihre Arbeiten. Die „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ vom 14.3.28 bringt als Titelbild Tinas Foto von einem mexikanischen Jungen. (Weitere Arbeiten von Tina erscheinen in der deutschen Arbeiterpresse u.a. wiederum als Titelbilder bzw. Textillustration in der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ in den Jahren 1930 und 1932 sowie, als Beispiele vorbildlicher Arbeiterfotografie, in der Mitgliederzeitschrift des „Verbandes der Arbeiter-Fotografen Deutschlands“, „Der Arbeiter-Fotograf“).

Während es ihrem „Lehrer“ Edward Weston noch entschieden darum zu tun war, die Fotografie als Kunst und sich selbst als Künstler anerkannt zu sehen, distanziert Tina sich von diesen Bestrebungen. In der Einleitung, die Tina für die erste große Ausstellung ihrer Fotografien im Dezember 1929 in der Nationalbibliothek von Mexico City verfaßte, wird ihre neue Auffassung deutlich: „Immer dann, wenn man die Worte ‚Kunst‘ oder ‚Künstlerin‘ in bezug auf meine photographischen Arbeiten verwendet, habe ich ein unangenehmes Gefühl ... Ich halte mich für eine Photographin, für nichts anderes, und wenn sich meine Photographien von denen anderer unterscheiden, so deswegen, weil ich nicht versuche, Kunst zu machen. Ich mache gute Photos, ohne Trick und Manipulation, während die meisten Photographen immer noch auf künstlerische Effekte aus sind und versuchen, andere graphische Kunstformen zu imitieren. So entstehen hybride Produkte, die alle Eigenschaften haben, nur die nicht, die sie haben sollten: photographische Qualität.“

Über diese Distanzierung von bestimmten Auffassungen von der Fotografie hinaus, beginnt Tina den Stellenwert fotografischen Arbeitens in ihrem Leben zu relativieren. Sie schreibt im September 1929 an Weston von ihren vielfältigen Aufgaben und folgert: „... ich kann nicht all meine Zeit auf das Fotografieren verwenden“ (4).

Mellas Ermordung

Vorsitzender der Ant imperialistischen Liga, in der alle Länder Zentral- und

Mellas Ermordung

Vorsitzender der Ant imperialistischen Liga, in der alle Länder Zentral- und



Südamerikas vertreten waren, war Vittorio Vidali. Vidali nahm Kontakt auf mit Julio Antonio Mella, einem jungen kubanischen Revolutionär. Mella hatte 1923 in Kuba die Kämpfe an der Universität gegen den Diktator Machado geführt. Mella wurde verhaftet, aber ihm gelang die Flucht nach Mexiko. Dort wurde er Mitglied des ZKs der KP und Gründer von Kampforganisationen der Bauern und der kommunistischen Jugend. Vidali und Mella begründeten gemeinsam in Mexiko das karibische Sekretariat der Internationalen Roten Hilfe, einer damaligen weltumfassenden Massenorganisation zur Solidarität mit politischen Gefangenen.

Mella arbeitete ebenfalls an der „Machete“ mit und lernte Tina vertutlich bei dieser Arbeit kennen. Ihre Beziehung, die im September 1928 begann, dauerte nur wenige Monate.

Als Mella am 10. Januar 1929 „in Begleitung seiner unzertrennlichen Gefährtin im revolutionären Kampf, der italienischen Kommunistin Tina Modotti“ („El Machete“) nach Hause zurückkehrte, wurde er von zwei Schüssen aus dem Hinterhalt schwer verletzt und starb wenige Stunden später. Gegenüber der Polizei konnte er noch aussagen: „daß die zwei Attentäter von der Regierung Kubas beauftragt worden seien, ihn zu töten“ (Polizistprotokoll).

Vidali nahm später an, daß „seine Ermordung beschlossen (wurde), als der Diktator Machado die Nachricht erhielt, daß Mella ein Unternehmender, wie es später Castro durchführte, plante“.

Von der rechten Presse, der daran gelegen war, die Verantwortlichkeit des kubanischen Diktators für Mellas Ermordung zu vertuschen, wurde die Beschuldigung erhoben, Tina Modotti selbst sei die Täterin gewesen: „Politik, Leidenschaft und Tod, ein faszinierendes Privatleben, aber nach außen gezielte Tugend“ wurden von der Rechtspresse ins Spiel gebracht, womit gleichzeitig Tina als politische Kämpferin wie als selbständige Frau exemplarisch diskreditiert werden sollte.

Während die Beschuldigung Tinas als „Mörderin aus Leidenschaft“ an Mella bis heute von mancher Stelle als Spekulation aufrechterhalten wird, gestand das mexikanische Außenministerium in einem Schreiben an den Präfekten von Venedig, der Informationen über die ehemalige italienische Staatsbürgerin Tina Modotti angefordert hatte, ein: „Man kann annehmen, daß das Verbrechen aus politischen Gründen begangen wurde und der Version Glauben schenken, daß Mella wegen seiner gegen die Herrschaft des Generals Machado gerichteten Aktivität getötet worden ist.“

Zusammen mit der Hetze gegen Tina begann eine offensichtlich vorbereitete Unterdrückungskampagne gegen die politischen Emigranten in Mexiko. Die KP wurde verboten. Kuba und Mexiko beteiligten sich an dem Plan der USA, jegliche revolutionäre Bewegung in Zentralamerika zu unterdrücken.

„...keine Zeit für Tränen ...“

„...keine Zeit für Tränen ...“

Nach Mellas Tod, erinnert sich Vidali, „veränderte sich alles in ihrem Leben. Tina widmete sich rückhaltlos dem Kampf für die Bewegung. Als Sandino aus Nicaragua nach Mexiko kam, um dort Hilfe zu suchen, fragte ihn Tina, ob sie als Photographin an seinem Kampf teilnehmen könne. Sandino rief ihr ab mitzukommen, er meinte, die Lebensbedingungen in Nicaragua seien für einen Europäer absolut unerträglich.“

An Weston schreibt Tina im September 1929: „... heute kann ich mich nicht einmal dem Luxus meines Schmerzes hingeben — ich weiß gut, daß jetzt keine Zeit für Tränen ist, man erwartet von uns das Äußerste, und wir können nicht ausbleiben und auf halbem Wege stehenbleiben — es gibt kein Zurück — weder unser Bewußtsein noch das Gedenken an die Opfer erlaubt uns dies ...“

Obwohl ihre Lage, politisch wie finanziell, immer schwieriger wird, lehnt sie das Angebot, offizielle Fotografin des mexikanischen Nationalmuseums zu werden, ab: „... sowohl als Mitglied der Partei als auch als Gefährtin Mellas, es wäre mir unmöglich gewesen, anzunehmen“ (Brief an Weston, Sept. 1929).

Nachdem Tina sich von dem Anerbieten einer staatlichen Anstellung nicht hatte bestechen lassen, kam die Gelegenheit für ihre Ausweisung, als im Februar 1930 ein Attentat auf den mexikanischen Präsidenten Rubio verübt wird. Tina wurde angeklagt, an der Verschwörung gegen den Präsidenten teilgenommen zu haben, und sie wurde inhaftiert. Da kein sie belastendes Material gefunden werden konnte, wurde sie summarisch beschuldigt, Unruhe-

stifterin und Kommunistin zu sein. Tina antwortete, sie sei Kommunistin und Revolutionärin und klagte ihrerseits die mexikanische Regierung an, für den Tod Mellas verantwortlich zu sein und mit der faschistischen Regierung Machados auf Kuba und mit den USA in ihrer Politik der Unterdrückung und Ausbeutung zu kollaborieren. Nachdem Tina dreizehn Tage lang in Haft war, trat sie in den Hungerstreik. Nach drei Tagen wurde ihr angeboten, sie könne in Mexiko bleiben, müsse aber ihre revolutionären Aktivitäten aufgeben. Tina lehnte ab. Ein gleiches Angebot machte ihr der Botschafter der USA (sie war durch ihre Ehe mit Robo amerikanische Staatsbürgerin), Tina lehnte ebenfalls ab. Die italienische Botschaft wollte für eine Passage nach Italien zuschieben, doch die Reise in das Italien Mussolinis wäre für Tina einem Todesurteil gleichgekommen. Ihre Ausweisung wurde beschlossen. Binnen zwei Tagen mußte sie das Land verlassen, in dem sie seit sieben Jahren sie gelebt, geliebt und gekämpft hatte.

In Berlin

Tina verließ Mexiko mit dem nieder-

als ich sie jemals haben könnte, da es ihr eigenes Leben ist und ihre Probleme sind, die sie photographieren. Natürlich sind ihre Ergebnisse weit entfernt vom Standard, den ich in der Photographie zu erreichen mich bemühe, aber am Ende wird dasselbe erreicht“ (5).

Im Oktober 1930 entscheidet sich Tina, nach Moskau zu reisen (6). Unter Leitung von Elena Stassowa, der ehemaligen Sekretärin Lenins, beginnt Tina bei der Internationalen Roten Hilfe als Übersetzerin für Italienisch, Französisch, Englisch und Spanisch — sämtliche Sprachen beherrscht sie ausgezeichnet — zu arbeiten.

Im Januar 1931 äußert Tina zwar in einem Brief an Weston noch den Wunsch, sich eine Leica (eine jener Kleinbild-Kameras, mit denen sie in Berlin erhebliche Schwierigkeiten gehabt hatte) zu kaufen (7), als ihr von der KPdSU „eine sehr gute Arbeit als Photographin“ (8) angeboten wird, lehnt sie jedoch ab, um sich ganz der Arbeit in der lateinamerikanischen Sektion der IRH zu widmen. Der Berliner Fotograf Lotte Jacobi, die Tina in Berlin kennengelernt und unterstützt hatte, sagt Tina in Moskau: „Ich kann nicht die Kamera benutzen, wenn es so-

Im Spanischen Bürgerkrieg

Im Juli 1936 putschte Franco, unterstützt von den faschistischen Regimes in Italien und Deutschland und geduldet von den westlichen Demokratien, gegen die junge spanische Republik.

Zusammen mit den Kommandanten Lister und Modesto war Vidali (unter dem Decknamen Carlos Contreras) an der Aufstellung des 5. Regiments der Republik beteiligt, das zur Keimzelle der Volksarmee wurde. Tina (in Spanien „Maria“) wurde dem 5. Regiment zugeteilt und war während des gesamten Spanischen Bürgerkrieges im Rahmen der Roten Hilfe und der Verwundetenversorgung aktiv.

Juan Comorera, damals Sekretär der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens, erinnert sich: „In Madrid, in Jarama, in Guadalajara, am Ebro, in Teruel und am Segre, dort, wo die Soldaten der Republik den nazifaschistischen Horden die ersten Niederlagen zufügten, war Tina Modotti mit ihrem unbezähmbaren Willen und ihrem unerschütterlichen Vertrauen auf den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse mit dabei.“

Im Krieg lernt Tina den kanadischen Arzt Norman Bethune kennen, der

Asyl. Das Mexiko unter dem Präsidenten Cardenas, wenngleich kommunistenfeindlich, achtete die politischen und gewerkschaftlichen Rechte und war, mit der spanischen Republik gegen Franco verbündet, erklärt antifaschistisch.

Vidali arbeitete als Journalist bei der Zeitung „El Popular“ und war Sekretär von „Javier Mina“, einer Organisation in Mexiko lebender Interbrigadisten. Er leitete die Ausländergruppe der mexikanischen KP, in der alle ausländischen Kommunisten — außer den Spaniern — organisiert waren.

Tina arbeitete an Übersetzungen von Lenin und Varga ins Spanische. Während der ständigen Überanstrengungen im Spanischen Bürgerkrieg hatte sie sich ein Herzleiden zugezogen, das an sich nicht ernst war, Tina aber aufgrund der Höhenlage Mexico Citys zuwagte, Anstrengungen und Aufregungen zu vermeiden. Zusammen mit der Schriftstellerin Constanza de la Mora begann sie die Arbeit an einem Buch, für das sie die Kunstwerke von Oaxaca und Yucatan fotografieren sollte.

Fotografien aus diesem Unternehmen sind nicht erhalten geblieben, das Buch selbst ist nicht mehr erschienen. — Am Abend des 6. Januar 1942 waren Tina und Tina bei einem ihrer Freunde, dem Bauhaus-Architekten Hannes Meyer, eingeladen. Vidali hatte noch in der Redaktion zu tun und ging früher. Tina wollte nachkommen. Geredet wurde an diesem Abend, erinnert sich Hannes Meyer, über „das Genie von Simon Timoshenko, die sowjetischen Antitank-Waffen (11), über das Quintett Opus 37 von Dimitri Schostakowitsch und ... über die Möglichkeit, bald eine Reise nach Madrid, Genua, Udine und endlich nach Moskau unternehmen zu können, ohne Pässe. „Arrivederci“, wiederholte sie mit einem Lächeln und verschwand schnell mit den Freunden, verschlungen vom schwarzen Rachen der Nacht. Zehn Minuten später war sie in einem Taxi, regungslos, kalt und allein.“

Tina Modotti, 45 Jahre alt, war an einem Herzanfall gestorben. Ähnlich wie nach der Ermordung Mellas begann die mexikanische Rechtspresse eine Hetzkampagne. Vidali wurde beschuldigt, Tina ermordet zu haben. Die Presse behauptete: „Ihr Liebhaber ... ist ein fanatischer Anhänger der GPU und sehr verdächtig“, „Der Tod Tina Modottis trägt alle Anzeichen der unter Kommunisten üblichen Liquidationen“.

Erst Erklärungen der Familie Modotti und des Vittorio Vidali gewidmete Gedicht Pablo Nerudas „In morte di Tina Modotti“ bewirkten eine Entkräftigung der Anschuldigungen.

„Tina, Ausdruck der Gefühle des Volkes“, schrieb der Dichter und Philosoph Jose Alvarado einige Tage nach ihrem Tod, „Enthüllerin des menschlichen Antlitzes, Vorläuferin von all dem, was uns Photographie bedeutet, große und einzigartige Stimme Mexicos.“

C.C.

Quelle und Anmerkungen:
1 Maria Coronia, Das Leben Tina Modottis, in: Tina Modotti — Photographie und Revolution, Wien/München 1981 (Übers. d. ital. Orig. aus: Tina Modotti — Fotografie e Rivoluzione, Milano 1979). — Der Artikel stützt sich vor allem auf diese Quelle, sämtliche Zitate sind, sofern nicht anders angegeben, dieser Quelle entnommen.

2 Jörg Kridelbaum, Lexikon der Fotografen, Frankfurt 1981 (= Fischer Taschenbuch 6418), S. 193.

3 „militärische Genierung“ — möglicherweise ein Übersetzungsfehler und tatsächlich gemeint „militante“.

4 Mildred Constantine, Tina Modotti — A Fragile Life, New York/London 1975, S. 139.

5 Die erste Hälfte des Zitats aus Tina Modottis Brief an Weston ist nach Maria Coronia, a.a.O., wiedergegeben; die zweite Hälfte (als eigene Übersetzung) nach Mildred Constantine, a.a.O., S. 181 f. 6 ähnlich.

7 Mildred Constantine, a.a.O., S. 188.

8 ebd., S. 191.

9 ebd., S. 194.

10 Mao Tse Tung, Ausgewählte Werke, Bd. 8, S. 391, ff.

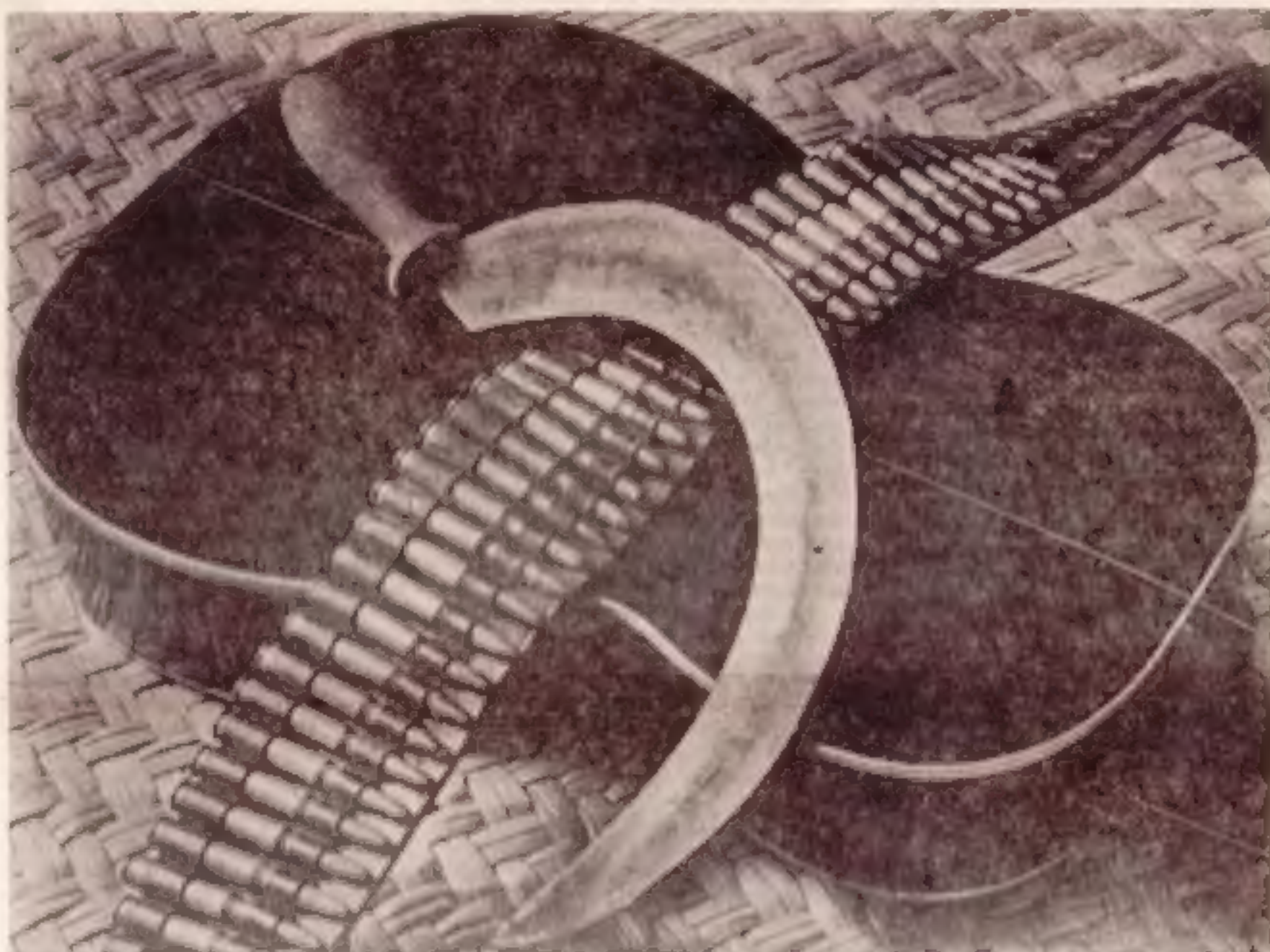
11 Bei Maria Coronia ist nur die Rede von einem Gespräch über „die Sowjets“, während Mildred Constantine Josep Gaspardist mit „die Soviet anti-tank weapons“ (a.a.O., S. 213) wiedergibt.

Der Artikel über Tina Modotti besteht aus zwei Teilen.

Dem ersten, hier abgedruckten Teil schließt sich an eine knappe Darstellung ihrer „Wiederentdeckung“ (Ausstellungen, Bücher, Film) und eine Kritik der Einschätzung ihres Lebens und fotografischen Schaffens, wie sie im „Frida-Kablo-Tina-Modotti-Katalog“ (Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1982) von Laura Mulvey und Peter Wolke vorgenommen wurde.

Mitglieder der AK-Redaktion haben die Aufnahme dieses 2. Teils in den AK abgelehnt und dem Autor stattdessen den Abdruck im (KB)-„Internes Bulletin“ angeboten. Der Autor ist ungeachtet seiner Zustimmung zum Abdruck des 1. Teils mit dieser Regelung nicht einverstanden.

C.C.



Mari Casanova: Symbole der Revolution

— Tina Modotti hat mit ihren Photographien Symbole der mexikanischen Revolution geschaffen, die ausgezeichnet als Propagandamittel zu gebrauchen sind; sie hat sich von gesellschaftlichen Ereignissen, durch Massenbewegungen und proletarische Aktivitäten anregen lassen.

Die von ihr geschaffenen Symbole bestehen aus Elementen, die jeweils für sich selbst keine Aussage- und Suggestivkraft haben: ein Maikolben, eine Sichel und ein Patronengurt — gestalterische Mittel von höchster Einfachheit fassen die Revolution mit ihren Zielen und Errungenschaften zusammen; ein Maikolben, ein Patronengurt und die Säulen einer Gürtle stehen für das populäre mexikanische Volkslied; eine Sichel und die Nummern 27 und 123 verweisen auf die Artikel der mexikanischen Verfassung, die den Landbesitz und die Rechte des Proletariats regeln. So sind die letzten Photographien von Tina Modotti alles in allem eine Darstellung der Revolution ...

Man kann sozial engagierte Kunst machen, ohne ästhetische Maßstäbe aufzugeben. Natürlich kann man auch wirkliche Kunst ohne soziales Engagement machen. Aber zweifellos bedeuten uns die revolutionären Symbole Tina Modottis mehr als ein vollkommen abstraktes Werk, das nur einem formalen Mechanismus gehorcht.

Die Kunst ohne soziales Engagement machen. Aber zweifellos bedeuten uns die revolutionären Symbole Tina Modottis mehr als ein vollkommen abstraktes Werk, das nur einem formalen Mechanismus gehorcht.

Es ist das große Verdienst Tina Modottis, daß sie persönliche Redlichkeit mit formaler Reinheit vereint. Ihre Arbeiten sind ehrlich und frei von Kniffen und Tricks. Tina Modotti hat aus der Photographie eine wirkliche Kunst gemacht, und das Werkzeug, das ihr zur Verfügung steht, in den Dienst der Revolution gestellt. Und das ist möglicherweise ihr größtes Verdienst.

(Aus: Rezension in 30/30, Jg. 10, Mexico City, 1929)

ländischen Dampfschiff „Emden“. Ihr Weg war von Kundgebungen begleitet. In Kuba, wo die „Emden“ vor Anker gegangen war, demonstrierten riesige Menschenmengen für „Mellias Gefährtin“ (sic!), bei ihrer Ankunft in Rotterdam veranstaltete die Rote Hilfe eine Manifestation für sie. Juristen forderten politisches Asyl für sie und verhinderten ihre Auslieferung an Italien.

Tina wollte nach Berlin, wo Vidali, der — unter falschem Namen — ebenfalls mit der „Emden“ Mexiko verlassen hatte, zusammen mit deutschen Genossen ihre Einreise in die Sowjetunion vorbereitete.

Die sechs Monate in Berlin des Jahres 1930 waren für Tina eine außerordentlich schwere Zeit. Sie versuchte, Zugang zur kulturellen Welt und zu journalistischen Kreisen zu finden, wobei sie auf erhebliche, auch technische Schwierigkeiten stieß. Sie war für die schwere und großformatige Grafika ausgebildet, während in Deutschland schon kleinerformatige Apparate im Gebrauch waren. „Man hat mir Reportagen oder andere journalistische Arbeiten angeboten“, schrieb sie an Weston, „aber ich glaube, für diese Arbeit ungeeignet zu sein ... die Art propagandistischer Photographie, die ich in Mexiko begonnen habe, ist hier schon weit verbreitet; es gibt eine Vereinigung von Arbeiterphotographen ... die Arbeiter selbst machen solche Bilder und sie haben natürlich bessere Möglichkeiten,

viel zu tun gibt“ (9).

Eine Rolle für die vollständige Aufgabe ihres fotografischen Schaffens dürfte auch gespielt haben, nimmt ihre italienische Biografin Maria Coronia an, daß sich zu der Zeit, in der Tina in die UdSSR kam, die Meinung durchsetzte, „daß Kunst und künstlerischer Ausdruck nur von untergeordneter Bedeutung seien. Die avantgardistischen Künstler beschäftigten sich nicht mehr mit Experiment und Fortschritt, sondern (?? — d. Verf.) sie wandten sich dem Unterricht und der politischen Propaganda zu ... In diesem Licht sind Tina Modottis Verzicht auf individuellen Ausdruck (trotz des außerordentlich objektiven Charakters der Photographie) und ihre Entscheidung, im Kollektiv im Bereich der Partei zu arbeiten, zu verstehen.“

1932 begann Tinas Beziehung mit Vittorio Vidali, mit dem sie von nun an zusammenlebte. Bis 1933 war Tina mit Aufträgen und Unterstützungsgeldern der IRH u. a. in der UdSSR und in Polen unterwegs. Ende 1933 wollten Vidali und Tina nach China gehen, sie erhielten jedoch den Auftrag, in Paris das Auslandszentrum der IRH aufzubauen und ihre Aufmerksamkeit insbesondere den politischen Asylanten zuwenden.

Als Vidali mit einer Mission in Spanien betraut wurde, folgte ihm Tina dorthin.

1937 zur Unterstützung des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression nach China ging und dort 1939 starb. Mao widmete ihm einen bewegenden Nachruf (10). In Spanien half Tina Bethune, sein lebensretzendes Vorhaben zu verwirklichen, Bluttransfusionen direkt auf dem Feld durchzuführen.

Nach der Niederlage der Republikaner 1939 ist es Tina und Vidalis Aufgabe, für die 30.000 Flüchtlinge zu sorgen, die in Frankreich Asyl gefunden haben und in Lagern zusammengepfercht sind. Während eines Aufenthaltes in Paris wird Vidali eine offizielle Botschaft aus der UdSSR zusammen mit einer vertraulichen Mitteilung von Elena Stassowa übergeben. Vidali sollte sich entscheiden, entweder zur Arbeit im Parteiapparat nach Moskau zurückzukehren oder aber in die USA zu gehen, um sich um die dortigen Asylanten zu kümmern. Elena Stassowa gibt ihm in ihrer vertraulichen Mitteilung den Rat, sich unter den gegebenen Umständen soweit wie möglich von der UdSSR abzusetzen ...

Zurück in Mexiko

Tinas Anwesenheit auf dem Schiff, das sie in die USA bringen soll, wird verraten, so daß sie in New York nicht einmal an Land gehen kann. Zusammen mit Vidali sucht sie in Mexiko

Buchladen Gegenwind



Bücher und Politik (früher Arbeiterbuch)
Tel.: 040/453891 Grindelhof 45, Hamburg 13

Die Regale biegen sich! Die Neuerscheinungen der Buchmesse haben's wieder mal in sich... Also, wer hilft uns lesen? Besonders viele Zugänge haben wir in den Bereichen Antimilitarismus, Anti-imperialismus, Literatur aus der Dritten Welt, neuere deutsche Literatur, Ausländerthematik und Frauenbewegung zu verzeichnen.

Louise Bryant
„Eine Amerikanerin in Rußland“
Reportagen aus dem Roten Oktober
Prometh-Verlag DM 18,—
Romanvorlage der Edelschulze „Reds“, die jedoch weitaus positiver abschneidet, sehr persönliche Beobachtungen einer Revolution aus nächster Nähe.

Doris Lessing
„Eine richtige Ehe“
Klett-Cotta DM 36,—
Zweiter Band der Roman-Folge „Kinder der Gewalt“ (erster Bd. „Martha Quest“), beschreibt die Geburt des Kindes, die ausbrechende Kriegseuphorie, die Hinwendung zur Sowjetunion und zum Sozialismus und — das Zerbrechen ihrer Ehe.

Elena Poniatowska
„Allen zum Trotz...“
Das Leben der Jesusa Lamus
DM 24,80
Dieses Buch hat in Mexiko 19 Auflagen erlebt, es erzählt die Geschichte einer Frau aus den Elendsvierteln Mexikos, die die Revolution von 1911 erlebt, unter der Brutalität ihres Mannes leidet und schließlich sich selbst an den Kämpfen in der Revolution beteiligt.

Hanna Meda-Flock
„Im Schatten der Mondscheit“
Medea DM 13,50 (günstig)
Die Autorin, die lange Zeit in der Türkei

verbracht hat, schildert das Schicksal fünf türkischer Frauen vor dem türkischen Faschismus 1980. Gute Kritiken!

Anneli Schenkel
„Wenn die Schluchten wichen“
Eine Frauenreise
Buntbuch DM 24,80
Ein Frauenbuch aus der „scene“, flott geschrieben. Fünf Frauen reisen nach Mallorca, reflektieren ihre Vergangenheit, diskutieren die Zukunft, erleben die Insel. Ob sich der Erfolg vom „Märchenprinz“ wenigstens z.T. wiederholt? Es wäre dem Verlag zu wünschen!

Svenda Merian
„Von Frauen & anderen Menschen“
edition traves DM 14,80
Erzählungen und Kurztexte zu Aspekten von z.B. Erotik, Kinder, Politik, sehr ehrlich, oft ironisch, manchmal etwas verträumt, präzise Schilderungen des linken Milieus.

Angela McRobbie/Monika Savier
„Autonomie aber wie!“
Mädchen, Alltag Abenteuer
Frauenoffensive DM 21,50
In Geschichten und theoretischen Überlegungen aus der Mädchenarbeit und der Frauenforschung gehen die Autorinnen der Frage nach, warum sich trotz rollenspezifischer Benachteiligung so viele Mädchen und Frauen in der Neuen Jugendbewegung engagieren.

Buchbesprechung: Grete Thomas: »Die Grünen kommen«

„Dieses Buch ist ein Roman und keine Reportage, wenn es auch dem Leser manchmal so vorkommen mag“, schreibt Grete Thomas im Vorwort zu ihrem gerade erschienenen Buch „Die Grünen kommen“ (Moby Dick Verlag). Daß die Geschichte tatsächlich an vielen Stellen wie eine Reportage wirkt, hängt sowohl mit ihrem Gegenstand — der turbulenten Gründungsphase der Partei „Die Grünen“ — als auch mit der Person der Autorin zusammen:

Grete Thomas, Jahrgang 1921, ist in der Tat bisher nicht als „Romanschriftstellerin“ in Erscheinung getreten, wohl aber als politische Praktikerin, Grüne der ersten Stunde, und zeitweise Mitglied im Bundesvorstand der Grünen Partei. Seit Gründung der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) Niedersachsen gehört sie dem linken Flügel der Grünen an. Spätestens seit ihrem Eintreten für die Alternative Liste Bremen — gegen Olaf Dinné, „Bremer Grüne Liste“ — im Sommer 1979 war sie für die grüne Mehrheitsströmung in Niedersachsen (die seinerzeit von der Gruppe Z so titulierten „Mittekräfte“ um Helmut Lippelt) zur „roten Grete“ geworden. Ihr Eintreten für eine Kooperation mit den bunten und alternativen Listen und für eine deutlich linke grüne Programmatik machte sie endgültig zum Störfaktor und Ärgernis. Nachdem Grete Thomas Anfang 1980 in den Bundesvorstand der gerade gegründeten Grünen Partei gewählt worden war, erfolgte schon wenige Monate später, auf dem Dortmunder Bundestag im Juni 1980, die „Abrechnung“. Wegen „Bespitzelung“ von Helmut Lippelt, hauptsächlich aber wegen ihrer linken Aktivitäten brachten ausgerechnet die Bremer Grünen einen Mißtrauensantrag gegen sie ein. Grete Thomas wurde als Bundesschatzmeisterin abgewählt.

Zu diesen wechselvollen Erfahrungen mit den Grünen schreibt Grete Thomas: „In den drei Jahren meiner Arbeit bei den Grünen bin ich mit so vielen Menschen unterschiedlichster Auffassungen zusammengekommen wie nie in meinem Leben zuvor. Eine Unmenge neuer Eindrücke stürmte auf mich ein. Parteilichkeit entstand, Freundschaften und Feindschaften. Ich lernte es, politische Zusammenhänge zu begreifen. Um dieses alles für mich aufzuarbeiten, drängte es mich, meine Erlebnisse aufzuschreiben. Für eine Reportage wäre das zu lang und verworren geworden, darum wählte ich die Form des Romans, der einerseits Handlungen straffen kann und andererseits der freien Phantasie genügend Spielraum läßt. Sollten bestimmte Personen versuchen, sich in dem Roman zu erkennen, so sind sie auf dem Holzweg...“ Letzteres sollte nicht ganz so wörtlich genommen werden.

Die Story

Held der Geschichte ist Kalli, ein nicht mehr ganz junger Lehrer in Niedersachsen, unabhängiger Linker, aber seit seiner Unzeit nicht mehr politisch aktiv, der aus Interesse die Gründungsversammlung des örtlichen grünen Kreisverbandes besucht und dort gleich Mitglied und Schriftführer wird. Seine ganze Freizeit stellt er nun in den Dienst der „Grünen Umweltschutzpartei“. Überraschend wird er zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt. In schneller Folge erlebt Kalli persönliche Erfolge, Intrigen und harte Fraktionsstreitigkeiten. Ihm wird bewußt, daß die „GUP“ im Grunde aus zwei Parteien besteht. Die Geschichte nimmt ihren Fortgang über die Landtagswahl, die fehlgeschlagenen Bemühungen um eine einheitliche grün-alternative Liste zu den hessischen Landtagswahlen im Herbst 1978, erste Kontakte zur Hamburger Bunten Liste und die Gründung der „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen“ anläßlich der Europa-Wahl. Jetzt findet Kalli sich in einer Partei mit Gröhl und Springmann, weiß, daß das nicht gut gehen kann, zieht sich zeitweise aus der Arbeit zurück. Zur Bremer Wahl wird er wieder aktiv, ergreift Partei für die Alternative Liste und zieht sich damit den ungeteilten Haß der Bremer Grünen als auch der Mehrheit seiner niedersächsischen Parteifreunde zu. Die Gründung der Grünen Bundespartei steht bevor. Eine Partei „von Gröhl bis Dutschke“ wollen die Rechten; die Bunten und Alternativen orientieren für die Bundestagswahl auf ein Bündnis mit den Grünen unter Wahrung ihrer Autonomie. Kalli organisiert mas-

senhaft linke Eintritte in die Grünen. Die gleiche Taktik verfolgt auch „Jochen“ von der Bunten Liste Hamburg, Kallis politischer Ratgeber, „der beim Kommunistischen Bund den besten Namen hat“. Bei der Parteigründung in Karlsruhe wird Kalli in den Bundesvorstand gewählt. Als Linker bekannt, wird er in seiner Arbeit zielstrebig behindert, vor allem durch den „guten Geist“ in dem „Häuschen an der Friedrich-Ebert-Allee“ in Bonn, einem „großen, schlanken jungen Mann mit hellblonden Haaren und Barbarossa-Bart“. Auf dem Dortmunder Parteitag wird Kalli dann abgewählt — weil er ein Linker ist und weil er den Verdacht geäußert hat, bei den Grünen habe der Verfassungsschutz seine Finger im Spiel.

schenden „partnerschaftlichen Stil“ zum Trotz. Diese Teile des Romans sind durchaus glaubwürdig; vor allem, wenn man weiß, wie übel Grete Thomas selbst bei den Grünen mitgespielt worden ist, und wenn man berücksichtigt, daß ihr Buch auch persönliche „Vergangenheitsbewältigung“ ist.

Einige historische Ungenauigkeiten sind sicher verzeihlich, ebenso die persönliche Kommentierung einiger Vorgänge und Ereignisse wie z.B. der Abwahl von August Haußleiter; der innerlinken Auseinandersetzung um Masseneintritt in die Grünen oder nicht; der Rolle des KB: „Während der Vorstandswahlen (in der GLU Niedersachsen; Anm. AK) führen die linken jungen Leute vom KB die Regie.“ Übertrieben ist auch eine Episode um den



Grete Thomas
(Foto: Günter Zint)

Womit wir bei der zweiten, parallel zu Kallis persönlicher Geschichte sich durch den Roman ziehenden Handlung sind: den Versuchen von Industrie, CDU und Verfassungsschutz, die Entwicklung der Grünen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Grünen sollen eine honoräre bürgerliche Umweltschutzpartei bleiben, die FDP unter 5 % drücken und so der Regierungsbildung der CDU/CSU den Weg ebnen. Geheime Konferenzen werden durchgeführt, Gelder für die grüne „Parteiarbeit“ bereitgestellt, einzelne Grüne referieren vor Industriellen. „Hauptdarsteller“ in der Anfangsphase ist „Thormann“, der jedoch bald über seine eigenen Schlingen stolpert. An seine Stelle tritt „Gero Huchhausen“, der von sich selbst behauptet: „Ich bin der bessere, weil geschicktere Thormann.“ Er ist vor allem flexibler im Umgang mit den Linken. Nachdem klar geworden ist, daß die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen nicht die absolute Mehrheit erreichen kann, disponieren Huchhausen's Auftraggeber um: „Diesmal brauchen wir die Liberalen so nötig wie das tägliche Brot. Unsere neue Aufgabe ist es, die FDP zu stärken und die Grünen zu schwächen.“ Huchhausen entwirft eine übergeordnete Strategie für einen „Antiwahlkampf“.

Fast gelingt es, diese Mächenschaften aufzudecken. Helgart, Rechtsanwältin aus Bremen, erst Kandidatin der AL, dann zur Bremer Grünen Liste übergelaufen, ständig zwischen Linken und Rechten hin- und hergerissen (mal fordert sie Kallis Parteiausschluß, mal geht sie mit ihm ins Bett), meldet sich bei Kalli: „Kalli, hör zu, ich weiß alles über unseren Freund (Huchhausen, Anm. AK), hatte tolles Glück. Es ist anscheinend ein ganzes Netz, vierzehn Leute... Die Staatsorgane stricken bei den Grünen gewaltig mit, man hält die Grünen für viel interessanter als sie sind.“ Die Namen erwähnt Kalli nicht mehr — Helgart verunglückt tödlich mit dem Auto. Kalli zieht sich aus der Arbeit bei den Grünen zurück. Er will sich in der Friedensbewegung engagieren. „Das schließt direkt an das Saarbrücker Programm an, das Kalli immer noch für das beste Parteiprogramm aller Zeiten hält.“

Angreifbar ...

Die Geschichte ist natürlich noch weitaus komplizierter, als das in einer kurzen Inhaltsangabe zusammengefaßt werden kann. Grete Thomas hat sich bemüht, Kalli nicht allein als Politiker agieren zu lassen. Immer wieder werden auch seine persönlichen Konflikte — düstere Kindheits Erinnerungen, Einsamkeit, Beziehungsprobleme, Verwundetheit in der Öko-Nazi-Szene — dargestellt und konfrontiert mit dem Psychoterror, den Intrigen und Diffamierungen, denen er innerhalb der Grünen ausgesetzt ist, allen Beteuerungen über den angeblich in dieser Partei herr-

grünen Nazi „Panmann“, der Kalli am Rande einer Vorstandssitzung mit der Pistole bedroht: „Mit einem Schlag hat Kalli dem schwächlichen Grete sein Mordinstrument aus der Hand...“

Besonders problematisch ist allerdings die Geschichte mit dem in den Führungsgremien der Partei die Fäden ziehenden Verfassungsschutz. Zweifellos werden sich die Staatsschutzbehörden auch für die Grünen interessieren, Anwerbungsversuche unternehmen, vermutlich auch tatsächlich ihre „Leute in der Szene“ haben (wie überall, wo oppositionelle Politik gemacht wird). Ziemlich unrealistisch ist aber die Annahme, es könnte dem VS gelingen, mit Hilfe ihres Top-Agenten „Huchhausen“ und „mindestens vierzehn“ weiteren Grünen-Funktionären, die Politik dieser Partei über längere Zeit und derart massiv zu steuern.

Darüber hinaus orientiert sich die staatliche Einflussnahme auf die Grünen — ob mittels „Agenten“ oder ganz offen — keineswegs allein an den kurzfristigen Interessen der CDU. Das hat es zwar auch gegeben, am deutlichsten zu Zeiten des GLU-Vorsitzenden und Oberbürgermeisters Boddemann, der nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 (CDU) stärkste Partei, FDP nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 (CDU) stärkste Partei, FDP und Grüne nicht im Parlament) ganz offen von einem Erfolg seiner Politik sprach. Längerfristig drohen den Grünen — wie auch den alternativen Listen — ganz andere Gefahren. Es stellt sich die Frage, ob es gelingt, die als systemtreue und angepaßte „Opposition“ zu integrieren, die das „Gewaltmonopol des Staates“, die Politik der kleinen Schritte“ und den Parlamentarismus akzeptiert. Hier haben die Grünen ihre offene Flanke, die allerdings weniger von Geheimagenten des VS als vielmehr ganz öffentlich von den auf „Integration“ und „Dialog“ spezialisierten Politikern der SPD angegriffen wird.

— aber lesenswert

Eines ist sicher: Grete Thomas wird sich mit ihrem Buch erneut den Zorn vieler Grüner zuziehen, insbesondere derjenigen, die „versuchen, sich in dem Roman zu erkennen.“ Vermutlich werden sie dabei die „ungeheuerlichen Verdächtigungen gegen verdiente Grüne“ als Aufhänger nehmen. Das war schon einmal so, als eine Begründung für Grete Thomas' Abwahl aus dem Bundesvorstand benötigt wurde.

Bei aller Kritik: der Roman ist durchaus lesenswert, insbesondere für diejenigen, die den hier beschriebenen Prozeß selbst mitemacht oder zumindest verfolgt haben. „Pflichtlektüre für jeden politisch interessierten und ein Lesespaß obendrein“ schreibt der Verlag. Spaß ist vor allem den Kennern der Szene garantiert: Die Ähnlichkeit der Romanfiguren mit real existierenden grünen Persönlichkeiten ist eben weder zufällig noch unbeabsichtigt.

Arbeiterkampf

Abonnement

Die Zeitung für Leser, die sich etwas mehr zutrauen

Abseher:

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 18

Diese mit der Sternmarke versehen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—
- ☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere(r) Girokontos.

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

..... den (Unterschrift)